This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

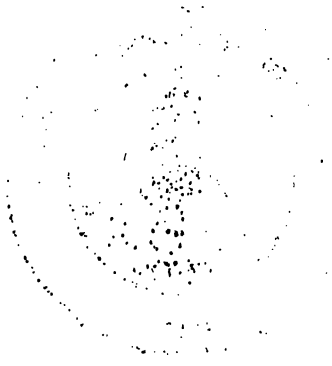
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969

169. Dr. Carl Schierholz dem Vorgenannten 1932 Rg 2,10



Austriaca.

Austriaca.

Betrachtungen und Streiflichter.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1882.

Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt.

	Seite
Die auswärtige Politik	3
Oesterreich und Ungarn	59
Der Parlamentarismus in Oesterreich	107
Juden in Oesterreich	187

Die auswärtige Politik.

Die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie basirt auf der Allianz mit dem deutschen Reich, auf einer Allianz, die erst in der jüngsten Zeit sich stark und kräftig genug erwies, Oesterreich-Ungarn den Frieden zu erhalten, wie sie überhaupt für Europa eine Bürgschaft des Friedens ist.

Fünfzehn Jahre nach Königgrätz die deutsch-österreichische Allianz — scheinbar ein Widerspruch kaum glaublicher Art, in Wahrheit eine natürliche Consequenz jener Ereignisse, die den Streit um die Herrschaft in Deutschland entschieden, die nach der gewaltsamen Lösung einer unhaltbaren Verbindung in der jetzigen Vereinigung die zuverlässigste Grundlage der auswärtigen Politik des habsburgischen Kaiserstaates geschaffen.

Wer die Geschicke von 1866 richtig beurtheilen will, darf sie nur als den End- und Ausgangspunkt eines Kampfes betrachten, der mehr als ein Jahrhundert lang zwischen Oesterreich und dem aufstrebenden protestantischen Preußen bald offen, bald verborgen gefochten ward, nur unterbrochen durch Momente gemeinsamer auswärtiger Gefahr, aber nie ruhend, nie endigend bis zu dem Augenblick, in dem die Entscheidung über die Herrschaft in Deutschland erfolgt.

Vielleicht seit der Reformation, gewiß aber seit dem dreißigjährigen Kriege lassen sich die Gegensätze erkennen, die bei Königgrätz ihre letzte Lösung gefunden; sobald eine protestantische Macht in Deutschland erstand, mächtig genug der habsburgischen Dynastie die Spitze zu bieten, war ein Gegengewicht gegen Oesterreich vorhanden, mußte diese Macht über kurz oder lang zum Rivalen um den Vorrang in Deutschland werden; sobald an die Spitze dieser protestantischen Macht ein Staatsmann trat, der die Kraft dieses Staates erkannte und sie zu benützen verstand, sobald die Fehler und Schwächen seines Gegners ihm seine Aufgabe erleichterten, mußte dieser Wettstreit zum Austrag kommen, der nur siegreich für Preußen endigen konnte.

Die Position von Oesterreich im deutschen Reich als tonangebende und herrschende Macht war auf einer unhaltbaren Basis begründet, und mehr als zwei Jahrhunderte lang hat das Wiener Cabinet Alles gethan, sie noch unhaltbarer werden zu lassen. Als Oesterreichs brave und heldenmüthige Armee bei Königgrätz unterlag, siegte nicht nur das stärkere über das schwächere Heer, nicht nur des Marschall Moltke genialer Feldherrnblick über das geringere Talent seines unglücklichen Gegners Benedek, der ein treuer Diener seines Kaisers und Herrn eine Schuld sühnen mußte, die nicht die seinige war, da vollzog sich vor Allem ein welthistorischer Proceß, da rächten sich die Fehler Oesterreichs seit der Zeit des dreißigjährigen Krieges, da ging eine Position verloren, die nur so lange zu behaupten war, bis der Rivale seine Kraft erkannt und diese Kraft zur Geltung kam.

Seit den Freiheitskriegen und seit dem Wiener Congreß

hat Oesterreich nur durch eine Reihe glücklicher Momente, vor Allem aber durch die Schwächen und Fehler der preußischen Staatsmänner seine tonangebende Stellung in Deutschland erhalten. Als die Leitung der auswärtigen preußischen Politik in die Hände des größten Staatsmannes dieses Jahrhunderts kam, war das Schicksal der österreichischen Position in Deutschland besiegelt und eine Frage spruchreif geworden, deren Lösung Generationen vorbereitet hatten.

Der Mann, der dazu erkoren war, einen geschichtlichen Proceß zu beenden und endgültig Preußen an Deutschlands Spitze zu stellen, der Oesterreich aus Deutschland verdrängt und das deutsche Reich in seiner gegenwärtigen Gestalt begründet, Fürst Bismarck ist zugleich der Schöpfer der deutsch-österreichischen Allianz, die in ihm ihren besten Hort, ihre stärkste Stütze besitzt. Es unterliegt keinem Zweifel, das beweist unwiderleglich die Haltung des Fürsten Bismarck während der Friedensverhandlungen Oesterreich gegenüber, der Verzicht auf jeden territorialen Erwerb auf Kosten der österreichischen Monarchie, daß bereits nach den Ereignissen von 1866 dem deutschen Reichskanzler eine Annäherung an Oesterreich vor Augen geschwebt, daß er die Lösung der unnatürlichen Verhältnisse in Deutschland, das Ausscheiden Oesterreichs für unausweichlich erachtet, daß er aber einem späteren Bündniß, der Einigung auf einer gesunden und gegebenen Grundlage nicht präjudiciren, sondern derselben vorarbeiten wollte.

Es war weder ein leichtes Ding, die Stimmung im deutschen Reich und speciell in Norddeutschland, noch die Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Monarchie für die deutsch-österreichische Allianz zu gewinnen, und es bedurfte

im deutschen Reich der vollen Autorität des Fürsten Bismarck, um die öffentliche Meinung nach und nach aus der Ehe mit Rußland in das Bündniß mit Oesterreich hinüberzuleiten. Wenn auch der siegreiche Gegner leicht im Stande war die Hand darzureichen, die der Besiegte, dessen frische Wunden noch bluteten, nicht ohne Ueberwindung annehmen konnte, so hatte doch andererseits die nie erschütterte Freundschaft mit Rußland, die eine Ehe zu nennen war, dem neugegründeten deutschen Reich so großen Vortheil gebracht und ihm in so schwerer Lage den Rücken gedeckt, daß Niemand außer Fürst Bismarck, der selbst von seinen politischen Gegnern in Fragen der auswärtigen Politik als „unfehlbar" betrachtet wird, die Macht besaß und das Vertrauen genoß, um dem deutschen Volk begreiflich zu machen, daß die Zeit der russisch-deutschen Allianz vorüber, daß an Stelle derselben eine andere Combination treten müsse.

Die Traditionen der heiligen Allianz, der Nimbus, der Kaiser Nikolaus, den Hort der conservativen Interessen, der lange Zeit als Schutzherr von Preußen gegolten, umgeben, dessen imponirende Individualität noch in Aller Erinnerung war, die unwandelbar treue Sympathie des greisen deutschen Monarchen für seinen kaiserlichen Neffen, die ruhmreiche Waffenbrüderschaft zwischen der preußischen und russischen Armee, tausend Bande und persönliche Beziehungen wirkten zusammen die Allianz mit Rußland als prädestinirt, als eine Nothwendigkeit für Deutschland erscheinen zu lassen, während man daran gewöhnt war, Oesterreich als den natürlichen Gegner von Preußen und im Fall einer Annäherung als unzuverlässigen Bundesgenossen zu betrachten. Daß auch Rußland den größten Vortheil von Preußen gehabt, daß

das Rußland während der letzten Lebenszeit Alexanders II. nicht mehr das nikolaitische Rußland war, daß die Beziehungen zu Oesterreich sich vollkommen verändert hatten, daß der Krieg von 1866 kein Krieg wie andere Kriege, sondern der definitive Abschluß einer hundertjährigen Periode voll blutigen Ringens und Kampfes war, das trat erst den erleuchteteren Geistern klar zu Tage und drang erst langsam in die Massen hinein.

Durch die deutsche Intervention ward die Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu Stande gebracht; die deutsch-russische Allianz wandelte sich in das Drei-Kaiserbündniß um und die isolirte österreichische Monarchie fand an dem neugegründeten deutschen Reich einen mächtigen Halt, ohne daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland eine Rußland feindliche Tendenz als Spitze hatte; im Gegentheil verlieh er der Solidarität der Interessen der drei Kaisermächte Ausdruck.

So ward unter den Auspizien des Fürsten Bismarck durch den Hinzutritt von Oesterreich-Ungarn der Drei-Kaiserbund errichtet, und die öffentliche Meinung in Deutschland, gewöhnt sich der Autorität des großen Staatsmannes zu beugen, acceptirte willig den neuen Bundesgenossen als gleichberechtigt mit dem Alliirten, der dem deutschen Reich bei seiner Gründung zur Seite gestanden und begann mit der Thatsache zu rechnen, daß im Fall der Nothwendigkeit zwischen den beiden befreundeten Staaten zu wählen, man sich für den Gegner von ehedem, für die österreichisch-ungarische Monarchie entscheiden müsse.

Aber auch in Oesterreich-Ungarn hat sich erst nach und nach ein Umschwung vollzogen, der den unschätzbaren Werth

der Allianz mit dem deutschen Reich zur klaren Erkenntniß der leitenden Kreise und der Bevölkerung gebracht. War auch das seltene Pflichtgefühl des Monarchen stark genug, um jede persönliche Empfindung der Staatsraison unterzuordnen, so war doch erklärlicherweise ein tiefer Schmerz über den Verlust einer Stellung zurückgeblieben, die Jahrhunderte lang unter aller Noth der Zeiten mit den größten Opfern behauptet worden; der Souverain, der die Krone, die seine Ahnen getragen, dem Hause Hohenzollern zu Theil werden sah, der oberste Kriegsherr, dessen Heer unterlag, Alles wirkte zusammen, um doppelt schwer Oesterreichs Kaiser das Unglück fühlen zu lassen, das sein Reich und seine Armee, das seine Dynastie getroffen, unter deren Regenten gerade er ausersehen war, der am wenigsten dazu gethan, Oesterreichs Stellung in Deutschland zu untergraben, alle Consequenzen der Fehler früherer Perioden zu tragen. Erwägungen ähnlicher Art waren zweifelsohne stärker oder minder stark bei allen Gliedern des kaiserlichen Hauses vorhanden, und die aristokratischen Kreise, die dem Hof nahestanden, von Jugend auf in der Anschauung erzogen, Preußen als den traditionellen Erbfeind zu betrachten, brachten einem Bündniß mit dem unter preußischer Führung geeinigten deutschen Reich geringe Sympathie entgegen und konnten sich nicht mit dem Gedanken befreunden, in Zukunft sich eng dem Staate anzuschließen, der noch vor wenig Jahren auf dem Schlachtfeld als Gegner von Oesterreich erschienen war.

Aber auch unter den verschiedenen Nationen der vielsprachigen österreichischen Monarchie fand die Allianz mit dem deutschen Reiche mehr Gegner als Freunde; Polen und

Tschechen sahen in Deutschland und seinem mächtigen Kanzler die größte Gefahr ihrer nationalen Aspirationen; ihre Wünsche während des Krieges 1870 standen nicht auf deutscher, sondern auf französischer Seite, und auch die Magyaren schlossen sich dieser Haltung an, wenngleich der ihnen eigene, klare politische Blick sie instinctiv erkennen ließ, daß nach dem Kriege von 1870 das Rechnen mit anderen Allianzen vorüber, daß die Führerschaft in Zukunft dem deutschen Reiche gehöre.

Selbst auf deutscher Seite fand in Oesterreich das Bündniß mit Deutschland in seinem Beginn nur kühle Aufnahme, weil man nach den Mißerfolgen der österreichischen Diplomatie die Befürchtung nicht bannen konnte, daß das Drei-Kaiserbündniß, das für Rußland und Oesterreich eigentlich nie etwas anderes, als ein Zwei-Kaiserbündniß, als eine Allianz jedes der beiden Kaiserreiche mit Deutschland war, dazu führen könne, daß in einem gegebenen Moment Oesterreich-Ungarn die Kosten dieser Allianz bezahle, weil man an die Ehrlichkeit der Absichten nicht glauben wollte, und das Mißtrauen in die Leitung der auswärtigen Politik nach dem schleswig-holsteinischen Feldzug und dem Kriege von 1866 in so hohem Grade gesteigert war, daß man unter allen Verhältnissen die Voraussetzung eines Mißerfolges für Oesterreich nach den gemachten Erfahrungen für berechtigt hielt. Unklar und unbestimmt blieb lange Zeit hindurch in allen Kreisen der österreichischen Bevölkerung die Stimmung in Betreff der deutschen Allianz, weniger deßhalb, weil sie speciell den Slaven in Oesterreich minder sympathisch war, als aus dem Grunde, weil man in ihr in letzter Linie eine Enttäuschung, eine Gefahr für Oesterreich erblicken

wollte, da man noch immer nicht deutlich genug erkannt, daß eine historische Periode voll Kampf und Wettstreit vorüber und eine andere voll gemeinsamer Interessen begonnen.

Der orientalische Krieg gab Deutschland Gelegenheit, Rußland die letzte Schuld für jene Dienste zu zahlen, die der dem deutschen Reich so wohlgesinnte Czar Alexander II. dem aufstrebenden Preußen erwiesen, aber der Abschluß desselben zeigte auch klar die Gefahren, die der verhängnißvolle russische Staatsmann heraufbeschwor, der als Botschafter in Constantinopel den Krieg mit der Türkei provocirt, der gegenwärtig zur Leitung der inneren Politik des russischen Reiches berufen ist. Graf Ignatiew hatte entgegen den innersten Wünschen seines kaiserlichen Herrn eine Lage geschaffen, in deren Consequenz Rußland den Krieg gegen die Pforte zu führen genöthigt ward; der Frieden von San Stefano zwang Europa zur Correctur desselben durch den Berliner Congreß, der wenigstens einen vorläufigen Abschluß der Kämpfe auf der Balkanhalbinsel zur Folge hatte.

Der russisch-türkische Krieg hatte aber auch einen Einblick in die innere Lage des russischen Reiches gestattet, der die treibenden Kräfte desselben erkennen ließ. Das Bündniß des Grafen Ignatiew mit den Moskauer Panslavisten, die allüberall wachgerufene panslavistische Bewegung hatten Rußland auf Bahnen gedrängt, aus denen ein Einlenken kaum zu erwarten, die schroff den friedlichen Zielen entgegenstanden, für deren Erreichen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ihre Kraft verwandten. Neben der panslavistischen trat die nihilistische Agitation mit ihrer furchtbaren Propaganda zu Tage, und als der Kaisermord vollbracht, als der Monarch gefallen, der Millionen russischer Unter-

thanen befreit, ging ein Schrei des Entsetzens durch ganz Europa, fühlte man instinctiv, daß Rußland den festen Pol, das sichere Steuer verloren, daß die russische Politik unberechenbar geworden und die Lage im Inneren, maßgebend für die Entschlüsse in Betreff der auswärtigen Politik, sehr leicht kriegerische Conflicte hervorrufen könne. Das zur Erhaltung des Friedens begründete Drei-Kaiserbündniß, in dem sich nach und nach eine Schwenkung in der Art vollzogen, daß Deutschland stets mehr und mehr von Rußland abgedrängt, sich enger mit Oesterreich-Ungarn verband, ward zu einer deutsch-österreichischen Allianz, und weit entfernt eine feindliche Tendenz gegen Rußland zu hegen, im Gegentheil bemüht, das Czarenreich dem alten Verband zu erhalten, trieb doch die Ungewißheit über die Ziele der russischen Politik Deutschland und Oesterreich von selbst dazu, vor Allem die eigene Sicherheit vor Augen zu haben und zur Wahrung des Friedens so eng wie möglich sich zu liiren.

Der Aufstand in Süddalmatien und der Herzegowina öffnete der panslavistischen Agitation Thür und Thor und die gesammte Constellation in Europa war nicht darnach angethan, die Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie zu erleichtern. In Rußland eine mächtige und zahlreiche Partei, an ihrer Spitze der Mann, der die Parole ausgegeben, daß die orientalische Frage nicht in Constantinopel, sondern in Wien gelöst werden müsse, eine Partei, welche die einzige Rettung vor den inneren Wirren in einem populären Krieg, in dem Krieg gegen Oesterreich, in dem Aufhissen der panslavistischen Fahne sieht; in England als Leiter der Regierung ein unklarer Idealist, der das heutige Oesterreich weder kennt noch versteht und in demselben nur den Hort

der Reaction, den Unterdrücker fremder Völker erblickt, und in Frankreich beim Ausbruch der Bewegung ein Ministerpräsident, der, um seinem maßlosen Ehrgeiz zu fröhnen, vor keinem Mittel zurückscheuen würde, das europäische Verwickelungen und dadurch für ihn den ersehnten Anlaß einer Revanche und hiermit die Dictatur herbeiführen könnte. Italien, wenn auch durch die persönliche Initiative seines Monarchen und durch die Haltung Frankreichs zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland gedrängt, konnte im günstigsten Fall bei einem Krieg, der an den Ufern des adriatischen Meeres entbrannt, ein passiver Zuschauer bleiben, wenn seine Regierung überhaupt stark genug war, abenteuerliche Gelüste im Zaume zu halten, die wahre Gefahr aber lag in den kleinen Staaten, in Serbien und Montenegro, in Bulgarien und Ostrumelien, die mehr oder minder als russische Satrapien zu betrachten, weniger noch in ihren Regierungen dem officiellen russischen Einfluß als in ihrer Bevölkerung der panslavistischen russischen Agitation zugänglich sind, während die Türkei nicht geneigt schien, im Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie, die ihr Bosnien und die Herzegowina genommen, diese Staaten niederzuhalten und zu bewachen.

In diesem unendlich schweren Moment, wo über Nacht und unerwartet aus dem so unbedeutenden Aufstand in Süddalmatien und der Herzegowina ein Weltbrand entstehen konnte, hatte Oesterreich-Ungarn nur einen Verbündeten, das deutsche Reich, allerdings einen Alliirten, mit dessen Hülfe es allen Ereignissen die Spitze bieten konnte, dessen moralische und militärische Kraft so groß, daß die Erkenntniß seiner Unterstützung allein genügte die offenen und ver-

borgenen Gegner der Monarchie vor jedem Angriff zu warnen und Oesterreich-Ungarn die Möglichkeit zu gewähren, den Aufstand als eine interne Angelegenheit zu betrachten und zu bekämpfen. Dieser unendlich schwere Moment zeigte aber nicht nur die Macht des deutschen Reichs, nicht nur den Werth der deutsch-österreichischen Allianz, er zeigte vor Allem die Bedeutung, die der gewaltige Mann, der Deutschland geschaffen, für dieses Reich, für Oesterreich-Ungarn, für den Frieden von ganz Europa besitzt.

Wenn es je einen autoritativen Staatsmann gegeben, der wie kein zweiter diese Autorität verdient, so ist dies Fürst Bismarck, und selbst seine enragirten Gegner werden kaum den Versuch wagen, oder auch nur den Willen besitzen, diese seine Autorität speciell auf dem Felde der auswärtigen Politik in Zweifel zu ziehen.

Um aber den Fürsten Bismarck richtig zu erfassen, um die Zuverlässigkeit seiner Parteinahme für Oesterreich zu erkennen, um zu verstehen, daß diese nicht nur einen politischen Coup des Augenblicks sondern eine dauernde und feste Allianz bedeutet, wenn Oesterreich nicht selbst dieselbe zerstört, muß man den großen deutschen Staatsmann in den Verhältnissen betrachten, wie er sie gebildet und wie sie in einer Wechselwirkung auch auf ihn ihren Einfluß zur Geltung bringen.

Wie Napoleon I. der Sohn, der Testamentsvollstrecker der Revolution, so ist Fürst Bismarck der Sohn jenes Preußen, das seine Regenten vom großen Kurfürsten bis zu dem jetzigen Kaiser unter klarer Erkenntniß der Principien, auf denen ihr Staat beruht und in klarer Erkenntniß ihrer Mission geschaffen und zur Weltmacht erhoben. Fürst

Bismarck ist aber auch der echte Sohn einer Kaste, die aufs innigste verbunden mit dem ganzen preußischen Staatswesen, mit der gesammten Entwickelung des preußischen Staates ist, ein echter Sohn jenes preußischen Adels, dessen Fühlen und Denken, dessen Vergangenheit und Zukunft eng verknüpft mit dem preußischen Königthum, mit dem Preußen der Hohenzollern ist. Unvergleichlich in seiner Begabung, die natürlich den Maßstab seiner Standesgenossen nicht verträgt, ist Fürst Bismarck doch ein Typus des Adels, der dem preußischen Staat den Kern seines Officiercorps und seiner Beamten gegeben, der, eine Specialität von Preußen weder der reichen englischen Aristokratie noch dem österreichischen Hochadel zu vergleichen ist.

Das preußische Königthum ist die Schranke, vor der sich diese gigantische Natur in Ehrfurcht beugt: aller Trotz und alle Energie des stahlhart erzogenen preußischen Junkers concentrirt sich in der Vertheidigung der Interessen des Königs, dessen geheiligte Person ihm die edelste Verkörperung der preußischen Staatsidee, der preußischen Zukunft ist. In schwerer Stunde tritt er in alter Vasallentreue zu seinem königlichen Herrn, auf ihn vereint sich der Angriff der gesammten Opposition und mit seiner Person deckt er, unbekümmert um sich selbst, den Thron; als die Mittel gefunden, als der Erfolg gesichert, beginnt er den Kampf für das hohenzollernsche Königshaus und für sein Land und rastet nicht eher bis er sein Ziel erreicht, bis Deutschland geeint und er seinem Herrn die deutsche Kaiserkrone als Preis des Sieges errungen.

Und neben all' den großen, den erhabenen Seiten, die der Charakter des deutschen Reichskanzlers zeigt, documentiren

sich mehr oder minder erkennbar auch die Vorurtheile, die eine Eigenschaft des preußischen Junkers sind, Vorurtheile ohne die dieser Adel kaum gedacht werden kann, der straff und sparsam erzogen, seinen politischen Ehrgeiz und seinen socialen Glanz in dem Dienst des Thrones und seines Landes sucht, der diesen Dienst als sein Privileg betrachtet und eifersüchtig dies Privileg bewacht, der mißtrauisch Alles zurückweist, wovon nach seiner Ansicht eine Veränderung des Bestehenden zu fürchten ist.

Eine Mission ist es, die für sein Königshaus und sein Land Fürst Bismarck erfüllt; was Generationen geträumt und gehofft, was bald laut, bald leise die öffentliche Meinung durchdrang, wofür die edelsten Geister in Deutschland gestrebt, das hat Fürst Bismarck herausgefühlt, dafür hat er die beste Kraft der deutschen Nation zu verwerthen gewußt, und wenn das Wort Hegels in seiner Rechtsphilosophie irgend Anwendung finden kann, es würde am Besten auf diesen Staatsmann der Ausspruch passen:

„In der öffentlichen Meinung ist Alles falsch und wahr, aber das Wahre in ihr zu finden, das ist die Sache des großen Mannes. Wer, was seine Zeit will und ausspricht, ihr sagt und vollbringt, das ist der große Mann der Zeit".

Das innerste Fühlen und Denken seines Volkes, die wahrsten und innigsten Wünsche, die ganze Kraft desselben hat Fürst Bismarck erkannt, aber gewiß ist es keine Verminderung seines Ruhms die Behauptung zu wagen, daß, was er vollbracht, nur unter den gegebenen Verhältnissen erreichbar, daß so sehr er die Begeisterung seiner Nation wachzurufen und zu verwerthen verstand, sein großes Ver-

dienst vor Allem in dem Erkennen und in dem Benützen der vorhandenen Kräfte lag, daß die Action, die er unternahm, Decennien hindurch in Erziehung und Bildung vorbereitet war.

Es ist ein in allen Schichten militärisch erzogenes pflichttreues und opferfähiges Volk, das in unbedingter Ergebenheit an seine Dynastie und sein Land auf eine große Geschichte voll kriegerischer Erfolge zurückblicken darf, dessen greiser Souverain eine feste, unerschütterlich treue Stütze seiner Diener, die Basis des Staates unverändert erhalten hat, wie sie dieselbe geblieben seit der Zeit des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen, unter den Unglücksfällen von Jena und Auerstädt, wie nach den Siegen der Jahre 1866 und 1870; aus der kleinen und armen Mark Brandenburg, die nur durch harte Arbeit bebaut werden konnte, entwickelte sich nach und nach das Königreich Preußen, entstand zuletzt das mächtige deutsche Reich, und wenn die Entstehungsgeschichte irgend eines Staates auf dem Zusammengehen von König und Volk, auf strenger Ordnung und fester Disciplin im Inneren, auf der militärischen Tüchtigkeit seines Volkes und Heeres beruht, so ist dies in dem Preußen der Hohenzollern der Fall.

Gegenüber diesem fest geeinten und geschlossenen relativ kleinen Staatswesen mit seiner Uniformität in Sprache und Sitte, mit seiner centralisirten und concentrirten Kraft stand die große vielsprachige und vielgliedrige österreichische Monarchie mit ihren Interessen in Deutschland, in Italien und im Orient, fortwährend genöthigt ihre Macht zu zersplittern und gezwungen zur Wahrung ihrer Stellung unausgesetzt Opfer zu bringen, die ihre materielle Fähigkeit

weit überstiegen. Auch die militärische Tüchtigkeit ihrer Völker ist unübertroffen und unerschütterlich ihre Treue an die Dynastie und das Reich, aber das einigende Band der Sprache fehlt, und die Möglichkeit, alle Kräfte in einer Richtung für eine bestimmte Idee zu concentriren, und nur ein Bruchtheil derselben kann, so lange die Stellung in Deutschland, Italien und im Orient erhalten werden soll, zur Verwendung im rechten Momente gelangen.

Daß der Wettstreit zwischen der polyglotten österreichischen Monarchie und dem rein deutschen Preußen um die Führerschaft in Deutschland nicht im Wege gütlicher Verhandlungen sondern nur durch das Schwert gelöst werden konnte, daß Oesterreich die Führerrolle nicht freiwillig cediren würde, daß die Entwickelung Preußens solange unmöglich, als es nicht den Vorrang in Deutschland besaß, das konnte dem politischen Blick des Fürsten Bismarck nicht lange verborgen bleiben; so traurig aber die Ereignisse von 1866 gewesen, so sehr sie gegenwärtig noch in Oesterreich empfunden werden, das sie aus einem Jahrhunderte alten Verband gedrängt, sie waren eine furchtbar schwere, eine unabweisbare Nothwendigkeit, wie der Krieg von 1870 eine solche für Deutschland war. Indem Fürst Bismarck die Consequenzen dieser Nothwendigkeit zog, hat er die Pflichten gegen sein Land erfüllt, und wenn er in deren Durchführung Oesterreich geschädigt, so galt sein Kampf dem Nebenbuhler von Preußen in Deutschland, aber gewiß nicht der österreichisch-ungarischen Monarchie wie sie heute besteht. Fürst Bismarck fand Deutschland in einer Lage, die ihn als preußischen Minister zum Kriege zwang, als Kanzler des neugebildeten deutschen Reichs muß er Oesterreich erhalten, da jede Schwächung der österreichisch-

ungarischen Monarchie in ihrer jetzigen Gestalt auch einen Fortschritt der Gegner des deutschen Reiches bedeutet.

Sobald das deutsche Reich begründet und die Einigung zwischen dem Norden und dem Süden vollbracht, mußte es die erste Sorge des Fürsten Bismarck werden, sein Werk nach Innen und Außen zu consolidiren und die Bürgschaften zu finden, die seine Schöpfung gegen alle Gefahren zu sichern vermochten. Unter diesen Bürgschaften stand obenan die Allianz mit der österreichisch-ungarischen Monarchie, die auf einer wahren Interessengemeinschaft basirt, durch diese Gemeinsamkeit auch zugleich die Sicherheit ihrer Dauer und ihrer Verläßlichkeit bietet. Es ist nicht anzunehmen, daß die Kämpfe, die Deutschland für seine Einigung und seine Stellung zu führen gezwungen war, bereits ihren definitiven Abschluß gefunden, so wenig aggressiv auch der Charakter der Politik des deutschen Reiches ist, so sehr dasselbe vermeiden wird den Anlaß zu einem Kriege zu geben. Das nach langem und hartem Kampf niedergeworfene Frankreich wird kaum die Gelegenheit vorbeigehen lassen, die die Möglichkeit der Revanche bringt, und wenn auch die öffentliche Meinung gegenwärtig in Frankreich einem Kriege mit Deutschland widerstrebt, wenn auch die Leiden noch unvergessen, die der letzte Krieg im Gefolge gehabt, so ist nicht zu verkennen, daß die Stimmung des französischen Volkes leicht erregt und leicht influenzirt, unerwartet zu einer kriegerischen Action sich hinneigen kann.

Vielleicht gehörte gerade Napoleon III. zu jenen Franzosen, die hohe Achtung vor der militärischen Macht von Deutschland besaßen und dennoch ward er zum Kriege gedrängt, der für ihn die einzige Aussicht bot der Revolution

zu entgehen. So wenig Frankreich jetzt unter dem Präsidenten Grévy, unter dem Ministerium Freycinet kriegerisch gesinnt, so schnell kann unter einer veränderten Constellation ein Wechsel eintreten, der den Krieg als ultima ratio bringt. In dieser Beziehung ist der phrasenreiche Exdictator von Tours, der vom armen republikanischen Deputirten zum Millionär gewordene Leon Gambetta eine unausgesetzte und drohende Gefahr, und wenn die epicuräischen Neigungen, die diesen ehrgeizigen Streber so sehr beeinflussen, auch nur im Frieden gedeihen, immerhin ist zu fürchten, daß er den Kampf gegen Deutschland versucht, sobald eine mächtige Allianz ihm dies gestattet, sobald seine Macht groß genug um Frankreich in kriegerische Abenteuer zu stürzen. Der Beweis wäre wohl zu erbringen, daß Leon Gambetta sein Vaterland mehr als Napoleon III. geschädigt, den weniger der eigene Wille als der französische Chauvinismus zum Kriege geführt, da beim Ausbruch desselben Niemand in Deutschland an die Eroberung von Elsaß und Lothringen zu denken gewagt und erst die Ereignisse diese gezeitigt haben. Als der Dictator von Tours, in vollkommener Unkenntniß des Wesens und der Stärke der deutschen Armee, ungeübte Massen derselben entgegenwarf, als er Tausenden französischer Familien ihre Ernährer und ihre Kinder entriß, um sie nutzlos für eine verlorene Sache zu opfern, als auch die deutschen Verluste eine ungeahnte und furchtbare Höhe erreicht, da verlangte die öffentliche Meinung in Deutschland nach einer Sühne für das geflossene Blut, da erhob sich der Ruf nach Elsaß und Lothringen, da forderte das deutsche Volk sein altes Reichsland zurück.

Dies kann keine Anklage gegen Gambetta sein, denn

wie wenig sympathisch man ihn auch beurtheilen mag, seine damalige Haltung war von patriotischen Motiven bestimmt und von dem Gedanken beherrscht, wenigstens die Ehre des französischen Namens zu retten; sein Wille war der beste, seine Energie bewundernswerth, wenn auch die Kraft, die er seinem Lande zwecklos entriß, einen unersetzbaren Verlust für dieses bedeutet und eine weise Politik in diesem Moment Frankreich wahrscheinlich zwei Provinzen, ganz gewiß aber Tausende seiner Söhne erhalten hätte.

Man kann kaum annehmen, daß ein französischer Machthaber und auch gewiß nicht der heißblütige Gambetta so unklug sein wird, Frankreich ohne Allianzen in einen Krieg mit dem deutschen Reiche zu stürzen, der durch den Besitz von Straßburg und Metz für Deutschland zu einem Defensivkrieg geworden ist, und seinen Gegner zwingt ungeheuere Massen zu entfalten, um sich nur dieser Festungen zu bemächtigen, die unter dem deutschen Regime fast uneinnehmbar geworden sind. Aber eine Constellation scheint nicht ausgeschlossen, die Frankreich die Möglichkeit einer Allianz verspricht, die in einem gegebenen Moment das französische Volk, vielleicht sogar wider seinen Willen, zum Kriege treibt.

Das absolutistische Rußland, das unberechenbar gewordene Zarenreich kann über kurz oder lang der Bundesgenosse der französischen Republik, der Anlaß des Krieges gegen Deutschland sein; das Rußland, das Decennien lang als der Hort der conservativen Interessen gegolten, dessen stolzer Zar Nikolaus Napoleon III. die Gleichberechtigung versagt, kann zum Verbündeten des Dictators von Tours, des republikanischen Frankreich gegen Deutschland werden, mit dem seine Freundschaft traditionell, mit dem es unlösbar

verbunden schien; das Rußland, das Oesterreich in Ungarn zu Hülfe geeilt, kann den Krieg gegen Oesterreich beginnen, wenn es den Rathschlägen der Männer folgt, die in der panslavistischen Mission das Heil für Rußland, die Rettung vor den inneren Wirren erblicken. In der Gefahr, die Deutschland von Frankreich und einem mit Frankreich verbündeten Rußland droht, in der furchtbaren Gefahr, die für Oesterreich-Ungarn vorhanden, wenn Rußland den Panslavismus auf seine Fahne schreibt und eine kriegerische Action zu dessen Gunsten beginnt, liegt die Nothwendigkeit der engen Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Reiche; in dem unabweisbaren Gebot der Selbsterhaltung liegt das gemeinsame Interesse, das die Gegner von 1866 als treue Alliirte zusammenführt.

Eine gewaltige kaum glaubliche Wandlung hat sich in Rußland vollzogen, die vollkommen unberechenbar, sehr gefährliche Consequenzen hervorbringen kann. Noch ist die zarische Macht unendlich stark; trotz nihilistischer und panslavistischer Agitation steht die große Masse des russischen Volkes in unbedingter Ergebenheit zu seinem kaiserlichen Herrn: aber der Nimbus, der den Zaren umgab, und dessen jede Dynastie, ganz besonders aber die des absoluten Staates bedarf, droht zu erblassen. Nicht mehr wie ehedem herrscht uneingeschränkt der Wille des Trägers der Krone; daß auch er gezwungen mit der wohl oder übel geleiteten öffentlichen Meinung zu rechnen, daß er sich deren Strömung nicht zu entziehen vermag, dafür bietet der letzte russisch-türkische Krieg den besten Beweis, den Kaiser Alexander II. nur widerwillig und gezwungen unternahm.

Wohin die politische und sociale Agitation den Zaren

noch treiben wird, welche Ueberraſchungen der Welt bevorſtehen, iſt ebenſo ſchwer als der Gang der Geſchichte vorauszuſehen; einen großen Irrthum aber dürften Jene begehen, die da glauben, daß mit der Einführung einer conſtitutionellen Schablone der Ernſt der Lage in Rußland beſeitigt, ein Remedium der Krankheit gefunden ſei; wahrſcheinlich dürfte gerade die umgekehrte Wirkung eintreten, daß die gegenwärtig mehr oder weniger latente panſlaviſtiſche Agitation, offenen vielleicht ſehr heftigen Ausdruck erhält, ganz abgeſehen davon, daß eine nicht gewöhnliche Naivetät dazu gehört, zu glauben, daß das nihiliſtiſche Programm ſelbſt durch die liberalſte Verfaſſung auch nur theilweiſe Befriedigung finden kann. Vor Allem fehlen in Rußland die Factoren, die ein gedeihliches Wirken einer Verfaſſung ermöglichen, und wenn man nicht das Chaos hervorrufen, wenn man nicht der Agitation Thür und Thor öffnen will, ſo kann der Uebergang aus dem abſoluten in den conſtitutionellen Staat ſich nur ſehr langſam vollziehen und muß mit äußerſter Vorſicht durchgeführt werden. Ob die Bedingungen dazu, ob zu dieſem Uebergang die rechte Erkenntniß und noch genügende Zeit vorhanden, kann nur die Zukunft lehren; faktiſch liegt gegenwärtig nicht in der Einführung conſtitutioneller Inſtitutionen ſondern in der Stärkung der zariſchen Macht, in der Perſon des Zaren die größte, vielleicht die einzige Garantie für den Frieden, deſſen ganz Europa und unter allen Staaten kaum ein zweites Reich ſo dringend wie Rußland bedarf.

Es iſt ein gemeinſames Intereſſe aller Dynaſtien geworden für die Erhaltung des Friedens zu wirken; die ſociale Bewegung hat eine gewaltige Macht erlangt und

jeder Krieg bringt schwere sociale Erschütterungen hervor; nicht überall sind die Dynastien vor republikanischen Tendenzen geschützt, und jeder unglückliche Krieg kann für das monarchische Princip in dem einen wie in dem andern Staat von den ernstesten Folgen begleitet sein. Das aber, was wie ein rother Faden die russische Politik des letzten Decenniums durchzieht, das, was ihr zum Leitstern geworden ist, die panslavistische Mission und in ihrer Consequenz die panslavistische Agitation, eine Agitation, für die nicht das officielle Rußland, aber gewiß das officiöse vielfach verantwortlich ist, muß das Zarenreich in unabsehbare Complicationen verwickeln, kann unerwartet den Weltkrieg entzünden.

Eine eigenthümliche Erfahrung lehrt, daß fast in allen Ländern die Majorität der Bevölkerung dem Kriege abgeneigt, meist von einer Minorität zum Kriege getrieben wird, und sicher ist auch in Rußland die große Masse friedlich und jeder kriegerischen Action abhold, insolange der Zar den Einflüssen widersteht, die ihn für die panslavistische Mission und in deren Folge für den Krieg gegen Oesterreich-Ungarn zu engagiren versuchen. Aber die Erregung der intelligenten Minorität scheint in Rußland zu einem Grade gediehen, der Pessimismus so allgemein, das Vertrauen so tief erschüttert, daß eine Explosion im Innern oder eine Diversion nach Außen eintreten kann, wenn das Steuer der festen Hand entbehrt, die es allein zu lenken vermag. Graf Ignatiew ist wissentlich oder unwissentlich der Alliirte Gambettas und seine innere Politik kann dazu führen, daß sie die äußere zum Kriege treibt, und ehe nicht der gegenwärtige Minister des Innern in Rußland entfernt, ehe nicht der unheilvolle

Anſtifter des letzten ruſſiſch-türkiſchen Krieges geſtürzt, eher iſt trotz aller guten und ehrlichen Abſichten des Monarchen eine Lage nicht ausgeſchloſſen, die den Zar und Rußland zum Kriege drängend und wenn der allmächtige Zar im letzten Augenblick die Gefahr erkennt und ſie vermeiden will, iſt es vielleicht „zu ſpät" und ſeine Allmacht vorüber.

In der Gefahr, die Deutſchland von einem franzöſiſch-ruſſiſchen Bündniß droht, in der Nothwendigkeit ſich gegen dieſe Eventualität zu ſchützen liegt die Grundbedingung der Annäherung von Deutſchland an die öſterreichiſch-ungariſche Monarchie, welcher der erſte Vorſtoß der panſlaviſtiſchen Bewegung gilt, deren Zerſtörung gleichbedeutend mit einem Vordringen der ſlaviſchen Welt bis an die Grenzen des deutſchen Reichs, das nach dem Zerfall des habsburgiſchen Kaiſerſtaates oder nach der Slaviſirung deſſelben auf allen Seiten von feindlichen Elementen, von Slaven und Romanen umgeben wäre, und wenn Fürſt Bismarck ſein gewaltiges Werk gegen jeden Angriff von Außen zu ſichern gewillt, blieb dem Staatsmann, der um Deutſchland zu ſchaffen, den Krieg gegen Oeſterreich beginnen mußte, nichts Anderes übrig als ſich der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie zu nähern und jede Schwächung derſelben hintanzuhalten.

Die Lage von Oeſterreich-Ungarn gegenüber der ſlaviſchen Miſſion, die Rußland in naher oder ferner Zukunft, wenn nicht alle Vorausſetzungen trügen, als die ſeinige betrachten wird, iſt unendlich ernſt, wenn nicht das deutſche Reich im wohlverſtandenen eigenen Intereſſe in jeder Beziehung den Kaiſerſtaat ſtützt und mit ſeiner militäriſchen Macht ihm zur Seite ſteht.

Unter den mehr als 37 Millionen Einwohnern der

österreichisch-ungarischen Monarchie gehören mehr als 17 Millionen der slavischen Nationalität an. Wenn auch gar kein Zweifel darüber zulässig ist, daß die slavischen Soldaten der österreichischen Armee mit derselben Hingebung gegen einen slavischen Staat zu Felde ziehen werden, mit der ihre deutschen Waffenbrüder 1866 wider den deutschen Gegner gekämpft, so bleibt doch immerhin ein Krieg gegen ein Reich, mit dem ein großer Theil der eigenen Armee gleicher Abstammung ist, ein Unternehmen, das von Beginn an größere Schwierigkeiten bietet als ein Krieg gegen einen Feind, dem jeder Berührungspunkt mit den eigenen Ländern fehlt. Von diesen 17 Millionen Slaven sind freilich mehr als 3 Millionen, die Polen, so enragirte Gegner des Zarenreichs, daß sie einen Krieg gegen Rußland, der in ihrem Calcul stets eine Rolle spielt, mit Freuden begrüßen werden, und auch die anderen Slaven der österreichischen Monarchie sind bis auf einen sehr geringen Bruchtheil, der zur griechisch-orientalischen Kirche gehört, durch das römisch-katholische und das griechisch-katholische Bekenntniß von Rußland getrennt, ein Moment, dem gewiß volle Beachtung gebührt. Auch die Sprache scheidet die Slaven des österreichischen Kaiserstaates von den russischen Slaven und so bevorzugt auch jene Staaten sind, die ein einheitliches Volk besitzen, so ist doch kein Grund zur Sorge dazu vorhanden, daß die Attraction des Slavenreiches so stark, um für die Schlagfähigkeit der kaiserlichen Armee oder für die Haltung der slavischen Bevölkerung in Oesterreich zu fürchten.

Dagegen hat Rußland vorgeschobene Posten in den neugebildeten Staaten von Ostrumelien und Bulgarien, das auf einen Theil der Donau fast einen beherrschenden Einfluß

ausüben kann, vor Allem aber in Montenegro und Serbien, von denen speciell das letztere Königreich im Stande ist, auch innerhalb des österreichischen Ländergebiets durch die vielfachen Beziehungen, welche zwischen der serbischen Bevölkerung hüben und drüben bestehen, eine gewisse Aufregung oder Beunruhigung hervorzurufen, die hindernd auf die Kraftentfaltung der kaiserlichen Armee zu wirken vermag. Die Lage ist eben in der Art verändert, daß mit den neu entstandenen oder vergrößerten Staaten zu rechnen ist, und wenn es gelingen sollte, besonders Serbien aus der russischen Machtsphäre in die österreichische zu führen, so wäre dies ein eminenter Erfolg, der nicht hoch genug zu würdigen ist.

Die jüngste Vergangenheit hat manches in dieser Richtung gebessert, aber man wird nicht gut daran thun den erzielten Fortschritt zu überschätzen und es ist zu befürchten, daß beim Eintritt kriegerischer Verwickelungen mit Rußland die Opposition in Serbien und die Agitation für den Krieg eine solche Bedeutung gewinnen, daß der König von Serbien, wäre er noch so wohlgesinnt, der auf ihn geübten Pression nicht zu widerstehen vermag. Ja die Gefahr scheint nicht ausgeschlossen, daß ein Oesterreich übelgesinnter russischer Minister, ohne selbst mit Oesterreich im Krieg zu sein, in einem ihm günstig erscheinenden Moment in Serbien eine solche Erregung hervorrufen kann, daß dasselbe in eine feindliche Stellung oder gar in kriegerische Abenteuer gegen Oesterreich geräth.

Wenn es möglich wäre, Serbien dauernd an Oesterreich zu fesseln und seine wirthschaftlichen Interessen fest an Oesterreich zu binden, so würde hierdurch die Stellung der

Monarchie eine nicht geringe Kräftigung Rußland gegenüber erfahren und eine Quelle der Beunruhigung versiegen, welche die Oesterreich feindlichen Elemente stärkt und belebt.

Weit ungünstiger als Serbien gegenüber ist die Position der Monarchie zu Montenegro, das an Ausdehnung durch den Berliner Vertrag gewonnen, in Wahrheit nur als eine russische Satrapie zu betrachten ist, die zu bewältigen unverhältnißmäßige Opfer erfordern würde, ganz abgesehen davon, daß jede Action gegen Montenegro aller Voraussicht nach der Krieg gegen Rußland ist. Aber auch hier bietet nicht der eigentliche Kriegsfall die wahre Gefahr, sondern die unausgesetzt arbeitende Agitation, die leider in einem kleinen, allerdings sehr beschränkten Gebiet der österreichischen Monarchie, in dem südlichsten Theil von Dalmatien und in den occupirten Provinzen fruchtbaren Boden für ihre Thätigkeit findet.

Ostrumelien und Bulgarien haben außer im Donauverkehr, den das letztere eine weite Strecke beherrscht, mit Oesterreich keine directen Berührungspunkte; nur wenn sie ganz vereinigt würden, läge hierin eine Verstärkung der panslavistischen Propaganda, die sich in Bulgarien wie in Ostrumelien mächtig und gewiß nicht in einem Oesterreich freundlichen Sinne zur Geltung bringt. Auch in Bulgarien ist der regierende Fürst eine Garantie der Ordnung, wie sie durch den Berliner Vertrag geschaffen ward, und die Unklarheit, die so oft die Wiener Presse beherrscht, trat deutlich zu Tage, als sie es für gegeben erachtete, sich für die bulgarische Verfassung zu echauffiren und ein Wehgeschrei über die gegen den Constitutionalismus begangene Gewaltthat zu erheben, als der Fürst die Herren

Zankoff und Genossen und damit die Todfeinde Oesterreichs zu Paaren trieb. Man darf hoffen, daß der deutsche Einfluß auf den Fürsten von Bulgarien in Zukunft stärker als der russische ist, und daß Bulgarien und Ostrumelien, wozu alle Aussicht vorhanden, wirthschaftlich fortschreiten, so daß ihre Entwickelung sie wünschen läßt nach Allem, was sie unter der türkischen Herrschaft und während des letzten russisch-türkischen Krieges erfahren, von kriegerischen Eventualitäten verschont zu bleiben, worin gewiß eine Bürgschaft des Friedens liegt.

Eine hohe Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse im Orient wird Rumänien beanspruchen dürfen, dessen König sicher bestrebt sein wird, die Beziehungen zu erhalten, die ihn mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland verbinden. Es ist nicht anzunehmen, daß der Fürst aus dem Hause Hohenzollern überhaupt und ganz gewiß nicht so lange die deutsch-österreichische Allianz besteht, einer Action gegen Oesterreich zustimmen wird, aber die Verhältnisse in dem neugegründeten Königreich sind zu unsicher als daß allein die persönliche Haltung des Monarchen genügenden Schutz für die Zukunft bietet, wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß der Thron des Königs Carol gegenwärtig fester als in irgend einer früheren Phase seiner Herrschaft steht. Hat auch Oesterreich den Moment verfehlt, wo es möglich war, die Moldau-Walachei dauernd mit dem Kaiserstaat zu vereinen, so sind doch die Interessen Rumäniens in Zukunft gewiß weit mehr mit Oesterreich als mit Rußland verknüpft, da der isolirte romanische Staat innerhalb der slavischen Länder, die ihn umgeben, weit mehr von der vordringenden panslavistischen und russischen Action als von

Oesterreich-Ungarn gefährdet wird. Hat es das letztere leider nie verstanden sich Sympathien in Rumänien zu erwerben, so hat andererseits auch Rußland durch seine Haltung während und nach dem letzten Kriege dafür gesorgt, die rumänische Freundschaft sich zu entfremden und den besten Alliirten des letzten Krieges in schroffster Art zu verletzen.

Serbien und Rumänien sind aufstrebende Staaten, mit denen in Zukunft zu rechnen ist und beide werden bei der Unsicherheit der Verhältnisse in Rußland, bei der Unberechenbarkeit der russischen Politik wenigstens insoweit zu gewinnen sein, daß sie neutrale Zuschauer im Fall einer Diversion Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn bleiben. Das, was für sie auf dem Spiele steht, wenn sie verlieren, ist außer Verhältniß zu ihrem eventuellen Gewinn, und die rumänischen Staatsmänner wie die von Serbien sind zu gut unterrichtet, um nicht die mit Deutschland verbündete österreichische Monarchie für den mächtigen Factor zu halten, dessen Freundschaft für die zukünftige Entwickelung der Dinge im Orient den größten Nutzen zu bringen vermag.

Freilich bieten die mehr als 2 Millionen Rumänen und ungefähr 800,000 Serben, die Oesterreich-Ungarn als Einwohner zählt, für Rumänien und Serbien eine starke Attraction, und die neuerrichteten Königsthrone in Bukarest und Belgrad sind jedenfalls geeignet einen Mittelpunkt auch für eine solche Propaganda zu bilden; aber der Culturstandpunkt der Wallachen, die, bis auf einen kleinen Bruchtheil in der Bukowina, in Transleithanien unter der in nationalen Fragen klaren und entschiedenen ungarischen Regierung leben, ist noch zu tief, als daß auf lange Zeit hinaus hier

eine Gefahr zu beſorgen wäre und auch etwaige großſerbiſche Aſpirationen haben nicht die Kraft lähmend auf die Machtentfaltung von Oeſterreich-Ungarn zu wirken.

Nur wenn die Monarchie iſolirt einem ruſſiſchen Angriff ausgeſetzt wäre, oder wenn eine fremde Agitation ungeſtraft die Propaganda innerhalb des Reiches verſuchen und Rumänien oder Serbien und Montenegro eine ſolche Action gegen die alleinſtehende öſterreichiſche Monarchie unterſtützen würden, wäre Oeſterreich-Ungarn in der Lage, ſeine militäriſchen Kräfte zerſplittern zu müſſen und auf allen Seiten ſich neue Feinde erwachſen zu ſehen; ſo lange die deutſch-öſterreichiſche Allianz beſteht, werden ſowohl die großen wie die kleinen Gegner des Reiches mit der Thatſache rechnen, daß der mächtige Nachbar über ſeine Armee in jeder Richtung frei und ungehindert verfügt, daß er den Rücken gedeckt, ſeine ganze Kraft der Abwehr der Gegner, der Vertheidigung des Vaterlandes oder der Offenſive zuwenden kann.

Nur das iſolirte Oeſterreich iſt in einer hochernſten Lage, wenn die panſlaviſtiſche Propaganda einen weiteren Schritt nach vorwärts geht, nur das iſolirte Oeſterreich hat mit Feinden zu rechnen, die, ſo lange die deutſch-öſterreichiſche Allianz beſteht, alle Urſache haben, dieſem Bündniß zugezogen zu werden und ſich freundſchaftlich zu Oeſterreich zu ſtellen.

Der Staat, der vor Allem in einer deutſch-öſterreichiſchen Allianz einen natürlichen Rückhalt findet, wenn er ſeine Poſition im Mittelmeere, deren er nicht entbehren kann, Frankreich gegenüber erhalten will, der Staat, der ein warmes Intereſſe daran hat, die Küſte des adriatiſchen

Meeres nicht in südslavische Hände gelangen zu lassen, ist das Königreich Italien, dem freilich andererseits die Aussicht lacht, bei einer Action gegen ein isolirtes, von allen Seiten angegriffenes Oesterreich seine Aspirationen in Bezug auf Triest und das Küstenland, seine Wünsche auf Südtirol befriedigen zu können.

Auch in Italien ringen zwei Strömungen miteinander, von denen noch nicht zu sagen, welche von beiden die mächtigere ist. Die Dynastie Savoyen, die einen Flug nach aufwärts genommen, der ihre kühnsten Träume realisirt, hat seit dem Tode ihres großen Vorkämpfers Cavour nicht mehr das Glück gehabt, einen Staatsmann zu finden, der die Führung mit solcher Autorität handhaben konnte, um eine feste und unerschütterlich treue Partei für die Dynastie und eine Regierung zu bilden; durch das Fehlen eines leitenden Staatsmannes und einer Regierungspartei ward der König in die Lage versetzt, nachdem die Rechte zur Minorität geworden, sich stets mehr und mehr der Linken zu nähern und an diese appelliren zu müssen, aber wenn auch der Monarch alle Consequenzen des constitutionellen Regime in hoher Pflichterfüllung getragen, ist es ihm doch nicht gelungen, so vollkommen Herr der Lage zu werden, daß die republikanische Strömung gänzlich besiegt und niedergeworfen ist. Diese republikanische Partei aber fällt mit der Irredentapartei, mit jener zusammen, die Ansprüche auf österreichische Territorien erhebt, die Triest und das Küstenland, die das Trentino als rechtmäßigen Besitz von Italien betrachtet und in einem passenden Moment gewiß versuchen wird, sich dieser Gebietstheile zu bemächtigen. Die Reise des Königs Humbert nach Wien, die Haltung Frankreichs gegenüber

Italien, das Gewicht der deutschen Allianz haben Italien freundlicher zu Oesterreich-Ungarn gestellt, und durch das Zusammengehen der verschiedenen Gruppen der Linken ist gegenwärtig auch eine Stabilität der Regierung erzielt, welche den italienischen Staatsmännern, die den Besuch des Königs veranlaßt, die Dauer einer längeren Herrschaft verspricht; immerhin ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß eines Tages vielleicht gegen den Willen des Königs eine Action gegen Oesterreich beginnen wird, wenn diese Monarchie isolirt und in einer schwierigen Lage ihre Kräfte in verschiedener Richtung verwenden müßte.

Die österreichische Monarchie hat, so wenig sie je denselben suchen wird, den Kampf mit Italien niemals zu fürchten, wenn sie ihre ganze Macht ihm zuwenden kann, und ist dies der Fall, wird Italien gewiß nicht der Angreifer sein; aber alleinstehend und von mehreren Seiten bedroht, wäre auch ein Kampf mit Italien eine ernste Gefahr, freilich nicht minder ernst für die Dynastie Savoyen und das junge Königreich, das weit wichtigere Interessen als Aspirationen auf österreichische Gebietstheile zu verfolgen hat.

Oesterreich-Ungarn hat keinen eigentlich geschlossenen italienischen Besitzstand mehr, sondern nur noch Enclaven, die in Südtirol von Deutschen umfaßt sind, an der adriatischen Küste aber von dem den Italienern feindlichen südslavischen Element umgrenzt und umgeben werden. Die ganze italienische Bevölkerung der österreichischen Monarchie beträgt nach der Zählung vom 31. December 1880 der Umgangssprache nach 668,653 Personen und ist speciell in dem Küstengebiete der Adria der südslavischen Bevölkerung gegenüber derart in der Minorität, daß ein Festhalten dieses

Besitzes für Italien, selbst wenn es gelingen sollte, ihn zu erwerben, in Zukunft sehr fraglich erscheinen müßte, aber immerhin ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß in Italien eine Oesterreich feindliche Richtung die Oberhand gewinnt und eine passende Gelegenheit benutzt, um die Ansprüche auf österreichisches Gebiet zu erheben, die eine Forderung der italienischen Actionspartei bilden.

Allüberall an ihren Grenzen ist die österreichisch-ungarische Monarchie von Nachbarn umgeben, die mehr oder minder Ansprüche auf österreichische Territorien zu haben glauben, die auf verwandte Elemente in der vielsprachigen Bevölkerung von Oesterreich-Ungarn treffen und kaum einen günstigen Moment verabsäumen werden, um ihre Forderungen anzumelden. Die kleineren Nachbarstaaten sind an und für sich und vereinzelt zu schwach, um der österreichisch-ungarischen Monarchie gefährlich zu werden, und auch Italien allein dürfte jede Diversion gegen Oesterreich vermeiden; anders aber stellt sich die Lage dar, wenn ein Conflict zwischen der Monarchie und Rußland entsteht, da aller Voraussicht nach unter einer solchen Constellation Rußland die kleineren Staaten zu sich heranziehen und sie militärisch verwenden würde; ob aber die italienische Regierung einem solchen Angriffe, der von verschiedenen Seiten Oesterreich engagirt, als passiver Zuschauer beiwohnen könnte, ob sie die Kraft besitzt, dies zu thun, selbst wenn es ihr Wille, ist eine Frage, die sich gegenwärtig schwer beantworten läßt.

Wenn man die wahrscheinlichen Chancen erwägt, so ist anzunehmen, daß die Unterstützung Rußlands durch die kleineren Staaten, daß eine offensive Action Italiens nur dann

eintreten wird, wenn die Niederlage von Oesterreich-Ungarn wahrscheinlich, wenn die Monarchie isolirt den Angriff aushalten muß, daß aber, wenn der mächtigste Nachbar, wenn das deutsche Reich zusammen mit Oesterreich steht, kaum das Königreich Serbien, schwerlich Rumänien und gewiß nicht Italien kriegerische Unternehmen gegen die Monarchie beginnen oder solchen sich anschließen werden, so daß einzig und allein Montenegro als Bundesgenosse von Rußland erschiene, dessen militärische Kraft außerhalb seiner Grenzen sich nur durch die Beunruhigung von Süddalmatien und der Herzegowina, allerdings in sehr unangenehmer Weise für Oesterreich, zu äußern vermag.

Die isolirte österreichische Monarchie ist kaum in der Lage, einen Krieg mit Rußland zu führen, wenn dessen Alliirte Montenegro und Serbien, wahrscheinlich Rumänien und Italien sind, ja selbst ein Feldzug gegen Montenegro und Serbien ist schwierig, weil er sehr lange Dauer beanspruchen und neben den militärischen so starke materielle Mittel absorbiren würde, daß, wenn später, was fast unausweichlich, Rußland zur Hülfe einschreiten sollte, bereits ein großer Theil der vorhandenen Kräfte durch die vorausgegangene Action erschöpft sein würde. Ein mit Deutschland verbündetes Oesterreich-Ungarn wird nur Rußland mit Montenegro als Gegner haben, da Italien und Rumänien in Passivität beharren und Serbien wohl kaum sich unberechenbaren Gefahren aussetzen wird, so daß, Dank dem Bündniß mit Deutschland, durch welches alle Kräfte von Oesterreich verfügbar bleiben, wahrscheinlich gar nicht die Nothwendigkeit einer militärischen Action diesen Staaten gegenüber eintreten würde. Diejenigen, die dem alleinstehenden Oesterreich feindlich sind,

werden sich wohl überlegen, das mit Deutschland verbündete Oesterreich zu attaquiren.

Um Serbien und Montenegro im Zaume zu halten, um das directe oder indirecte Uebergewicht Rußlands zu paralysiren, um bei dem Zerfall des türkischen Reiches seine Stellung im Orient und seine Interessen auf der Balkanhalbinsel zu wahren, hat Oesterreich-Ungarn auf dem Berliner Congreß das Mandat zur Occupation von Bosnien und der Herzegowina erstrebt und dasselbe durch den Fürsten Bismarck und die Unterstützung des damaligen englischen Premiers erlangt. Diese Occupation hat leider nicht den Erfolg gebracht, den man sich in Wien von ihr versprach, vielmehr sind der österreichischen Monarchie so große Opfer aus ihr erwachsen, daß ihr vermeintlicher Werth sich fast in das Gegentheil, in eine Schwächung für Oesterreich-Ungarn verwandelt hat. Es ist eben ein großer Unterschied, ob man Elsaß-Lothringen oder ob man Bosnien und die Herzegowina gewinnt, und die Zustände in diesen Ländern, wie sie Oesterreich fand, die auch gegenwärtig noch dort bestehen, sind leider nicht darnach angethan, große Hoffnungen für die Zukunft zu erwecken.

Unter den Provinzen, die die Türkei verlor, sind Bosnien und die Herzegowina die ärmsten. Sie vertragen keinen Vergleich mit den weit fruchtbareren, von der Natur reich gesegneten Landestheilen von Ostrumelien und Bulgarien, deren Bevölkerung auch der Arbeit gewohnter und ungleich friedlicher ist. Das römisch-katholische Element, außer der geringen spanisch-jüdischen Colonie in Serajewo und einigen kleineren Städten, das einzige, das die österreichische

Occupation mit Freuden begrüßt, ist sowohl in Bosnien wie in der Herzegowina numerisch schwach und materiell nur wenig günstig situirt; die beiden anderen Stämme, die Mohammedaner, die fast die ausschließlichen Besitzer von Grund und Boden, wie die Orthodoxen, denen eine Vereinigung mit Serbien und Montenegro viel lieber gewesen, waren Oesterreich-Ungarn feindlich gesinnt, und die nach der Occupation ergriffenen Maßregeln, die weder die Einen noch die Andern befriedigen konnten, waren nicht geeignet, Sympathien für die österreichische Herrschaft zu gewinnen.

Dazu kam, daß die Occupation, die während des russisch-türkischen Krieges oder dicht nach demselben wahrscheinlich weit weniger Widerstand gefunden, da sie eine Garantie der Ordnung gewesen wäre, sich in einem Moment vollzog, wo die inneren Verhältnisse der beiden Länder weniger Anlaß dazu als in der vorhergegangenen Periode boten, daß die Occupation mit ungenügenden Mitteln unternommen, in ihrem Beginn von Mißerfolgen begleitet war, die den Nimbus schädigten, dessen jede Armee bedarf, der aber ganz unentbehrlich bei einer Action gegenüber einer orientalischen Bevölkerung ist.

Dank der dualistischen Gestaltung der Monarchie, die sowohl den magyarischen wie den österreichischen Einfluß zur Geltung bringt und jede Verwaltung von Ländern unendlich erschwert, die weder der einen noch der anderen Reichshälfte zugehören, Dank der Unklarheit des Rechtstitels unter dem man Besitz von diesen Ländern ergriff, der die Bevölkerung gänzlich darüber in Zweifel ließ, ob die Occupation eine vorübergehende oder mit der definitiven Annexion gleich zu

erachten sei, traten zu den bereits vorhandenen Schwierigkeiten noch solche, die sich aus der Art der Occupation wie aus dem Charakter der Monarchie erklären.

Um die enormen Opfer, die Oesterreich-Ungarn der Durchführung der Occupation gebracht, weniger drückend erscheinen zu lassen, um neue Lasten zu vermeiden, ward sofort nach der Besitzergreifung das Princip inaugurirt, daß Bosnien und die Herzegowina die Kosten ihrer Verwaltung selbst aufbringen müssen, da eine weitere Anspannung der Kräfte des Reiches für die besetzten Provinzen unmöglich sei. Ohne die Summen zu verwenden, deren Verausgabung zur Hebung der arg ausgesogenen, von Hause aus armen Länder unumgänglich erschien, wenn Oesterreich sich Sympathien erwerben wollte, ohne die Arbeiten in Angriff zu nehmen, die unentbehrlich für die Prosperität der beiden Provinzen, welche die österreichische Herrschaft wohlthätig von dem vorausgegangenen türkischen Regime unterschieden hätte, ward die neue Verwaltung installirt, die unklar darüber, ob sie sich mehr den Begs, den türkischen Grundbesitzern anschließen sollte oder den Orthodoxen, deren extravagante Hoffnungen auf Grunderwerb sie nicht zu befriedigen vermochte, sich einem unsicheren Experimentiren ergab, ohne auch nur eine Nationalität oder Confession befriedigen zu können. Dazu kam, daß die Steuern, die unter den Türken contingentirt, die Bevölkerung durch die individuelle Steuerleistung des Einzelnen unter dem neuen Regiment weit fühlbarer trafen, ganz abgesehen davon, daß diese Steuern ebenso hoch oder höher, zugleich mit einer Reihe neuer und ungewohnter Institutionen verbunden waren, während man sich der Hoffnung hingegeben, daß die Occupation in den ersten Jahren eine vollkommene

Steuerbefreiung, jedenfalls aber eine Steuererleichterung bringen werde.

Durch äußere Einflüsse genährt gab die Durchführung des Landwehrgesetzes den Anstoß zum Ausbruch der Insurrection in dem südlichsten Theil von Dalmatien, in der durch tausend Bande mit Montenegro verknüpften Crivoscie, und zugleich mit dem Aufstand in diesem schwer zugänglichen Gebirgsstrich erhob auch die Revolution in der Herzegowina ihr Haupt, die mit den größten materiellen Opfern nur durch die Aufopferung und die Bravour der kaiserlichen Truppen in verhältnißmäßig kurzer Zeit zu Boden geschlagen ward. Wie wenig aber die Hoffnungen bisher erfüllt, die man bei der Occupation von Bosnien und der Herzegowina gehegt, hat leider der letzte Aufstand gezeigt, und selbst Diejenigen, die sich mit der Besetzung dieser Provinzen versöhnt, weil sie in dieser Offensive nur eine Nothwendigkeit für die Vertheidigung sahen, Diejenigen, die freudig derselben zugestimmt, blicken mit bangem Zweifel der Zukunft entgegen und fürchten, daß Oesterreich-Ungarn nicht berufen ist, uncultivirte Gebiete sich homogen zu gestalten.

Die Occupation, ursprünglich bestimmt einen Keil zwischen Serbien und Montenegro zu bilden, besonders geeignet im Fall eines Krieges mit Rußland diese Länder zu beherrschen, hat aller Voraussicht nach die österreichische Monarchie vor die Alternative gestellt, bei dem Herannahen dieser Gefahr entweder eine so große Truppenmacht in Bosnien und der Herzegowina zu concentriren, daß dadurch die Schlagfähigkeit der disponibeln Armee erhebliche Einbuße erfährt oder die dort befindlichen Truppen ihrem Schicksal zu überlassen und, da dies unmöglich, beide Provinzen zu räumen.

Daß dieſe Befürchtung nicht übertrieben, geht aus der Thatſache hervor, daß die allerdings raſche und energiſche Niederwerfung des letzten Aufſtandes weit mehr als 70,000 Mann erfordert hat, eines Aufſtandes, der nur die Crivoſcie und einen kleinen Theil der Herzegowina umfaßte, der ohne die Unterſtützung auch nur eines benachbarten Staates geblieben und durch die Haltung der betreffenden Regierungen auch weit weniger Sympathie in dieſen Staaten gefunden als man zu fürchten berechtigt war.

Unendlich ſchwierig iſt aber auch gegenüber den Anforderungen der occupirten Provinzen die finanzielle Lage der Monarchie. Mehr als 200 Millionen hat bisher die bosniſche Occupation verſchlungen und die Summen, die ſie noch beanſpruchen wird, entziehen ſich, wenn man die öſterreichiſche Herrſchaft gegen alle Eventualitäten zu ſichern gewillt, jeder Berechnung, da man in dieſem Fall außer den gerechtfertigten militäriſchen Anforderungen auch noch jene Opfer berückſichtigen muß, die zur Hebung des Landes nothwendig ſind, wenn man nur irgend darauf hofft, Sympathien für Oeſterreich und damit eine Garantie der Unterſtützung zu finden.

Wie ein Reich, das in ſeinen alten Provinzen noch die größten Aufgaben zu löſen hat, um dieſe Länder zu entwickeln und concurrenzfähig zu erhalten, wie ein Reich, deſſen beide Hälften trotz aller Anſpannung der Steuern, trotz aller Bereitwilligkeit ſeiner Bürger dieſelben zu leiſten, mit fortwährend ſich ſteigernden Deficiten zu kämpfen haben, den Anſprüchen dieſer neu erworbenen Provinzen genügen ſoll, von denen man, vielleicht zum Glück, nicht einmal wiſſen kann, ob ſie definitiv erworben, ob nicht dereinſt das Mandat, durch das ſie beſetzt,

willkommenen Anlaß zu einem Kriege bietet, ist eine Frage von so furchtbarer und ernster Bedeutung, daß sie jeden Patrioten mit banger Sorge erfüllen muß.

Eine Reihe neuer Steuern ward in den letzten Jahren sowohl in der österreichischen wie in der ungarischen Reichshälfte eingeführt, deren Erträgniß sehr hohe Summen gewährt, ohne daß es trotz dieser Auflagen gelungen das Gleichgewicht im Staatshaushalt, weder diesseits noch jenseits der Leitha, herzustellen. Daß diese Erscheinung weniger ängstlich, als man vermuthen sollte, auf die Gemüther gewirkt, hat seinen Grund darin, daß leichte Geldverhältnisse und guter Credit Oesterreich und Ungarn billige Anlehen zu hohen Cursen gewährten, und daß dadurch die traurige Thatsache, daß es nicht geglückt die Zinsen der Schuld durch die Steuereingänge zu zahlen, dem großen Publikum minder deutlich vor Augen trat. Es ist auch zweifellos, daß die österreichisch-ungarische Monarchie in beiden Hälften ihren Credit verdient, und daß ein großer Theil der negociirten und verausgabten Anlehen zu Investitionen verwandt worden ist, aber anders wird sich die Lage zeigen, wenn Bosnien und die Herzegowina stets neue Opfer verlangen, wenn einmal die friedlichen Aussichten geschwunden, wenn die Monarchie gezwungen wird an ihre Macht zu appelliren und unter kriegerischen Befürchtungen die materiellen Mittel für eine militärische Action sich zu verschaffen.

Die Unmöglichkeit, den mannigfachen und so berechtigten Forderungen materiell zu entsprechen, wirkt lähmend auf alle Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn ein und die culturellen Aufgaben, die in jeder Beziehung zu lösen sind, gestatten sehr häufig gar keinen Aufschub mehr. Unendlich viel ward in der österreichischen Monarchie gethan, aber aus Dem, was

geschehen, ergiebt sich erst was noch zu thun bleibt, und wenn man mit all' dem Nothwendigen und mit dem Wollen das Können vergleicht, so ist das Mißverhältniß auf allen Gebieten unendlich groß.

Freilich harren zwei Steuern der Einführung in Oesterreich, deren Bewilligung vielleicht noch mehr vom moralischen als vom financiellen Standpunkt gegeben ist, die Personaleinkommen- und die Börsensteuer, von denen sich aber heute schon sagen läßt, daß, so dringend und unumgänglich auch deren Inslebentreten, ihr materieller Erfolg höchstens genügen wird das Deficit der normalen Gebahrung, aber gewiß nicht die Ausgaben für Bosnien und die Herzegowina zu decken.

Aus einer früheren Feudal- und Naturalwirthschaft ist die capitalsarme österreichische Monarchie unvermittelt und unerwartet in die freie Concurrenz und die Capitalswirthschaft übergegangen, und es ist die natürliche Folge, daß die Macht des mobilen Capitals sich in Oesterreich-Ungarn in ganz anderer Art zur Geltung bringt, als dies in hochentwickelten Ländern mit altfundirten wirthschaftlichen Verhältnissen der Fall. Wenn nun auch Vieles in dieser Richtung durch die Concurrenz des Capitals besser geworden, so besteht doch immerhin noch eine große Differenz zwischen dem Werth und dem Erträgniß des immobilen Besitzes, zwischen dem Werth und der Entlohnung der Arbeit und dem Gewinn des mobilen Capitals, und es ist naturgemäß, daß, da der immobile Besitz und die Arbeit sehr schwere Lasten in Oesterreich tragen, sich mit voller Berechtigung das Streben äußert, auch das bewegliche Vermögen, das fast steuerfrei in Oesterreich ist, für die sich fortwährend steigernden Bedürfnisse des Staates heranzuziehen.

Die Durchführung der progressiven Personaleinkommensteuer, die, wenn sie auch, allerdings nur in geringem Maße die minderbemittelten Klassen zur Leistung heranzieht, doch vor Allem die großen und speciell die gegenwärtig fast steuerfreien mobilen Vermögen trifft, ist eine Nothwendigkeit, die schon vom Rechtsstandpunkt aus, schon um der socialen Frage entgegenzutreten, in Oesterreich dringend geboten und unaufschiebbar erscheint, und auch die zweite Steuer, die Börsengeschäfte betreffend, ist unbedingt erforderlich in einem Land, wo jede Art der Arbeit besteuert, nur die Bewegung des mobilen Capitals vollkommene Steuerbefreiung genießt. Von diesen beiden Steuern, von einer allgemeinen Hebung der wirthschaftlichen Thätigkeit ist vielleicht die Herstellung des Gleichgewichts im normalen Staatshaushalt von Oesterreich zu erwarten, aber es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, daß es gelingen kann, mit ihrer Hülfe auch die Kosten von Bosnien und der Herzegowina zu decken, ebenso wie es Ungarn unmöglich ist, selbst wenn auch dort das Normalbudget ohne Deficit abschließen würde, seinen Beitrag für die occupirten Provinzen anders als durch Anlehen aufzubringen.

Auf Basis der 200 Millionen, die Bosnien und die Herzegowina bisher gekostet, die die Hälfte der dazu erforderlichen Summen bilden, wäre die Regulirung der Valuta in Oesterreich-Ungarn möglich gewesen, und es ist fast zweifellos, daß die Monarchie mächtiger wäre, hätte sie alle disponibeln Mittel für den Moment einer Action aufsparen können, als sie es trotz der Stellung in Bosnien und der Herzegowina ist, die sie bereits zu so großen materiellen Opfern ge-

nöthigt haben, wie sie kaum ein Krieg drückender und schwerer auflegen kann; auch ist es noch nicht erwiesen, ob die strategische Position in den occupirten Provinzen der Armee wirklich zum Vortheil gereicht, da durch die Kräfte, die sie absorbirt, auch deren Schwächung erfolgen kann.

Vielfach ist in der österreichischen Monarchie die Meinung verbreitet, daß, als Fürst Bismarck dem Grafen Andrassy beim Berliner Congreß seine Hülfe zur Occupation von Bosnien und der Herzegowina lieh, er damit die Absicht verband, Oesterreich-Ungarn stets mehr nach Osten zu drängen, und daß die leitende Idee für ihn, indem er die Monarchie im Orient engagirte und die „Verlegung des Schwerpunkts nach Osten" um einen Schritt förderte, in der Vorbereitung der einstigen Erwerbung der nördlichen österreichischen Provinzen durch Deutschland lag. Diese Anschauung scheint vollkommen falsch, vielmehr ist anzunehmen, daß, als Fürst Bismarck einem Wunsch des Wiener Cabinets entsprach, ihm der Gedanke vorgeschwebt, durch die Unterstützung desselben eine Kräftigung von Oesterreich-Ungarn in seiner Stellung im Orient herbeizuführen und eine Zwingburg für Serbien und Montenegro, ein Gegengewicht gegen Rußland zu schaffen. Daß sich diese Absicht nicht realisirt, ist wohl weit weniger der Occupation als solcher zuzuschreiben als dem Moment in dem, und der Art wie sie ausgeführt, ward, und die Verwaltung, die Oesterreich-Ungarn nach der Besitzergreifung installirt, war nicht darnach angethan, der Monarchie Sympathien zu erwerben und die Fehler vergessen zu machen, die man vor und während der Occupation beging. Daß aber Fürst Bismarck darauf speculirt, österreichische Provinzen für Deutschland zu erwerben und daß er zu diesem

Zweck die Monarchie in der Beſetzung von Bosnien und der Herzegowina unterſtützt, widerſpricht allen Bedingungen, auf denen das deutſche Reich begründet, denen es ſeine Größe und ſeine Macht verdankt, und es hieße das Genie des Mannes, der Deutſchland geſchaffen, verkennen, wollte man in ſeiner Politik einen ſolchen Fehler und einen ſolchen Irrthum für möglich halten.

In unglaublich kurzer Zeit hat ſich das neue Deutſchland gebildet, in dem noch widerſtrebende Intereſſen auszugleichen, tiefgehende Unterſchiede zu ebnen ſind; der gigantiſche Staatsmann, der das Reich begründet, der an der Spitze deſſelben ſteht, deſſen Namen unauflöslich mit der bedeutſamſten Periode der Geſchichte der Neuzeit verknüpft iſt, hat ein Alter erreicht, dem nicht mehr neuer Erwerb, dem die Sicherung des Erworbenen als Ziel vor Augen ſchwebt, indem er ſich wohl bewußt, daß die Schwierigkeiten ſich verzehnfachen müſſen, wenn in Zukunft nicht mehr die Autorität ſeines Namens, die Kraft ſeines Willens ihnen entgegentritt; in ſeinem Alter wird jeder Tag ein koſtbares Gut und die Arbeit, die der deutſche Reichskanzler im Inneren findet, die zur Sicherung des Reiches noch zu bewältigen iſt, ſcheint wohl genügend, um ſelbſt die Kräfte eines ungewöhnlich veranlagten Staatsmannes und eines eiſernen Willens zu untergraben. Das neue Reich iſt begründet und äußerlich fertiggeſtellt, aber ſein innerer Ausbau iſt noch nicht vollendet. Wenn die Rieſenarbeit, die Fürſt Bismarck auf ſich genommen, glücklich zu Ende geführt, wenn die weltgeſchichtliche Aufgabe, die er als ſeine Miſſion betrachtet und zu betrachten berechtigt iſt, wenigſtens in ihren großen Umriſſen gelöſt

werden soll, so darf kein Tag verloren werden, so gehört alle Kraft der inneren Thätigkeit an.

Gebieterisch tritt allüberall die Nothwendigkeit, sich mit der socialen Frage zu beschäftigen, an die leitenden Staatsmänner heran; wie 1789 mit der französischen Revolution die Bourgeoisie ihre Stellung errungen, so fordert ein Jahrhundert später auch der vierte Stand sein Recht; es wäre ein vergebliches Bemühen, sich gleichgültig und taub gegen die Rufe zu stellen, die bereits deutlich vernehmbar, in kürzerer oder längerer Frist gewiß nicht mehr zu überhören sind. Der gewaltige Mann, der an der Spitze des deutschen Reiches steht, dessen weitausschauender Blick die Zukunft erräth, hat die Gefahren erkannt, die von dorther drohen, wenn es nicht vorher gelingt, ihnen die Spitze abzubrechen und durch das, was der Staat bieten kann, eine Bewegung zu beschwören, deren Consequenzen im Fall einer gewaltsamen Lösung geradezu unberechenbar und unabsehbar sind. Nicht nur der Arbeiter tritt mit seinen Forderungen heran, auch über den Bauer und über den kleinen Bürger ist durch die veränderten Verhältnisse und die gestiegenen Bedürfnisse eine schwere Krise gekommen, und die Gerechtigkeit verlangt es zu sagen, daß die Lage des schlecht gezahlten niederen Beamten, der mit seinem kleinen Gehalt den Pflichten seines Standes genügen, seine Integrität erhalten und doch den Lebensunterhalt für seine Familie beschaffen muß, des Beamten, der eine treue und feste Stütze des Staates, fast die prekärste geworden ist. Wenn auch nur einem Theil dieser Ansprüche, die sich auf allen Seiten zeigen, genügt werden soll, wenn man die Gefahren vermeiden will, die die Gesellschaft bedrohen, muß der Staat die Mittel

beſitzen, um wenigſtens den unumgänglichſten Forderungen zu entſprechen, um das ins Leben zu rufen, was die Privaten vollenden können, um das durchzuführen, was die Kraft des Einzelnen überſteigt.

Mit der Vorahnung deſſen, was die Zukunft birgt, mit dem weiten Blick, der ſein Genie begleitet, hat Fürſt Bismark die Gefahr erkannt und, ſoweit ſie überhaupt zu beſchwören, Mittel gegen dieſelbe zu finden geſucht. Die Liberalen im deutſchen Reich thun nicht gut daran, ſich in Widerſpruch zu ihrem Kanzler zu ſetzen, ſie dokumentiren neuerdings, daß ſie ſich doctrinären Principien zu Liebe der praktiſchen Nothwendigkeit verſchließen; ſie nehmen eine Haltung ein, die zum Unglück untrennbar von den liberalen Parteien zu ſein ſcheint; indem ſie ſich auf dieſen Standpunkt ſtellen, arbeiten ſie für ihre Gegner und ruiniren ſich ſelbſt und die Bourgeoiſie. Selbſt wenn dieſer Ruin noch lange verborgen bleiben, noch lange ſich hinziehen kann, er muß und wird eintreten, wenn die liberalen Parteien außer Stande ſind, die Forderungen ihrer Zeit zu verſtehen.

Sehr möglich, ja wahrſcheinlich iſt es, daß ein großer Theil der Vorlagen, die Fürſt Bismarck dem Reichstage gebracht, an Irrthümern leidet und Fehler enthält. Iſt es doch geradezu undenkbar, auf einem noch unvorbereiteten Gebiet Meiſterarbeit zu leiſten und ſofort das Rechte zu finden; aber der wärmſten Berückſichtigung ſind ſie jedenfalls werth, und die Zukunft wird zeigen, wer eigentlich, wenn man ſie ohne Prüfung zu Falle bringt, wenn man nichts Beſſeres an ihre Stelle ſetzt, der Beſchädigte iſt.

Wenn die Nerven eines Menſchen in ganz Europa das

Recht besitzen, angegriffen und irritirt zu sein, so ist dies beim Fürsten Bismarck der Fall, und die deutschen Liberalen, die trotz aller Opposition in ihrem großen Staatsmann den Gründer des Reiches, den genialen Führer in schwerer Zeit, das unfehlbare Orakel auf dem Gebiete der äußeren Politik erblicken, sollten auch dann der gebotenen Rücksicht nicht vergessen, wenn es sich um andere Fragen, als jene handelt, in denen sie willig die Autorität des deutschen Reichskanzlers anerkennen. Mit eiserner Zähigkeit und voller Hingebung, mit Aufopferung all' seiner Kraft verfolgt Fürst Bismarck die Ziele, die er zur inneren Consolidirung des Reiches, zu seiner Sicherstellung anstreben muß, und wenn es ihm nur gelingen sollte, den Weg zu weisen, so läge schon hierin ein großer Erfolg, und auch die Schlußperiode seines Lebens würde den Stempel des Geistes tragen, der für sein Königshaus und für sein Volk, der für sein Land mit seinen letzten Kräften gekämpft und gesiegt. Diese letzte Periode aber käme nicht nur Preußen und dem deutschen Reich, sie käme auch jenen Staaten zu Gute, wo ähnliche Verhältnisse auf diesem Gebiet ein ähnliches Vorgehen gestatten.

Deutschland ist so groß und so stark geworden, daß jeder weitere Erwerb eher eine Schwächung als einen Gewinn bedeutet, denn er würde auf Kosten der Gleichartigkeit erzielt und könnte nur die centrifugalen Elemente verstärken; in Deutschland sind noch so große innere Fragen zu ordnen, daß das Reich, dessen ganzer Charakter aggressiven Actionen widerstrebt, und ohne diese wäre die Erwerbung österreichischer Provinzen doch nicht zu denken, noch Decennien hindurch mit deren Lösung beschäftigt sein wird, und daß, wenn auch das neue Reich gezwungen werden kann, einen

Krieg zu ſeiner Vertheidigung zu führen, jeder Eroberungskrieg von ſelbſt als ausgeſchloſſen zu gelten hat.

Aber ſelbſt dieſe Momente treten zurück vor der Nothwendigkeit, die öſterreichiſche Monarchie zu erhalten wie ſie beſteht, deren Exiſtenz weit mehr für Deutſchland bedeutet, als wenn es dieſem gelingen ſollte, Theile derſelben zu annectiren, und wenn man noch einen Grund hinzufügen will, um zu beweiſen, daß jedes Gelüſte nach öſterreichiſchem Gebiet Deutſchland fern liegen muß, ſo würde man ihn in der Berückſichtigung des Proteſtantismus finden, der die Baſis des preußiſchen Staates bildet, der nicht am wenigſten dazu beigetragen, Preußen zur leitenden Macht in Deutſchland zu erheben und ihm die Kraft zur Erfüllung ſeiner Aufgabe zu gewähren. Das proteſtantiſche Kaiſerthum wird ſtets bedacht ſein, eine proteſtantiſche Majorität der Bevölkerung in Deutſchland zu erhalten, und ſo ſehr daſſelbe ſtreben muß, jede Differenz mit ſeinen katholiſchen Unterthanen zu vermeiden, ſo treu die katholiſchen Einwohner jederzeit zu ihrer Heimath geſtanden, es würde doch eine Veränderung der Grundlagen bedeuten, wäre die Mehrheit der Bevölkerung in Deutſchland zur katholiſchen ſtatt zur proteſtantiſchen Kirche gehörig. Durch den Hinzutritt von Elſaß-Lothringen iſt das Verhältniß zu Gunſten der katholiſchen Confeſſion bereits bedeutend verſchoben worden, durch den Erwerb öſterreichiſcher Länder würde die katholiſche Minorität, die gegenwärtig im deutſchen Reiche ungefähr 36 % beträgt, in eine Majorität verwandelt und damit die Poſition des Hohenzollernſchen Kaiſerhauſes nicht unweſentlich erſchwert. Jener feſte organiſche Zuſammenhang aber, der Preußen befähigt hat, ſein Werk zu vollführen, wäre

zerstört und die Basis verlassen, der die Dynastie Hohenzollern, der das Königreich Preußen nicht zum kleinsten Theil seine Erfolge verdankt.

Vorzüglich aber besteht deshalb für das deutsche Reich die Nothwendigkeit, die österreichisch-ungarische Monarchie mit allen Kräften zu halten, weil sie die einzige Vormauer gegen die panslavistische Bewegung ist, weil, wenn sie zerstört würde, der Panslavismus an den Thoren von Deutschland stünde, weil dasselbe, eingekeilt zwischen Slaven und Romanen, den Kampf für seine Existenz zu fechten gezwungen und auf allen Seiten von Gegnern umgeben wäre. Verliert die österreichische Monarchie von ihrem gegenwärtigen Bestand auch nur noch eine Provinz, so ist zu fürchten, daß sie in Trümmer geht, daß sie überhaupt nicht mehr zu halten ist; denn so eng sind die Theile mit einander verwachsen, so gefährdet das Ganze, wenn sich ein Theil ablöst, so groß die Aspirationen allüberall auf österreichisches Gebiet, daß die Loslösung einer vereinzelten Provinz ohne den Zerfall des Ganzen absolut undenkbar ist.

Daß, wenn die österreichische Monarchie in Trümmer ginge, weite Gebiete derselben in slavische Hände gelangen müßten, und daß ein Gegengewicht gegen diese ganz zweifellose Verstärkung des Panslavismus nicht in der Erwerbung österreichischer Provinzen durch Deutschland zu finden wäre, liegt deshalb zu Tage, weil auch die nördlichen Provinzen von Oesterreich-Ungarn von einer sehr starken slavischen Bevölkerung bewohnt, weil Deutschland, um sich zu sichern, einen so großen Theil der österreichischen Monarchie occupiren müßte, daß dessen Assimilirung Decennien ruhiger Entwickelung beanspruchen würde. Ein Reich aber, das

ſelbſt ſo ſchnell wie Deutſchland entſtand, in dem noch ſo große Unterſchiede auszugleichen, ſo viele Fragen zu löſen ſind, muß einen ſolchen Proceß vermeiden, wenn es nicht in Gefahr gerathen will, ſeinen eigenen Beſitzſtand zu bedrohen und ſeinen eigenen Zuſammenhang zu erſchüttern. Die öſterreichiſche Monarchie mit ihrer ſtarken militäriſchen Macht, mit ihren defenſiven, jeder Offenſivaction abgewandten Zielen, iſt für das deutſche Reich ein viel zu werthvoller Nachbar und Bundesgenoſſe, als daß irgend eine andere Combination, und wäre es auch die Erwerbung öſterreichiſcher Territorien durch Deutſchland ſelbſt, dieſen Factor zu erſetzen vermöchte, und das eigenſte Intereſſe des deutſchen Reiches ſchreibt dieſem vor, Alles zu vermeiden, was eine Schwächung von Oeſterreich-Ungarn bedeutet.

Oeſterreich-Ungarn braucht Deutſchland, wie Deutſchland der öſterreichiſchen Monarchie bedarf, und das gemeinſame Intereſſe zwingt beide, treu zuſammen und zu einander zu ſtehen; die Gemeinſamkeit der Intereſſen aber iſt ein feſteres Band, als Verträge, die heute geſchloſſen und morgen gebrochen werden, wenn ihnen die Baſis der gegenſeitigen Nothwendigkeit fehlt. Die Allianz zwiſchen Oeſterreich-Ungarn und dem deutſchen Reich iſt eine Friedensallianz, begründet zur Erhaltung des Friedens und fern von jeder kriegeriſchen Tendenz; ſie verbürgt aber auch den kriegeriſchen Erfolg, wenn in kürzerer oder längerer Friſt Rußland und Frankreich das deutſche Reich, oder wenn Rußland und ſeine Alliirten die öſterreichiſche Monarchie angreifen würden. Da jedoch dieſer militäriſche Erfolg aller Vorausſicht nach eintreten würde, da auch die Gegner ſo ziemlich im Klaren, daß der vereinigten Macht von Deutſchland und

Oesterreich-Ungarn gegenüber ihre Kraft erlahmt, so bleibt hoffentlich diese Probe auf lange Zeit, wenn möglich für immer, der Welt erspart.

Ein Fall ist denkbar, in welchem die Allianz mit der österreichischen Monarchie ihren Werth für Deutschland verliert, in welchem die Bedingungen, auf denen sie beruht, sich so vollkommen verändern, daß ihre Nothwendigkeit nicht mehr besteht, daß das Interesse an ihr in Deutschland erlischt; da aber jede Allianz auf der Gemeinsamkeit der Interessen basirt und nur so lange Dauer verspricht, als diese Gemeinsamkeit für beide Theile vorhanden, so wäre mit dem Eintreten dieser Eventualität auch das Ende der deutschen Allianz gekommen. Dieser Fall müßte in dem Moment praktisch werden, in dem die österreichische Monarchie ihren Charakter derart verändert, daß das slavische Element in ihr die Herrschaft erhält, daß die Deutschen zurückgedrängt werden und nicht mehr die Macht besitzen, jenen Einfluß auf die auswärtige Politik des Reiches zu üben, der Deutschland die Gewißheit der Unterstützung im Fall eines Krieges mit Rußland und Frankreich verbürgt, so daß für das deutsche Reich die Gefahr entstünde, statt der erwarteten Hülfe in Oesterreich-Ungarn einen unzuverlässigen und zweifelhaften Bundesgenossen zu finden oder dem Angriff eines slavisirten Oesterreich ausgesetzt zu sein.

So lange die Magyaren ihren Einfluß wahren, die ein instinctives Gefühl der Nothwendigkeit der deutschen Allianz für Oesterreich-Ungarn, einen klaren Blick in Fragen der auswärtigen Politik besitzen, so lange die Stellung der Deutschen in Oesterreich behauptet wird, so lange besteht keine Gefahr für die deutsche Allianz; erhält aber das

ſlaviſche Element das Uebergewicht, verwandelt ſich die öſterreichiſche Monarchie in einen ſlaviſchen Staat, dann iſt auch die letzte Stunde der öſterreichiſch-deutſchen Allianz gekommen, denn die Vortheile, die Deutſchland von ihr erwartet, wären geſchwunden und das, was das Bündniß verhüten ſoll, das Vordringen des ſlaviſchen Elements, das doch nur ein Vorpoſten des Panſlavismus wäre, bis an die Grenzen des deutſchen Reiches, würde ſich nicht durch den Einfluß Rußlands und ſeiner Alliirten, ſondern durch die innere Umgeſtaltung von Oeſterreich-Ungarn vollziehen. Die öſterreichiſche Monarchie hat 17 Millionen Slaven und es iſt ein Unding, zu glauben, daß es noch möglich iſt, deren Exiſtenz zu negiren und allen Forderungen derſelben zu widerſtehen; die nationale Bewegung hat eine Kraft und eine Bedeutung in Oeſterreich-Ungarn erlangt, die nicht mehr zurückzudämmen, nicht mehr zu bannen und niederzuwerfen iſt. Ein polyglotter Staat, wie die öſterreichiſche Monarchie, iſt dieſer Aufgabe nicht gewachſen und man wird gut daran thun, ſich mit der Thatſache vertraut zu machen, daß die nationalen Beſtrebungen eine Kraft erlangt, der in Zukunft Rückſicht zu tragen iſt. Die Forderungen der ſlaviſchen Bevölkerung der Monarchie müſſen Beachtung finden, wenn ſie vereinbar mit dem Beſtande des Reiches, wenn ſie nicht den Charakter deſſelben gefährden ſollen, aber auch die Slaven in Oeſterreich dürfen nie und nimmer vergeſſen, daß ſie das Reich und ſich ſelbſt mit den größten Gefahren bedrohen, wenn ſie das deutſche Element verdrängen, wenn ſie deſſen berechtigte Stellung untergraben.

Die römiſch-katholiſche und die proteſtantiſche Kirche haben beide ihre ſtaatenbildende und ſtaatenerhaltende Kraft

bewährt, eine Aufgabe, welche die griechisch-orientalische Kirche bisher noch nicht erfüllt; dokumentiren doch auch die Zustände im russischen Reich, daß unter der katholischen Bevölkerung in Polen und Litthauen, unter den protestantischen Einwohnern der Ostseeprovinzen, die nihilistische Agitation, die Rußland bedroht, keinen Boden für ihre Propaganda gefunden, aber die Idee, eine römisch-katholische slavische Mission dem Slaventhum Rußlands entgegenzustellen, die Idee ein slavisches Oesterreich zwischen dem deutschen Reich und dem slavischen Rußland zu etabliren, ist eine Utopie, die sich nicht realisiren und durchführen läßt; die österreichisch-ungarische Monarchie kann nur bestehen wie sie ist, indem sie allen ihren Völkern eine Heimath bietet, deren Eigenart gewahrt, deren berechtigte Ansprüche erfüllt werden müssen; die Unterschiede aber, die eine verschiedene culturelle Entwickelung geschaffen, die Stellung der Nationen, wie sie die Geschichte selber gebildet hat, lassen sich nicht ignoriren und übersehen, wenn man die österreichische Monarchie erhalten will.

Wird das slavische Uebergewicht, werden die nationalen Forderungen so stark, daß das Deutschthum vor ihnen zurücktreten muß, dann wird die deutsch-österreichische Allianz durch die Veränderungen, die sich in Oesterreich vollziehen, über kurz oder lang ihre Lösung finden, dann aber hat Oesterreich-Ungarn die Perspective, vollkommen isolirt dem panslavistischen Ansturm zu widerstehen und dem russischen Angriff wie den Aspirationen der Nachbarstaaten nur mit seinen eigenen Kräften begegnen zu können, während die österreichische Monarchie im Bund mit dem deutschen Reich

jeder Eventualität gewachsen ist und allen Feinden die Stirn bieten kann.

Die Befürchtung liegt nahe, daß das furchtbare Unglück eines Krieges mit Rußland und seinen Alliirten für Oesterreich-Ungarn nur zu vermeiden ist, wenn das deutsche Reich ihm zur Seite steht, daß aber die isolirte österreichische Monarchie diesem Kampf nicht auszuweichen vermag; ebenso ist anzunehmen, daß Deutschland nur dann einer russisch-französischen Allianz sich gegenübersieht, wenn es ganz auf seine Kräfte angewiesen, mit beiden Gegnern sich schlagen und diesen Krieg allein ausfechten muß; auch die Todfeinde der beiden Reiche werden kaum die verbündete Macht von Deutschland und Oesterreich-Ungarn herausfordern wollen, und die Tragödie des furchtbarsten Kampfes, den vielleicht jemals die Welt gesehen, wird aller Voraussicht nach der Menschheit so lange erspart, als die deutsch-österreichische Allianz nicht nur dem Scheine nach, sondern in Wahrheit besteht.

Der Krieg zwischen Rußland und der österreichischen Monarchie ist keine Naturnothwendigkeit und die Chancen ihn zu vermeiden sind gewiß vorhanden; je geringer aber die Aussichten des Sieges für Rußland sind, um so weniger wird es versuchen sich in ein Wagniß zu stürzen, das ihm vielleicht noch größere Gefahr als seinem Gegner bringt.

Die inneren Schwierigkeiten, die furchtbaren Wirren, welche die Existenz des Czarenreiches bedrohen, lassen gewissen Staatsmännern in Petersburg die slavische Mission als das Ziel und die Rettung von Rußland erscheinen, aber sie vergessen dabei, daß die nihilistische Bewegung in Rußland in jener grauenhaften Form, wie sie sich jetzt zur Geltung bringt, nach dem siegreichen Feldzug gegen die Türken

begonnen hat und von dem Ende des ruſſiſch-türkiſchen Krieges datirt.

Die ſlaviſche Miſſion, die Rußland der Welt verkündet, muß, wenn ſie in der Art demonſtrirt werden ſoll, wie Graf Ignatiew ſie aufzufaſſen ſcheint, den Krieg mit Oeſterreich-Ungarn und Deutſchland zur Folge haben, aber eine andere Auslegung derſelben, der ernſte Willen, Rußland im Inneren zu ſichern und zu conſolidiren, ſtatt in einer auswärtigen Action die Hülfe zu ſuchen, wird noch lange Jahre des Friedens verbürgen, und die Hoffnung wäre in dieſem Fall vorhanden, daß für die jetzt lebende Generation die Prüfung des furchtbarſten Krieges vorüberginge.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ſo hat ganz gewiß ein unglücklicher, wahrſcheinlich auch ein glücklicher Krieg für Rußland die Revolution im Gefolge; aber das Intereſſe aller Dynaſtien an der Erhaltung des Friedens iſt ſolidariſch, und die Regenten ſämmtlicher Staaten ſollten mit allen Kräften darnach ſtreben ihren Ländern den Frieden zu bewahren, da die Conſequenzen eines jeden Krieges, der nicht der inneren Nothwendigkeit entſpringt, der nicht ein Volkskrieg im wahrſten Sinne des Worts, von unberechenbarer Art, beſonders in Bezug auf das innere Leben der Staaten ſind. Die unklare Begeiſterung des Augenblicks für eine unverſtandene ſlaviſche Miſſion wird nicht über die Schwierigkeiten hinweghelfen können, die nach dem Ende des Krieges in Rußland entſtehen.

Auch für die öſterreichiſche Monarchie wäre ein Krieg mit Rußland, von dem man nur ſagen kann, wo er beginnt, nicht wo er aufhören wird, eine entſetzliche, eine furchtbare Calamität, und wenn er vermieden werden kann, wäre es

das höchste Interesse ihn zu vermeiden; die sicherste Garantie gegen denselben aber liegt in der Allianz mit dem deutschen Reich, in einer Allianz, die für beide Alliirte das einzige gegebene und natürliche Bündniß bedeutet und noch lange Jahre den Frieden erhalten mag, dessen alle Staaten Europas bedürfen.

Oesterreich und Ungarn.

Wer Oesterreich und österreichische Verhältnisse gerecht und unbefangen beurtheilen will, darf nie vergessen, daß es unmöglich ist, an diese Monarchie, die ein Unicum unter den Staaten Europas, den Maßstab zu legen, der für andere Reiche und Länder gegeben und denkbar erscheint.

National, culturell und confessionell im Inneren weit mehr verschieden, als irgend ein zweiter europäischer Staat, ist die österreichisch-ungarische Monarchie ebenso Dank ihrer geographischen Lage und ihrer politischen Entwickelung wie Dank den divergirenden Volkselementen, aus denen sie zusammengesetzt, — zugleich in ihren äußeren Beziehungen bei allen Veränderungen, die sich ergeben, in ungleich höherem Grade berührt, als dies bei einem anderen Staate der Fall ist. Wer die Geschichte des Reiches der Habsburger erzählen wollte, wäre genöthigt, die Geschichte aller politischen Veränderungen in Europa zu schreiben, denn wohl keine hat stattgefunden, sei sie religiöser oder politischer Art, ohne ihren mehr oder minder nachhaltigen Einfluß auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse der Monarchie wie auf ihre Position gegenüber den auswärtigen Staaten zu äußern

Unlösbar fast erscheinen die Aufgaben, mit welchen — vielfach vielleicht in Folge der Fehler früherer Perioden — der Regent und die leitenden Minister dieses Reiches in den letzten Decennien zu kämpfen gezwungen; immer schwerer und schwerer wird die Lösung der Probleme, mit denen die Monarchie zu rechnen hat, und was dem oberflächlichen Beobachter nur als das Werk des Augenblicks und als die Forderung des Tages entgegentritt, wird für den ruhigen Beurtheiler zur naturgemäßen Consequenz, die durch vorausgegangene Actionen der inneren und äußeren Politik mit mathematischer Sicherheit sich entwickeln mußte.

Wohl kaum ein österreichischer Monarch oder Staatsmann dürfte zu finden sein — und wäre seine Ueberzeugung die festeste, sein Wille der beste, sein Programm das klarste gewesen —, der nicht in einem schweren Moment seines Lebens in ehrlicher Prüfung sich selbst gefragt, ob nicht auch die Anschauung seiner Gegner eine berechtigte sei; denn solchen Schwierigkeiten gegenüber, wie sie das durch seine innere Zusammensetzung, durch die Verschiedenheit seiner Völker, wie durch seine Lage allüberall engagirte und berührte Reich der Habsburger besiegen soll, wird die Festigkeit der Action, wie des Urtheils erschüttert und selbst der energischeste Wille wissentlich oder unwissentlich beeinflußt. Durch die sich fortwährend bekämpfenden Strömungen, von denen unter dem Einflusse verschiedener Momente bald die eine, bald die andere die mächtigere ist, wird jenes Schwanken, das ganze Perioden der äußeren und inneren Politik charakterisirt, gewiß nicht verzeihlich, aber erklärbar, das nur zu leicht von rein persönlichen Motiven abgeleitet wird, das aber, selbst diese Gründe bis zu einem gewissen Grad zugestanden,

doch seine eigentliche Ursache in jenen widerstrebenden Tendenzen und Interessen hat, die sich in Oesterreich-Ungarn wie in keinem anderen Staat zum Ausdruck bringen.

In einem Briefe vom 22. August 1804, gerichtet an Fürst Metternich, nennt Friedrich von Gentz die habsburgische Monarchie „ein sinkendes Staatswesen" und die Creirung des österreichischen Erbkaiserthums erfüllt ihn mit düsteren Ahnungen für die Zukunft. Mehr aber als sieben Decennien sind seit diesem Ausspruch verflossen, der gewiß nicht isolirt in der Kritik österreichischer Geschichte, ohne daß diese Prophezeiung zur Wahrheit geworden, und wer die heutige Stellung der Monarchie mit jener Periode des Niedergangs vergleicht, die am Anfang dieses Jahrhunderts über Oesterreich hereingebrochen, wird nicht verkennen, daß ein politischer Organismus, der aus so tiefem Verfall neu erstehen und neue Schicksalsschläge ertragen konnte, kein zufälliges Gebilde, sondern ein durch das Gebot der Nothwendigkeit geschaffenes Staatswesen ist.

Der Moment, wo sich aus diesem Reich ein einheitliches Ganzes hätte formen lassen, ist vorüber und war vielleicht vorüber, als jene großen Monarchen, Maria Theresia und Joseph II., den Versuch gewagt, die nationalen Gegensätze durch straffe Centralisation zusammenzufassen und zu amalgamiren; die politische Nothwendigkeit aber, die dieses Reich gegründet, ist geblieben und hat ihre natürliche Macht gezeigt, als unter vernichtenden Schicksalsschlägen die Monarchie ihre Existenzberechtigung durch ihren Fortbestand bewies.

Die großen Schwierigkeiten, welche seit dem Entstehen der österreichischen Monarchie mehr oder minder stets vor-

handen waren, wurden ſpeciell in den drei letzten Jahrzehnten noch durch zwei unglückliche Kriege und deren Folgen vermehrt; aber das bis in ſeine Grundfeſten erſchütterte habsburgiſche Reich war ſelbſt nach den Niederlagen von Solferino und Königgrätz noch ſtark genug, ſeine Stellung zu behaupten und eine paſſive Kraft zu bewähren, welche die Hoffnungen ſeiner Freunde übertraf und die Prophezeiungen ſeiner Gegner zu Nichte machte.

Eine vollkommene Veränderung der politiſchen Poſition hat ſtattgefunden; losgelöſt von alten Beziehungen und Jahrhunderte überdauernden Traditionen, der Attraction zweier an ſeinen Grenzen neugebildeter mächtiger und geeinter Staaten preisgegeben, nicht unberührt von dem Todeskampf des in der Auflöſung begriffenen ottomaniſchen Staatsweſens und ausgeſetzt den mehr oder weniger verhüllten Angriffen ſeines nordiſchen Nachbarreiches, das zur gänzlichen Zerſtörung der Türkei auch der Schwächung von Oeſterreich bedarf, hat dieſe alte Monarchie mit ungeahnter Lebenskraft ihren Uebergang aus der verlorenen in eine neue Poſition vollzogen und ſteht heute ungebrochen und unerſchüttert als der ſprechendſte Beweis ihrer Naturnothwendigkeit und Exiſtenzberechtigung da.

Erwägt man, daß die inneren Differenzen und Gegenſätze nicht gemildert, ſondern durch die in ganz Europa wachgerufene Nationalitätenfrage verſchärft, ja vielfach neu belebt und neu entſtanden ſind, ſo muß man glauben, daß ein Reich, dem ſo ſchwere äußere und innere Prüfungen, ſo große Umwandlungen beſchieden waren, das aber dieſen Proceß, ohne zu Grunde zu gehen, überdauern konnte, auf einer Baſis erbaut ſein muß, die, ſo lange ſie feſtgehalten

und treu behauptet wird, sichere Gewähr auch für die Zukunft bietet.

Worin aber besteht die Naturnothwendigkeit, welche die habsburgische Monarchie erhält?

Eine Reihe der verschiedensten Nationen, keine stark und kräftig genug, die andere zu absorbiren, jede in ihrer Existenz gefährdet, wenn die Machtverhältnisse zu ihren Ungunsten verschoben werden, alle innerhalb der gegebenen Grenzen für ihre Sonderinteressen kämpfend aber gleich interessirt an der Erhaltung und dem Bestand dieses Reiches, das ihnen allein Sicherheit und Gewähr für ihre Zukunft bietet, verbürgt im Innern trotz aller Rivalität die strengste Erfüllung des aus dem Trieb der Selbsterhaltung entspringenden Gebots, mit Aufopferung aller Kräfte die Integrität von Oesterreich zu wahren und zu beschirmen.

Nicht geringer aber als das Interesse der Völker der österreichischen Monarchie an der Erhaltung des Vaterlandes ist das Interesse des ganzen civilisirten Europa an dem Bestande des Donaureiches, das mitten im Herzen des Welttheils gelegen, ein Bindeglied zwischen Occident und Orient, zwischen Süd und Nord, Elemente und Gegensätze in sich vereint und aufgenommen, die, losgelöst von dem vermittelnden Ganzen, der Anziehungskraft der Nachbarstaaten preisgegeben, die gegenwärtigen Machtverhältnisse derart zu alteriren im Stande wären, daß eine unberechenbare Gefahr, eine vollkommene Erschütterung der bestehenden Ordnung aus dem Zerfall von Oesterreich hervorgehen müßte.

In dieser Wechselwirkung von inneren und äußeren Factoren liegt die Naturnothwendigkeit von Oesterreichs Bestand, der allein den Völkern der Monarchie die Möglichkeit

selbständiger Existenz und eigenartiger Entwicklung und den Staaten Europas den Frieden garantirt, der bei einem Zerfall des Reiches auf Jahrzehnte hinaus in Frage gestellt erscheinen und Kämpfe zur Folge haben müßte, deren letzte Consequenz geradezu unberechenbar und unabsehbar ist.

Die von jeder aggressiven Tendenz abgedrängte österreichische Monarchie, deren einzige auswärtige Action auf den Schutz ihrer Grenzen und ihres gegenwärtigen Besitzstandes gerichtet sein kann, deren ganze Zusammensetzung jede Offensive ausschließt, wird nie eine Drohung für Europa, sondern eine Bürgschaft des Friedens sein; als Bindeglied vermittelnd, verhütet sie zugleich die Gefahren, welche aus dem unvermittelten Zusammentreffen nationaler Elemente, die mit divergirenden Interessen sich feindlich gegenüberstehen, naturgemäß erwachsen müßten; gestützt auf eine Macht, die den Erfolg ihrer Action verspricht, schreibt ihr das eigenste Interesse vor, nur defensiv an diese Macht zu appelliren, die selbst getheilt in der Hand eines jeden Nachbarstaates eine unausgesetzte, ja eine nicht zu ertragende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit von ganz Europa wäre.

Erst dann, wenn die Basis, auf der das Reich der Habsburger erbaut, soweit verlassen würde, daß bedeutende und culturell fortgeschrittene Nationen, die gegenwärtig treue und feste Stützen des Staats, nicht mehr an Oesterreichs Bestande interessirt; erst wenn die Monarchie gezwungen wäre, noch über jene Offensivaction, die selbst nur einen Theil der Defensive bildet und lediglich den Zweck der eigenen Sicherheit vor Augen hat, hinauszugehen, beginnt für Oesterreich und seinen Bestand eine wirkliche und nicht zu unterschätzende Gefahr.

Eine große und bedeutsame Veränderung, die den Organismus des Reichs in seinem Innersten berührt, hat die Monarchie an jenem Tage erfahren, an dem der Ausgleich mit Ungarn perfect geworden, an dem der österreichische Kaiserstaat seine Umwandlung in eine österreichisch-ungarische Monarchie vollzog. Auch hier zeigt sich die Wechselwirkung der äußeren zur inneren Politik, denn wie das österreichische Erbkaiserthum als eine Folge des Unglücks der napoleonischen Periode, als ein Ersatz der deutschen Kaiserstellung in's Leben trat, so ward auch unter der Katastrophe von Königgrätz der österreichisch-ungarische Ausgleich, die österreichisch-ungarische Monarchie geboren. Im Anfang dieses Jahrhunderts wie nach dem Ausgang des letzten Krieges war es das naturgemäße Streben und ein Gebot der Nothwendigkeit, statt aufgegebener und nicht mehr haltbarer Positionen eine Stellung zu gewinnen, welche die Sicherheit des Staates gewährleisten und den nach außen verlorenen Einfluß durch die Benutzung der Kraft der eigenen Völker ersetzen konnte, und so repräsentiren sich die organischen Veränderungen, die stattgefunden, nicht als zufällige oder wirkliche Neuerungen, sondern als das Ergebniß der Unmöglichkeit, das Bestehende in unveränderter Form zu erhalten und fortleben zu lassen.

Daß diese Veränderungen überhaupt stattfinden mußten, kann wohl weit weniger einen Gegenstand der Discussion bilden, als ob sie gerade so, wie sie stattgefunden und nicht anders und glücklicher sich vollziehen konnten. Die innere Nothwendigkeit derselben war durch die äußere Politik bedingt, und ebenso wenig als seinerzeit das österreichische Erbkaiserthum als das Werk Einzelner, sondern als eine Consequenz der durch die napoleonische Periode reducirten Macht-

sphäre entstand, ebenso unvermeidlich war nach dem Unglück des Krieges von 1866 der Ausgleich mit Ungarn und nur die Bedingungen, die Ungarn gewährt, die Rechte, die Oesterreich ihm zugestand, überschritten vielleicht noch unter dem Eindruck der letzten Ereignisse jene Grenze, die zur Sicherung der Einheit des Reiches und seiner Actionsfähigkeit wie zur Verhütung der gleichen Aspirationen bei anderen Völkern der vielsprachigen und vielgliederigen Monarchie als unverrückbar festzuhalten ist.

Vor Allem der Moment war den Magyaren günstig, denn nach einer Katastrophe, die das Reich in seinen Grundfesten erschüttert, sah man die letzte Hoffnung in einem Ausgleich mit Ungarn, den Ersatz der verlorenen Stellung nach Außen in der Versöhnung der tonangebenden Nationalität der jenseitigen Reichshälfte. Und noch ein anderer Bundesgenosse kam Ungarn zu Hilfe. Aus jener Periode, in welcher die Opposition und der Kampf gegen das absolutistische Oesterreich genügten, um die Sympathien des liberalen Europa zu gewinnen, war Ungarn die warme Theilnahme geblieben, die unter der Herrschaft des späteren Regime immer mehr und mehr gesteigert ward, und als der ungarische Ausgleich geschlossen, sah man weit weniger den nationalen Erfolg, weit weniger die Belastung von Oesterreich, als man in ihm den Sieg der liberalen Ideen, die Sühne gethanen Unrechts zu finden gewillt war.

Der Dualismus ist durchgeführt und praktisch geworden, aber es war eine nicht geringe Ueberwindung, in einer Periode, in der der Zug der Staatenbildung ein centralistischer, ein einigender ist, in Oesterreich die Nothwendigkeit der dualistischen Gestaltung und damit der Trennung der

Theile zuzugestehen; es war eine nicht geringe Ueberwindung von Seite derjenigen, die siebenzig Procent zu den Lasten des Reiches beizutragen gezwungen, ihre Macht gleichmäßig mit denen zu theilen, welche nur dreißig Procent dieser Pflichten auf sich genommen.

Niemand in Oesterreich hat den Dualismus freudig und sehnsuchtsvoll begrüßt; auch seine besten Anhänger sahen in ihm nur eine Nothwendigkeit, die durch die gegebenen Verhältnisse bedingt, loyal acceptirt, loyal gehalten werden sollte; seine Gegner bekämpften ihn und betrachten ihn jetzt als ein Uebel, mit dem man sich versöhnen und für den Moment wenigstens abfinden und rechnen muß.

Centralisten und Föderalisten wurden durch den Dualismus gleich wenig befriedigt, alle aber haben in gleicher Weise die Hoffnung gehegt, daß seine Schärfen sich mildern, daß seine Härten sich ausgleichen, daß immer mehr und mehr gemeinsame Berührungspunkte entstehen. Diese Hoffnung aber ist seither unerfüllt; denn wenn auch die durch alle Interessen unlösbar verknüpften beiden Theile des Reiches eine Lockerung der Bande, welche die Monarchie vereinigen, hintanzuhalten vermochten, so unterblieb doch andererseits jene gewiß mit Recht erwartete, die Gegensätze ausgleichende Annäherung, ja in Ungarn ist eine Bewegung zu Tage getreten, die je nach der günstigeren oder ungünstigeren Constellation lauter oder leiser die Personalunion, die selbständige Stellung der transleithanischen Reichshälfte, das Aufgeben der gemeinsamen Institutionen verlangt.

Das Wort: „Der Dualismus ist nur noch von Ungarn bedroht", scheint eine Anomalie und ist trotzdem wahr. Wenn die Magyaren über jene Machtsphäre, die gegen-

wärtig erreicht, neuerdings hinausgreifen und ihren Einfluß in einem Maße zur Geltung bringen, der Cisleithanien nicht mehr als gleichberechtigt, sondern als inferior erscheinen läßt, so ist die Gefahr vorhanden, daß der Dualismus überhaupt nicht mehr zu halten und durchzuführen ist. Gewiß nicht von der Krone, die der transleithanischen Reichshälfte jede Rücksicht bewiesen, gewiß nicht von Oesterreich, wo man bei der überwiegenden Majorität der Bevölkerung entschieden gewillt ist, den Dualismus loyal zu halten, droht der dualistischen Staatsform irgend welche Gefahr; nur wenn Ungarn noch über die gewonnene Position hinaus neue Rechte und Vortheile beansprucht, wird der Dualismus unmöglich und sein Aufhören ist nur eine Frage der Zeit. Diese Gefahr aber kann in so lange nicht als ausgeschlossen gelten, als eine gefährliche Großmannssucht eine nicht unbedeutende Partei der ungarischen Legislative und einen großen Theil der magyarischen Bevölkerung beherrscht. Welche Blüthen aber dieser am meisten die ungarischen Interessen schädigende Chauvinismus in seiner Verkennung der wirklichen Verhältnisse und ausschlaggebenden Factoren zuweilen zu Tage fördert, ist schwer zu beschreiben, und wenn man auch in der Beurtheilung magyarischer Reden und Programme nicht jenen Maßstab anlegen darf, der für besonnene und ruhigere Nationen gilt, so läßt sich nicht verkennen, daß eine fort und fort, fast ohne Gegendruck gesteigerte und in die Massen getragene Agitation Erscheinungen hervorrufen kann, die unberechenbar in ihren Folgen, ebenso die Machtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie beeinträchtigen, wie sie speciell für Ungarn die höchste Gefahr involviren, denn von allen Nationalitäten, welche das Reich der Habsburger bewohnen, ist

wohl kaum eine in ihrer Eigenart so sehr bedroht, als gerade der in ganz Europa isolirt und losgelöst stehende magyarische Stamm, für welchen jede Schwächung der Macht von Oesterreich-Ungarn eine Gefährdung der eigenen Existenz und der Zerfall des Reiches den eigenen Ruin bedeuten würde.

Man braucht nicht blind zu sein gegen die Vorzüge des magyarischen Charakters und gegen die großen und liebenswürdigen Seiten der ungarischen Individualität, um doch dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß bald mit fester Hand dem Uebel gesteuert werde, das heute noch besiegbar, sich in bestimmten Grenzen bewegt, das aber zu einer Gefahr heranwachsen kann, die gegenwärtig weder die mit dem Feuer Spielenden, noch auch die leicht verführten Massen ahnen dürften. Wenn diesem Uebel jedoch wirklich und nachhaltig Einhalt geboten werden soll, so darf auch nicht vergessen werden, daß dessen Wurzeln weit tiefer liegen, als man gewöhnlich glaubt, daß die jetzige Situation nur die Folge der politischen und socialen Zustände, die sich in Ungarn herausgebildet, daß eine Remedur nur von einer consequenten, in erster Linie der Hebung interner Verhältnisse und der Verwaltung zugewandten Regierung, gedacht und erwartet werden kann.

Anders, als in andern Ländern, hat sich in Ungarn das politische Leben entwickelt und anders, als in andern Ländern, nimmt die Bevölkerung an diesem Theil. Nicht nur in der legalen Vertretung, im Parlament, auch im Comitat und im Municipium ertönt unausgesetzt die politische Parole des Tages und die autonome Verwaltung trägt sie in alle Kreise und alle Schichten des Volkes hinein. Größer als

in der cisleithanischen Reichshälfte ist in Ungarn der Einfluß des Parlaments, und wenn man von parlamentarischen Einflüssen spricht, möchte man diesen Begriff auf alle jene Corporationen ausdehnen, die, Dank der Autonomie, kleine Parlamente in sich, eine Geltung in Anspruch nehmen, die ihren eigentlichen Wirkungskreis weit übersteigt.

Jedes Comitat und Municipium treibt in Ungarn Politik und statt sich voll und ganz den Fragen zu widmen, die zu ihrem wahren Ressort gehören, werden dieselben zurückgesetzt oder von einem Standpunkte erledigt, der nicht den Gegenstand als solchen, sondern denselben in seinem Zusammenhang mit der Politik des Tages erfaßt.

Diesen Geist aber flößen diese Corporationen auch ihrer Verwaltung ein und statt einen sicheren Schutz, eine feste Phalanx zu bilden, wird die autonome Administration sehr häufig gerade von Denen mißbraucht, welche sich zu Wortführern der politischen Tagesströmung aufgeworfen haben und unter dem Deckmantel politischer Agitation nur ihre eigenen Zwecke verfolgen.

Die Politik, oder vielmehr die Art, wie sie betrieben wird, ist das wahre Unheil der transleithanischen Reichshälfte. Sie beeinträchtigt die Arbeit und hindert die Organisation, sie terrorisirt die Massen und nimmt fort und fort jene Kräfte in Anspruch, die nur im entscheidenden Augenblicke, dann aber auch mit der höchsten Anspannung für den Dienst des Landes eintreten sollen. Wer nur über die unterste Stufe des Wissens hinaus, wirft sich mit ganzer Seele dem politischen Parteitreiben in die Arme, und so entsteht jene ruhelose Agitation, die den Boden der staatlichen Entwicklung unterwühlt, die nie zu befriedigen und

nie zu versöhnen, sich allüberall zur Geltung bringt: im Parlament wie im Comitat, im Municipium und zeitweise auch auf der Straße.

Ein pessimistischer Zug geht, den Parlamentarismus anlangend, durch die gegenwärtige Generation; nicht mehr wie beim Entstehen constitutioneller Einrichtungen, blickt man mit gläubigem Vertrauen auf ihren Erfolg; man urtheilt nüchterner über einstige Ideale, die in der Nähe gesehen, naturgemäß manches von ihrem Glanz und ihrer Reinheit verlieren. Wie man aber auch den Parlamentarismus betrachten mag, wo er über die ihm eingeräumte und ihm gebührende Sphäre hinausgreift, wo er statt einer Tribüne hundert Tribünen beansprucht, wird gewiß nicht das Princip, dem er sein Entstehen verdankt, aber die Art, in der sich sein Wirken äußert, compromittirt und sein Ansehen selbst durch seine Vertreter geschädigt.

Wenn man nicht ohne Grund behauptet, daß der Parlamentarismus in der österreichischen Reichshälfte ein künstlicher ist, dem gegenüber außerparlamentarische Einflüsse sich nicht selten übermächtig zur Geltung bringen, so ist hinwiederum nicht zu verkennen, daß derselbe in Ungarn wahr und echt bis in seine letzten Consequenzen zu Tage tritt, aber wie das absolute Regime, wie das unbeschränkte Königthum dort, wo Zeit und Umstände diese Richtung begünstigen, in falsche Bahnen gedrängt werden kann, so wird auch der Parlamentarismus überall Auswüchse zur Folge haben, wo die politischen und socialen Verhältnisse von einer Krankheit ergriffen sind, ohne daß sich deshalb eine Waffe gegen den Parlamentarismus als solchen oder gegen

das Princip, auf dem derſelbe beruht, aus dieſen begleitenden Momenten ſchmieden läßt.

Weit mehr als in jedem anderen Land bietet in Ungarn das öffentliche Leben die Möglichkeit, jene Ziele zu erreichen, die dem Einzelnen als Wunſch und Zweck vor Augen ſchweben, die er ſehr häufig, unbekümmert um die wahren Intereſſen des Landes, in egoiſtiſcher Tendenz erſtrebt; der Sitz im Parlament bildet das Medium, welches die kühnſten Träume zu realiſiren vermag; um ihn zu erlangen, wird der öffentlichen Meinung geſchmeichelt, werden Verſprechungen gegeben und Hoffnungen erweckt, von denen Niemand beſſer weiß, als der Verſprechende ſelbſt, daß ſie ſich niemals bewahrheiten, daß ſie ſich nie und nimmer erfüllen können.

Das Comitat und das Municipium ſind die Stufenleiter zum Parlament; fort und fort Neues erſtrebend und das Beſtehende bekämpfend, gilt ein jedes Mittel für den Kampf als erlaubt. Heute iſt es die wirthſchaftliche Nothlage, morgen der nationale Chauvinismus, welcher der Agitation als Waffe dient; ununterbrochen tobt der politiſche Kampf und die der Arbeit beſtimmte Kraft wird durch ein ruheloſes Getriebe zerſtört.

Hätte nicht der Abſolutismus ſeine Unmöglichkeit klar und deutlich bewieſen, man müßte bei der Betrachtung des Conſtitutionalismus ſehr häufig irre werden an der Berechtigung deſſelben und ſeinen Segen in Zweifel ziehen; ſind doch die Conſequenzen, die ihn begleiten, zuweilen ſo eigener Art, daß in den Reſultaten derſelben bei einer nur oberflächlichen Prüfung leicht eine gefährliche Waffe gegen den Conſtitutionalismus als ſolchen ſich finden läßt.

Wer aber tiefer und ernſter denkt, wer gerecht und un-

befangen Ursache und Wirkung ins Auge faßt, wird zu der Ueberzeugung gelangen, daß nicht der Constitutionalismus als solcher die Schuld an diesen Verhältnissen trägt, sondern daß eigenartige sociale und wirthschaftliche Momente es sind, die speciell in Ungarn den Parlamentarismus begleiten, die gewiß in noch ganz anderer Art zur Geltung gelangen würden, wenn nicht in der geschickten und festen Action des gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten Koloman Tisza ein Gegengewicht geboten wäre, der trotz der Schwierigkeiten, die seine Vergangenheit ihm bringt, trotz der bosnischen Occupation, die seine Stellung in Ungarn compromittirt, die Regierungspartei rücksichtslos zu disciplíniren und zu gebrauchen verstand, so daß wenigstens auf politischem Gebiet jene Fehler vermieden wurden, welche die unter früheren Regierungen tonangebende Partei in Cisleithanien, die Verfassungspartei, beging, wenn auch die Schäden im socialen und wirthschaftlichen Leben unverändert bestehen und faktisch dieselben geblieben sind trotz der unleugbar großen Erfolge, die Ungarn und sein Finanzminister in jüngster Vergangenheit auf finanziellem Gebiet errungen, die einen Aufschwung der wirthschaftlichen Verhältnisse vermuthen lassen, wie er gewiß erwünscht und erhofft werden darf, wie er aber bis zur Stunde, in solchem Maße wenigstens, noch immer nicht eingetreten ist.

In jedem geordneten constitutionellen Staatswesen sollen die Gebiete der Legislative und Executive streng getrennt nur in jenem organischen Zusammenhang erhalten werden, daß Form und Geist der letzteren durch die erstere geregelt und bestimmt erscheinen, daß aber das innere Räderwerk

der Adminiſtration gleich unbeeinflußt und gleich gewiſſenhaft als ein noli me tangere unter jeder Regierung fortfunctionirt.

Wie aber ſoll dies möglich ſein in einem Land, wo jede wirthſchaftliche und politiſche Frage nur vom Standpunkt des augenblicklichen Erfolges betrachtet wird, wo das Parlament allen Einflüſſen zugänglich dieſe Einflüſſe unausgeſetzt wieder zur Geltung bringt, wo in einer Wechſelwirkung die politiſche Parole des Tages aus dem Municipium und dem Comitat in die Legislative und aus der Legislative in das Comitat und das Municipium getragen wird?

Wie ſoll dies möglich ſein in einem Land, das die weitgehendſte Autonomie beſitzt, in dem jedoch die autonomen Organe gezwungen ſind, in ihrem Wirkungskreiſe alle Rückſicht auf Jene zu nehmen, welchen ſie ihre Stellung verdanken, deren ſie zur Erhaltung derſelben bedürfen; wie ſoll dies möglich ſein in einem Land, wo die Adminiſtration, die in allen Schwankungen des politiſchen Lebens als der unverrückbare Pol der ſtaatlichen Organiſation ſich erweiſen ſoll, den unberechenbarſten Einflüſſen preisgegeben ſehr häufig ſelbſt von Agitatoren geführt oder gezwungen wird, der Agitation derjenigen zu dienen, welche die beſtehende Ordnung verändern wollen.

Es iſt kaum möglich, ſchärfer über ungariſche Verwaltungszuſtände zu urtheilen, als dies anläßlich der vielen Defraudationen, die in der letzten Zeit in Ungarn zu Tage traten, im „Pesti Naplo“ geſchah, in demjenigen Journal, das unter den magyariſch geſchriebenen Blättern in Ungarn den größten Leſerkreis beſitzt.

Um jedoch der Meinung vorzubeugen, daß dieſes Blatt, das allerdings zur Oppoſition gehört, der magyariſirenden

Richtung feindlich, sei nur erwähnt, daß es die Abstimmung des Pester Municipiums, in welchem die Verlängerung der Concession für das bisher bestandene deutsche Theater verweigert ward, bejubelte und mit der Dithyrambe schloß: „Die Bastille der Germanisirung in Ungarn sei gefallen."

„Wie die Zahl der in den Geburtsmatrikeln eingetragenen unehelichen Kinder nur den kleinsten Theil der verbotenen Liebesverhältnisse statistisch nachweist, so bilden auch die entdeckten Veruntreuungen nur einen kleinen Theil der begangenen Mißbräuche. Und wenn sich die Zahl der durch Amtspersonen beim Ministerium, bei der Stadtverwaltung, beim Comitat, bei der Post, bei der Eisenbahn und bei anderen Gelder verwaltenden Aemtern begangenen Defraudationen in so erschreckendem Maße vermehrt, was sollen wir zu dem zweiten Krebsübel unserer Administration und unserer Justiz sagen, zu der überallhin verzweigten Bestechlichkeit, welche so weit geht, daß viele Beamte geradezu erwarten, daß sie für ihr amtliches Einschreiten eine Entlohnung erhalten und die Parteien dazu zwingen, ihnen eine solche zu geben.

„An vielen Orten wird die Bestechung offen betrieben und sie wird von Seite der Beamten wie des daran gewöhnten Publikums als erlaubter Nebenerwerb der Ersteren betrachtet. Viele Beamte in Pest — die Oberbeamten nicht ausgenommen — haben eine regelrechte Clientel, welcher bei Unternehmungen, Lieferungen, Verpachtungen, Offertausschreibungen und Licitationen gegen entsprechende Betheiligung oder Entlohnung jeder erdenkliche Vortheil eingeräumt wird. In den Aemtern gehen besondere Vertrauensmänner ein und aus, welche als Agenten oder Vermittler sans gêne die Bestechungen vollführen.

„Die Polizei ist am wenigsten geeignet, ähnliche Mißbräuche in Erfahrung zu bringen und zu verhindern, in den Ministerien schließt man die Augen und läßt den angenommenen Brauch gelten, daß eine Hand die andere wäscht.

„In der Provinz aber stehen die Dinge nicht um ein Haar besser als in der Hauptstadt. Darum haben die Verwaltung und die Justiz Ungarns einen so traurigen Ruf im Aus- wie im Inlande, darum hat man kein Vertrauen zu einem Staate, dessen Institutionen und Organe so schlecht ihre Pflicht erfüllen."

Soweit Pesti Naplo, und wenn auch sehr Vieles in der vorstehenden Schilderung übertrieben und vom Parteistandpunkte geschildert ist, so ist nicht zu verkennen, daß immerhin Manches der Wahrheit entspricht.

Auch auf dem Gebiete der Schule ist Ungarn noch weit zurück, was einige Ziffern, entnommen einer Brochüre des Grafen Eugen Zichy über das Volksschulwesen, beweisen, die deutlich zeigen, wie wenig das ungarische Volksschulgesetz, obgleich dasselbe nun mehr als ein Decennium in Wirksamkeit, in Wahrheit ausgeführt worden ist.

Nicht weniger als 600,000 schulpflichtige Kinder genießen in Ungarn gar keinen Unterricht. Diejenigen, welche Volksunterricht erhalten, besuchen an vielen Orten die Schule nicht sechs sondern höchstens drei bis vier Jahre; von diesen erhält die Hälfte nur während des Winters den Unterricht, und es hatten im Jahre 1873 300,000, im Jahre 1874 400,000 die Volksschule besuchende Kinder keine Bücher. Von den Schülern, die in den genannten beiden Jahren aus der Schule traten, konnten nur drei Viertheile lesen und

schreiben, ein Viertheil konnte nur lesen. In 212 größern Gemeinden, von denen jede mehr als 5000 Seelen zählt, gibt es heute noch keine Volksschule. Alles in Allem genommen fehlen in Ungarn 7000 Schulen und ein Drittheil der in der Schule verwendeten Lehrer besitzt keine Qualification.

Erst in der letzten Zeit kam im Municipalausschuß der Hauptstadt der traurige Umstand zur Sprache, daß die Zahl der schulpflichtigen, jedoch keine Schule besuchenden Kinder in Budapest noch immer 13,537 betrage, welche Ziffer sich nach den Angaben des Schulinspectors, Sectionsrath Emerich von Bekey als die richtige, gegenüber der Zahl von 3837 erweist, die der Chef des statistischen Bureaus genannt. Bekey nimmt an, daß, was eher zu hoch als zu niedrig gegriffen, von diesen 13,537 Kindern 1500 den häuslichen statt des öffentlichen Unterrichts genießen, aber auch nach Abzug dieser Zahl bleiben noch immer circa 12,000 Kinder, die in der Hauptstadt Budapest vollkommen des Unterrichts entbehren.

Der zehnte kürzlich erschienene officielle Bericht des ungarischen Unterrichtsministeriums zeigt allerdings einen wesentlichen Fortschritt, da nach demselben die Zahl der Volksschulen in den Jahren 1879 und 1880 15,824 mit 21,664 Lehrern und Lehrerinnen betrug. Während im Jahre 1869 nur 6,5% der directen Staatssteuern auf die Erhaltung der Volksschulen verwendet wurden, kosteten dieselben im abgelaufenen Jahrzehnt schon 13,5 %, nämlich 10,057,149 Gulden, zu welchen noch weitere 1,666,315 Gulden vom Reichstage zu Volksbildungszwecken bewilligt wurden, wovon allein auf das Institut der Volksschul-Inspectoren 185,992 Gulden entfallen. Die Zahl der Lehrerbildungsanstalten beträgt 70, an denen 617 Lehrer

wirkten, die Zahl der die Schulen besuchenden Kinder betrug im Jahre 1880 1,619,692, von denen der Nationalität nach waren 787,587 Magyaren, 267,282 Deutsche, 204,953 Rumänen, 253,942 Slovaken, 36,850 Serben, 25,836 Croaten, 43,242 Ruthenen. Die Unterrichtssprache war in 7342 Schulen die magyarische und nur in 867 die deutsche, obgleich der Antheil der Deutschen an der Schule mehr als ein Drittel des Antheils der Magyaren beträgt; in 2756 Schulen war die Unterrichtssprache die rumänische, in 1716 die slovakische, in 245 die serbische, in 68 die croatische, in 393 die ruthenische.

Daß auch auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit, bei einem trotz der Fortschritte noch immer sehr mangelhaften Schulwesen und bei einer Verwaltung, wie sie die Comitate pflegen, welche die größten Gegner der Organisation der Staatspolizei sind, sehr ernste Erscheinungen sich zeigen, ist leicht erklärlich und es wird kaum Wunder nehmen, wenn die Raub- und Mordthaten im Verhältnisse zu den sonstigen Criminalvergehen in Ungarn eine so hohe Ziffer erreichten wie dies in keinem anderen Staate der Fall, was eine jedenfalls verläßliche und vorurtheilslose Quelle, die von der ungarischen Akademie der Wissenschaften preisgekrönte Arbeit des Universitätsprofessors Dr. Konek „Zur Criminalstatistik Ungarns von 1871—1877" beweist.

Nach den tabellarischen Ausweisen Konek's wurden in diesen fünf Jahren jährlich durchschnittlich 10,851 Personen wegen Mordverbrechen, Todschlägen, schwerer körperlicher Verletzungen und 2654 Individuen allein wegen verübter Mordanschläge gerichtlich belangt.

Diese Verbrechen machten in Ungarn im Jahre 1877

44 Percent aller Criminalfälle aus, während Verbrechen dieser Art in demselben Jahre in Oesterreich nur 26 Percent der Criminalfälle bildeten, so zwar, daß die Proportion um nicht weniger als 18 Percent für Ungarn ungünstiger steht. Diese Daten sprechen gewiß deutlich genug und dürften mehr als jede Argumentation beweisen, wie wenig es bisher gelungen, die schweren Schäden zu heilen, von denen noch immer die Entwickelung der östlichen Reichshälfte bedroht wird, wie viel noch zu thun bleibt, um Ungarn die innere Kraft zu geben, deren äußeren Schein es zu erringen gewußt.

Will man auch hierüber eine Zeitungsstimme hören, so mag noch jene Schilderung Aufnahme finden, welche das gelesenste und geachtetste deutsche Blatt in Ungarn, der „Pester Lloyd", im November 1881 bringt: „Die Budapester Blätter bilden seit einiger Zeit eine recht angenehme Lectüre. Hat der Leser im Morgenblatte eine ausführliche Schilderung des neuesten in der Hauptstadt vollbrachten Einbruches empfangen, so gibt man ihm im Abendblatte eine ganze Rubrik von Verbrechen: Raub, Mord, Einbruch, heute wird der Postwagen geplündert, morgen ein Reisender — die kleinen Diebereien zählen gar nicht mehr. Eines Tages werden wir einfach als Gerichtszeitungen zu erscheinen haben, wenn wir das ganze Material bewältigen sollen. Wenn diese Lectüre dem Leser vielleicht widerwärtig ist, so können wir versichern, daß die Pflicht, alles das zu registriren, uns selbst mit Ekel erfüllt und mit tiefer Beschämung. Jawohl, mit tiefer Beschämung. Und wir glauben, daß es keinen Menschen im Lande gibt — außer Jenen, denen es just passirt und die dabei den Kopf einbüßen — wir glauben,

sagen wir, daß es keinen Menschen im Lande gibt, der einigen Sinn hat für das Ansehen des ungarischen Staates, der nicht mit demselben Gefühle der Niedergeschlagenheit und der Beschämung zusieht, wie diese Abruzzenwirthschaft im Herzen Ungarns etablirt wird. Seit Jahren wird an der Verwaltung fort und fort herumreformirt und seit vielen Jahren sind die Sicherheitszustände im Lande nicht so scheußlich gewesen, wie zu dieser Stunde. Bald begehrt das eine, bald das andere Comitat, daß auf seinem Gebiete das Standrecht verkündet werde — die Verbrechen aber sind dadurch keineswegs seltener geworden. Was man schon seit geraumer Zeit nicht gehört hat, es wird wieder von ganzen Räuberbanden gesprochen, die viel trefflicher organisirt zu sein scheinen, als die Gensdarmerie der Comitate und selbst als die Gensdarmerie des Staates."

Unter allen Symptomen aber, welche beweisen, daß die sociale und wirthschaftliche Organisation in Ungarn in einer schweren Krise befindlich, tritt wohl am meisten die agrarische Bewegung hervor, und wer über dem Schein nicht das Wesen vergißt, wird finden, daß gerade das magyarische Element in seinen Besitzverhältnissen in einer Weise alterirt und depossedirt erscheint, daß schon die aus diesem Wechsel sich ergebenden Veränderungen naturgemäß eine Schwächung seiner politischen und materiellen Macht bedeuten.

Es ist eine leider nicht mehr zu verkennende Thatsache, daß der ungarische Grundbesitz deroutirt und insbesondere die Gentry, welche den mittleren Grundbesitz umfaßt, immer mehr und mehr zu Grunde geht, und wer den mit gar keinem anderen Lande zu vergleichenden, geradezu unerhört starken Wechsel des „immobilen" Eigenthums ins Auge faßt

und auf der anderen Seite beurtheilen kann, mit welcher Mühe sich die noch im Besitz Befindlichen in diesem Besitz erhalten, wird sich der Ueberzeugung wohl nicht verschließen, daß dieser rapide Verfall im höchsten Grade gefährlich, doppelt gefährlich in einem Staate erscheinen muß, wo Grund und Boden fast die einzige Quelle des Wohlstandes sind.

Nach den Ausweisen im siebenten Hefte der statistischen Mittheilungen, welche sich mit dem Wechsel im Grundbesitze im Jahre 1877 und mit den in derselben Zeit erfolgten Intabulationen beschäftigen, wurden in Ungarn auf Grund von Verträgen in diesem Jahre in 148,535 Fällen 107,417,535 Gulden auf Liegenschaften grundbücherlich intabulirt, dagegen fanden gleichzeitig 72,785 Executionen in der Höhe von 72,649,991 Gulden statt. Es wurden also im Laufe eines Jahres und in 75,750 Fällen 34,767,544 Gulden neue Schulden eingetragen, um welche Summe sich somit die Last auf Grund und Boden vermehrte, dazu kommen noch 10 Millionen rechtliche Pränotirungen und 20 Millionen im Wege der executiven Intabulation; so hat sich denn die Belastung des Grundwerthes in einem Jahre um rund 65 Millionen vermehrt. Im Jahre 1876 sind 189,249 Liegenschaften in anderen Besitz übergegangen, im Jahre 1877 steigerte sich diese Zahl auf 219,381 Liegenschaften, also um 30,000 mehr.

Der Werth dieser Besitzveränderungen stellte sich im Jahre 1877 auf 186 Millionen, um 15½ Millionen höher als derjenige aus dem vorausgegangenen Jahre. Der Durchschnittswerth der Objecte ist auf 750 Gulden beziffert, woraus hervorgeht, daß nicht blos der Groß- und Mittel-

besitz, sondern auch der Kleingrundbesitz nothleidend ist. Von den erwähnten Uebertragungen erfolgten 50,000 in der Höhe von 57 Millionen im Erbschaftswege, 153,000 in der Höhe von 114 Millionen durch Verkauf und 16,000 im Betrage von 14 Millionen durch Execution.

Es sind ernste und traurige Erscheinungen, auf welche die vorstehenden Zahlen zeigen, die am besten beweisen, wie viel in Ungarn noch zu geschehen hat, um jene Stufe zu erreichen, auf welcher eine Nation erst wahrhaft stark und mächtig ihre Geschicke beherrscht; daß aber nicht nur im Grundbesitz die Verhältnisse ungesund, sondern daß auch andere Berufskreise gefährliche Symptome zeigen, geht deutlich aus den Nachweisen über einen Stand hervor, dessen Thätigkeit gewiß von Segen begleitet ist, wenn derselbe unter sonst normalen Bedingungen einen Bruchtheil der gesammten Bevölkerung repräsentirt, der aber zum Schaden gereichen und auf gefährlicher Grundlage beruhen muß, wenn er in übergroßer Anzahl vorhanden, schon durch diese numerische Vertretung auf krankhafte Zustände schließen läßt. Nach den Ziffern, welche in der unter Vorsitz von Ludwig Horváth im J. 1880 abgehaltenen Juristen-Conferenz zu Budapest bekannt gegeben wurden, hat Ungarn bei einer Bevölkerung von circa 15,600,000 Seelen 4600 Advokaten, während Frankreich nur 2251, Preußen 2161, also beide Länder zusammen mit 62 Millionen nicht ganz so viel Advokaten als Ungarn allein besitzen.

Budapest hat 680 Advokaten, während Berlin zur gleichen Zeit nach der Angabe des Referenten Teleszky nur 132 zählen sollte; dieses Mißverhältniß aber läßt eine große Gefahr erkennen, da kaum ein anderer Beruf geeignet ist, ein so

zahlreiches geistiges Proletariat zu bilden, wie gerade der Advokatenstand, wenn er, wozu ihn die materiellen Verhältnisse zwingen, über seine ursprüngliche Sphäre hinausgreifen muß.

All' diese Ziffern demonstriren aber auch, wie gefährlich jener nationale Chauvinismus, der nicht in der Consolidirung der inneren Verhältnisse, sondern in einer äußerlichen Magyarisirung und in einer ruhelosen politischen Agitation die Mittel gefunden zu haben glaubt, Ungarn die dominirende Stellung zu geben, die es unter einer ihm günstigen Constellation errungen, die es aber nur durch anhaltende culturelle und wirthschaftliche Arbeit zu behaupten vermag.

Es ist ein inniger Contact, der den nationalen Chauvinismus und die politische Agitation mit den wirthschaftlichen und socialen Verhältnissen verbindet. Wer Nichts zu verlieren hat, aber seine Carriere von einer Veränderung der bestehenden Ordnung erwartet, wird zum Agitator oder zum willigen Werkzeug in der Hand geschickter Agitatoren; wer durch das politische Treiben seine Interessen geschädigt, hofft von jedem Wechsel einen Ersatz der verlornen Kraft.

Wo geordnete wirthschaftliche Verhältnisse und mächtige Factoren der Arbeit diesen Bestrebungen ein unübersteigliches Hinderniß bieten, wo ein erzogenes und nüchternes Volk besser die Wege erkennt, auf denen sein Wohlstand gedeiht, ist die Gefahr gering und nur eine Minorität betreibt die Agitation; wo aber ein geistiges Proletariat und eine Masse von Halbgebildeten, unterstützt von jenen zahlreichen Elementen, deren ganze materielle Existenz auf falscher Grundlage beruht, die Politik als Mittel zum Zweck benützen, wo die Masse des Volkes gern der Verführung lauscht und das nationale Temperament leicht den Impulsen des

Augenblicks folgt, ist die letzte Consequenz dieser Bewegung unabsehbar, besonders wenn jener natürliche Schutz des Bestehenden, den eine hochentwickelte und erfolgreiche nationale Arbeit gewährt, der erhaltenden Tendenz als Stütze fehlt.

Es gibt nichts Heiligeres als den Kampf eines Volkes für sein Recht, als die Hintansetzung aller privaten Interessen zu Gunsten des Staates; es gibt kein Streben, das mehr berechtigt, keine Pflicht, die ernster wäre, als die Wahrung der politischen Macht; aber jene opferfreudige Begeisterung, die im großen Moment Alles vergessend nur dem Staate lebt, jene pflichttreue Vertheidigung der nationalen Rechte und freiheitlichen Errungenschaften, die jederzeit wachsamen Auges ihre Schätze bewahrt, ist gewiß hoch erhaben über eine unausgesetzte Agitation, welche die Leidenschaften erregt und unklare Ziele verfolgt, die die Arbeit vernichtet und die Entwickelung bedroht, und ist gewiß nicht zu verwechseln mit jener Propaganda, welche das theuerste Gut eines Volkes, die Begeisterung für seine nationale Idee, für kleine Ziele und Zwecke täglich als Strohfeuer verschwendet. Keine Nation kann über jene Sphäre hinaus, welche ihr durch ihre politische und wirthschaftliche Stärke gebührt, wahrhafte und bleibende Erfolge erzielen, und wenn ein gefährlicher Chauvinismus ihre Action in falsche Bahnen treibt, so entsteht daraus nur die Zersplitterung der wirklich vorhandenen Kraft und statt der Macht wird nur ihr Schatten errungen, dessen Nichtigkeit eine ernste Stunde zum Unglück des Landes zeigt.

Dieser Chauvinismus aber, unterstützt von allen Elementen, die in einer falschen materiellen oder socialen Position von einer Veränderung Vortheil erwarten, beherrscht in

Ungarn das Feld, und statt der vermeintlichen Siege, die er erkämpft, bedroht er die politische und wirthschaftliche Entwickelung und wächst zu einer Gefahr heran, die das innerste Wesen des ungarischen Staates bedroht.

Wo das Streben, die Existenz seiner Nation zu sichern, in rücksichtslose Bedrückung der anderen Nationen übergeht, wo Anderer Rechte verkürzt und mißachtet, wo altbewährte Institutionen zerstört und vernichtet werden, muß über kurz oder lang ein Rückschlag erfolgen und ein Vorgehen sich rächen, das, die natürlichen und unabänderlichen Bestimmungen der Geschichte verkennend, die unumschränkte Suprematie einer Nation zum Gesetz erheben will, ohne daß diese an materieller und intellectueller Kraft die andern Nationalitäten so weit überragt, um eine Herrschaft prätendiren zu können, die vielleicht dem Scheine nach zu erreichen, jedoch nur unter der Voraussetzung jener Vorbedingungen dauernd zu gewinnen und zu behaupten ist.

Seitdem der Ausgleich ins Leben trat, ist die Magyarisirung der transleithanischen Reichshälfte das unverkennbare Streben, das sich allüberall in den magyarischen Kreisen zur Geltung bringt, und selbst die gemäßigtesten Mitglieder der ehemaligen Deákpartei konnten sich dem in dieser Richtung ausgeübten Terrorismus nur schwer und selten entziehen.

Die rücksichtslose Vertreibung der österreichischen Bureaukratie, das Vorgehen gegenüber dem Siebenbürger-Sachsenlande, wo Institutionen, die Jahrhunderte überdauert, zerstört und eine alte Cultur vernichtet ward, die Einziehung der Militärgrenze und der Versuch auch dort die Herrschaft des

Magyarenthums zur Geltung zu bringen, sind wohl Beweise genug für jene Politik, welche die Absicht der gänzlichen Magyarisirung der transleithanischen Reichshälfte nicht nur nicht leugnet, sondern dieselbe demonstrativ auf ihre Fahne geschrieben. Die Einführung der magyarischen Sprache in Schule, Amt und Verkehr, auch dort, wo Niemand derselben mächtig, die Unterdrückung von deutschen Schulen und Bildungsstätten, die Schließung der deutschen Theater in Ungarn, selbst da, wo eine überwiegend deutsche Bevölkerung lebt, die „Purification" der Verkehrsanstalten, sind nur eine Blüthenlese aus der reichen Sammlung der Mittel, mit welchen die Magyarisirung versucht und unternommen, mit welchen sie immer mehr und mehr, wenigstens in ihrer äußeren Erscheinung, zur Durchführung gelangt. Trotz alledem ist aber noch nicht der Beweis erbracht, daß das gegenwärtige System mit seinem gewaltsamen Vorgehen wärmere Sympathien und größere Resultate für die Magyarisirung erzielt, als sie das frühere ungarische Regime mit seiner Achtung der Rechte der andern Nationalitäten zu Tage gefördert, dem sogar in der Revolution des Jahres 1848 die Unterstützung des größten Theiles der Deutschen in Ungarn zur Seite stand, welche in der von den Magyaren behaupteten Position einen Hort ihrer eigenen Rechte und ihrer Freiheit zu finden glaubten.

Gewiß, die äußerliche Magyarisirung in Ungarn hat einen nie geahnten Fortschritt gemacht; Deutsche und Juden wetteifern in dem Bestreben, ihre Namen zu magyarisiren, und selbst in den slavischen Landestheilen wird demonstrativ die Herrschaft des tonangebenden Stammes durch alle äußeren Kennzeichen vor Augen geführt. Ob aber, wenn

die Gefahr der wirklichen Magyarisirung sich nähert, dieselben Elemente, die heute mehr eine harmlose Koketterie als ein Aufgeben der eigenen Nationalität in der Annahme der äußeren Zeichen des Magyarenthums finden, in ihrer jetzigen Haltung beharren, ob sie verlangen werden, eine Weltsprache, die sie mit dem Weltverkehr verbindet, gegen ein Idiom zu tauschen, das nur ein isolirtes Gebiet beherrscht, wird erst die Zukunft zu entscheiden vermögen.

Wer objectiv die Stellung der Magyaren in's Auge faßt, muß zugestehen, daß der Wunsch, das ganze Gebiet der Stephanskrone zu magyarisiren und hiedurch die Assimilirung der anderen, Ungarn bewohnenden Nationalitäten zu erreichen, wenn er in seiner Totalität durchführbar wäre und kein gemeinsames Interesse verletzen würde, vom magyarischen Standpunkt sehr gut zu begreifen und zu erklären ist, ebenso wie naturgemäß mit der Begründung des ungarischen Staates, und einen solchen hat der Dualismus geschaffen, die Suprematie des magyarischen Elements zum Ausdruck gelangen mußte. Eine der Zahl nach kleine und ihrem Ursprung nach vollkommen isolirte Nation, ohne die Möglichkeit, bei einer Verschiebung der gegenwärtigen Besitzverhältnisse sich an einen verwandten und kräftigen Stamm anzuschließen, wird leicht der Versuchung verfallen, auf jenem Gebiet, das ihre Machtsphäre bildet, sich durch die Heranziehung der anderen Bewohner zu ihrer Eigenart in Sprache und Sitte die Unterstützung und Hilfe zu schaffen, die sie anderweitig nicht zu finden vermag, und das Bestreben, statt sieben Millionen fünfzehn Millionen Magyaren als compacte Masse einem Ansturm entgegenzustellen, findet in dem naturgemäßen Wunsch die Kräfte zu heben und bei

dem instinctiven Gefühle der drohenden Gefahr, seine gewiß nicht zurückzuweisende Begründung.

Bei Betrachtung der ungarischen Verhältnisse aber stellt sich die Lage nicht so einfach dar, denn hier kommt weit weniger die Magyarisirung als solche in Betracht, sondern der Charakter, welchen sie angenommen und die Richtung, in der sie sich bewegt. Deutsche und Juden, bei welchen die Magyarisirung wenigstens äußerlich die meisten Erfolge zeigt, waren sogar sehr weit gehenden Aspirationen der Magyaren gegenüber zu jeder Zeit wohlgesinnte und verläßliche Bundesgenossen, und die Stunde der Noth, welche den Angriff von außen bringt, wird sie dem leitenden Stamme sicher zur Seite finden, schon weil das gleiche Interesse sie mit einander verknüpft; Deutsche und Juden aber sehen für Ungarn nur Heil in der Verbindung mit Oesterreich, und eine Magyarisirung, welche ein Zerreißen der Bande, die sie an Cisleithanien fesseln, bezweckt, muß und wird sie zu Gegnern haben, da sie nur von der Zusammengehörigkeit mit Oesterreich eine Abwehr des Angriffs von Außen und die Entwickelung von Ungarn erwarten. Angenommen, daß dem in Ungarn herrschenden Regime auch die Magyarisirung der Rumänen gelingen sollte, so wird dieselbe gewiß bei den mehr als vier Millionen Slaven, die die Länder der Stephanskrone bewohnen, einen entschiedenen Widerstand finden, und die Geschichte der Revolution der Jahre 1848 und 1849 ist noch zu sehr in aller Gedächtniß, als daß es nöthig wäre die Gefahren zu zeigen, die bei einem Kriege, der nur gegen einen slavischen Staat oder dessen Bundesgenossen denkbar ist, fast mit Sicherheit sich ergeben müßten. Die ungarischen Slaven, bisher treue und ergebene Unterthanen der öster-

reichischen Monarchie, niedergedrückt durch eine Magyarisirung, die sie vom Reiche trennt, verletzt durch ein Vorgehen, das ihre Traditionen vernichtet und eine fremde Art ihnen aufzwingen will, würden, wenn nicht die Macht des österreichischen Staatsgedankens sie zum gerechten Kampfe beseelt, sich in nur wenig verläßliche Bundesgenossen verwandeln, falls ihnen als Endziel dieses Krieges nicht der Schutz der gesammten habsburgischen Monarchie, sondern nur die Erhaltung der Integrität von Ungarn und die Sicherung des Magyarenthums vorschweben würden.

Wenn die Magyarisirung der östlichen Reichshälfte keine Oesterreich feindliche Tendenz zum Ausdruck bringt, wenn sie sich nicht in Widerspruch setzt zu den Gefühlen, die einen Theil der Bevölkerung jenseits der Leitha bewegen, berührt sie kein wesentliches Interesse der Monarchie, wird sie nie und nimmer die Grundlagen zerstören, auf denen beide Staaten der Monarchie beruhen; nur wenn die Magyarisirung Zwecke verfolgt, die gegen Oesterreich gerichtet, in gleichem und vielleicht in noch höherem Grade Ungarn als Oesterreich gefährden, wird sie verderbenbringend für beide Theile; dann aber ist auch der Vortheil geschwunden, den man in Ungarn von ihr erwartet, und statt einer Erstarkung des magyarischen Elementes wird sie dessen Schwächung und in naher oder ferner Zukunft dessen Verfall und Ruin zur Folge haben.

Man sollte kaum glauben, daß es nöthig sei, gewisse Elemente und Journale der östlichen Reichshälfte darüber aufzuklären, daß nur im engsten Anschluß an Oesterreich, nur in der treuesten Zusammengehörigkeit Schutz und Hilfe

gefunden und die Integrität von Ungarn erhalten werden kann, daß die Magyarisirung, wenn sie einen Oesterreich feindlichen Charakter trägt, eher die Kräfte gefährdet als sie wirklich erhöht, und daß, wenn selbst die Ausbreitung der Herrschaft des magyarischen Elementes über ganz Transleithanien gelingen sollte, die Zertrümmerung dieser Reichshälfte, falls sie nur locker mit Oesterreich verbunden oder von Oesterreich losgelöst, einfach als eine Frage der Zeit und gewiß nur einer sehr kurzen Zeit zu betrachten wäre. Recht lehrreich sind in dieser Beziehung die Daten über die letzte Volkszählung vom Jahre 1881, wie sie der Chef des statistischen Landesbureaus, Ministerialrath Keleti, zusammengestellt, die, obgleich sie gewiß eher den Magyaren günstig gruppirt, doch eine ernste Warnung enthalten. Keleti beziffert die Gesammtbevölkerung der Länder der Stephanskrone (Ungarn, Siebenbürgen, Fiume mit dem Littorale, Croatien und Slavonien) auf 15,642,178 Seelen; die Zunahme beträgt seit 1870 nur 224,851 Seelen. Der Muttersprache nach gibt es in ganz Ungarn 6,165,088 Magyaren, die Gesammtzunahme des magyarischen Elementes beträgt jedoch gegen das Jahr 1870 nicht ganz 9000 Seelen, zeigt also fast eine vollständige Stagnation trotz der Magyarisirung, die Tausende ins magyarische Lager gezogen, trotzdem die Deutschen bei einer Gesammtzahl von 1,798,373 um 22,000 Seelen abgenommen, so daß sich statt eines Wachsthums bei rigoroser Prüfung eher sogar eine Abnahme des magyarischen Elementes constatiren ließe, da die Vermehrung der Magyaren wahrscheinlich durch den Uebertritt der Deutschen bewirkt worden ist.

Vielleicht um das Verhältniß nicht noch ungünstiger

für die Magyaren zu gestalten, werden 499,054 Kinder angeführt, die noch gar nicht sprechen können. Die Juden rechnen hauptsächlich zur magyarischen, 56 3/10 %, in zweiter Reihe 33 2/10 % zur deutschen Nationalität, nur 1 1/2 % derselben gehören den Wallachen und Serben an.

Aber auch wenn man ganz von der Nationalität abstrahirt und die Gesammtverhältnisse Ungarns ins Auge faßt, sind die Resultate der letzten Volkszählung überaus ernst, wie dies die vortreffliche Arbeit des Professor J. H. Schwicker, „Volksdichtigkeit und Volksabnahme in Ungarn" im Maiheft der „Statistischen Monatschrift" vom Jahre 1882 beweist. Die Bevölkerung von Ungarn ist sowohl in absoluter wie in relativer Hinsicht unzureichend und als Consequenz eines volksarmen Landes tritt deutlich hervor, daß es zugleich ein materiell und culturell armes Land ist. Nach der neuesten Zählung kommen für ganz Ungarn auf eine geographische Quadratmeile durchschnittlich 2658 Seelen oder 48,3 Seelen auf den Quadrat-Kilometer, was gegen das Jahr 1870 allerdings eine relative Zunahme von 38 Seelen auf die Quadratmeile bedeutet. Selbst wenn man diese Vermehrung nicht mit den starkbevölkerten europäischen Ländern, mit Belgien, Holland, England, Deutschland und Italien vergleicht, sondern sie nur mit Oesterreich zusammenhält, so zeigt schon diese Ziffer, um wie viel die Populationsverhältnisse Ungarns ungünstiger erscheinen. In Oesterreich entfallen nach der neuesten Zählung auf eine geographische Quadratmeile durchschnittlich 4063 Seelen, das bedeutet gegen 1870 eine relative Zunahme von 322 Seelen, d. h. das Wachsthum der Bevölkerung in Oesterreich ist verhältnißmäßig neunmal intensiver als in Ungarn. Noch auffälliger

wird aber die ungenügende Volksdichtigkeit in Ungarn, sobald man die einzelnen Theile des Landes untersucht; darnach kommen im eigentlichen Ungarn auf die Quadratmeile allerdings 3370 Seelen, aber Croatien-Slavonien hat nur eine Durchschnittsbevölkerung von 2486, Siebenbürgen eine solche von 2089 Seelen. Wahrhaft bedrohlich aber ist die Thatsache, daß in vielen Theilen des Landes eine Stagnation, ja sogar eine entschieden rückläufige Bewegung eingetreten, wie in dem ohnehin so dünn bevölkerten Siebenbürgen, wo seit 1870 die Einwohnerzahl um 68,855 Seelen oder 3,2 % zurückgegangen, eine Erscheinung, die sich auch im eigentlichen Ungarn, am rechten und linken Theißufer, dann zwischen Maros und Theiß, im Temeser Banat, gerade in dem fruchtbarsten Landstrich zeigt, wo sich die Bevölkerung um 148,847 Seelen oder 2,9 % reducirt, was einen auffallenden Contrast zu der Zunahme der slavischen Einwohnerschaft in Croatien-Slavonien (sammt der einverleibten Militärgrenze) bildet, die sich seit 1870 um 55,207 Seelen oder um 3,1 % vermehrte.

Wenn nun auch gerade die vorgenannten Striche besonders unter dem Wüthen der Choleraepidemie in den Jahren 1872 und 1873 gelitten, die zweifellos vor Allem den Stillstand oder Rückgang der Bevölkerung in Ungarn während des letzten Decenniums verschuldet, so würde es doch Selbsttäuschung sein, diese Epidemie allein verantwortlich machen zu wollen oder sie und die so starke Kindermortalität als einzige Ursachen zu betrachten, die Sterblichkeit bei Kindern, die während des ersten Lebensjahres in anderen europäischen Staaten überhaupt höchstens 40 Procent der Todten beträgt, während sie in Ungarn als „nor-

male Erscheinung" auf 50 Procent und darüber steigt, sondern es steht leider unleugbar fest, daß auch politische und financielle Gründe für die traurigen Resultate der Volkszählung maßgebend sind.

Die Auswanderung nimmt seit den letzten Jahren in Ungarn stets mehr und mehr an Bedeutung zu und hauptsächlich ihr ist es zuzuschreiben, wenn in einigen oberungarischen, südungarischen und siebenbürgischen Landestheilen die Bevölkerung so auffällige Rückgänge zeigt. In Ungarn besteht leider keine ordentliche Aus- und Einwanderungscontrole, aber es ist nicht zu verkennen, daß sowohl die transoceanische Emigration aus Ungarn, als jene nach dem Süden und Südosten eine bisher ganz ungeahnte Höhe erreicht.

Nach den amtlichen statistischen Publicationen des Staatssecretariats des Innern der Vereinigten Staaten wanderten aus Ungarn dahin ein:

im	Jahr	1871	3 Personen
„	„	1872	228 „
„	„	1873	1347 „
„	„	1874	962 „
„	„	1875	776 „
„	„	1876	630 „
„	„	1877	373 „
„	„	1878	646 „
„	„	1879	632 „
„	„	1880	4363 „

Das ergibt 9960 Personen, also innerhalb zehn Jahren die ansehnliche Ziffer von 10,000 Emigranten, oder durchschnitt-

lich 1000 Personen auf das Jahr. Nach dem Jahresbericht der Einwanderungscommission des Staates New-York aber kamen im Jahre 1880 nur im Hafen von New-York 6672 Einwanderer aus Ungarn an, es war also wahrscheinlich die Emigration aus Ungarn weit größer, da viele Auswanderer auch in Boston, Philadelphia, Baltimore, New-Orleans und San-Francisco das Schiff verlassen. Die Zahl der transoceanischen Emigranten aus Ungarn dürfte nach Professor Schwickers Ansicht für das Jahr 1880 allein 8000 betragen, hauptsächlich Slovaken und Ruthenen aus dem Norden, aber auch Deutsche aus dem Westen von Ungarn.

Für das Jahr 1881 dürfte allen Anzeichen nach die Auswanderung nach Amerika keine geringere sein. Sie war noch 1871 gleich Null, in den Jahren des wirthschaftlichen Niederganges hat sie sehr zugenommen und gegenwärtig eine bedeutende Höhe erreicht, aber noch weit stärker als diese Emigration ist diejenige, die sich aus Ungarn nach den Nachbarländern vollzieht. Nach dem Bericht der Kronstädter Handels- und Gewerbekammer wandern jährlich aus dem Szeklerlande Tausende von Magyaren und Rumänen in das benachbarte Rumänien, und wenn auch von diesen, die der Bericht auf 20,000 schätzt, ein großer Theil alljährlich zurückkehrt, so beziffert sich doch der Verlust an dauernd im Ausland Verbleibenden auf mindestens 10,000 Personen per Jahr. Die in der Kornkammer von Ungarn, im Temeser Banat, angesiedelten Bulgaren wandern in das Fürstenthum Bulgarien zurück, die Banater Rumänen suchen sich neue Wohnsitze in der Dobrudscha, während die Serben aus Südungarn entweder in das benachbarte König-

reich Serbien, oder nach Bosnien ziehen, so daß es kaum übertrieben erscheint, wenn man die Zahl der jährlichen Emigranten aus Ungarn gegenwärtig auf 25,000—30,000 schätzt, während die Auswanderung im Jahre 1871 noch fast unbekannt und ohne Bedeutung war.

Gewiß eine ernste und traurige Mahnung, daß außer der politischen Stellung auch noch andere Factoren zu berücksichtigen sind und ein Beweis, daß die Position, die Ungarn errungen, nur durch stetige Arbeit im Inneren zu behaupten und zu erhalten ist.

Mehr als wahrscheinlich, ja sicher ist es, daß Diejenigen, welche in Ungarn mit frevelnder Hand zum Unglück ihres Vaterlandes das Gebäude niederzureißen suchen, das unter schweren Kämpfen errichtet ward, daß Jene, die nicht müde werden, täglich Haß und Verachtung gegen Oesterreich und die gemeinsamen Institutionen zu predigen, nur in einer verschwindenden Minorität an die Wahrheit der Dogmen glauben, die sie vertreten; die Mehrzahl jener Elemente und speciell die Führer derselben sind allein von egoistischen Motiven geleitet, und jene katilinarischen Existenzen, welche Ungarn in weit stärkerer Anzahl als irgend ein anderes Land sein eigen nennt, jene von jeder Neuerung eine Besserung ihrer eigenen Verhältnisse erwartenden Individuen, die in einer zügellosen Presse die Leidenschaften erregen, terrorisiren die Masse der Nation und propagiren eine Bewegung, von der man billig fragen könnte, ob sie eher als eine verbrecherische oder als eine wahnsinnige zu bezeichnen sei.

Nicht die Magyarisirung als solche, sondern daß sie den specifischen Charakter einer Oesterreich feindlichen Tendenz an-

nehmen kann, involvirt die wahre Gefahr, und wenn die Agitation, die unleugbar in letzter Zeit an Kraft verloren, wiederum an Bedeutung gewinnt, wenn diese Agitation jemals Erfolge erzielen sollte, läßt sich mit Gewißheit voraussagen, daß sie Ungarn zu Grunde richtet, daß damit aber auch die Monarchie ihrem Ruin entgegeneilen muß. Wie aber verhält sich die ungarische Regierung gegenüber dieser Agitation?

Der gegenwärtige Ministerpräsident Koloman Tisza, unleugbar eine der bedeutendsten Individualitäten der ganzen Monarchie, ist ein lebendiger Beweis für die Thatsache, wie schwer es ist, im Besitz der Macht jenen Forderungen zu entsprechen, die man als Führer der Opposition zum Ausdruck gebracht, und wenn es eine Vergeltung gibt für eine Opposition als solche, so hat sie der jetzige Leiter der ungarischen Politik in reichem Maße kennen gelernt. Nachdem er rücksichtslos den ersten Ausgleich bekämpft, war Koloman Tisza genöthigt den zweiten durchzuführen; die bosnische Occupation, in Ungarn im höchsten Grade verhaßt, war er gezwungen mit seinem Schilde zu decken; gar manche Forderung, welche die fortgeschrittene Fraction des Parlamentes erhebt, fand einst einen beredten Fürsprecher in dem Parteiführer, der heute als Ministerpräsident mit Energie und Talent, mit glänzender Dialektik die Regierung gegen jene Prätensionen vertheidigt, von denen einige vor nicht langer Zeit einen Theil seines eigenen Programmes bildeten.

Man würde Unrecht thun, dies Vorgehen charakterlos zu nennen; das, was sich jetzt an Tisza zeigt und was sich heute an ihm rächt, ist nur die unabänderliche Logik der

Thatsachen, und wie man auch seine Haltung beurtheilen mag, es würde schwierig, vielleicht unmöglich sein, einen Staatsmann von gleicher Energie und Fähigkeit für jenen Posten zu finden, dessen Besetzung nicht nur eine Frage von außergewöhnlicher Bedeutung für Ungarn, sondern bei der unabweisbar nothwendig gewordenen Consolidirung auch für die Gesammtmonarchie geworden ist. So Vieles in Ungarn zu thun bleibt, immerhin bedeutet das Ministerium Tisza einen culturellen Fortschritt und eine Garantie für die Erhaltung der Grundlagen, auf welchen der Ausgleich basirt. Die ganze Schwierigkeit des Verhältnisses von Oesterreich zu Ungarn dürfte erst hervortreten, wenn ein anderer Ministerpräsident an der Spitze der Regierung der jenseitigen Reichshälfte steht, und jeder Nachfolger Tiszas würde einen unendlich schweren Stand haben, wenn er nur halbwegs die Aufgaben lösen soll, deren Durchführung dem bedeutenden Staatsmann, der fast unentbehrlich geworden, gelungen.

Es ist hohe Zeit, daß die Verhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn jene Stabilität erlangen, die sie unabhängig von einem eventuellen, hoffentlich erst in ferner Zeit eintretenden, einmal aber doch unumgänglichen Personenwechsel macht, jene Stabilität, die zur Sicherung des Ausgleichs, zur Heilung der vorhandenen administrativen, socialen und wirthschaftlichen Schäden absolut erforderlich und unaufschiebbar ist. Man muß der Hoffnung vertrauen, daß die durch die letzten Wahlen gewonnene Majorität der Regierung die Möglichkeit gibt, das Werk der inneren Organisation mit fester Hand in Angriff zu nehmen, man muß der Hoffnung vertrauen, daß in Zukunft die Erneuerung des Ausgleichs zwischen den beiden Reichshälften kein Kampf auf

Leben und Tod, sondern einfach eine Prolongation bestehender Verträge sein wird.

Wer in Ungarn regiert, steht für Oesterreich und alle politischen Factoren, die an der Erhaltung der Monarchie ein wahres Interesse haben, vollkommen in zweiter Reihe; daß aber die Regierung eine solche sei, die kräftig genug eine Trennung der Bande, die beide Theile des Reiches vereinen, hintanzuhalten, daß sie statt neue Differenzen und Gegensätze erstehen zu lassen, deren Verminderung erreiche, ist eine Bedingung, an deren Erfüllung nicht nur Oesterreich und Ungarn, sondern alle diejenigen betheiligt erscheinen, die bei vielleicht bevorstehenden Complicationen auf die volle Kraft der Gesammtmonarchie zu rechnen gewillt sind. Der Moment, daß Oesterreich in Ungarn regiert, ist längst und unwiderruflich vorüber, aber daß überhaupt regiert werde in Ungarn, ist eine Lebensfrage der Monarchie und von höchster Bedeutung für Jene, die in dem Bestand und der Kräftigung des Reiches die Sicherung ihrer eigenen politischen Interessen zu finden glauben.

Nur eine ungarische Regierung ist in der östlichen Reichshälfte denkbar und möglich, und fern liegt und muß der Gedanke liegen, daß, so lange nicht Ungarn selbst die bisher eingenommene Position verläßt, eine Veränderung der durch den Ausgleich gewonnenen Grundlagen in Aussicht genommen werden kann; daß aber die ungarische Regierung zur Sicherung des Ausgleiches die Aufgabe erfülle, die ihrer harrt, ist keine interne Angelegenheit, die allein nur Transleithanien berührt, sondern eine Frage von weitgehender Bedeutung, und daß die Majorität, die das Ministerium Tisza durch die Wahlen gewonnen, eine Regierung und dieser Regierung Regieren

und Verwalten ermöglicht, ist ein Wunsch, dessen Berechtigung von keiner Seite zu leugnen ist.

Wer ängstlich jede Stimme zählen und fortwährend mit der Majorität im Parlament zu rechnen gezwungen, wer eine Regierungspartei um jeden Preis sich schaffen und erhalten muß, der kann nicht heikel sein in der Wahl der Mittel, und wie der Puritaner Guizot einst die Parole ausgegeben „enrichissez vous", so sah sich der persönlich vollkommen intacte und streng denkende Calviner Tisza genöthigt, Uebelstände zu dulden und fortbestehen zu lassen, die vielleicht als ererbte, doch jedenfalls als traurige Eigenthümlichkeiten des Königreichs Ungarn zu betrachten sind. Personen wurden berufen und verwandt, die sein Regime compromittiren, und ein stets nur auf den Erfolg des Augenblicks berechnetes System ward installirt, das corrumpirend das öffentliche Leben durchdringt und ebenso die sociale Moral wie die staatliche Organisation bedroht.

Ist die Consolidirung der inneren Verhältnisse, die Besiegung jener Elemente, welche die jetzigen verfassungsmäßigen Grundlagen der Monarchie gefährden, durch Koloman Tisza möglich, gelingt es ihm, eine Reform der Verwaltung zu inauguriren, ohne welche das wirkliche Gedeihen von Ungarn undenkbar ist, so wird weit über die Grenzen der Monarchie hinaus dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten die Anerkennung gebühren, auf welche in diesem Fall der unleugbar hochbegabte Staatsmann ein unanfechtbares Recht besitzt; bleibt diese Aufgabe ungelöst, so ist eine Gefahr vorhanden, die jeden Augenblick imminent werden kann und unberechenbare Consequenzen in sich birgt.

Die Stellung des ungarischen Ministerpräsidenten, wenn

er nur irgend vom Parlament getragen wird, involvirt eine Macht, welche diejenige des Ministerpräsidenten der österreichischen Reichshälfte weit übersteigt, und Koloman Tisza dürfte der letzte sein, der diese Machtsphäre einengen läßt. Während in Cisleithanien der Wunsch der Krone sich häufig in entscheidender Weise, nicht selten stärker als der parlamentarische Einfluß zur Geltung bringt, ähnelt die Stellung der Dynastie in Ungarn weit mehr der Position englischer Regenten, und das persönliche Regime tritt fast gänzlich zurück. Deshalb ist auch die Verantwortlichkeit des ungarischen Ministerpräsidenten unendlich groß und dieselbe ist vor Allem ins Auge zu fassen, wenn man das enorme Anwachsen der „äußersten Linken" seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Ministerpräsidenten und die unter seinem Regime rücksichtslos geübte Magyarisirung beurtheilen will. Man würde vollkommen irre gehen, wollte man sich unter der äußersten Linken in Ungarn etwa ultraradikale Socialisten oder blutrothe Demokraten denken, zu welcher Annahme den Fernerstehenden die von Zeit zu Zeit seitens dieser Fraction angeregten Debatten über die Zulässigkeit des Königsmordes oder über stammverwandte Themata veranlassen könnten; wie sich überall in Transleithanien ein aristokratischer und conservativer Zug vom Magnaten bis zum Bauernstand, und gerade dort in der hervorragendsten Weise, zur Geltung bringt, der socialdemokratische und republikanische Tendenzen zurückweisen würde, so hat auch eine radikale Richtung dort keinen Boden, und in dieser Beziehung ist die Agitation der äußersten Linken sehr ungefährlich und fast mehr komisch als tragisch zu nehmen. In hohem Grade ernst aber ist dieselbe in Bezug auf das

Verhältniß zu Oesterreich, das sie von Grund aus ändern und umgestalten will, und wenn ihr Programm je vollkommen zur Wahrheit würde, so wäre dies gleichbedeutend mit der Losreißung von Ungarn und mit dem Zerfall der habsburgischen Monarchie.

Diese „äußerste Linke" ist unter dem klar denkenden und rücksichtslos energischen Ministerpräsidenten Koloman Tisza in so bedeutendem Maße gewachsen und mit so viel Schonung behandelt worden, daß, wollte man schon annehmen, daß die Verhütung der ersteren Eventualität außer der Machtsphäre der Regierung liegt, für das letztere Vorgehen kaum eine Erklärung zu finden ist, denn so harmlos kann man dieselbe doch kaum betrachten, daß die Anzahl ihrer Mitglieder und die Haltung der Regierung ihr gegenüber vollkommen indifferent und gleichgültig wäre.

Vielleicht daß Tisza seine nach den verschiedensten Richtungen in Anspruch genommene Kraft, die sich unter den größten politischen Schwierigkeiten zersplittern mußte, einmal voll und ganz im gegebenen Moment der Bekämpfung der „äußersten Linken" zuwenden wird, vielleicht daß er glaubt, was unter ungarischen Verhältnissen gewiß nicht unmöglich, daß dieselbe wie sie rapid Anhänger gewonnen, auch eben so schnell diese wieder verliert; ist es ja doch unleugbar, daß seit dem Ausfall der letzten Wahlen eine Beruhigung in Ungarn eingetreten und daß, wenn man das klare und consequente Regime der östlichen Reichshälfte betrachtet, dies sich vortheilhaft von der Unberechenbarkeit unterscheidet, die sich in Cisleithanien zur Geltung bringt. Immerhin bleibt die „äußerste Linke" und ihr Anhang in Ungarn eine ernste Gefahr, die der vollen Aufmerksamkeit

der Regierung bedarf, weniger gefährlich durch das gewissenlose Treiben des relativ geringen Häufleins von exaltirten Agitatoren, als durch die moralische Feigheit und Indolenz jener weit überwiegenden einsichtigen Majorität, die ihrer heiligsten Pflichten vergessend, sich dem Terrorismus dieser Elemente beugt.

Einen starken und mächtigen Schutz hat aber auch die rücksichtslose Magyarisirung an Tisza gefunden, und der ungarische Ministerpräsident hat sie auch dort nicht bekämpft, wo sie direct oder indirect in Anderer Rechte griff und einen Oesterreich feindlichen Charakter trug. Für diese Haltung wäre nur eine Erklärung möglich, daß Koloman Tisza den Fall einer Zertrümmerung der österreichischen Monarchie, die Sprengung des gegenwärtigen Verbandes derselben nicht für ausgeschlossen erachtet und daß er bis zu diesem Moment das magyarische Element so stark und gefestigt, seine Machtsphäre so ausgedehnt als möglich hinstellen will, so daß aus dem zerfallenden habsburgischen Reich in der östlichen Hälfte desselben noch die Selbständigkeit des Magyarenthums und ein selbständiges Magyarien hervorgehen könnte. Bleibt die habsburgische Monarchie bestehen, so wird ein starkes Ungarn stets den höchsten Einfluß besitzen, zerfiele das Reich, so wäre wenigstens das magyarische Element und seine Zukunft gerettet.

Ob diese Argumentation ihre Berechtigung hat, wird erst die Geschichte entscheiden; möglich daß aus der Zertrümmerung von Oesterreich, die nur durch einen furchtbaren Krieg eintreten kann, ein selbständiges Ungarn entsteht; wie lange dieses Ungarn, selbst wenn die vollkommene Magyarisirung des jetzigen Gebietes der Stephanskrone gelingt, sich

ohne Oesterreich des Ansturms der slavischen Bewegung erwehren kann, wie lange dasselbe bestehen wird, ist eine zweite Frage, und die Antwort der Weltgeschichte dürfte vernichtend für Ungarn lauten.

Es ist ein Bild voll von Gegensätzen das Ungarn bietet: klare und energische Haltung in allen großen politischen Fragen, praktische und consequente Ausnützung jener Momente, die Ungarn heilsam und förderlich sind; einiges und festes Zusammenstehen, wo es sich um nationale Interessen, um wirklich bedeutende Dinge handelt; eifersüchtige Wahrung der parlamentarischen Rechte, so daß man billig behaupten kann, daß der Constitutionalismus in Ungarn auch eine nicht zu unterschätzende Garantie für die Verfassung in Oesterreich ist.

Rechnet man zu diesen gewiß nicht genug anzuerkennenden Seiten jene Sympathie, welche die magyarische Individualität fast immer weckt, so werden die Erfolge erklärlich, die Ungarn errungen, die es auch unter der Ungunst der Zeiten sich zu bewahren verstand. Aber daneben eine Verwaltung, die tief unter dem Niveau, auf welchem sich die Administration eines Culturstaates bewegen soll, und eine Reihe socialer und wirthschaftlicher Erscheinungen, die zum ernstesten Nachdenken herausfordern und mit Recht den Zweifel aufkommen lassen, ob das Wesen dem Scheine, ob die wirklich vorhandene Kraft den Anforderungen entspricht; daneben ein Chauvinismus, der das Nächstliegende übersieht, der unausgleichbare Conflicte hervorrufen und ebenso Ungarn wie die Gesammtmonarchie gefährden kann. Im österreichischen Interesse liegt ein starkes Ungarn, denn die Stärke von Ungarn ist ein gewichtiger Theil der gemein-

samen Macht; an der Kräftigung und Gesundung von Ungarn sind aber auch alle jene Factoren interessirt, welche die Monarchie in ihren politischen Calcul aufgenommen, die mit ihr bei jenen großen Fragen, die eine nähere oder fernere Zukunft bringen wird, zu rechnen haben.

Wenn jeder neue Ausgleich neue Forderungen schafft, wenn jedes Decennium den Kampf um die Grundlagen des Reiches erneuert, wird die Monarchie in ihren Existenzbedingungen gefährdet; Oesterreich braucht Ungarn, wie Ungarn Oesterreich bedarf, und wenn die zum Durchbruch gekommene slavische Bewegung, in deren Weiterschreiten kürzere oder längere Pausen denkbar sind, die aber unaufhaltsam mehr oder minder sichtbar fortschreiten wird, nicht das magyarische Element vernichten soll, werden die Magyaren das Ihrige beizutragen haben, um Oesterreich zu kräftigen und damit sich selbst und die Gesammtmonarchie vor drohenden Eventualitäten zu schützen.

Ungarns Blüthe ist Oesterreichs Macht, seine wirthschaftliche Entwickelung, seine innere Consolidirung bilden die Voraussetzung der Stärke des Reiches, und wer in Ungarn Oesterreich zu schwächen sucht, arbeitet zugleich selbstmörderisch an der Zerstörung des engeren Vaterlandes.

Der Parlamentarismus in Oesterreich.

Nicht ohne Grund behauptet man, daß unsere Zeit an positivem Glauben verloren, nur der Glauben an die Wundermacht parlamentarischer Institutionen scheint ihr geblieben, und wenn auch bange Zweifel zuweilen an dieser Erkenntniß nagen, wenn auch eine pessimistische Erwägung hin und wieder zur Geltung kömmt und jene unbedingte Gläubigkeit geschwunden ist, die den Parlamentarismus als gleichbedeutend mit der Errettung, als die Erlösung von allem Uebel zu betrachten gewohnt, so wird doch derselbe noch immer als bestes Remedium empfohlen, sobald die bestehende staatliche Organisation erschüttert, so oft das Vorhandene nicht mehr genügt und das Vertrauen der Völker neu gekräftigt und neu belebt werden muß.

Wenn irgendwo darf man in Oesterreich-Ungarn fragen, ob denn in dieser Monarchie mit ihren verschiedenen Nationen von so ungleicher Bildung und Cultur der Parlamentarismus wirklich die rechte, die durch die Verhältnisse bedingte Staatsform ist, und wenn man hierauf gewissenhaft antworten will, wird man zu der Ueberzeugung gelangen, daß er ursprünglich vielleicht entbehrlich, aber gegenwärtig die einzig gegebene und mögliche Grundlage ist.

Der Absolutismus, wie er in Oesterreich gehandhabt

ward, hat die Nothwendigkeit parlamentarischer Institutionen begründet, und wenn auch der Zug der Zeit von selbst auf verfassungsmäßige Bahnen wies, so hat doch erst die Erfolglosigkeit des absoluten Regime, die Niederlage, welche die äußere Politik desselben erlitt, und der dadurch herbeigeführte Zusammenbruch im Innern eine Lage geschaffen, als deren unausweichliche Consequenz die Gewährung constitutioneller Einrichtungen früher oder später eintreten mußte.

Wäre der Absolutismus in Oesterreich jener aufgeklärte, seiner Ziele bewußte Absolutismus gewesen, der die großen Aufgaben des Staates erfaßt, wahrscheinlich, daß die Entwickelung des Reiches sich anders vollzogen hätte als sie sich später herausgebildet hat; aber die Vernachlässigung aller geistigen und materiellen Interessen, jene Mißwirthschaft in den Finanzen, die das absolutistische Oesterreich befolgt, konnten nur ein Fiasco erzeugen, das bei der Unklarheit und Unsicherheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik gerade in dem Augenblick sich einstellen mußte, als die Monarchie von einem äußeren Feinde bedroht, an ihre gesammte Kraft zu appelliren gezwungen war.

Zwei große Vortheile hat aber selbst der unglücklich angewandte Absolutismus dem Reiche gebracht, eine Centralgewalt, so stark als sie unter österreichischen Verhältnissen überhaupt möglich war und die Germanisirung insoweit, daß das deutsche Element und seine Sprache als das verbindende Medium der ganzen Monarchie erschien, und wenn man das „Einst" und „Jetzt" vergleicht, kann man der Ueberzeugung sich nicht verschließen, daß der Absolutismus in Oesterreich der einzig wirkliche und wahre Germanisator war. Diese Germanisirung, als deren Pioniere und Träger

nicht gerade selten auch Tschechen fungirten, darf nur so verstanden werden, daß die deutsche Sprache allüberall als Sprache der Regierung zur Geltung kam, daß sie sorgfältige Berücksichtigung in den Schulen fand; aber schon dies war für das Reich ein großer Erfolg, denn so wenig den Machthabern der absolutistischen Periode in Oesterreich daran gelegen, deutschen Geist und deutsche Bildung ihrer selbst willen zu pflegen, so wenig sie verstanden, ihrer Germanisirung die Attribute hinzuzufügen, welche die anderen Völker der Monarchie mit ihr zu versöhnen vermocht, so war doch der Einfluß deutscher Sprache und Cultur bedeutend genug, um selbst dort noch Boden zu fassen, wo Alles geschah, sie unpopulär und aufgezwungen erscheinen zu lassen.

Durch ihre Bestrebungen, ein einheitliches Staatsgebilde zu gewinnen, wurden die leitenden Persönlichkeiten der absolutistischen Periode unwillkürlich gezwungen, für deutsche Sprache und deutsche Erziehung in Oesterreich zu wirken, und wenn auch der Absolutismus in seiner ungeschicktesten Form unmöglich Sympathieen für eine Germanisirung wachrufen konnte, die in den nichtdeutschen Ländern als gleichbedeutend mit der Unterdrückung betrachtet ward, ohne auf Seite der Deutschen Begeisterung zu wecken, so wurden doch immerhin Erfolge erzielt, die selbst die so starke nationale Bewegung der Gegenwart noch nicht vollkommen zu verwischen vermocht hat.

Hätte der Absolutismus in Oesterreich seine Aufgabe verstanden, wäre eine freiere Entwicklung des geistigen Lebens möglich gewesen, hätten die materiellen Interessen die Pflege gefunden, die ihnen nothwendig und unentbehrlich ist und

vor Allem die Leitung der äußeren Politik den Anforderungen entsprochen, vielleicht daß das absolutistische Regime ganz andere Resultate hervorgebracht und eine andere Beurtheilung erfahren hätte, als sie nach seiner selbstverschuldeten Niederlage ihm später zu Theil geworden ist; aber wenn man jetzt auch unwiderlegbar beweisen würde und könnte, daß die österreichisch-ungarische Monarchie eine andere als die absolutistische Regierungsform gar nicht zu ertragen vermag, daß diese sicher am besten den eigenartigen Verhältnissen des Kaiserstaates entspricht, so würde es doch vollkommen unmöglich sein, die Grundbedingungen für ihre Errichtung zu finden, und es gilt mit der Thatsache zu rechnen, daß sowohl die Periode des Absolutismus, wie er gehandhabt ward als jene des aufgeklärten Absolutismus, wie man ihn hätte handhaben sollen, für Oesterreich-Ungarn auf immer und unwiderruflich vorüber ist.

Ganz abgesehen davon, daß es weit schwieriger und gefahrvoller einmal zugestandene Rechte zurückzunehmen, als deren Gewährung überhaupt zu verweigern, bietet schon die Stellung der ungarischen Reichshälfte derartigen Tendenzen ein kaum zu bewältigendes Hinderniß dar, ebenso wie die Finanzlage der Monarchie, deren Schuld zum größten Theile im Auslande ist, jede Veränderung, die ein Aufhören der parlamentarischen Controlle bedingt, geradezu undurchführbar erscheinen läßt, da sie das Reich mit unberechenbaren Consequenzen bedrohen müßte. Würden aber selbst diese Hindernisse nicht bestehen, würde der Geist der Zeit nicht Bestrebungen widersprechen, die dem Parlamentarismus feindlich sind, so fehlen doch vor Allem jene Factoren, mit deren Hülfe allein eine derartige Veränderung gedacht werden kann;

es fehlen die Männer, die durch die Bedeutung ihrer Namen, durch das Vertrauen, das die Bevölkerung ihnen entgegenbringt, die constitutionellen Einrichtungen wenigstens für den Moment zu ersetzen vermögen, es fehlt die Unterstützung eines nur irgendwie ins Gewicht fallenden Bruchtheiles der gesammten Population, und es fehlt gegenüber einer inneren Action die dazu nothwendige Stimmung in der Armee, die gewiß jederzeit dem gegebenen Befehle gehorchen, aber gewiß nicht freudig dazu beitragen würde, die Macht des Absolutismus neu zu errichten. Vor Allem aber fehlt der entscheidende Wille des Trägers der Krone, der, wie schwer sich auch der parlamentarische Apparat in Oesterreich handhaben läßt, doch niemals die Pflichten vergißt, die er als constitutioneller Monarch übernommen, und dieser letztere Grund allein läßt jede Betrachtung müßig erscheinen, welche sich mit der Erwägung befaßt, ob der Absolutismus in der österreichischen Monarchie überhaupt noch denkbar und möglich ist; seine Zeit und die Bedingungen, die ihn getragen, sind heute vorüber, und nur noch die Frage kann ein Interesse haben, was er geschaffen und, was er, richtig verstanden und richtig benutzt, zu leisten vermocht.

Aus dem Zusammensturz des absolutistischen Systems erhob sich der Parlamentarismus, der die Wunden heilen sollte, die eine alle Interessen vernachlässigende, dabei nicht einmal consequente Regierung dem Reiche geschlagen, ein Parlamentarismus, der in der polyglotten österreichischen Monarchie gerade in dem Moment ins Leben trat, als die mächtig gewordene Nationalitätenfrage eben ihre ersten Siege errungen hatte.

Faßt man die constitutionelle Staatsform im allge-

meinen ins Auge, so muß man gestehen, daß die positiven Resultate, die sie aus eigener Initiative erzielt, von geringerer Bedeutung sind; ihr hauptsächlicher Werth liegt in dem, was sie verhütet, und zwar wiederum nicht in dem, was sie durch positive Thaten zu verhüten vermag, sondern in dem, was überhaupt unterlassen wird, weil sie zu Recht besteht und ihre Rechte wahrt.

Das Verdienst, Vieles hintangehalten zu haben, darf auch der Parlamentarismus in Oesterreich in Anspruch nehmen; aber verschieden von anderen Ländern hat er auch Vieles ins Leben gerufen und mächtig gefördert, und zwar nicht nur auf dem Felde der Legislative, obgleich er auch dort so zahlreiche Gesetze geschaffen, daß ihre Durchführung unter Verhältnissen, wie sie in Oesterreich sind, nicht ohne große Schwierigkeit möglich war. Vor Allem auf nationalem Gebiet, wo er der ursprünglich schwächeren Bewegung unermeßlichen Vorschub geleistet, hat der österreichische Constitutionalismus seine productive Kraft bewährt; denn so oft auch der Ruf erhoben wird, daß die Verfassung ein deutsches Uebergewicht erzielt und erhält, daß sie die anderen Nationen bedrückt, so ist doch gerade das Gegentheil zur Wahrheit geworden, da sie den Aspirationen aller Nationalitäten den weitesten Spielraum eröffnet hat, und wenn auch die Periode, in der wir leben, den nationalen Tendenzen günstig ist, so hat doch erst der Parlamentarismus erwünschte Gelegenheit geboten, die Schmerzensschreie aller, auch der kleinsten Völker der Monarchie, zum Ausdruck zu bringen, und wer die Stellung der Deutschen in Oesterreich vor der Activirung der Verfassung und heute vergleicht, wird finden, daß sie allüberall zurückgedrängt worden sind,

während alle anderen Nationen nicht nur an Einfluß, sondern auch an Terrain inzwischen gewonnen haben.

In den ursprünglichen Intentionen der Begründer der constitutionellen Staatsform lag allerdings die Absicht, die nationale Bewegung zu stärken, sicherlich nicht; im Gegentheil wollten sie ganz gewiß wenigstens insoweit eine Suprematie der Deutschen eintreten lassen, daß deren berechtigte Ansprüche gewahrt erschienen, welche sie gestützt auf die Culturmission, die sie in Oesterreich erfüllt, erheben konnten.

Indem man aber diesen Wünschen entsprach, wurde zugleich der Thatsache Rechnung getragen, daß, sowie das deutsche Element und seine Sprache vermittelnd bisher zwischen all' den verschiedenen Nationen des Reiches gestanden, auch in Zukunft die österreichische Monarchie nur zu kräftigen und zu erhalten sei, wenn den Deutschen die Stellung gewährleistet bleibe, welche sie als erste Culturnation, als Kitt und Bindemittel des Staates errungen. Es war unmöglich darüber hinwegzugehen, daß es Verdienst des deutschen Elements, wenn dieses Reich ein Ganzes geworden ist, wenn zwischen den divergirenden Theilen ein fester Verband geschaffen ward, und unmöglich war es sich zu verhehlen, daß wenn dasselbe an Werth und Einfluß in Oesterreich-Ungarn verlieren sollte, auch die Aufgabe immer schwieriger würde, alle Kräfte der Monarchie dem gemeinsamen Vaterland dienstbar zusammenzufassen. Indem die Staatsmänner, denen das Reich die Verfassung verdankt, die Stellung der Deutschen sichern wollten, handelten sie vor Allem im wohlverstandenen österreichischen Interesse und gehorchten dem Gebot der Nothwendigkeit, welches die

Deutschen in Oesterreich, ihre Cultur und Sprache als unentbehrlich für den Bestand des Staates bezeichnet.

Größere Hindernisse als in irgend einem anderen Lande mußte naturgemäß der Proceß, den Staat auf verfassungsmäßige Bahnen zu leiten, in Oesterreich finden, wo die Gefahren nur allzudeutlich vor Augen traten, die unabwendbar entstehen mußten, wenn die ganze große Masse, ohne jede Rücksicht auf die oft noch sehr niedere Bildung und Cultur, auf die wirthschaftliche und sociale Stellung der Einzelnen, vollkommen gleichberechtigt zur Stimmenabgabe bei den Wahlen erschien.

Besonders aber nationale Fragen bildeten die Schwierigkeit, der bei der Activirung verfassungsmäßiger Zustände zu begegnen war; ihre Gegensätze zu mildern und verschiedene Culturstufen auszugleichen, dem staatlichen Gedanken über die nationale und sprachliche Verschiedenheit die Oberherrschaft zu erhalten, Allen gerecht zu werden und doch das Element zu schützen, das staatenbildend das Reich getragen, frühere ständische Rechte mit den Anforderungen der Neuzeit zu versöhnen, das war die scheinbar unmögliche Aufgabe, die bei Verleihung der Constitution zu lösen war; in großen Umrissen aber ward dieselbe gelöst, und so wenig die österreichische Verfassung als vollkommen betrachtet werden kann, so sehr sie Veränderungen der Zukunft unterliegen mag, den Bedürfnissen der Gegenwart hat sie entsprochen und den Charakter sich angeeignet, der unter den österreichischen Verhältnissen und den gegebenen Bedingungen einzig denkbar und möglich war.

Man könnte sagen, die österreichische Verfassung war richtig gedacht und auf einer gesunden Grundlage basirt;

wenn vielfach ein anderes Resultat als man erwartet zu Tage trat, so trägt nicht der Geist derselben hieran die Schuld, sondern entweder eine Regierung, der ihre Obhut anvertraut oder eine Partei, die sie nicht zu benützen verstand.

Die constitutionelle Staatsform konnte in Oesterreich, darin war jeder Zweifel ausgeschlossen, nur auf dem Wahlcensus beruhen, da bei dem noch sehr niederen Bildungsgrad in einigen Provinzen der Monarchie das allgemeine Stimmrecht gleichbedeutend gewesen wäre mit dem Zurückdrängen aller Elemente, die in diesem Staat Arbeit, Besitz und Intelligenz repräsentiren.

Aber auch wenn man die berechtigte und für das Reich geradezu unentbehrliche Stellung der Deutschen aufrechterhalten wollte, die in Cisleithanien der numerisch stärkste Stamm, die aber nur ungefähr 40 % der gesammten Bevölkerung in der diesseitigen Reichshälfte bilden, mußte von einem Wahlmodus abgesehen werden, der einfach die Stimmen zählt, ohne sie zu wägen, der, wenn er dieselbe Anzahl von Abgeordneten allüberall der gleichen Anzahl von Wählern gewährt, die Deutschen zur Minorität verurtheilt und eine Vertretung geschaffen hätte, die ganz abgesehen von ihrer wahrscheinlichen geistigen Inferiorität alles, nur keine österreichische Vertretung gewesen wäre, in der der Staatsgedanke bei aller Loyalität der einzelnen Nationen nur einen sehr schwachen Ausdruck gefunden hätte.

Wenn man von einzelnen allerdings sehr ungünstigen Momenten abstrahirt, wie dies speciell die Reichshauptstadt betreffend der Fall, wo z. B. die Bevölkerung des zweiten Bezirks, welche nach der Zählung von 1880 118,570 Ein-

wohner beträgt, nur einen Abgeordneten wählt und wo die vollkommen mit Wien verbundenen Vororte Sechshaus mit 127,966, Hernals mit 60,307, Währing mit 40,135, Ottakring mit 37,102, Neulerchenfeld mit 25,490 Bewohnern nicht einmal zur Gruppe der Städte, Märkte und Industrialorte sondern unter die Landgemeinden gerechnet werden und als solche nur indirect durch Wahlmänner ihr Wahlrecht üben, obgleich nur sehr wenige Orte in den Stadtwahlbezirken ihnen an Steuerleistung, Besitz und Intelligenz an die Seite zu setzen sind, so stellt sich besonders durch einen Umstand die Wahlordnung für die Deutschen günstig dar, nämlich durch die sehr starke Vertretung, welche die Handelskammern und ganz besonders der große Grundbesitz aufzuweisen hat.

Unter den 353 Abgeordneten, aus denen die Volksvertretung des österreichischen Reichsraths besteht, gehören 85 dem Großgrundbesitz, 21 den Handels- und Gewerbekammern an. Diese letzteren sind fast ausnahmslos zu den Deutschen zu zählen oder vielmehr zur Verfassungspartei, die das Gros der deutschen Abgeordneten in sich vereint. Von den 85 Großgrundbesitzern sind 20 in Galizien gewählt, die den Club der Polen verstärken, so daß eine Anzahl von 65 Abgeordneten verbleibt, welche unter dem Ministerium Auersperg den Club des linken Centrum, die conservativste Fraction der Verfassungspartei gebildet haben.

Die politische Idee, welche der so starken Vertretung des Großgrundbesitzes zu Grunde lag, war vollkommen richtig, ganz abgesehen davon, daß sowohl der historischen Entwicklung als auch der Bedeutung entsprechend, welche dieser Factor im ganzen wirthschaftlichen Leben der Monarchie

in Anspruch nimmt, das Zugeständniß eines besonderen Wahlrechts geradezu als eine Nothwendigkeit erschien. Dieses bevorzugte Wahlrecht aber lag vor Allem im eigensten Interesse des Staates selbst, der gegenüber den divergirenden nationalen Tendenzen einer fest geschlossenen Gruppe bedarf, die unter allen Verhältnissen den österreichischen Standpunkt als den allein berechtigten sich vor Augen hält und zwischen den Gegensätzen vermittelnd der Regierung eine Stütze bietet, die ihr das Regieren ermöglicht und ihr gestattet, einerseits allzu weitgehende nationale Aspirationen zurückzuweisen, andererseits berechtigten Wünschen zu entsprechen.

Daß diese Vertretung des Großgrundbesitzes vorzüglich den Deutschen zu Gute kam, war durch die Stellung bedingt, die gerade dieses Element Dank seiner wirthschaftlichen und socialen Bedeutung, Dank seiner geistigen Macht und altererbten Cultur in Oesterreich behauptet; daß diese Vertretung die Principien der Verfassungspartei adoptirt, fand seinen Grund darin, daß sie mit derselben einig war in dem Bestreben eine föderalistische Gestaltung des Reiches zu bekämpfen und gegenüber den sprachlichen und nationalen Verschiedenheiten wenigstens die diesseitige Reichshälfte geschlossen und geeinigt zu erhalten. Von conservativem Geist beseelt, lediglich dem österreichischen Standpunkt zugewandt, konnte die Curie des großen Grundbesitzes auf die extremen Richtungen nach rechts und nach links ihren mäßigenden Einfluß äußern und jede Regierung, die ihre Aufgabe verstand, mußte den höchsten Werth darauf legen gerade diese Vertretung so stark als irgend möglich zu schaffen, da sie unter österreichischen Verhältnissen in ihr die einzig zuverlässige

Mittelpartei erblicken konnte, die maßgebend für die Entscheidungen des Reichsraths eine treue Unterstützung jedem Ministerium war, das den staatlichen Gedanken erfaßt und dessen Vertheidigung und Kräftigung auf seine Fahne schrieb.

In der Curie des großen Grundbesitzes lag und liegt nach der Wahlordnung, auf welcher der österreichische Reichsrath basirt, die Entscheidung über die wichtigsten Fragen, welche das Parlament zu treffen hat; der Großgrundbesitz bestimmt den Charakter, den dasselbe trägt, von ihm hängt es ab, ob die Majorität der Legislative eine verfassungstreue oder eine national-klerikale ist; sein Votum ist maßgebend, da die mehr als 60 Stimmen, über welche er nach dem Wegfall der Polen verfügt, bei der Gesammtzahl von 353 Abgeordneten, die sich in Parteien von ziemlich gleicher Stärke gegenüber stehen, geradezu ausschlaggebend erscheinen müssen.

Wenn man bedenkt, daß nach den amtlichen Daten, welche Professor v. Neumann-Spallart in seinem Buche „Die Reichsrathswahlen vom Jahre 1879 in Oesterreich" producirt, die Landwahlbezirke Stanislau in Galizien 254,656 Einwohner, Teschen in Schlesien deren 195,522, wallachisch Meseritsch in Mähren 182,635, Radautz in der Bukowina 161,724, Pisek in Böhmen 155,060, Zwettl in Niederösterreich 148,141, Pettau in Steiermark 128,086 Einwohner zählen, daß der kleinste Landwahlbezirk in Galizien Trembowla eine Bevölkerung von 142,401 und der kleinste Landwahlbezirk in Böhmen, Leitmeritz, eine solche von 104,885 Personen hat, daß unter den Stadtwahlbezirken der zweite Bezirk in Wien mit 118,570, Prag-Neustadt mit 74,329, Graz-Vorstädte mit 56,698 Personen figuriren, daß alle vor-

genannten Bezirke nur je einen Abgeordneten zu wählen haben und daß überhaupt in Oesterreich nur auf 62,239 Einwohner ein Reichsrathsabgeordneter kömmt, so ist nicht zu verkennen, daß das Wahlrecht des Großgrundbesitzes ein sehr bedeutendes Privilegium involvirt, da 4768 Wahlberechtigte 85 Abgeordnete entsenden und in einigen Ländern und zwar gerade in jenen, deren Wahlen für die Haltung der Großgrundbesitzer im Reichsrath bestimmend sind, bereits auf eine relativ kleine Anzahl von Wahlberechtigten ein Abgeordneter kommt, wie in Mähren und Schlesien wo auf 18, in Böhmen wo auf 19, in Niederösterreich wo auf 24 Wähler ein Abgeordneter entfällt.

So groß nun auch auf den ersten Blick diese Differenzen sich darstellen mögen, die sehr leicht bei einer oberflächlichen Prüfung den Glauben erwecken können, daß die konstitutionelle Staatsform in Oesterreich überhaupt auf einer ungerechten Basis beruhe, so begründet sind sie in den gesammten Verhältnissen, die das bevorzugte Wahlrecht des Großgrundbesitzes fast als unentbehrlich für den Staat erscheinen lassen. Neben der politischen Nothwendigkeit, die das erste und wichtigste Moment, darf aber auch die Thatsache nicht vergessen werden, daß der Großgrundbesitz in Oesterreich faktisch eine wirthschaftliche Bedeutung repräsentirt, mit der unter allen Verhältnissen zu rechnen ist, wozu noch der Umstand tritt, daß Jahrhunderte lang die Vertretung der Landtage eine ständische und überwiegend aus Mitgliedern dieser Curie gebildete war. Um nur ein Beispiel anzuführen mag hier die Vertheilung von Grund und Boden in Böhmen Erwähnung finden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß gerade in diesem Land die Eigenthumsverhältnisse besonders günstig für den

Großgrundbesitz liegen. Die Gesammtbodenfläche von Böhmen umfaßt 9,028,500 Joch, von denen 3,058,088 Joch, also bedeutend mehr als ein Drittel, dem landtäflichen Großgrundbesitz, der 448 Wahlberechtigte zählt, gehören, während an den verbleibenden 5,970,412 Joch nicht weniger als 742,254 Kleingrundbesitzer participiren.

Erwägt man, daß der Großgrundbesitz zugleich in der Industrie des Königreichs Böhmen eine hervorragende Rolle spielt, daß Kohlengruben und Eisenwerke, Zuckerfabriken, Brauereien und Brennereien, Glashütten, Mühlen, Dampfsägen und gewerbliche Unternehmungen jeder Art in großer Anzahl auf seinen Gütern vorhanden, so wird auch der Einfluß erklärlich, welchen derselbe im ganzen socialen und wirthschaftlichen Leben übt, so daß schon von diesem Standpunkt aus eine weit stärkere Vertretung des Großgrundbesitzes vollkommen berechtigt, ja nothwendig war.

Vor Allem aber das unabweisbare Bedürfniß eine Anzahl von Männern im Reichsrath zu haben, die zwischen den Parteien vermittelnd durch das Gewicht ihrer Stimmen den Ausschlag zu Gunsten der Regierung zu geben vermochten, die, treue Anhänger der Verfassung, deren Errungenschaften vertheidigten, aber doch von conservativem Geiste beseelt, jeder extremen Richtung feindlich waren, ließ die starke Vertretung des Großgrundbesitzes als das einzige Mittel erscheinen um überhaupt eine auf constitutioneller Grundlage beruhende Wirksamkeit zu beginnen, die sonst unter den nationalen Streitigkeiten vollkommen illusorisch geworden wäre. Denn jene Begriffe „conservativ" und „liberal", welche in anderen Staaten die Mitglieder des Parlamentes trennen oder ver-

binden, nach denen sich dort die Fractionen gruppiren, stehen in Oesterreich gänzlich in zweiter Reihe; nationale Tendenzen beherrschen die Situation und erst innerhalb der nach diesen Principien gegliederten Parteien kommen die Momente zur Geltung, die sonst in konstitutionellen Ländern bestimmend sind. Unter den divergirenden nationalen Aspirationen bot der Großgrundbesitz die sicherste Garantie für eine lediglich vom österreichischen Standpunkt geleitete Vertretung dar, und da relativ wenig Bürgerthum und noch weniger conservatives Bürgerthum in Oesterreich vorhanden, half er zugleich mit dessen Ausfall ersetzen und ward zu einer Unterstützung für alle gemäßigten Elemente, die sich im Reichsrath vereinigt fanden.

Daß bis zum Amtsantritt des Ministeriums Taaffe die Vertretung des Großgrundbesitzes fast vollzählig im Lager der Verfassungspartei auf deren rechtem Flügel stand, ward durch den Umstand hervorgerufen, daß diese Partei sich fern von nationalen Bestrebungen hielt und daß sie gegenüber den Rechten der Königreiche und Länder die Einheit des Staates und dessen Prärogative verfocht; mit der Activirung des Ministeriums Taaffe trat eine Veränderung ein, die ausschlaggebend für den Charakter des Reichsraths ward, da durch das Compromiß im böhmischen Großgrundbesitz und durch den Ausfall der Großgrundbesitzwahlen in Mähren ein Theil der Abgeordneten aus diesen Gruppen sich den vereinigten national-klerikalen Fractionen verband, welche unter dem Sammelnamen der „Rechten" der Verfassungspartei gegenüberstehen, der bis zu diesem Moment die Vertretung des Großgrundbesitzes die Majorität erhalten hatte, welche, ohne daß die Verfassungspartei eine wesentliche Einbuße an

Sitzen erfahren, in dem Augenblick verloren ging, als die Stellung der Großgrundbesitzer eine andere ward.

Mancherlei Ursachen hatten zusammengewirkt um das Compromiß im böhmischen Großgrundbesitz herbeizuführen, das unter der Zustimmung der beiden sich bisher bekämpfenden Gruppen dieser Curie geschlossen, einer vereinbarten Liste zum Siege verhalf, während in Mähren fast vollkommen neue Candidaten aufgestellt wurden, die, nachdem ihre Wahl erfolgt, in ihrer Majorität die Reihen der Rechten verstärkten.

Nur mit den größten Anstrengungen und mit einer für die Personen, die den Rath der Krone bildeten, geradezu gefährlichen Aufopferung war es dem Ministerium Auersperg gelungen, die zwei schwierigsten Aufgaben seiner Amtsführung, die Verlängerung des Ausgleichs mit Ungarn und die bosnische Occupation unter maßlosen Angriffen im Reichsrath zu vertreten; als diese Ziele erreicht, war die Situation unhaltbar geworden und sie erfuhr die beste Kritik durch das Wort eines geistreichen Ministers: „das Ministerium hat sich zu Tode gelebt".

Verlassen und angefeindet von seinen eigenen Parteigenossen, nur allzuhäufig auf die Unterstützung der Rechten angewiesen, war es fast lediglich dem Club des linken Centrums, in dem die Großgrundbesitzer vereinigt waren, und einer kleinen Anzahl gemäßigter und weiter blickender Männer zu danken, wenn die Erfüllung der ihm übertragenen Pflichten dem Ministerium Auersperg überhaupt noch möglich ward; seine großen Verdienste waren vergessen und die Verfassungspartei, welche vollkommen die Eventualität außer Augen ließ, daß in Oesterreich auch die Berufung von Ministerien denkbar,

die nicht aus den Verfassungstreuen hervorgegangen, arbeitete rücksichtslos an seinem Sturz.

Die heftigste Animosität aber ward auf die Vertretung des Großgrundbesitzes concentrirt, die als das wahre Unglück geschildert ward, und einige fortschrittliche Redner hielten es für ihre Pflicht, jede Gelegenheit zu benutzen, um die Nothwendigkeit der Aufhebung des bevorzugten Wahlrechts für diese Curie zu betonen. Diese Umstände konnten naturgemäß nicht sehr ermuthigend auf den Großgrundbesitz wirken, der die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sah, sein Wahlrecht in näherer oder fernerer Zukunft zu verlieren, eine Möglichkeit, die selbst in Wählerkreisen, die sonst ziemlich passiv zu den politischen Kämpfen standen, eine Erregung hervorrief, die ihren Einfluß bei den bevorstehenden Wahlen äußern mußte.

Dazu kam, daß gerade der große Besitz, der sich hauptsächlich in den Händen des Hochadels befindet, überwiegend in jener Gruppe der Großgrundbesitzer vertreten war, die im Gegensatz zu der „verfassungstreuen" sich selbst die „conservative" nennt und gewöhnlich mit dem Namen der „feudalen" bezeichnet wird, und die Umstände ließen es rathsam erscheinen, sich diese mächtige Unterstützung zu sichern, die durch gemeinsame Interessen verbunden, die aber, da sie die Majorität bei den Wahlen nicht zu erringen vermocht, bisher ohne jede Repräsentation geblieben war.

Vor Allem aber kam wohl der an sehr maßgebender Stelle zum Ausdruck gelangte Wunsch zur Geltung, beide Fractionen des Großgrundbesitzes zu gemeinsamem Wirken vereinigt zu sehen, was doppelt werthvoll in einem Moment, in dem es fast unmöglich ein Ministerium zu bilden, das

auf eine compacte Majorität im Reichsrath zu zählen im Stande war.

Wenn man alle Factoren berücksichtigt, so ist nicht zu verkennen, daß das Compromiß innerhalb des Großgrundbesitzes unter gewissen Voraussetzungen vollkommen berechtigt gewesen wäre; in der Art aber wie es vereinbart ward, mußte es seinen Zweck verfehlen, und wenn Graf Taaffe dasselbe mittelbar oder unmittelbar ins Leben rief ohne die Garantieen erhalten zu haben, die allein seinen Erfolg verbürgen konnten, so war von Anbeginn die Hoffnung ausgeschlossen den Nutzen zu erzielen, den man sich von demselben versprach.

Nur wenn eine große und starke Mittelpartei entstand, die unbeirrt durch nationale Velleitäten, lediglich eine Vereinigung der conservativen Elemente des Reichsraths zu bilden berufen war, nur wenn die neu eingetretenen „feudalen" Großgrundbesitzer sich mit dem Rest des linken Centrums zu einer geschlossenen Gruppe constituirten und sich fernhielten von den nationalen Clubs, war Aussicht vorhanden, den Boden für eine fruchtbringende Thätigkeit zu gewinnen, die dem staatlichen Gedanken zu Gute kam.

Diese Voraussetzung aber ward nicht erfüllt, denn kaum daß die Wahlen vollzogen, schlossen sich die zehn „feudalen" böhmischen Großgrundbesitzer dem tschechischen Club als Mitglieder an, während die in Mähren neugewählten Abgeordneten in ihrer überwiegenden Majorität fast in allen Fragen eine Verstärkung der Rechten wurden, eine Haltung, die auch von einigen in Niederösterreich hauptsächlich durch Unterstützung der Regierung gewählten Großgrundbesitzern beobachtet ward.

Dem gegenüber traten die Abgeordneten des früheren linken Centrums, die „verfassungstreuen" Großgrundbesitzer in den neugebildeten Club der Liberalen ein, und so blieb als einziges Resultat des abgeschlossenen Compromiß die Thatsache übrig, daß die nationalen Fractionen einen Zuwachs erhielten, daß aber das alte Centrum, die treueste und bewährteste Stütze der Regierung, dem allein der Erfolg in schwierigen Situationen zu danken war, vollkommen in Trümmer ging und damit die einzige Hoffnung auf eine Mittelpartei verschwand.

Vielleicht war die Aussicht zu einer Vereinigung innerhalb der Curie der Großgrundbesitzer niemals vorhanden; von den verfassungstreuen Abgeordneten, die bereits dem Reichsrath angehört, war bei aller Bereitwilligkeit vermittelnd zu wirken, nicht anzunehmen, daß sie ihrer Vergangenheit untreu werden und einer Action zustimmen konnten, die vielleicht nicht den Buchstaben der Verfassung, aber ihren Geist alterirt, daß sie den nationalen Bestrebungen mehr Entgegenkommen beweisen würden als ihrer Anschauung nach mit der Erhaltung der Monarchie als einheitlichen Staates vereinbar sei; war auch von Seite der „Feudalen" die Zusage nicht zu erreichen, daß sie eine selbständige Gruppe zu bilden gewillt ohne in einem nationalen Club aufzugehen, so war die innere Berechtigung des Compromiß geschwunden und der Verlust, der durch den Abgang des alten Centrums entstand, war außer Verhältniß zu dem Gewinn, der mittelst der neuen Combination zu erzielen war.

Die Position, welche die Verfassungspartei bisher behauptet, ging durch dies Compromiß verloren; aus der Majorität ward sie in eine Minorität verwandelt und ohne

daß sie eine bedeutende Anzahl von Sitzen in den Stadt- oder Landbezirken eingebüßt, ward ihre Stellung verändert und damit eine entscheidende Wendung im ganzen politischen Leben der diesseitigen Reichshälfte vollzogen.

Nach acht Jahren, die sie am Ruder gestanden, ward sie zur Minorität verurtheilt, und wenn auch die Majorität ihrer Gegner nur wenige Stimmen betrug, so war sie dennoch genügend um einen vollkommenen Umschwung im Innern herbeizuführen und Ereignisse vorzubereiten, deren letzte Consequenz noch immer nicht abzusehen ist.

Es war ein geradezu unhaltbarer Zustand, in dem sich die Verfassungspartei befand, nachdem das Ministerium Auersperg seine Entlassung begehrt und Baron Pretis die Mission, ein Cabinet zu bilden, als unausführbar zurückgelegt; hatte schon der ungarische Ausgleich eine tiefe Spaltung hervorgerufen, so ward durch die bosnische Occupation die bereits vorhandene Kluft noch mehr erweitert, so daß eine Versöhnung der Gegensätze kaum mehr zu hoffen, und die Bildung eines Ministeriums aus ihrer Mitte gänzlich ausgeschlossen erschien.

Der große Fehler, den die Verfassungspartei oder die liberale, wie man sie häufig zu nennen pflegt, beging, war ein solcher, den sie mit den meisten liberalen Parteien gemeinsam hat. Theoretischen Principien zu Liebe verschloß sie sich nicht selten den Geboten der praktischen Nothwendigkeit, und wenn die Macht der Thatsachen zu einem Nachgeben zwang, war der Effect nach oben und unten verloren, und das, was freiwillig gewährt, zu Dank verpflichtet, schien nur durch die Verhältnisse erzwungen zu sein, während die Opfer, die nothwendig wurden, dadurch nicht leichter zu tragen waren,

daß die Bewilligung im unrechten Augenblick und nur widerstrebend erfolgt war.

Daß auch persönliche Gründe und Ambitionen eine nicht unbedeutende, ja eine sehr große Rolle gespielt, daß man einen Ersatz des Ministeriums Auersperg nur aus den Reihen der Verfassungstreuen für möglich hielt, und daß nicht Wenige sich für berufen erachteten, die frei gewordenen Portefeuilles zu übernehmen, ist nicht zu verkennen und ebensowenig das Factum, daß durch all' diese Momente die Partei aufs schwerste geschädigt ward; der äußere und eigentliche Anstoß zu ihrem Niedergang ist aber in der Art zu suchen, wie sie den Ausgleich mit Ungarn behandelt und wie sie sich zur bosnischen Occupation gestellt hat.

Unter endlosen Kämpfen ward der ungarische Ausgleich finalisirt, der eine tiefe Erbitterung hervorgerufen und auf „liberaler" Seite vielfach der Ansicht zum Durchbruch verhalf, daß die einzige Möglichkeit der magyarischen Präponderanz erfolgreich entgegenzutreten in der Unterstützung zu finden sei, welche die tschechische Nation gewähren könne, die in vollkommener Passivität sich fernhielt vom parlamentarischen Leben, aber zu all' den erhöhten Lasten herangezogen ward, die der Dualismus zur Folge hat.

Aus dem Lager der verfassungstreuen Partei, von einer autoritativen Seite, ward zuerst die Parole ausgegeben, daß der Eintritt der Tschechen erwünscht und nothwendig sei, und nichts war natürlicher, als daß dieser Ruf den innersten Wünschen der Krone entsprach, die von den Intentionen geleitet, eine Versöhnung herbeizuführen, alle Völker der Monarchie zur gemeinsamen Arbeit vereinigen wollte.

Es ist müßig darüber zu streiten, ob der Eintritt der

Tschechen nicht auch ohne diese vorbereitenden Schritte erfolgt und nothwendig für dieselben geworden wäre; faktisch erhielt die Rechte eine Unterstützung von mehr als 30 Stimmen, und der Beweis ward erbracht, daß sobald man auf gegnerischer Seite von der durch die Verfassung gewährten Vertretung Gebrauch machen wolle, die Parität zwischen der Rechten und Linken hergestellt sei, welch' ersterer noch das Compromiß im Großgrundbesitz eine Majorität in der Legislative verschafft.

Der Nutzen, den man sich auf liberaler Seite vom Eintritt der Tschechen versprach, war ganz illusorisch; die Vortheile, die auf Basis gemeinsamer Interessen Ungarn gegenüber erreichbar waren, konnten nur durch unverhältnißmäßig hohe Opfer errungen werden, während die Rechte eine Position gewann, aus der sie nur noch mit äußerster Mühe verdrängt werden kann.

In wenig glücklicher Weise hat die Verfassungspartei den Ausgleich mit Ungarn zu Ende geführt, der endlich nach schweren Kämpfen, vor Allem Dank der Unterstützung des linken Centrums, zur Annahme gelangt. Aber wenn man ihr Vorgehen zu tadeln gewillt, so darf auch die Thatsache nicht vergessen werden, daß mit alleiniger Ausnahme der Polen die Rechte sich vollkommen ablehnend gegen den Ausgleich verhielt und gegen die Gesetze ihre Stimme erhob, welche die Grundlage der staatlichen Gestaltung des Reiches bilden.

Weit ungünstiger noch als dies durch den Ausgleich geschah, ward die Position der Verfassungspartei durch die bosnische Occupation beeinflußt, wobei noch besonders zur Geltung kam, daß in dieser Frage die Rechte sich in hohem Grade entgegenkommend bewies, indem sie allen Forderungen der Regierung entsprach. Hatte auch der Stand-

punkt gewiß seine Berechtigung, der die Kraft der Monarchie in ihrer inneren Entwicklung suchte und fand und alle Expansivgelüste zurückweisen wollte, war auch die trotz der hohen Bravour der Armee mit unverhältnißmäßigen Opfern durchgeführte Besetzung von Bosnien wenig geeignet Sympathie für ein Unternehmen zu erwecken, dessen gegenwärtige und zukünftige Gefahren man unter dem Eindrucke der großen Verluste eher zu über- als zu unterschätzen gewillt, so war es doch vollkommen unmöglich, weltgeschichtliche Ereignisse zu ignoriren und sich dem Factum zu verschließen, daß der Zerfall der Türkei begonnen, oder vielmehr, daß deren unaufhaltsamer Zersetzungsproceß in eine neue Phase getreten sei.

Wenn je der Einfluß der Presse traurig gewirkt, so war es in dieser Periode österreichischer Geschichte der Fall, wo tonangebende Journale das Ihrige thaten um die öffentliche Meinung vollkommen irrezuleiten und eine grobe Verkennung aller thatsächlichen politischen Verhältnisse herbeizuführen. Die Verfassungspartei trat in die schroffste Opposition und jene kleine Anzahl von Abgeordneten, die innerhalb derselben trotz allen Mißgeschicks, das die Ausführung der Occupation begleitet, diese für nothwendig oder für unausweichlich hielt, ward bei den Wahlen in die Delegationen fast gänzlich übergangen, die nach den eigenartigen parlamentarischen Institutionen in Oesterreich über die sogenannten gemeinsamen Angelegenheiten, nämlich über die äußere Politik, über die Armee und Marine wenigstens insoweit entscheiden, daß sie die Mittel, deren dieselben bedürfen, zu bewilligen oder zu verweigern berufen sind.

Die österreichische Delegation, welche zu einem Drittel aus Mitgliedern des Herrenhauses besteht, zählte, da sie nicht

aus dem Plenum des Abgeordnetenhauses sondern gruppenweise aus den einzelnen dort vertretenen Ländern gewählt wird, jederzeit eine Anzahl von Delegirten, die der Rechten des Parlaments angehören, und während diese mit den Pairs die bosnische Politik der Regierung stützten, ward sie rücksichtslos von der Verfassungspartei bekämpft, von der ein Theil sogar sich bis zu der Forderung verstieg, die Truppen aus Bosnien je eher je besser zurückzuziehen.

Nur wenige verfassungstreue Delegirte, im Reichsrath dem Club der Großgrundbesitzer, dem linken Centrum angehörend, versuchten der wirklichen Sachlage Rechnung zu tragen und vermittelnd zwischen der Partei und der Regierung zu wirken; aber auch sie konnten der Strömung sich nicht entziehen, in die eine principielle Opposition die Verfassungspartei geworfen, und wenn sie auch bei den Abstimmungen für den Leiter der auswärtigen Politik ihr Votum in die Wagschale legten, so war doch ihre Haltung so schwankend, daß sie weder die Regierung noch die Opposition zu befriedigen vermochte. Gegen den Leiter der auswärtigen Politik, gegen den Grafen Andrassy, der die Alliance mit Deutschland gefestigt und sichergestellt, deren erste Anregung bereits Graf Beust gegeben trotz der Schwierigkeit, die seine Vergangenheit, seine Stellung als einstiger leitender Minister eines deutschen Mittelstaates ihm boten, ward der heftigste Ansturm der Verfassungspartei gerichtet, und wenn auch Dank der Majorität der Delegation dieser Angriff mißlang, so ward doch das Resultat erzielt, daß der Minister des Auswärtigen, nachdem er seine Aufgabe erfolgreich vertheidigt und durchgeführt, die Würde seines dornenvollen Amtes in die Hände des Monarchen zurückzulegen beschloß.

Graf Andrassy war eine ungewöhnliche, über das durchschnittliche Niveau emporragende Individualität; vielleicht ein schlechter Arbeiter für das Detail und dem bureaukratischen Vorgehen auch dort abgeneigt, wo es geradezu unentbehrlich erschien; vielleicht unvorsichtig in der Art, wie er die bosnische Occupation unternahm, aber ein Mann von weitem Blick und fester Hand, dessen Namen auch über die Grenzen der österreichischen Monarchie respectvolle Hochachtung und aufrichtige Sympathie genoß. Seine Vergangenheit und sein Charakter waren eine Bürgschaft für sein ehrliches Wollen, und die Beziehungen, die ihn dem deutschen Reichskanzler verbanden, waren doppelt werthvoll in einer Situation, die täglich schwere Verwickelungen hervorrufen konnte.

Graf Andrassy war aber auch als Vertrauensmann der Krone, verschieden von anderen Personen der unmittelbaren Umgebung, stets bemüht der Stellung gerecht zu werden, die das deutsche Element in Oesterreich beanspruchen darf, und trotz seines österreichischen Patriotismus war er Ungar genug, um die Gefahren zu erkennen, die ein slavisches Uebergewicht sowohl für seine Nation als für die Monarchie im Gefolge hat. Ebenso ungeschickt wie sie sich zu seinem Vorgänger, zum Grafen Beust, einst gestellt, der lange Zeit hindurch ihr unter den schwierigsten Lagen zuverlässig zur Seite stand, ebenso ungeschickt und unglücklich war die Haltung der Verfassungspartei gegenüber dem Grafen Andrassy, gegen den der heftigste Angriff gerichtet ward, und als der Minister des Auswärtigen zurückgetreten, hatte diese Partei ihren natürlichen Bundesgenossen und eine ihrer festesten Stützen an maßgebender Stelle verloren.

Am Schluß der Reichsrathssession war die Verfassungs-

partei von inneren Differenzen erschüttert, unklar in ihren Zielen, von einer gefährlichen Zersetzung bedroht; ihr Ansehen hatte gelitten und ihr moralisches Gewicht war reducirt; weit mehr als irgend ein Mißerfolg sie zu treffen vermocht, hatte ihre oft nergelnde und kleinliche Opposition, die Uneinigkeit in ihrer Mitte, der Ansturm gegen ihre besten Männer nachtheilig auf ihre Stellung gewirkt, und ihre Haltung gegenüber weltgeschichtlichen Ereignissen ließ innerwerden an ihrem politischen Blick.

Weit mehr als sie durch die nachfolgenden mit den Wahlen zusammenhängenden Momente geschädigt wurde, hatte sie aus diesen Gründen an innerem Halt und innerer Kraft verloren, und als durch den Eintritt der Tschechen die Parität zwischen der Rechten und Linken herbeigeführt, als durch das Compromiß der Großgrundbesitzer ihre Gegner die Majorität erlangt, war eine Wandlung vollzogen von ernster Consequenz für die Partei, von tiefeinschneidender Bedeutung für den Staat.

Schroffer als je zuvor stellen sich, seitdem der gegenwärtige Reichsrath versammelt, die Gegensätze dar; die politischen Parteien werden durch die nationalen erfaßt, die vermittelnden Factoren sind geschwunden und statt der erhofften Versöhnung hat eine Aera des Kampfes begonnen, welche befürchten läßt, daß sie die Zukunft des Reiches gefährdet.

Eine merkwürdige Veränderung hat Platz gegriffen; die Verfassungspartei, getheilt und gespalten zur Zeit ihrer Macht, ist einig geworden in der Opposition, und wenn es einen Beweis gibt für die Kraft des staatlichen Gedankens gegenüber der sprachlichen und nationalen Verschiedenheit,

so ward er in dem Augenblick geliefert, als der Einfluß desselben sich stark genug erwies eine fast gesprengte Partei neu zu organisiren und fest zu verbinden.

Die staatliche Idee trägt die Verfassungspartei, die aus dem Element hervorgegangen, das jederzeit treu den österreichischen Standpunkt bewahrt und vertheidigt hat; die vielfach mißbrauchten allüberall verschieden definirten Begriffe „conservativ" und „liberal" stehen vor dem großen Princip zurück, das sie vertritt, das sie in allen Fragen, welche die politische Gestaltung des Reiches berühren, unausgesetzt beobachtet hat. Wohl ist es wahr, die Verfassungspartei, die „Linke", die „liberale", wie man sie nennt, ist fast ausschließlich aus deutschen Abgeordneten gebildet; aber indem sie die Deutschen in Oesterreich repräsentirt, ist sie zugleich zur Vertretung jener Nation geworden, welche die Monarchie gegründet und deren Bestand gewährleistet hat, und in dem Moment, wo sie den österreichischen Standpunkt in zweite Linie stellt und zu einer national deutschen wird, hat sich auch bei der letzten Partei in Oesterreich die Umwandlung aus einer politischen in eine nationale vollzogen.

Daß sie eine Reichspartei ist und unter allen Verhältnissen versucht hat eine solche zu bleiben, versöhnt mit den großen Fehlern, welche die Linke beging und diese ihre hervorragende Eigenschaft hat es bewirkt, daß die Gegensätze, die in ihr zum Ausdruck kamen, immer verschwanden, sobald die politische Gestaltung des Reiches und dessen verfassungsmäßige Grundlagen bedroht waren.

Die conservativen Großgrundbesitzer, die früher den Club des linken Centrums gebildet, die einstige „Linke" und

die „Fortschrittspartei", ja selbst die Demokraten, welche den äußersten linken Flügel der Verfassungspartei repräsentiren, waren conform in den Bestrebungen, die auf die Erhaltung der Einheit der diesseitigen Reichshälfte gerichtet sind, und die oft sehr weit auseinandergehenden Ansichten gegenüber mehr oder minder freisinnigen Gesetzen fanden sich zusammen in jenen Tendenzen, die der leitenden Idee der „liberalen" Partei entsprachen.

Wenn man die Verfassungspartei die „liberale" nennt, so ist diese Bezeichnung überhaupt mit großer Vorsicht zu gebrauchen. Wird ja das Wort „liberal" in jedem Staat anders commentirt, und wenn man es auf die Linke des österreichischen Reichsrathes anwenden will, so ist es im landläufigen Sinne nur insoweit wahr, daß die Principien, auf denen die Verfassung beruht, von liberalem Geiste getragen und daß sie berufen war, liberaleren Anschauungen, als sie früher bestanden, zu dienen.

Will man aber auch die verschiedenen Elemente, aus denen die Linke, die „liberale" Partei besteht, unter diesen Begriff subsumiren, so muß man denselben in seiner einzig richtigen Bedeutung erfassen, die ihn nicht in Gegensatz stellt zu dem Worte „conservativ" und nicht durch das Vorhandensein des einen die Möglichkeit des anderen ausschließen will. Innerhalb der „liberalen" Partei finden sich Mitglieder von so conservativer Denkungsart, daß sie gewiß nicht durch Jene übertroffen werden, die auf der „Rechten" des Hauses das Prädikat „conservativ" in Anspruch nehmen, und einige enragirte Fortschrittsmänner dürften sogar in einigen Fragen den „Feudalen" und „Klerikalen" der Rechten ungleich näher stehen als der Majorität ihrer Gesinnungs-

genossen; wenn man aber den wahren Sinn der Bezeichnung „conservativ" auf die Wünsche in Betreff der staatlichen Organisation anwenden will, so müßte man eigentlich die Verfassungspartei die „conservative" nennen, denn sie ist es, welche die diesseitige Reichshälfte in jenem Verband zu erhalten bestrebt ist, der den Traditionen entspricht, den die Geschichte selbst als nothwendig und unentbehrlich geschaffen hat.

Wenn aber diese fast stets als Schlagworte gebrauchten Begriffe durchaus als Charakteristicon der Verfassungspartei dienen sollen, wenn diese sich selbst die „liberale" nennt oder von ihren Gegnern als solche betrachtet wird, so ist es unleugbar richtig, daß alle Mitglieder der Partei darin einig, daß an den constitutionellen Errungenschaften, die einmal gewährt, nicht ohne schweren Schaden gerüttelt werden darf; aber jene himmelanstrebende Richtung, die man so häufig mit der Bezeichnung „liberal" verbindet, liegt der verfassungstreuen Partei vollständig fern und die Lage ist nicht darnach angethan, der Vermuthung Raum zu geben, daß mindestens so lange das jetzige Wahlsystem besteht, die Vertreter ultrafortschrittlicher oder radicaler Anschauungen das Uebergewicht in ihr gewinnen können. Diese Richtung existirt überhaupt im österreichischen Reichsrath bisher noch nicht und wenn man selbst die fortgeschrittenste Fraction, die sogenannten „Demokraten" betrachtet, so sind diese, verglichen mit ihren Collegen in anderen Ländern, unendlich zahm, was z. B. der Umstand beweist, daß der leider zu früh verstorbene und auch von seinen politischen Gegnern hochgeschätzte geistige Führer der „Demokraten" während der Zeit, in der er im Reichsrath saß, welchen die „Extremen" nach österreichischen Begriffen,

zum Vicebürgermeister von Wien gewählt, Dr. Schrank, vom Kaiser in den Adelsstand erhoben ward, und daß er diese Auszeichnung acceptirt, ohne dadurch an Vertrauen bei der „Demokratie" zu verlieren. Für die Mäßigung der Demokraten im Reichsrath gibt aber nicht allein die geringe Anzahl derselben, nicht nur das Wahlsystem die Erklärung ab, sondern sie entspringt hauptsächlich der tiefen dynastischen Gesinnung, welche die Nationen der österreichischen Monarchie beseelt, wie überhaupt das ganze Denken und Fühlen, das Wesen und Empfinden der Bevölkerung in Oesterreich radicalen und demokratischen Velleitäten widerstrebt.

Die Verfassungspartei ist eine Reichspartei, für die weder der Begriff „liberal" noch die Bezeichnung „conservativ" gewählt werden kann; der Grundgedanke, der sie ins Leben gerufen, ist die Vertheidigung der Einheit des Staates, die Sicherung der verfassungsmäßigen Institutionen, in denen sie eine Garantie der Entwickelung des Reiches erblickt. Daß gerade die Deutschen den Kern und die überwiegende Majorität der Linken repräsentiren, daß sie sich vorzüglich aus ihren Reihen ergänzt, ist die natürliche Consequenz der Haltung, die das deutsche Element in Oesterreich dem Reiche gegenüber zu jeder Stunde beobachtet hat, indem es alle Sonderinteressen bei Seite lassend, sich lediglich den österreichischen Standpunkt vor Augen hielt und sich den Aufgaben unterzog, deren Lösung die Monarchie von ihm verlangt, in welcher der Deutsche der kräftigste Vertreter der Reichseinheit ist, die er vor Allem geschaffen und der er sich willig untergeordnet hat. Diese Stellung zu schützen, ist die Pflicht und der Beruf der Verfassungspartei, die nicht darauf ausgeht, die Rechte der anderen Nationalitäten

in Frage zu stellen, sondern die lediglich den Charakter gewahrt wissen will, den das Reich bis heute getragen und den es unter den schwersten Stürmen und unter dem Wechsel der Ereignisse sich treu und unverändert erhalten hat.

An die Germanisirung der nichtdeutschen Landestheile und Nationalitäten der Monarchie denkt Niemand mehr; auch der entschiedenste Fanatiker der deutschen Idee in Oesterreich weiß, daß der Moment unwiderruflich vorüber, in dem diese Germanisirung möglich und denkbar war, die nach dem Ausspruch Stephan Szechényis selbst für Ungarn durchgeführt, „wenn nicht die Oesterreicher politische Kinder wären" und die vielleicht auch der magyarische Literarhistoriker Toldy gefürchtet, wenn er sagt:

„Von Westen her bedroht uns eine Gefahr, vor der uns nichts schützen kann: das ist die europäische Cultur."

Die Conjunctur für eine solche Action ist eben vorüber und wird nicht wiederkehren, so lange Oesterreich besteht, aber nicht etwa für oder gegen die Germanisirung, nicht etwa um die Suprematie der Deutschen wird heute in Oesterreich gekämpft, die nur noch so weit in Frage kömmt, daß ihre Sprache das Mittel ist, das alle Völker des weiten Reiches verbindet; es handelt sich bereits um eine gefährliche Bedrohung des deutschen Elements, das überall in der Monarchie an Boden verloren, mit dessen Niedergang auch der Niedergang des einheitlichen Oesterreich zusammenfallen muß, das bei einem Verlust der berechtigten Stellung der Deutschen nur noch als ein loser Verband von Ländern und Nationen gedacht werden kann.

Besonders aber seit Activirung der Verfassung werden die Deutschen stets mehr und mehr zurückgedrängt, woraus

am besten geschlossen werden kann, welche Macht die nationale Bewegung in Oesterreich erlangt, aber auch, wie wenig berechtigt der Vorwurf der Gegner ist, daß die Constitution lediglich den Deutschen zu Gute komme und die anderen Nationen mit der Germanisirung bedrohe.

Leider zeigt sich deutlich in Cisleithanien, daß unausgesetzt die Slavisirung und Italianisirung Boden gewinnt, während das deutsche Element immer mehr zurückweicht und selbst unter dem Ministerium Auersperg, — das acht Jahre am Ruder und von der Rechten als Prototyp einer germanisirenden Regierung geschildert und angefochten ward, ist es nicht gelungen, der nationalen Bewegung Einhalt zu gebieten und das Terrain, von dem sie früher Besitz ergriffen, zurückzuerobern.

Wenn man Böhmen betrachtet, so zählte z. B. 1856 die Landeshauptstadt Prag 50,000 Czechen und 73,000 Deutsche, heute leben daselbst 122,000 Czechen und 30,000 Deutsche, in den böhmischen Mittelstädten Kuttenberg, Kolin, Gitschin, Jungbunzlau, Königgrätz und anderen mehr, ist das deutsche Element so gut wie verschwunden, Pilsen ist eine überwiegend czechische Stadt — eine große Anzahl einst vollkommen deutscher Dörfer ist gänzlich slavisirt — und in fast allen deutschen Orten findet sich bereits eine, wenn auch geringe, czechische Minorität, die heute noch wenig beachtet, vielfach schon einen nicht unbedeutenden Procentsatz der Bevölkerung repräsentirt.

Galizien anlangend, ist Alles polonisirt, die Volks- und Mittelschulen, die Universitäten von Krakau und Lemberg sind Heimstätten polnischer Erziehung und nationaler Bestrebungen geworden, die deutsche Sprache ist vollkommen verdrängt, indessen die polnische in

Amt und Gericht ihren Einzug gehalten — polnische Beamte sind die Vertreter der kaiserlichen Regierung — und während in Rußland und Deutschland die polnische Nation den schwersten Kampf um ihre Existenz zu fechten gezwungen, ist sie in Oesterreich zu neuem Leben erwacht, und gerade die Verfassungspartei und speciell das erste Cabinet, das aus ihrer Mitte am Ruder, das Bürgerministerium hat Alles gethan, um ihre Macht zu stärken, so daß das Wort wohl nicht ganz der Begründung entbehrt, daß sich innerhalb der Grenzen des Kaiserthums Oesterreich das Königreich Polen neu constituirte. In Steiermark und Kärnthen, in Ländern, die früher durchaus als deutsche betrachtet wurden, wächst die slovenische Bewegung mächtig empor, die in Krain bereits dominirend geworden ist und sich tief in das Küstenland hinein verbreitet, wo sie auf verwandte Bestrebungen bei der serbisch-kroatischen Bevölkerung trifft.

Dem gegenüber steht wieder die italienische Agitation, die einerseits in Triest und dem Küstenland, andererseits in Tirol stets neues Terrain zu gewinnen sucht, und in dem letztern Land hat sie so bedeutende Erfolge errungen, daß manche ursprünglich deutsche Thäler verwälscht und ganze Gemeinden italianisirt wurden, in denen nicht einmal der Namen mehr daran erinnert, daß sie noch vor wenigen Decennien vollkommen deutsche gewesen sind. Aber auch die kleinsten Völker melden in Oesterreich bereits ihre Ansprüche an und selbst in der Bukowina, die im letzten Jahrhundert aus einer türkischen Satrapie der Cultur erobert ward, über welche der damalige venetianische Gesandte seiner Regierung berichtet, „daß sie nicht besser als eine Wüste sei", beginnt sich eine nationale Strömung unter den Rumänen

zu regen, deren Anzahl in der diesseitigen Reichshälfte überhaupt nicht einmal 200,000 beträgt, so daß, wohin man immer blickt, nationale Agitationen wachgerufen und großgezogen werden, deren Befriedigung, wenn die Monarchie ein Gesammtstaat bleiben und als Großmacht bestehen soll, geradezu unmöglich erscheinen muß.

Wieviel an dieser Bewegung ursprünglich künstlich war und wieviel heute noch künstlich an ihr, das zu untersuchen hat einen ziemlich problematischen Werth; Thatsache ist, daß sie eine intensive Kraft erlangt, daß sie das deutsche Element stets mehr und mehr aus seiner Position verdrängt, daß unter den verfassungstreuen Ministerien die nationalen Ansprüche nicht zurückgewiesen und nicht zum Stillstand gebracht worden sind, und daß die gegenwärtige Regierung dieselben wissentlich oder unwissentlich unterstützt.

Wenn nun auch sicher eine Erklärung dafür erbracht werden kann, daß all' die verschiedenen Völker der Monarchie ihre nationalen Tendenzen als leitende Richtschnur ihrer politischen Action im Auge behalten, so ist doch schlechterdings schwer ein Grund für die Haltung zu finden, welche diesen Wünschen gegenüber an maßgebender Stelle beobachtet wird, so berechtigt und natürlich auch das Bestreben ist, alle Nationalitäten des weiten Reiches versöhnt und vereint an gemeinsamen Zielen arbeiten zu sehen. Daß aber gerade die Nation, die bei aller Loyalität, deren auch die anderen Völker der Monarchie sich rühmen dürfen, doch vorzugsweise das Reich und den staatlichen Gedanken repräsentirt, die der Monarchie ihren Charakter gegeben und unverändert denselben erhalten hat, vor dem Vordringen der übrigen Nationalitäten zurückweichen soll, daß man

gerade sie verantwortlich macht, wenn eine Versöhnung nicht gelingt, widerspricht den Traditionen und den Principien, die bisher befolgt worden sind, wie den unumstößlichen Regeln, die sich in der Geschichte aller Staaten und auch in der österreichischen Monarchie zur Geltung bringen. Läßt sich auch leider nicht verkennen, daß das Regieren mit der Verfassungspartei unendlich schwierig und zeitweise fast unmöglich gewesen ist, daß deren große Fehler sicher das Ihrige beigetragen, eine Veränderung herbeizuführen, die eine gänzliche Wandlung in den bisher bestimmenden Ideen, wie in allen Verhältnissen hervorrufen kann, so sind diese Gründe doch nicht genügend, um für ein Vorgehen zu sprechen, das die bewährte Basis erschüttert, ohne die Sicherheit einer neuen und festeren Grundlage gefunden zu haben, und wenn die nicht gerechtfertigte Anschauung hierzu den Anlaß bietet, daß die Verfassungspartei, die Vertretung der Deutschen es ist, welche die dargereichte Hand zurückweist, eine Annahme, die in Wahrheit der Begründung entbehrt, so darf andererseits nicht vergessen werden, daß die Staatsraison eine besondere Berücksichtigung der Verfassungs-, der „Reichspartei" gebietet, da jede Position, die hier verloren geht, auch für den Gesammtstaat verloren ist und daß die Mission, die das deutsche Element bisher in Oesterreich erfüllt, schon allein zur sorgsamen Schonung desselben ermahnen sollte. Von einer Germanisirung oder Regermanisirung kann nicht mehr die Rede sein, aber daß nicht das Deutschthum seine Stellung verliere, ist eine Frage von eminenter Bedeutung für den Staat, die diesen ebenso wie die Deutschen in Oesterreich berührt, die trotz der Attraction,

die ein benachbartes stammverwandtes Reich von 40 Millionen, hervorragend an Macht und Bildung, ausüben muß, trotz der Gefährdung ihrer Position in Oesterreich, bisher alle nationalen Aspirationen zurückgewiesen haben, die eine Schädigung der österreichischen Monarchie involviren, die treue Unterthanen von Oesterreich sind und treue Oesterreicher bleiben wollen.

Es gibt nur eine Erklärung dafür, wenn man an maßgebender Stelle und in jenen Kreisen, die einen bestimmenden Einfluß auf die Geschicke des Reiches nehmen, den nationalen Aspirationen aller Völker mit einer Toleranz begegnet, die sehr leicht neue und immer neue Ansprüche hervorrufen kann, und wenn man die Deutschen den anderen Nationen gegenüber für unversöhnlich, vielleicht sogar für minder treue und zuverlässige Bürger des Reiches hält; und diese Erklärung liegt in dem Umstand, daß man die Anziehungskraft des neugegründeten deutschen Reiches auf die Stammesgenossen in Oesterreich als vorhanden erachtet und dieser Eventualität vorbeugen will, indem das slavische Element, das man als eine Barrière zwischen den Deutschen im Ausland und denen in Oesterreich betrachtet, eine Kräftigung erfährt, die stark genug ist, beide zu trennen; dabei wird der Thatsache Rechnung getragen, daß jenes slavische Element instinctiv weiß und fühlen muß, daß es verloren, wenn je der Moment eintreten sollte, der den Zerfall der österreichischen Monarchie und die Besitzergreifung der nördlichen Länder durch Deutschland bringt, daß somit nur in dem Bestand von Oesterreich seine eigene Existenz gesichert ist, während selbst in diesem Fall den Deutschen ihre Eigenart und Sprache gewährleistet bliebe und deshalb auch für

diese die Gefahr eine geringere und gemäß dieser Anschauung auch ihr Interesse an Oesterreich ein kleineres ist.

Wohl ist es wahr, wenn irgend eine Nationalität in Oesterreich-Ungarn Grund hat über ihre Zukunft beruhigt und unbesorgt zu sein, so ist dies bei der deutschen der Fall; denn hätte diese lediglich nur ihre Sicherheit im Auge, so scheint trotz der Fortschritte, die besonders die slavische Bewegung auf Kosten des Deutschthums in Oesterreich gemacht, nach aller Voraussicht kaum eine Lage möglich, die eine vollkommene Slavisirung der Deutschen zur Folge hat; aber dieser Gesichtspunkt ist nie der leitende für die Nation gewesen, die der habsburgischen Monarchie ihren Charakter gegeben und unerschütterlich treu zu jeder Stunde zu Oesterreich und seiner Dynastie gestanden ist.

Widerspräche eine Argumentation, wie es die vorangehende ist, vor Allem den Intentionen des deutschen Nachbarstaates und der Allianz mit demselben, in der allein eine feste Bürgschaft für die Stellung der österreichischen Monarchie zu finden, so würde auch die Haltung der Deutschen in Oesterreich und die der Verfassungspartei, die deren parlamentarische Vertretung bildet, eher das Gegentheil als eine solche Annahme beweisen, denn gerade die deutsche Bevölkerung hat unter allem Wechsel und aller Ungunst der Zeiten den Gesammtstaat vertheidigt und nicht einen Augenblick gewankt, als es galt, den Kampf für die Integrität von Oesterreich wider einen deutschen Gegner zu führen, und welche Fehler auch die Verfassungspartei beging, vor einem Vorwurf hat sie sich zu bewahren gewußt, daß sie nationale Tendenzen berücksichtigt und über nationalen Sonderinteressen die Pflichten gegen Oesterreich vergessen hat.

Die Verfassungspartei war im Parlament die einzige nicht nationale Partei, die verschieden von allen anderen den Staatsgedanken als solchen erfaßt und sich demselben untergeordnet hat, und wenn die Strömung, die gegenwärtig in Oesterreich am Ruder, eine sehr gefährliche Wirkung erzielen kann, die gefährlichste wäre jene, welche die Verfassungspartei in eine deutsch-nationale verwandelt, und leider ist die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß man in der Absicht eine Eventualität zu vermeiden, diese provocirt und sie hervorrufen kann. Innerhalb der deutschen Bevölkerung in Oesterreich hatten bisher nur einige Heißsporne den nationaldeutschen Standpunkt vor dem österreichischen betont; diese Richtung stand vollkommen isolirt und nur während der Regierung des Grafen Hohenwart, als im Innern die slavische Bewegung einen mächtigen Impuls erhielt, der unter den deutschen Siegen in Frankreich, unter dem gewaltigen Eindruck des neuerstehenden deutschen Reiches doppelt fühlbar zur Geltung kam, war sie mächtig herangewachsen, ward aber in der nachfolgenden Periode wieder mehr und mehr neutralisirt; die weitaus überwiegende Majorität der Deutschen in Oesterreich hat jederzeit die Begriffe „deutsch" und „österreichisch" zu verbinden gewußt und steht auch heute noch treu den Traditionen, die sie unverbrüchlich bewahrt, jeder Action gänzlich fern, welche den letzteren bei Seite lassen und ihn durch den ersteren ersetzen will.

Trotz alledem aber ist nicht zu verkennen, daß das nationale Moment unter der Befürchtung, daß die Slavisirung in Oesterreich stets mächtiger und nachhaltiger wird, daß sie das Deutschthum verdrängt, und den Charakter des Reiches verändert, auch auf deutscher Seite das Uebergewicht

erhält und daß aus der Verfassungspartei, die gegenwärtig eine österreichische ist, eine national-deutsche Partei entstehen kann, so abgeneigt auch einer derartigen Wandlung heute noch die Stimmung der Deutschen in Oesterreich sich zeigt.

Mit einer solchen Veränderung hätte nicht nur der Staatsgedanke seine festeste Stütze verloren, sondern diese nationale Bewegung hätte auch einen ungleich ernsteren Hintergrund, als dies bei den nationalen Aspirationen der anderen Völker der Fall; das bindende Element, die Reichspartei, wäre verschwunden, die centrifugalen Kräfte wären um eine vermehrt und zwar um eine solche, die absolut nicht ignorirt werden kann, selbst wenn man sie ignoriren wollte, und so wenig die Attractionskraft des Nachbarreiches zu fürchten, so lange die Monarchie den Charakter behält, den sie seit ihrer Entstehung getragen, so gewaltig muß sich dieselbe zum Ausdruck bringen, wenn die Deutschen des österreichischen Kaiserstaates nicht mehr in Oesterreich, sondern wenn sie in Deutschland ihren letzten Halt und ihre Zuflucht erblicken. Bei aller Loyalität der deutschen Regierung, ja selbst bei der Absicht, sich soweit nur irgend thunlich, der Ingerenz in österreichische Verhältnisse zu enthalten, wäre eine Situation denkbar, wo unter den treibenden Momenten hüben und drüben ein Schmerzensschrei der Deutschen in Oesterreich nicht mehr übertäubt werden kann und wo er gehört werden muß.

Noch ist die Lage nicht darnach angethan, um eine solche Eventualität ernsthaft in's Auge zu fassen; aber man darf sich nicht verhehlen, daß es ein eminent politisches Interesse ist, welches für die Monarchie mit der Bedingung verbunden, daß die Verfassungspartei eine Reichspartei bleibt und sich

nicht zu einer deutsch-nationalen gestaltet, und man darf die Bedeutung nicht unterschätzen, welche überhaupt eine kräftige Vertretung des Reichsgedankens, eine Vertretung des Gesammtstaates im österreichischen Parlament, besonders von deutscher Seite gegenüber den sprachlichen und nationalen Verschiedenheiten besitzt. Trotz all' ihrer großen und verhängnißvollen Fehler läßt diese Grundlage ihrer politischen Existenz die Verfassungspartei als die Trägerin der Staatsidee, als die einzige Partei erscheinen, die, nationalen Tendenzen fremd, lediglich die Stellung gewahrt wissen will, die zum Besten der Monarchie das deutsche Element errungen und bis in die jüngste Zeit auch unbestritten behauptet hat, als eine Partei, die den österreichischen Verhältnissen Rechnung tragend, den Wünschen der einzelnen Völker zu entsprechen gewillt, soweit dieselben mit der Einheit und mit dem Bestande des Reiches vereinbar, die aber nie die Hand dazu bieten wird, daß, um nationale Velleitäten zu befriedigen, der Verband gesprengt werde, der Oesterreich zusammenhält, daß der Gesammtstaat abdankt zu Gunsten der Königreiche und Länder, daß der Staatsgedanke zurücktritt vor den Interessen der einzelnen Nationalitäten.

Wie stellt sich gegenüber diesen Zielen das Programm der „Rechten" dar und welche Verschiedenheit der Ansichten gelangt in ihren Reihen zum Ausdruck, eine Verschiedenheit, mit der verglichen die Differenzen in der Verfassungspartei vollkommen verschwinden, der gegenüber die dort vorhandenen Gegensätze geradezu geringe genannt werden müssen. Daß sich diese nationale und sprachliche Divergenz vor der Oeffentlichkeit nicht in vollem Maße bemerkbar macht, bewirkt zuerst das vermittelnde Idiom der deutschen Sprache, die

als unumgänglich nothwendig erkannt auch in den Verhandlungen des Reichsraths unentbehrlich erscheint; weiter wird dieselbe gemildert und theilweise verdeckt durch jene feste Disciplin, die so schwer auf verfassungstreuer Seite zu erreichen, im Lager ihrer Gegner zu finden ist, sobald es sich darum handelt, einem größeren Zwecke zu liebe kleinere Unterschiede zurücktreten zu lassen; vor Allem aber wird diese Divergenz neutralisirt durch das einzige, aber gewichtige Moment, in welchem alle Fractionen der „Rechten" vereinigt, durch die Opposition gegen das Bestehende, durch den Kampf gegen die Verfassungspartei und gegen die constitutionellen Grundlagen des Staates, wie sie durch diese geschaffen und gefestigt sind. Nur in diesen ihren negativen Bestrebungen steht die „Rechte" geschlossen der Verfassungspartei gegenüber, vertritt sie überhaupt ein klares Programm; in ihren positiven Zielen geht sie weit auseinander, so weit, daß sie zerfallen müßte, wenn deren endgültige Definition und Durchführung bereits einen Gegenstand der Erwägung zu bilden hätten.

Feudale Großgrundbesitzer, Tschechen und Polen, Slovenen, Südslaven und die klerikalen deutschen Abgeordneten bilden die „Rechte" oder die „Rechtspartei", die aus all' diesen Elementen zusammengesetzt, im gegenwärtigen Parlament eine Majorität von wenigen Stimmen gegenüber der Verfassungspartei behauptet.

Betrachtet man nun die einzelnen Fractionen der Rechten und zwar zunächst die aus dem Compromiß im böhmischen Großgrundbesitz erwählten Abgeordneten, so repräsentiren diese glänzende Namen des Hochadels und zweifelsohne einen größeren Realbesitz, als dies bei den verfassungstreuen Ver-

tretern dieser Curie der Fall; läßt sich doch überhaupt die Thatsache nicht verkennen, daß die großen Familien in Böhmen in ihrer Majorität, besonders in ihrer jüngern Generation weit mehr zur „feudalen" als zur „verfassungstreuen" Gruppe der Großgrundbesitzer neigen; aber nicht darin, daß die Feudalen den größeren Besitz ihr eigen nennen, liegt das charakteristische Merkmal ihrer Stellung, sondern in dem Umstand, daß sie nationaltschechische Aspirationen unterstützen und Bestrebungen fördern, die den Sturz der Verfassung herbeiführen müssen, daß sie an Stelle der constitutionellen Grundlagen, die für das ganze Reich Geltung beanspruchen, den Sonderrechten der einzelnen Länder zum Siege verhelfen wollen.

Ob dieses Vorgehen aus den Motiven entspringt, die man diesen Abgeordneten gewöhnlich imputirt, die darauf hinauslaufen sollen, daß sie die Privilegien des Großgrundbesitzes, das Prestige der alten Familien besser bei den Tschechen als bei den Deutschen gewährleistet glauben, ob es wirklich der Haß gegen die neuen Ideen und den Parlamentarismus ist, der ihre Haltung dictirt, ob man sie mit Recht die „Feudalen" nennt oder nicht und ob sie in Wahrheit von ihrer Action ein Wiedergewinnen alter Vorrechte erwarten, bleibe hier unerörtert und ist auch für die Sache selbst von geringem Werth; entscheidend ist nicht die Ursache, sondern das Factum an sich und dieses allerdings läßt die ernstesten Consequenzen erwarten, wie sie bereits eingetreten sind und vielleicht in noch höherem Grade eintreten können.

Die Stellung des Adels ist für die österreichische Monarchie eine Frage von unendlicher Tragweite, weit wichtiger als dies vielleicht in irgend einem anderen Lande der Fall.

Ganz abgesehen von ihrer socialen und wirthschaftlichen Bedeutung hat die Aristokratie des Reiches die Aufgabe, eine specifisch österreichische Aristokratie zu repräsentiren. „Da Oesterreich kein einheitliches Naturvolk besitzt, muß man darnach trachten, ein gemeinsames Staatsvolk zu werden", so hat ein früheres Mitglied des Cabinets, Auersperg, das Ziel österreichischer Staatskunst definirt, und wenn es auch bisher nicht gelungen, dieses Problem zu lösen, so war wenigstens im Lauf der Zeiten das Resultat erreicht, daß eine österreichische Aristokratie existirt, so stolz und mächtig, wie kaum ein zweiter Staat sie aufweisen kann. In dieser Aristokratie ist das Bewußtsein zum Durchbruch gelangt, daß sie nicht den Provinzen, daß sie dem Reiche angehört, sie ist berufen, dem Reichsgedanken eine feste Stütze gegenüber dem nationalen Gedanken zu bieten und hat dieser Mission, treu ihren Traditionen, unter schwierigen Verhältnissen entsprochen.

Indem aber die „feudalen", die „conservativen" böhmischen Großgrundbesitzer, wie sie sich nennen, statt eine conservative Reichspartei zu bilden, dem national-tschechischen Club sich angeschlossen, haben sie ein gefährliches Präjudiz geschaffen und eine Veränderung historisch-traditioneller Grundsätze in Oesterreich herbeigeführt. Es wäre ungerecht, wollte man nur einen Augenblick an der höchsten Loyalität dieser Abgeordneten Zweifel hegen, die mit ihrem ganzen Denken und Fühlen der Dynastie und dem Reiche ergeben sind; aber der Weg, auf dem sie Oesterreich reconstruiren wollen, führt nicht zum Ziel und wird mit einer verderblichen Enttäuschung enden, die in ihren Folgen verhängnißvoll werden kann.

Den aristokratischen Standpunkt, wenn derselbe überhaupt in so schwerwiegenden politischen Fragen als der be-

ſtimmende betrachtet werden darf, hat auch jener Ariſtokrat Fürſt Carlos Auersperg niemals bei Seite gelaſſen, den die verfaſſungstreuen Großgrundbeſitzer in Böhmen mit Stolz an ihrer Spitze erblicken; aber das Ziel, das ſeinem von ſeltener Hingebung getragenen Wirken vor Augen ſchwebt, iſt die Kräftigung des Ganzen, dem ſich die Theile unterzuordnen haben, iſt der Beſtand des Reiches, dem gegenüber die Intereſſen der Provinzen zurücktreten ſollen, iſt der Geſammtſtaat und die Erhaltung der berechtigten Stellung des deutſchen Elements, die nicht erſchüttert werden kann, ohne den Charakter der Monarchie zu verändern, und dieſe für ihn leitenden Ideen wurden auch von jenem leider zu früh ſeinem Vaterlande entriſſenen Ariſtokraten, vom Grafen Hieronymus Mannsfeld getheilt, der ein öſterreichiſcher Edelmann im beſten und ſchönſten Sinne des Wortes als der zukünftige Führer der verfaſſungstreuen Großgrundbeſitzer in Böhmen betrachtet ward.

Mit dem Eintritt der „feudalen" Großgrundbeſitzer in den tſchechiſchen Club haben die nationalen Beſtrebungen eine mächtige Unterſtützung erfahren und die ſocialen Beziehungen dieſer Abgeordneten bringen ſich in Sphären zur Geltung, die von entſcheidendem Einfluß auf die Geſchicke des Reiches ſind. So lange der „feudale" Großgrundbeſitz ſich in der Oppoſition befand, konnte er mit Fug und Recht als Sr. Majeſtät allergetreueſte Oppoſition bezeichnet werden, als eine Oppoſition, die eigentlich nur ſo lange beſtand, als der Monarch die Gnade hatte, ſie zu geſtatten. Die Partei der „feudalen" Großgrundbeſitzer, deren Mitglieder die erſten Namen des Reiches tragen, erzogen in unerſchütterlicher Ergebenheit gegen die Dynaſtie, mit tauſend Banden dem Hofe

verknüpft, fast durchweg aus Personen bestehend, die im Contact mit der maßgebenden Stelle sind, hat gewiß jederzeit das Bestreben gehabt, einen Conflict zu vermeiden, der sie in Widerspruch setzen könnte mit jener Tradition, die für sie stets bestimmend und leitend war, und wenn die Opposition der „feudalen" Großgrundbesitzer eine bedeutende und nachhaltige Kraft gewann, so schöpfte sie diese wohl vorzüglich aus dem Umstand, daß die Majorität ihrer Anhänger es für ihre Pflicht hielt, d'être plus royal que le roi und päpstlicher zu sein als der Papst, daß sie die innersten Gedanken und Wünsche der Krone zu errathen glaubte, deren Ausführung lediglich durch die momentanen Verhältnisse unmöglich war. Die größere Anzahl der Mitglieder der „feudalen" Partei ist in der Anschauung befangen, daß ihre Haltung an maßgebender Stelle nicht ohne Befriedigung wahrgenommen wird, und wie man auch über die Motive und Absichten urtheilen mag, die Thatsache steht unzweifelhaft fest, daß die Majorität der feudalen Großgrundbesitzer sich nie zu einer Opposition entschließen würde, von der sie glaubt, daß sie eine Opposition gegen die Wünsche der Krone sei. Selbst die am meisten engagirten Führer der „feudalen" Partei denken loyal genug, um auf eine Opposition zu verzichten, die den Ansichten des Monarchen entgegen läuft, und wäre selbst diese Annahme falsch, so würde ihr Anhang sich so reduciren, daß in Wahrheit nur eine kleine Gruppe frondirender Cavaliere übrig bleibt. Jetzt, wo der feudale Großgrundbesitz bei dem Mangel einer eigentlichen Regierungspartei eine Stütze des gegenwärtigen Ministeriums ist, tritt dieser für die Haltung und für die Bedeutung dieser Fraction unendlich wichtige Factor natürlich zurück; wenn man aber die Vergangenheit, die

gegenwärtige und vielleicht auch die zukünftige Stellung dieser Gruppe richtig beurtheilen will, muß mit Momenten gerechnet werden, die für dieselbe geradezu bestimmend und ausschlaggebend sind.

Merkwürdige Gegensätze finden sich, seitdem die Vereinigung der feudalen Großgrundbesitzer mit den Nationalen vollzogen, in dem tschechischen Club zusammen, Gegensätze, von denen es kaum begreiflich erscheint, wie sie mit einander bestehen können.

Neben den Hochtorys mit ihrer streng kirchlichen Denkungsart und ihren ständischen Reminiscenzen eine Anzahl „Jungtschechen", die von so fortschrittlichen Tendenzen beseelt, daß sie sich getrost mit der radicalsten Gruppe der Verfassungspartei messen können und dieselbe vielleicht noch übertreffen; allerdings werden diese Tendenzen dadurch modificirt, daß sie bei den Abstimmungen entgegen ihrem ursprünglichen Programm stets für die Forderungen der „Rechten" votiren und somit einer Zwangslage gehorchen, die einen ihrer besten Vertreter veranlaßt hat, auf sein Mandat zu verzichten. Zwischen diesen beiden Extremen steht das Gros der tschechischen Fraction, das unter Rieger's Führung nach einer jahrelang andauernden passiven Opposition in den Reichsrath getreten und dort weit mehr der Parole der „feudalen" böhmischen Großgrundbesitzer als den Forderungen der liberalen oder ultraliberalen Jungtschechen folgt. Eine andere Richtung wieder wird durch die mährischen Tschechen repräsentirt, deren einstiger Führer heute im Rath der Krone sitzt; diese Abgeordneten, die bereits in der früheren Session dem Reichsrath angehörten, haben sich von dem passiven Widerstand ferngehalten, den ihre stammverwandten Collegen aus Böhmen

inscenirt und standen ursprünglich der Verfassungspartei weit weniger schroff gegenüber als dies gegenwärtig der Fall, wie denn überhaupt die Differenzen zwischen beiden Nationalitäten in Mähren erst in jüngster Zeit die Schärfe erlangt, die leider in Böhmen schon seit Jahren Deutsche und Tschechen von einander trennt.

Nur in einem Punkt, in jenem, der die staatsrechtliche Stellung der Länder der böhmischen Krone berührt, treffen die Wünsche der verschiedenen Gruppen des tschechischen Club zusammen; in allen culturellen und wirthschaftlichen Fragen ist eher das Gegentheil wahr, und es bedarf jener rücksichtslosen Unterordnung, jener parlamentarischen Disciplin, welche die Rechte besitzt, die der Verfassungspartei nur zu häufig fehlt, um ein geschlossenes Vorgehen zu ermöglichen und den Erfolg zu sichern.

Die Hoffnung jener Verfassungstreuen hat sich nicht erfüllt, welche glaubten, daß gerade die Solidarität der materiellen und geistigen Interessen, wie sie zwischen den Deutschen der nördlichen Länder der Monarchie und den Tschechen besteht, eine Verständigung herbeiführen werde; sie hatten den Eintritt derselben in das Parlament mit Freuden begrüßt, weil sie in ihnen einen Rückhalt gegen Ungarn, ein Mittel gegen das Uebergewicht der Großgrundbesitzer, eine Unterstützung in wirthschaftlichen Fragen zu finden gemeint; jetzt zeigt sich diese Anschauung als vollkommen falsch, so wenig sich leugnen läßt, daß, wenn nicht das nationale Moment in Oesterreich jedes andere zurückdrängen würde, die Voraussetzung, auf der sie basirt, kaum der Begründung entbehrt.

Lag doch die Ansicht nahe, daß die tschechische Nation

die von allen slavischen Völkern des Reiches die höchste Entwickelung besitzt, und in dem Streben für die Erziehung der Jugend, für die Bildung der heranwachsenden Generation es an regem Eifer nicht fehlen läßt, sich auf manchem Gebiet mit den Deutschen verbinden werde, z. B. um gemeinsam in dem Geiste zu wirken, der die Schulgesetze, die in der constitutionellen Periode entstanden, belebt; war doch die Annahme möglich, daß die Tschechen, die in hervorragender Weise an allen Lasten participiren, welche die Monarchie zu tragen hat, in finanziellen und ökonomischen Fragen sich denen anschließen würden, die mit ihnen als die stärksten Steuerträger fungiren, mit denen sie durch gleiche Interessen vereinigt sind.

Aber alle diese Factoren traten vor dem nationalen Gesichtspunkt zurück; um diesen zur Geltung zu bringen, um für ihre nationalen Forderungen der Unterstützung der ganzen „Rechten" sicher zu sein, schlossen sich die Tschechen den anderen Fractionen derselben auch bei solchen Gelegenheiten an, wo die Behandlung der in Rede stehenden Angelegenheiten ihren inneren Wünschen, ihren eigensten Intentionen widersprach, wo durch den Sieg ihrer Partei Principien alterirt und Vorlagen zum Gesetz erhoben wurden, die in ihren Folgen ebenso schädlich für sie wie für die Deutschen sind.

Selbst wenn man von den so weit differirenden Ansichten in Bezug auf die äußere Politik abstrahirt, welche die nationalen Gruppen der Rechten trennen, bietet fast jede wichtigere Verhandlung im Parlament Anlaß zu der Beobachtung, wie tiefgehend die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der „Rechten" sind, wie langer Zeit es bedarf, dieselbe

zu einen, wie nur das nationale Moment, die allen gemeinsame Gegnerschaft wider die Verfassungspartei sie zusammenhält und sie verbindet; ihre Interessen wie ihre Wünsche stehen sich schroff gegenüber und geschlossen in ihrer Opposition gegen die Vertreter der centralistischen Idee, einig in der Negation der staatlichen Grundlagen, welche die Linke verficht, würde die Rechte zerfallen, sobald es sich darum handelt ein gemeinsames Programm zu substituiren und statt der Ablehnung dessen, was besteht, das positive Ziel zu bezeichnen, das sie als Ausgangspunkt ihres Strebens betrachtet.

Weit klarer als dies bei den Tschechen der Fall, hat die Vertretung der polnischen Abgeordneten, die „polnische Delegation" wie sie sich mehrfach genannt, ihre Sonderinteressen im Auge behalten und aus einer Lage Nutzen gezogen, die sie nicht selten als das Zünglein an der Wage bei den Entscheidungen im Parlament, als unentbehrlich für die Rechte erscheinen ließ, und wenn man die Zeitperiode seit Activirung der Verfassung überblickt, wird man zur Einsicht gelangen, daß es die Polen sind, die den größten Nutzen aus ihr gezogen. Dies hat wohl in der eigenartigen Stellung der polnischen Abgeordneten seinen Grund, die während der Dauer des Ministeriums Auersperg in manchen Fragen der Verfassungspartei zu Seite standen, in anderen mit einer gewissen Reserve dieselbe bekämpften, die aber nur in seltenen Fällen unbedingte Parteigänger der anderen Fractionen der Rechten waren, so daß sie stets als die allseitig Umworbenen figurirten. Diese Position, die von ihnen mit großem Geschick benützt und beobachtet ward, hat erst seit dem Eintritt der Tschechen ins Parlament eine Veränderung erfahren, da durch denselben das nationale Moment

so maßgebend ward und in Folge dessen die Kluft zwischen der „Rechten“ und „Linken“ so bedeutend an Ausdehnung gewann, daß die Parteien vollkommen geschlossen sich schroffer als je entgegenstehen und auch die Polen der Zwangslage sich nicht zu entziehen vermögen, welche die Solidarität im Kampf gegen die „Liberalen“ auf Seite der „Rechten“ geschaffen hat. Die Stellung der Polen aber hat hierdurch nicht gelitten, sondern ist fast dominirend geworden, da die anderen Fractionen der „Rechten“ fortwährend gezwungen sind auf sie die größte Rücksicht zu nehmen und ihren Wünschen selbst dort Rechnung zu tragen, wo dies auf Kosten der von ihnen vertretenen Steuerträger, wie z. B. gelegentlich der Regulirung der Grundsteuer der Fall, und dieser Einfluß der Abgeordneten aus Galizien bringt sich nicht nur in der Legislative zur Geltung, deren erster Präsident ein Pole mit einem in der constitutionellen Entwicklung des Reiches vielgenannten und mit Recht hochgeachteten Namen ist, sondern auch im Rath der Krone, wo das in Oesterreich doppelt wichtige Portefeuille der Finanzen einem Polen anvertraut ist, in welchen ein zweiter ohne ein bestimmtes Ressort aber zur Entscheidung für alle Galizien betreffenden Angelegenheiten berufen wurde.

Wenn man von den Abgeordneten aus Galizien spricht und unter denselben die Polen versteht, so ist dies eigentlich erst seit den letzten Wahlen im vollen Sinne des Wortes wahr; bis zu diesem Zeitpunkt ward Galizien auch durch eine größere Anzahl Ruthenen repräsentirt, deren Vertreter gegenwärtig nur noch in der Stärke von drei Mann vorhanden sind.

Wenn etwas im Stande ist die Fortschritte, welche die

Polonisirung in Galizien gemacht, die unumschränkte Herrschaft des Polenthums daselbst zu charakterisiren, so braucht man nur den Ausfall der letzten Wahlen ins Auge zu fassen. Galizien hat nach der Zählung vom 31. December 1880 eine Bevölkerung von 5,938,461 Einwohnern, von denen 3,058,400 der polnischen, 2,549,707 der ruthenischen Nationalität angehören; der Rest sind bis auf ca. 6000 Böhmen, Slovaken und Rumänen jene 324,336 Deutsche, welche die deutsche Umgangssprache angegeben haben. Diese Bevölkerung wählt 63 Abgeordnete, von denen nach dem Resultat der letzten Wahlen nahezu 60 auf die Polen und 3 auf die Ruthenen entfallen, die noch im früheren Reichsrath durch 17 Abgeordnete vertreten waren, eine Ziffer, die auch bereits außer Verhältniß zur numerischen Stärke der ruthenischen Bevölkerung stand, die aber doch immerhin den Schein einer Repräsentation beanspruchen konnte.

Jetzt haben 2,549,707 Ruthenen drei Abgeordnete, die ihre Interessen wahren, und wenn man die Recht und Gesetz verhöhnenden Wahlacten liest, wenn thatsächlich festgestellt wird, daß der polnische Bezirkshauptmann bei einer Gefährdung der Wahl des polnischen Candidaten die ruthenischen Wähler einfach durch Gensdarmen abführen ließ, wenn man die Zusammensetzung der Wahlcommissionen und deren Ingerenz authentisch und durch Belege erhärtet mittheilen hört, wie dies die ruthenischen Abgeordneten im Reichsrath gethan, so glaubt man einem Roman zu lauschen, und es ist nicht zu leugnen, daß dies alles ein merkwürdiges Seitenstück für den Parlamentarismus in Oesterreich ist und eine eigenthümliche Illustration für jene Toleranz, welche die Polen gegen ihre slavischen Stammesgenossen, die mit

ihnen dasselbe Land bewohnen praktisch in Anwendung zu bringen wissen. Doppelt ernst wird dieses Vorgehen durch das confessionelle Moment, da die Ruthenen der griechisch-katholischen Kirche angehören, die sich der griechisch-orientalischen, der russischen nähert und da sie, die „Kleinrussen", sich unter dem Druck der Polen doppelt stark zu dem großen russischen Nachbarland hingezogen fühlen, mit dessen Volk sie stammverwandt, in dem sie ihren Schutz und ihre Hoffnung erblicken, nachdem Oesterreich sie hülflos ihren polnischen Bedrängern überläßt.

Die Bewegung unter den Ruthenen verdient eine Beachtung, die weit über die Grenzen Galiziens hinausgeht, da die tiefgehende Unzufriedenheit derselben sich im Fall einer auswärtigen Complication in gefährlicher Weise äußern kann.

Die Ruthenen waren treue Unterthanen von Oesterreich und sind es gewiß auch heute noch; dieses arme auf niedriger Culturstufe stehende Volk, dessen Leidensgeschichte unter polnischer Herrschaft eine furchtbare ist, wäre entwickelungsfähig gewesen, hätte Oesterreich in seiner ursprünglichen Haltung, in seiner culturellen Mission gegenüber demselben beharrt; der namenlose Druck, den gegenwärtig das vollkommen polonisirte kaiserliche Beamtenthum, den die autonome galizische Verwaltung übt, zwingt gewaltsam zu russischen Sympathien und erst die Zukunft wird zu entscheiden vermögen, ob bei einem eventuellen Zusammenstoß mit einer auswärtigen Macht die alte Treue der Ruthenen noch unerschüttert besteht, ob sie Seite an Seite mit den Polen gegen ihre Stammesgenossen zu fechten

gewillt oder ob ihnen der Augenblick der Gefahr die Erinnerung ihrer blutigen Leiden ins Gedächtniß ruft.

Eine gerechtere Handhabung der Gesetze, ein Schutz gegen die Willkür ihrer Bedränger, eine Bethätigung des Factums, daß die Ruthenen Unterthanen der großen österreichischen Monarchie und nicht solche der Polen sind, könnte manches wieder zum Guten wenden und jenem Element unter ihnen zum Siege verhelfen, das jederzeit unerschütterlich zu Oesterreich gestanden und den Gesammtstaat vertheidigt hat, das jeder Annäherung an Rußland abgeneigt, zu Oesterreich und seiner Dynastie halten will, so lange Oesterreich nicht selbst dasselbe verläßt und verstößt.

Das polnische Element ist herrschend geworden in Galizien und hat das österreichische verdrängt; eine Rückgewinnung Galiziens in dem Sinn, daß dasselbe vollkommen seinen früheren Charakter, den Charakter einer Provinz von Oesterreich trägt, ist ausgeschlossen, und das in Posen täglich mehr und mehr an Terrain verlierende Polenthum, dessen Stammesbrüder in Rußland verfolgt und getreten werden, hat in Oesterreich eine zweite Heimath gefunden und ist unter Habsburgs Banner zu neuem Leben erwacht. So eigenartig diese Erscheinung ist, so wünschenswerth es seinerzeit gewesen wäre, die Bevölkerung des Königreichs Galizien gänzlich dem Oesterreicherthum zu assimiliren, so involvirt doch diese Erstarkung der polnischen Nationalität keine Gefahr für die österreichische Monarchie. Wenn Oesterreich eine auswärtige Action zu bestehen hat, so kann sie aller Voraussetzung nach nur von Osten, von Rußland kommen, und diesem Angriff gegenüber ist das Polenthum eine feste Vormauer, ein zuverlässiger Schirm, jenes Polenthum, das

in der Vertheidigung von Oesterreich sich selbst vertheidigt, dessen letzte Stunde geschlagen hätte, wäre der österreichische Staat zum Untergange bestimmt.

Der Werth aber, den das polnische Element für Oesterreich besitzt, würde vollkommen aufgewogen, wenn ein numerisch nicht minder starkes, reichstreues und kaiserlich gesinntes Volk, wie es das ruthenische ist, das ebenso wie die Polen das Grenzland gegen Rußland bewohnt, in das Lager der Gegner von Oesterreich getrieben wird, und der Nothschrei der Ruthenen ist eine ernste Mahnung für die Staatsmänner der österreichischen Monarchie wie für die Polen selbst, deren innerstes Lebensinteresse ein starkes Oesterreich verlangt.

Die Abgeordneten des Königreichs Galizien im österreichischen Reichsrath würden gut daran thun sich diese Sachlage stets vor Augen zu halten; sie würden in ihrer Heimath gerechter gegen die Ruthenen, im Parlament gerechter gegen die Deutschen sein, welche die Bedingungen der eigensten Existenz der Polen verfechten, die nur in einem starken und mächtigen Oesterreich, nur in einem widerstandsfähigen Gesammtstaat zu finden sind.

Unendlich viel, fast eine vollkommene Autonomie hat die Verfassungspartei den Polen geboten und Alles, was ohne Zertrümmerung der Staatseinheit gewährt werden kann, wird jede österreichische Vertretung ihnen darbieten müssen. Aber auch die „polnische Delegation" darf nie der Pflichten vergessen, die sie der österreichischen Monarchie gegenüber hat, die, darüber kann auch der leidenschaftlichste polnische Patriot, der die Wiederherstellung von Polen träumt, wohl kaum in Zweifel sein, den letzten Hort, die letzte Zuflucht der polnischen Nationalität in Europa bildet

und entgegen den Staaten, die das polnische Bewußtsein unterdrücken, dessen Entwickelung mächtig gefördert hat.

Wohl gibt es ein Feld, auf dem das polnische Element, dessen nationale Sicherheit in Oesterreich vollständig gewährleistet ist, weiten Raum für seine Thätigkeit fände, auf dem die Erfolge, die es zu erringen vermag, zugleich dem gesammten Reiche zu Gute kämen; dies wäre die Hebung der wirthschaftlichen Prosperität seines Heimathlandes, ohne welche auch eine nachhaltige politische Kraftentfaltung unmöglich ist.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse Galiziens sind so ernster Art, daß sie Bedenken auch gegen die politische Widerstandsfähigkeit hervorrufen müssen, und wenn man den materiellen Wohlstand als Maßstab nimmt, so ist nicht zu verkennen, daß derselbe im russischen Congreßpolen, obgleich dies in agrikoler Beziehung ursprünglich minder begünstigt als Galizien, ein ungleich höherer als in diesem ist. Abgesehen davon, daß Russisch-Polen eine ausgedehnte und kräftige Industrie besitzt, die in dem österreichischen Theile des einstigen Polen vollständig fehlt, so ist auch der landwirthschaftliche Besitz im allgemeinen dort weit besser situirt, als dies in Galizien der Fall, und da diese Momente nicht lediglich aus dem Schutze, den eine absolute Regierung fast stets der Arbeit gewährt, nicht allein aus den hohen Grenzzöllen oder aus geographischen und Verkehrsgründen resultiren, so wesentlich auch diese Factoren in Rechnung zu ziehen sind, so bleibt als Haupturſache nur die Erklärung übrig, daß in Rußland das polnische Element neben dem deutschen der Ostseeprovinzen als das culturell am höchsten stehende figurirt, dem die Concurrenz über ein ganzes un-

geheures Reich gegen minder gebildete Nationen gestattet ist, während in Oesterreich das umgekehrte Verhältniß Platz gegriffen, da hier die Polen den Wettkampf mit hochentwickelten Ländern unter relativ ungünstigen Chancen zu führen gezwungen sind.

Es ist unendlich schwierig, unter einer Finanzlage, wie es diejenige der österreichischen Monarchie, mit großen Mitteln Hülfe zu leisten, besonders da die Kräfte des Reiches nach allen Seiten in Anspruch genommen sind; auch darf nicht unerwähnt bleiben, daß immerhin, wenn man die verfügbaren Mittel betrachtet, nicht wenig für Galizien geschehen ist; aber das Reich kann und wird sich nicht der Nothwendigkeit entziehen für die wirthschaftliche Hebung dieser Provinz weitere und größere Opfer zu bringen, wenn auch eine wirkliche Prosperität dieses Landes allein durch die Initiative seiner Bewohner, durch die culturelle Entwicklung der Bevölkerung zu ermöglichen ist. Einzelne Ziffern sprechen traurig genug, die das statistische Bureau des galizischen Landesausschusses unter der Leitung des Professors Dr. Pilat in einer Abhandlung über „gerichtliche Feilbietungen bäuerlicher und kleinstädtischer Realitäten in den Jahren 1875 bis einschließlich 1879" bekannt gegeben. Die Angaben über die Zahl der Feilbietungen sind nach Gerichtssprengeln, innerhalb derselben wieder nach Ortschaften specialisirt. Im Gerichtsbezirke Krakau kamen in den Jahren 1875 bis inclusive 1879 1777 Feilbietungen vor; im Sprengel Neusandec 170, in Tarnow 560, Rzeszow 899, Przemysl 1489, Lemberg 1315, Zloczow 878, Tarnopol 589, Sambor 1723, Stanislau 431, endlich in Kolomea 681, zusammen 10,512. Das Bild

wird wesentlich klarer, wenn man die Percentualsteigerung der Feilbietungen seit 1875 berechnet. Hält man die obige Reihenfolge der Gerichtssprengel fest, so ergibt sich folgende Zunahme: 62, 109, 145, 119, 136, 105, 526, 323, 69, 661 und 311 Procent — im Durchschnitt für alle Bezirke eine solche von 139 Procent.

Diese Ziffern zeigen, wie förderlich für Galizien eine Haltung seiner Vertreter wäre, die in erster Linie das wirthschaftliche Moment im Auge hat; von politischen und staatsrechtlichen Veränderungen in Oesterreich materielle Erfolge zu erwarten, ist eine Illusion; ihren nationalen Forderungen ward entsprochen, und was den Polen, ohne das Wohl des Ganzen in Frage zu stellen, gewährt werden kann, wird ihnen jede Partei in Oesterreich gewähren müssen.

Wird jedoch mit ihrem Beistande die Reichspartei geschwächt, leidet der Gesammtstaat als solcher Schaden, dann werden sie vielleicht noch mehr als die anderen nationalen Fractionen der Rechten die Folgen für ihr Vorgehen zu tragen haben, das, ihre Stellung anlangend, fast selbstmörderisch genannt werden kann.

Was nun die letzte nationale Gruppe der „Rechten", die Slovenen und Südslaven, betrifft, so schließen sich diese den föderalistischen Tendenzen mit Eifer an und unterstützen den Kampf gegen das deutsche Element, das ihnen gegenüber die Reichsidee vertritt, mit aller Macht. Jene hohe Cultur aber, jene Entwickelung, deren sich ihre Verbündeten aus Böhmen rühmen dürfen, fehlt ihnen noch; ihre Agitation hat erst seit dem Bestande der Verfassung, seit auch ihnen Gelegenheit geboten, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen,

Bedeutung erlangt, und wenn trotz alledem die slovenische Bewegung, die man vor einigen Decennien kaum gekannt, fortwährend an Boden gewinnt, so ist dies nur unter dem Schutze der freiheitlichen Rechte, welche die Verfassung gewährt, erklärlich, leider aber ist nicht zu verkennen, daß auch den Slovenen gegenüber das Deutschthum, die Vertretung des einheitlichen Oesterreich, Einbuße erleidet, und es ist zu befürchten, daß die nationale Agitation stets neue Kreise erfaßt, wenn ihr gegenüber vollkommene Passivität oder gar eine wohlwollende Haltung beobachtet wird.

Es sind sehr ernste Consequenzen dieser Neutralität, die bereits in den gegenseitigen Beziehungen der Slovenen und Deutschen, in denen der Südslaven und Italiener zu Tage treten, und wenn nicht über diesen Differenzen die Macht einer starken Centralgewalt, die Autorität der Regierung erhalten bleibt, so wird auch in den südlichen Ländern der Reichsgedanke immer mehr und mehr unter den nationalen Ansprüchen und Bestrebungen, unter den föderalistischen Tendenzen verschwinden.

All' diesen nationalen Velleitäten bietet eine Gruppe der Rechten treue Unterstützung dar, die eigentlich eine centralistische ist und sich hauptsächlich aus Ländern rekrutirt, die, jeder föderalistischen Strömung abgeneigt, zu allen Zeiten unerschütterliche Vertheidiger des Reiches und des einheitlichen Oesterreich gewesen sind. Diese, die klerikale Fraction hat, um ihre Ziele zu erreichen, eine Allianz geschlossen, die ihrer ganzen Vergangenheit und ihrem innersten Wesen widerstrebt, ebenso wie ihre Verbündeten, um ihre Zwecke zu fördern, sich bereitwillig dazu hergeben, Forderungen zum Siege zu verhelfen, denen sie ohne die

zwingende Nothwendigkeit der gemeinsamen Action wahrscheinlich selbst entgegengetreten wären.

Welche der beiden Gruppen, ob die nationale oder die klerikale, deren jede die andere für ihre Interessen benutzen will, zuletzt am besten agirt, wird erst die Zukunft entscheiden; gegenwärtig, wo eine auf die andere angewiesen, unterstützen sie sich wechselseitig mit aller Macht, und diese Einigkeit wird zweifelsohne so lange währen, als es sich um den Kampf gegen die Verfassungspartei, um deren Zurückdrängen handelt.

Sollte eine Lage kommen, in der die Solidarität dieser beiden Fractionen der Rechten in einem gemeinsamen Regierungsprogramme auf die Probe gestellt wird, das weiter reicht als eine auf den Moment berechnete Actionspolitik gegen die Verfassungstreuen, als ein Vorgehen von Fall zu Fall, so werden sich sehr bedeutende Differenzen ergeben und die Einigkeit der Rechten in Trümmer gehen. Allerdings dürften dann die Chancen der Nationalen weit günstiger als die der Klerikalen stehen, denn wenn auch unter einer politischen Constellation, die den Wünschen der Letzteren entspricht, unter einer Allianz, wo man ihrer bedarf wie sie derselben bedürfen, ein Theil ihrer Ansprüche berücksichtigt wird, so scheint doch die dauernde Herrschaft eines klerikalen Regime in Oesterreich-Ungarn unmöglich, und mindestens fraglich, ob, selbst wenn die Nationalen das Heft ganz in die Hand bekämen, ein solches sich über die ersten Stadien der Regierungsperiode derselben behaupten könnte. Es ist in der österreichischen Monarchie nicht selten, daß man, um einen Schritt nach vorwärts zu thun, deren zwei nach vorn und einen wieder nach rückwärts geht, und eine Situation, die sich so präsentirt, ist gewiß ebenso wenig

in der Gegenwart wie in der Zukunft ausgeschlossen, aber ein auf Decennien berechnetes klerikales Regiment ist nicht zu erwarten, und käme es ans Ruder, würde es außer an manchen anderen Factoren auch an der Unmöglichkeit scheitern, seine nationalen Bundesgenossen zufrieden zu stellen, ebenso wenig als diesen die Befriedigung der klerikalen Forderungen gelingen würde.

In Oesterreich und im österreichischen Parlament, speciell in der Verfassungspartei war übrigens, wenn auch die verfassungstreue Presse, wie leider nur allzu oft, sehr wenig glücklich zu Werke ging, niemals das Streben vorhanden eine antikirchliche Action zu beginnen, im Gegentheil ist sogar manches geschehen um gerechten Forderungen zu entsprechen, wie dies z. B. in Betreff der Besserung der materiellen Stellung des niederen Klerus der Fall. Immerhin wird man sehr gut daran thun sich stets vor Augen zu halten, wie wichtig die Wahrung der Form in kirchlichen Dingen ist. Wie wenig kann der Gebildete, der sich, einer leider zur Mode gewordenen Richtung folgend, sehr leicht erhaben dünkt über den positiven Glauben, der religiösen Formen entbehren; um wieviel weniger kann die große Masse auf sie verzichten, für welche sehr häufig in religiösen Angelegenheiten die Form den Kern repräsentirt, der in allen schweren Stunden des Lebens die Religion der Trost, die erhebende Hoffnung ist. Die liberalen Parteien allüberall und auch in Oesterreich sollten diesen Factor in Rechnung ziehen, der sich immer rächt so oft man seiner vergißt; verlangt doch das dem Menschen innewohnende religiöse Empfinden auch seine äußere Form, für welche keine naturwissenschaftliche Lehre auch nur annähernd Ersatz zu bieten vermag.

Die Ziele, welche die klerikale Partei in Oesterreich verfolgt, gehen über diese Forderung hinaus und werden, wohl nie realisirbar, gewiß nicht auf lange Zeit praktische Bedeutung erlangen; aber zur Erreichung derselben hat sich die klerikale Fraction den nationalen Gruppen verbündet, und sie, welche die höchste Macht im centralistischen Oesterreich, im absoluten einheitlichen Staate besaß, unterstützt jetzt jene Tendenzen, die auf eine föderalistische Gestaltung des Reiches gerichtet sind.

Betrachtet man die beiden sich entgegenstehenden Parteien des österreichischen Parlaments, so bleibt eben trotz aller Fehler, die sie beging, die „Linke" die Reichspartei, welche den Staat in jenem einheitlichen Verband zu bewahren bestrebt, der aus der geschichtlichen Nothwendigkeit entsprang, der die Stürme überdauert, welche das Reich bedrohen, dessen Schöpfung und Festigung sich die erhabene Kaiserin Maria Theresia zur Aufgabe gestellt, für dessen Erhaltung ihr großer Sohn Joseph II. gelebt und gestorben. Eng verbunden und unlösbar verknüpft mit dieser Gestaltung der österreichischen Monarchie ist auch die Stellung des deutschen Elements im Reich, das vermittelnd zwischen all' den verschiedenen Stämmen und nationalen Aspirationen, als erster Culturträger der Monarchie dieser den Charakter gegeben und, ohne seiner eigenen Nationalität untreu zu werden, ohne die Rechte der anderen Völker verletzen zu wollen, doch vor Allem die Pflege des österreichischen Staatsgedankens im Auge behalten hat. Daß dieser Staat nicht anders mehr als auf constitutioneller Grundlage gedacht werden kann, daß die einmal gewährten freiheitlichen Gesetze nicht mehr zurückzunehmen sind, daß der Geist des

Jahrhunderts einem Rückschritt widerstrebt, ist die Ueberzeugung der Verfassungspartei, die in ihrer Majorität einem überstürzten Fortschritt entgegen, gewiß Vieles in dieser Richtung durch eigenen Schaden gelernt und kaum mehr weiter nach links gedrängt werden kann, so lange das Wahlsystem dasselbe bleibt, so lange die conservativen Elemente den berechtigten Einfluß im Parlament besitzen, der geradezu unentbehrlich in Oesterreich ist.

Indem die Verfassungspartei auf diesen Grundlagen beharrt, vertheidigt sie zugleich die Dynastie und das Reich und erst, wenn auch sie zu einer nationalen, zu einer national-deutschen geworden, hat das Parlament seine letzte politische Partei verloren, ist auch die Reichspartei in eine nationale verwandelt.

Auf der anderen Seite die „Rechte", die gewiß in ihren einzelnen Fractionen von nicht minder patriotischen Motiven geleitet, doch vollkommen widerstrebende, vielleicht noch nicht einmal klar erkannte und klar definirte Ziele vor Augen hat, die, einig in der Opposition gegen die Verfassungspartei, einig in dem Ansturm gegen die von derselben vertheidigte Basis des Staates, in dem Augenblick zerfallen muß, wo sie anstatt der Negation ein positives Regierungsprogramm für die innere Organisation und für die Beziehungen nach Außen aufstellen soll. Selbst um ihre negativen Ziele zu erreichen bedarf sie der Schwächung des deutschen Elements. Um jene positiven nationalen Wünsche ganz zu befriedigen, welche die nationalen Fractionen der Rechten verfolgen, müßten die Deutschen der Stellung vollkommen entsagen, die sie Jahrhunderte hindurch in Oesterreich behauptet, müßte das Reich den Charakter verlieren, den es bis in die

Gegenwart und durch alle Noth der Zeiten getragen. Hier liegt aller Voraussicht nach die Scheide zwischen der klerikalen und nationalen Allianz, die dann ihr Ende erreichen muß, wenn eine von beiden Fractionen zur Einsicht gelangt, daß sie nur den Zwecken der anderen dient. Aber auch wenn dieses Bündniß von Dauer, wenn die Gleichartigkeit der Interessen stärker als ihre Divergenz, so würde der endgültige Sieg der Rechten eine geradezu unhaltbare Situation hervorrufen müssen, denn es dürfte in kurzer Zeit unmöglich sein all' den Ansprüchen zu genügen, denen die Dynastie gerecht werden soll.

Eine weitere Consequenz wäre die Vernichtung der ohnehin erschütterten Centralgewalt, die Zerstörung der gemeinsamen Bände und in naher oder ferner Zukunft als unausbleibliche Folge der Opposition von deutscher Seite eine Attraction des Nachbarreiches, die gegenwärtig weder von Außen noch von Innen zu fürchten ist. Bringen sich je die Wirkungen dieser Attraction zur Geltung, sie würden am deutlichsten fühlbar den nationalen Fractionen der Rechten erscheinen, aber es wäre zu spät ihren Einfluß zu paralysiren, und das, was ohne zwingende Nothwendigkeit hervorgerufen, würde gerade denen zum Verderben gereichen, die seine Ingerenz herbeigeführt. In der Mäßigung der nationalen Aspirationen, in der Erhaltung der Stellung des deutschen Elements, in der Unterordnung unter den Reichsgedanken liegt die Hoffnung auf ein segensreiches Wirken im Parlament, liegt die Garantie für den Bestand des Staates, dessen Lage nach Innen und Außen unendlich schwierig und sorgenvoll ist; werden diese Bedingungen bei Seite gelassen, sind die nationalen Tendenzen stärker als die Staatsidee, finden die

Interessen der einzelnen Länder mehr Beachtung als jene des Reiches, so treten Gefahren heran, denen mit den vorhandenen Kräften kaum zu begegnen ist.

Ein unerschütterlicher Hort des Reichsgedankens und der einheitlichen Grundlage des Staates, eine feste Stütze der parlamentarischen Institutionen war seit dem Insslebentreten des constitutionellen Regime das österreichische Herrenhaus, dessen Mitglieder, erbliche und lebenslängliche, der Kaiser ernennt. Seit dem Moment, wo sie durch die Verfassung geschaffen ward, hat die Pairskammer in ihrer überwiegenden Majorität jene Ideen unterstützt, die das Programm der Verfassungspartei des Abgeordnetenhauses bilden, und wenn man diese Partei als ein Ganzes betrachten will, so muß man vor Allem auch ihrer Vertretung im Herrenhause gedenken, wo sie Namen aus den ersten Familien des Reiches, Generale, die ein Leben hindurch unter der schwarzgelben Fahne gedient, die ersten Autoritäten der Wissenschaft und die Repräsentanten der alten österreichischen Bureaukratie in ihrer Mitte zählt. In der Majorität dieser Versammlung fand die Idee des einheitlichen Oesterreich einen mächtigen Schutz und ihr Wirken ließ stets jenen echt patriotischen Sinn erkennen, von dem ihre gesammte Thätigkeit getragen ward. Weit entfernt, die durch die realen Verhältnisse gegebene Grenze zu überschreiten, verschloß sich die österreichische Pairskammer doch niemals den Anforderungen, die der Geist der Zeit an sie gestellt, und nicht selten während der Herrschaft der Verfassungspartei war der Blick ihrer leitenden Persönlichkeiten im Herrenhause ungleich klarer und weit weniger von persönlichen Momenten beeinflußt als dies bei ihren Führern in der Volksvertretung der Fall.

Diese bewährte Majorität des österreichischen Herrenhauses existirt nicht mehr; wiederholte Berufungen von Pairs unter dem Ministerium Taaffe haben das Stimmenverhältniß verändert und den Schwerpunkt in eine Mittelpartei gelegt, die ohne bestimmtes Programm doch weit näher der Rechten als der Verfassungspartei der Pairskammer steht; leider aber ist damit ein gutes Stück österreichischer Tradition zu Grabe getragen und eine Institution geschädigt worden, die sich in Oesterreich, verschieden von der Beurtheilung der ersten Kammern in anderen Staaten, nicht nur der Hochachtung, sondern auch aufrichtiger Sympathie und einer nicht gewöhnlichen Popularität erfreute. All' jene kleinen häufig persönlichen Momente, die im Abgeordnetenhause ihre Wirkung äußerten, die in allen Ländern mehr oder weniger vorhanden nicht wenig dazu beitragen, den Respect vor dem Parlamentarismus zu mindern, kamen in der Pairskammer nicht zum Ausdruck oder traten unkenntlich dem großen Publikum vollkommen zurück; die Popularität des Tages vermochte nicht den Einfluß zu üben, den sie auf die erwählten Vertreter des Volkes besitzt, und das klare und patriotische Vorgehen des Herrenhauses war vorzüglich die Ursache, daß das Ansehen, aber auch die Bedeutung desselben weit über das gewöhnliche Niveau emporgehoben ward. Mehrfach fanden wenig glückliche Actionen der Volksvertretung im Herrenhause die erwünschte und dringend gebotene Correctur, und in großen politischen Fragen waren nicht selten die Pairs und ihre Unterstützung, der Club des linken Centrums im Abgeordnetenhause die einzige Bürgschaft für den Erfolg. Besonders stark trat der Einfluß des Herrenhauses in den Delegationen hervor, jener eigen-

artigen österreichischen Institution, die ihre Fortexistenz nur dem Umstand verdankt, daß sie unentbehrlich und absolut nichts Besseres an ihre Stelle gesetzt werden kann, die aber geradezu ein Unicum unter den parlamentarischen Einrichtungen Europas genannt werden muß.

Den constitutionellen Vertretungen beider Reichshälften fehlt, wenigstens direct, die Ingerenz auf das wichtigste Gebiet, der Einfluß auf die auswärtige Politik, und wie wenig glücklich sich auch zumeist die Einwirkung parlamentarischer Körperschaften auf die äußeren Angelegenheiten erwiesen, so ist es doch immerhin ungewöhnlich, daß der Minister des Auswärtigen in keinem der beiden Parlamente Sitz und Stimme hat, in keinem derselben gehört werden kann, sondern nur durch das Medium der Delegationen mit ihnen verkehrt. Diese Delegationen, die in einer Stärke von je 60 Mann aus den beiden Reichstagen von Oesterreich und Ungarn in der Art gewählt werden, daß je 40 Delegirte das österreichische und das ungarische Abgeordnetenhaus, je 20 die beiden ersten Kammern entsenden, sind das alleinige Forum für die auswärtige Politik und haben allein über die Summen zu entscheiden, welche das Militärbudget, die gemeinsame Armee in Anspruch nimmt; sie sind nicht etwa Commissionen der beiden Reichstage, deren Beschlüsse durch das Plenum annullirt werden können, sondern vollkommen selbständige Corporationen, deren Entscheidungen respectirt werden müssen, die sich ziffermäßig im Budget der beiden Vertretungen zur Geltung bringen. In wenig Wochen erledigt die Delegation die wichtigsten Fragen und die Beschlüsse, welche sie faßt, sind ausschlaggebend für die finanzielle Situation der beiden Theile der Monarchie.

Es ist nicht zu verkennen, daß eine solche Institution unendlich geschickt gehandhabt werden muß, wenn sie überhaupt bestehen soll; auch läßt sich nicht in Abrede stellen, daß bei einer so geringen Anzahl von Delegirten, von denen ein Drittheil die ersten Kammern entsenden, der Einfluß der Regierung naturgemäß jederzeit ein großer und mächtiger ist, aber immerhin ist diese Institution das einzige Band, das die Parlamente von Oesterreich und Ungarn verknüpft, und wenn man die gemeinsame Armee, wenn man die gemeinsamen Beziehungen erhalten will, so erübrigt eben Nichts als das Mittel der Delegationen, wenn deren ganze Existenz auch nur aus den eigenartigen Verhältnissen der österreichisch-ungarischen Monarchie erklärt werden kann.

Der mächtige Einfluß, welchen das Herrenhaus in der Delegation besitzt, gab vielfach Anlaß zur Opposition, besonders zu jener Zeit, als die Majorität der Verfassungspartei im Unterhause die bosnische Occupation und die mit derselben verbundenen Kosten bekämpfte; gegenwärtig sind diese Differenzen geschwunden und ein Contact zwischen der Verfassungspartei der beiden Kammern geschaffen, der, wenn er jederzeit bestanden, gewiß manchen Fehler verhütet hätte. Es ist kaum anzunehmen, daß in Zukunft die Majorität im Herrenhause der verfassungstreuen Partei gehören wird; die künftige Gruppirung entzieht sich jeder Voraussicht, wie überhaupt die größte Gefahr, die das gegenwärtige Regime in Oesterreich birgt, in der Unberechenbarkeit desselben liegt. Daß die Absichten des Ministerpräsidenten persönlich die lautersten, die besten und ehrlichsten sind, darüber ist gar kein Zweifel erlaubt, aber die Verhältnisse in Oesterreich sind stärker als jede Individualität, und Graf Taaffe steht heute schon an

einer anderen Stelle als dies ursprünglich der Fall und wird am Endpunkt seiner Politik angelangt, kaum selbst mehr den Ausgangspunkt zu erkennen vermögen.

Es ist das Unglück des constitutionellen Regime in Oesterreich, daß die Gegensätze so schroff und die Mittelparteien so schwach, daß für eine Regierung in kürzerer oder längerer Frist die Perspective vorhanden ist, entweder die eigene Partei zu verlieren oder weiter gedrängt zu werden als sie ursprünglich gewollt, und das Ministerium Taaffe, dem eine eigentliche Regierungspartei vollkommen fehlt, kann nur von Fall zu Fall eine Majorität gewinnen, die eben von Fall zu Fall durch die „Rechte" beschafft werden muß. Hierin liegt aber auch die Grenze für seine Action, denn entweder die „Rechte" wird durch die ihr gewährten Concessionen so stark, daß sie stärker ist als das Ministerium selbst, oder die Regierung tritt den stets größeren Ansprüchen entgegen und dann ist eine Lage geschaffen, die sie bei dem Mangel einer zuverlässigen Stütze im Parlament nicht mehr zu beherrschen und zu lenken vermag. Wenn ein Regierungswechsel in Oesterreich eintreten sollte, so ist dieser für den Moment nur in der Richtung denkbar, daß ein Ersatz des gegenwärtigen Ministeriums durch Mitglieder der hohen österreichischen Bureaukratie erfolgt, die meist zur Verfassungspartei gezählt werden darf und sich in ihren Anschauungen mit der conservativen Fraction derselben trifft. Die Etablirung eines eigentlichen Parteiregime ist kaum zu erwarten, aber auch die Berufung eines Beamtenministeriums dürfte bei dem gefährlichen Zersetzungsproceß, der in der Bureaukratie begonnen, nicht ohne Schwierigkeit zu vollziehen sein.

Ob je wieder eine Veränderung eintreten wird, die die Verfassungspartei ans Ruder bringt, ist schwer zu bestimmen; daß aber keinesfalls eine solche Veränderung in so naher Zukunft vorauszusetzen, als dies von mancher Seite für möglich gehalten wird, ist selbst bei der Unberechenbarkeit österreichischer Verhältnisse und bei der raschen Wandelbarkeit derselben anzunehmen, wenn auch die Erfahrung zeigt, daß ein Wechsel in Oesterreich sich meist in dem Moment vollzieht, wo man ihn am wenigsten erwartet. In Oesterreich pflegt die Opposition von den Fehlern zu leben, die die Regierungspartei begeht, und die Regierung bemüht sich durch eigene Fehler die Fehler früherer Perioden vergessen zu machen. Verlangt nun auch die Gerechtigkeit es auszusprechen, daß das Ministerium Taaffe und die gegenwärtige Majorität sich mit größerer Vorsicht als die Verfassungspartei zur Zeit ihrer Macht benehmen, so wird immerhin die Action der Rechten unendlich schwierig, sobald sie über die Opposition gegen die Verfassungspartei hinausgehend sich über definitive Ziele einigen soll, und es ist nicht ausgeschlossen, daß nachdem auch die Rechte ihren Kreislauf vollendet und die Erinnerung an die Fehler der Verfassungspartei verblaßt, unter einer veränderten Constellation diese einmal wieder als die rettende, als die Partei der Zukunft erscheint.

Die Verfassungspartei bildet gegenwärtig nur einen Club im Reichsrath, der den Namen der „vereinigten Linken" trägt, der alle verschiedenen Elemente der ganzen Partei umfaßt und keine nationale Tendenz zum Ausdruck bringt, so unentbehrlich für den Bestand der Monarchie er auch die Wahrung der Stellung der Deutschen in Oesterreich erachtet.

Diese Vereinigung, neben welcher nur noch eine relativ

geringe Anzahl von Abgeordneten, sogenannten „Wilden“ existirt, die der Verfassungspartei hinzuzurechnen ist, involvirt eigentlich einen nicht zu unterschätzenden Sieg der gemäßigten Elemente der Verfassungspartei, wenn auch erst die Zukunft entscheiden kann, ob sie von Dauer und widerstandsfähig ist; sollte sie auf der Basis, auf der sie entstand, erhalten werden, so läßt sich hoffen, daß sie die Fehler vermeiden wird, welche die Verfassungspartei früher beging, und daß sie endlich gelernt, was sie in der Zeit ihrer Herrschaft nie zu erlernen vermocht, die Pflicht gegen eine Regierung aus ihrer Mitte, die Einigkeit, die man nicht nur in der Opposition, die man vor Allem bethätigen muß, wenn ein Ministerium aus der Partei sich am Ruder befindet.

Es mag vielleicht sehr überflüssig erscheinen, sich mit der Frage zu beschäftigen, was die Verfassungspartei zu thun hat, wenn sie jemals wieder zur Herrschaft gelangt, da dieser Fall möglicherweise nie mehr eintreten wird, und sicher ist es, daß wenn er eintreten sollte und ihr Regime Dauer beanspruchen will, dies nur zu erreichen ist, wenn irgend eine Fraction der Rechten sich wenigstens in der Art der Verfassungspartei nähert, daß sie neutral zwischen der Rechten und Linken steht und mindestens in manchen Fragen eine Unterstützung der „Linken“ bildet, da die nationale Bewegung, darüber ist gar kein Zweifel möglich, derart erstarkt, daß ein Regime, das lediglich als Parteiregime zu betrachten wäre, das als einzige Stütze die Verfassungspartei besitzt, sich dauernd kaum mehr behaupten und halten kann.

Wenn es trotzdem nothwendig ist, sich mit der Zukunft der Verfassungspartei und der Eventualität einer Regierung aus oder mit derselben zu beschäftigen, so findet dies seine

Erklärung darin, daß in ihr heute noch die einzige Partei zu erblicken ist, in der das staatliche Moment das nationale überwiegt, daß sie deshalb für die österreichische Monarchie und speciell für die diesseitige Reichshälfte nicht eine regierungsfähige oder eine oppositionelle Partei, sondern eine politische Nothwendigkeit bedeutet, für die gegenwärtig gewiß kein besserer Ersatz vorhanden, für die auch in Zukunft nur sehr schwer ein besserer Ersatz zu beschaffen ist.

Mit den Versuchen, welche die jetzige Regierung unternimmt, die in der Wahlreform ihren Ausdruck finden, lassen sich vielleicht momentane Erfolge erzielen, ein bleibender Nutzen aber wird kaum erreicht, vielmehr ist die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß sie sehr ernste Consequenzen hervorrufen können. Diese Wahlreform wird ihre Wirkung in doppelter Richtung äußern, erstens, daß anstatt der vom fideicommissarischen und allodialen Großgrundbesitz gemeinsam gewählten Abgeordneten in Zukunft besonders erwählte Abgeordnete des fideicommissarischen und allodialen Besitzes in der Volksvertretung erscheinen, und zweitens „daß durch das Wahlrecht der sogenannten „Fünfguldenmänner", durch die Ermäßigung des Census eine neue Gruppe ihren Einzug in die Legislative hält; zwei Momente von hoher Bedeutung, denen gegenüber die Neuerung gänzlich verschwindet, daß von nun ab der böhmische Großgrundbesitz nicht mehr in Prag, sondern in fünf verschiedenen Städten von Böhmen wählt, daß hiedurch derselbe nicht mehr als Ganzes sondern durch seine beiden Fractionen, aller Wahrsch
aber, Dank der getroffenen Eintheilung, hat
die „conservative" oder „feudale" Gruppe
Diese Wahlreform ist eine Concession

Austriaca.

Links, sie muß und wird die Mitte schwächen und involvirt eine Verstärkung, die aller Voraussetzung nach hüben und drüben einer extremen Richtung zu Gute kommt.

Für das so wichtige in Oesterreich fast unentbehrliche Wahlrecht des Großgrundbesitzes aber bedeutet die Wahlreform eine große Gefahr; wer zu viel verlangt, kommt nur allzu leicht in die Lage Nichts zu erhalten und Alles zu verlieren, und wenn auch in einer Situation, wie es die gegenwärtige ist, sich scheinbar das Ansehen und der Einfluß der Vertretung des Großgrundbesitzes kräftigen werden, so ist doch andererseits durch diese Veränderung die Discussion über das Wahlrecht des Großgrundbesitzes auf die Tagesordnung gesetzt, eine Discussion, die nicht mehr verstummen und in einem gegebenen nahen oder fernen Moment sich sehr unglücklich für den Großgrundbesitz wie für den Constitutionalismus in Oesterreich zum Ausdruck bringen wird. Der fideicommissarische böhmische Großgrundbesitz, der bereits eine sehr starke und vollberechtigte Repräsentation in der Pairskammer hat, erhält nun auch in der Volksvertretung ein entscheidendes Wort und dieses „Zu viel" kann leicht dahin führen, daß der Großgrundbesitz überhaupt eines Tages das ihm eingeräumte besondere und bevorzugte Wahlrecht verliert, da die Gründe, die für dasselbe sprechen, vom staatlichen Standpunkt aus gewiß unwiderlegbar sind, von den einzelnen Fractionen des Reichsraths aber, je mehr die Reichspartei oder die Mittelparteien an Kraft verlieren, kaum vertheidigt oder acceptirt werden dürften.

Das Wahlrecht der „Fünfguldenmänner", die Ermäßigung des Census wird zweifelsohne ebenfalls einen momentanen Erfolg der Regierung, eine Schwächung der ihr oppo-

sitionell gegenüberstehenden Verfassungspartei mit sich führen, aber auch hier entzieht sich die letzte Consequenz noch jeder Voraussicht und die Zukunft erst wird zu entscheiden vermögen, ob der erzielte Gewinn nicht zu theuer erkauft.

Gewiß unterliegt es keiner Frage, daß als wünschenswerthes Ziel des Constitutionalismus die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ohne jede Einschränkung erstrebt werden muß; aber jeder Fortschritt in dieser Richtung ist ohne ernste Gefahr nur dann zu erreichen, wenn die allgemeine Bildung bereits zum Gemeingut der weitesten Kreise geworden, wenn alle Schichten des Volkes bereits an ihr participiren. Daß eine gewisse, wenn auch noch so bescheidene Wohlhabenheit im innigen Zusammenhang mit der Möglichkeit der Ausbildung steht, ist nicht zu verkennen, und in einem Staat mit Ländern von so verschiedener Bildung und Cultur, wie dies in Oesterreich der Fall, scheint es dringend geboten doppelt vorsichtig bei der Verbreiterung des Wahlrechts zu sein. Jede Verbreiterung des Wahlrechts in Oesterreich, die vorzeitig eintritt, wird als Resultat die Herrschaft der Phrase, die bereits jetzt, vorzüglich Dank der Presse, einen traurigen Einfluß übt, das Aufstellen unklarer und unmöglicher Programme hervorbringen müssen; sie wird aber auch der nationalen Bewegung mächtigen Vorschub leisten, und in einzelnen Ländern wie z. B. in Mähren das deutsche Element bleibend zur Minorität verurtheilen.

Wer die Stellung der Deutschen in Oesterreich und damit das Reich selbst erhalten will, kann nicht im Zweifel sein, daß ein Wahlrecht, das einfach die Stimmen zählt ohne sie zu wägen, in Oesterreich [illegible]utsche Element zu gefährden, das de[illegible]r gegeben,

das hervorragend an Intelligenz, an geistiger und wirthschaftlicher Kraft in Oesterreich eine Bedeutung besitzt, die nicht allein nach der Kopfzahl bestimmt werden kann, obgleich auch diese fast 40% der gesammten Bevölkerung von Cisleithanien beträgt. Gleichzeitig aber ist die deutsche Bevölkerung in Oesterreich, und diese Thatsache darf nicht vergessen werden, auch die hauptsächlichste Vertretung der Bourgeoisie, und die Repräsentation des Großgrundbesitzes, wie sie bisher im Reichsrath bestand, war dieser Bourgeoisie ungleich näher verbunden als dies in Zukunft, nach Einfügung des Fideicommißbesitzes als selbständigen Wahlkörpers der Fall sein wird. Aller Voraussicht nach dürfte die Verfassungspartei eine doppelte Einbuße erfahren, erstens jene, die ihr durch die Veränderung der Wahlordnung des Großgrundbesitzes droht und zweitens diejenige, welche die Ermäßigung des Census im Gefolge hat, da durch diese eine Anzahl Sitze fast mit Sicherheit in die Hände der Nationalen, der Klerikalen oder ultrafortschrittlicher Elemente gelangen wird. Die Verfassungspartei, die als Vertretung der deutschen Bevölkerung nicht zum mindesten auch eine Vertretung des Bürgerthums war, hat ihrer Mission in vieler Beziehung gewiß nicht entsprochen und viele Erwartungen getäuscht; vor Allem wohl Dank einer Führung, die ihre Aufgabe darin fand unter allen Verhältnissen populär zu sein und um jeden Preis populär zu bleiben, die weit weniger die Führung selbst als den Schein einer solchen besaß, weil sie kaum je den Muth fassen konnte sich der gerade herrschenden Strömung und den Schlagworten der Presse zu widersetzen und besonders bestrebt war „d'être le fournisseur de sa majesté le public.“ Auch hat diese Führung nicht selten des weiten Blickes entbehrt,

der zur Leitung einer großen politischen Partei unbedingt erforderlich ist, und so unantastbar die persönliche Integrität des Führers, so zweifellos und hervorragend sein Talent, die Thatsache ist nicht in Abrede zu stellen, daß sich dieses Talent vor Allem in einer rein kritischen und negativen Thätigkeit gefiel und seinen Ruhm in dieser Richtung suchte und fand.

Aber dieses Nichtgenügen manchen Ansprüchen gegenüber kann unmöglich ein Grund dafür sein, das Element zu schädigen, das den eigentlichen Kern der Verfassungspartei bildet, und wenn sich auch zeitweise leichter mit der Rechten oder mit weiter linksstehenden Fractionen regieren läßt, so wird doch vor Allem unter Zeitverhältnissen, wie es die jetzigen sind, wenn man nicht nur über die nächste Verlegenheit hinwegkommen will, sondern das bleibende Beste des Staates im Auge hat, eine besondere Rücksicht der Vertretung gezollt werden müssen, die mehr als die anderen Gruppen eine Vertretung des Bürgerthums ist, doppelt in einem Staat, in dem so wenig Bürgerthum wie in Oesterreich vorhanden, doppelt in einem Staat, der so viele centrifugale Elemente wie Oesterreich besitzt. Sowohl jene Schwärmer, und auch diese Richtung scheint wenigstens vereinzelt im österreichischen Reichsrath vertreten, die da glauben, die Bourgeoisie sei corrumpirt und überlebt und eine Reform an Haupt und Gliedern könne nur durch den Adel erfolgen, der sich dem vierten Stande oder ultrafortschrittlichen Elementen verbinden müsse, wie diejenigen, die da meinen, daß man in Oesterreich Adel und Bürgerthum gleichzeitig umgehen könne, daß die Zukunft lediglich vom vierten Stand zu erwarten sei, dürften eine sehr schwere Enttäuschung erleben und eines Tages ihren

Irrthum bereuen; das Bürgerthum iſt nicht corrumpirt und nur, wo daſſelbe ſeine Aufgabe erfüllt, nur dort, wo daſſelbe zwiſchen der Ariſtokratie und dem Arbeiter ſteht, wo Alle gemeinſam und jeder dieſer Factoren des ſtaatlichen und politiſchen Lebens in ſeinem Kreiſe dem Staate dient, wird die Arbeit, wird die bürgerliche und politiſche Wohlfahrt gedeihen. Die Verfaſſungspartei hat eine gute Sache leider nur allzuoft ſehr unglücklich vertreten; der Individualitäten, die ſich zur Geltung bringen wollten, waren zu viele; die Führung, ſtets beſtrebt populär zu bleiben, weit mehr geführt als führend, nur in der Negation ihrer Aufgabe gewachſen, ſtand zu oft unter dem Einfluß derjenigen, von denen ſie fürchtete übertroffen und in der Gunſt der Preſſe oder der ſogenannten öffentlichen Meinung entthront zu werden; ob die Partei gegenwärtig glücklicher organiſirt und mehr ihrer Miſſion zu entſprechen vermag als dies früher der Fall, wird erſt die Zukunft entſcheiden; möchten aber wenigſtens zum Beſten der Monarchie ſelbſt im ſchlimmſten Fall die großen Principien gerettet werden, denen die Partei ihr Entſtehen verdankt, deren das Reich zu ſeiner Erhaltung bedarf.

Unter den Perſonen, die gegenwärtig eine Art Führerſchaft in der Verfaſſungspartei beſitzen und ſpeciell unter den jüngeren Kräften derſelben tritt beſonders der Deputirte der Egerer Handelskammer Dr. von Plener, der Sohn des einſtigen Finanzminiſters von Plener hervor; ein Mann von feſtem und ausgeprägtem Charakter, von hoher Ehrenhaftigkeit, der mit dem Muth ſeiner Ueberzeugung ein nicht gewöhnliches Talent vereint; nur iſt zu wünſchen, daß der Parteimann und der Redner in ihm nicht den Politiker in

den Hintergrund dränge, von dem man hoffen darf, daß er seinem Vaterlande noch große Dienste zu leisten vermag.

Es ist nicht zu leugnen, der Parlamentarismus in Oesterreich ist in mancher Beziehung ein künstlicher und wird nur langsam und vorsichtig, wenn man nicht die innersten Interessen des Staates gefährden will, diese künstliche Gestaltung aufgeben können. Allüberall in Oesterreich ragt noch die Vergangenheit in die Gegenwart hinein, wir sind zu absolutistisch um liberal regiert zu werden und zu liberal als daß man uns absolutistisch regieren kann; wir sind zu ungleich an Sprache, Bildung und Cultur, als daß für uns alle derselbe Maßstab gegeben und möglich wäre und so lange nicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade sich dieser Ausgleich vollzogen, so lange wird man mit dem künstlichen Parlamentarismus, wie er in Oesterreich besteht, vorlieb nehmen müssen, der mit der Initiative einer selbstbewußten Regierung und mit der Unterstützung einer richtig geführten und wohl disciplinirten Partei noch sehr viel Gutes zu wirken vermag, dessen Aufgabe es ist das Terrain vorzubereiten, auf dem eine nächste Generation, die der künstlichen Stützen vielleicht nicht mehr bedarf, einst weiter bauen und schaffen kann.

Juden in Oeſterreich.

Kaum eine Veränderung, die sich auf wirthschaftlichem oder socialem Gebiete vollzog, erscheint in ihren Consequenzen mehr in die Augen springend als jene, die in der Stellung der israelitischen Bevölkerung allüberall und speciell in Oesterreich-Ungarn innerhalb der letzten Decennien stattgefunden hat. Aus Unterdrückten und Geduldeten, aus Heimathlosen und Verfolgten sind die Juden binnen weniger Jahrzehnte gleichgestellte und gleichberechtigte Bürger des Reiches geworden und die Möglichkeit der freien Entwickelung hat es bewirkt, daß sie in vielen Zweigen des öffentlichen Lebens als nicht zu unterschätzende Mitarbeiter und Concurrenten, in einigen sogar dominirend und herrschend auftreten können.

Es ist ein ungeahnter Aufschwung, den in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit die Position der israelitischen Bevölkerung genommen, ein Aufschwung, der so schnell und in so bedeutendem Maße eingetreten, daß man sich fragen muß, ob er nicht wenigstens in einzelnen Fällen fast zu rasch und zu gewaltig für die Emancipirten, und ob ihn nicht ernste Gefahren für diese selbst wie für die Gesammtheit der Bevölkerung begleiten können. Daß diese Verbesserung der Stellung der Israeliten, die überall stattgefunden, bei dem relativ starken Procentsatz derselben sich in der österreichisch-

ungarischen Monarchie noch in ganz anderer Weise zur Geltung bringt, als dies z. B. in England, Frankreich und Italien, ja selbst in Deutschland der Fall, ist leicht zu erklären, ebenso wie die Thatsache, daß bei der oft noch sehr niedrigen Bildungsstufe der christlichen Bevölkerung in einigen Theilen des Reiches die Concurrenz des unleugbar begabten und unermüdlich thätigen jüdischen Elements weit größere Erfolge erzielen muß, als dies unter anderen Verhältnissen der Fall sein würde.

Verschieden, wie es die österreichischen Völker sind, sind auch die Juden der Monarchie, und neben dem Juden, der voll und ganz den Begriff des Staates erfaßt, dem sein Glauben nur den Ausdruck religiöser Ueberzeugung repräsentirt, findet sich die jüdische Bevölkerung nicht selten in einer Anschauung befangen, die ihr den Glauben als Basis der gesammten geistigen und politischen Existenz und den Staat nur als zweiten und minderberechtigten Factor erscheinen läßt. Neben dem Israeliten, der im öffentlichen Dienst seine besten Kräfte dem Lande weiht; neben dem Manne der Wissenschaft, dessen ernstes Streben den edelsten Zielen gilt; neben dem Jüngling, der in der Armee militärische Disciplin und die Pflicht gegen das Vaterland erfüllen lernt; neben dem Industriellen, der Tausende fleißiger Hände beschäftigt, und dem Kaufmann, der den Producten österreichischen Gewerbfleißes ein weites Feld zu eröffnen strebt; neben dem Speculanten, der häufig den sittlichen Kern und die Form seiner Religion vergessen hat, in seinen Fehlern und Schwächen aber vielfach als Typus der Bekenner derselben betrachtet wird; neben all' den Elementen, denen das Judenthum nur eine Confession oder eine pietätsvolle Erinnerung,

sehr häufig leider und gewiß nicht zum Glück auch in religiöser Beziehung ein überwundener Standpunkt ist, finden sich in einigen Ländern der österreichischen Monarchie noch breite Schichten der israelitischen Bevölkerung vor, denen noch gar nicht klar geworden, mit welchen Gütern der moderne Staat sie so reichlich beschenkt, die in einer Orthodoxie und Intoleranz erzogen sind, gegen welche die Unduldsamkeit vergangener Zeiten nicht zu erröthen braucht, die ihren Gesichtskreis nicht über die engen Grenzen ihres Ghetto zu erheben vermögen, denen ihr Glaube den Staat und auch die Heimat ersetzt.

Fremde unter dem Volk, in dessen Mitte sie leben, vergessen sie nur allzu oft die Pflichten, die der Mensch vom Menschen, die der Staat von seinen Bürgern zu fordern berechtigt ist, und wenn auch die Gründe, die diese Erscheinung hervorgebracht, in einem tausendjährigen Druck ihre naturgemäße Erklärung finden, so wird doch die Thatsache selbst dadurch in Nichts alterirt, und leider ist der Beweis nur allzu häufig erbracht, daß die politische und sociale Erziehung in manchen Kreisen der jüdischen Bevölkerung noch zu beenden, vielfach erst zu beginnen und durchzuführen ist. Wenn man die niedere Bildung, das wenig entwickelte Pflichtgefühl eines Theiles der Juden in einzelnen Ländern von Oesterreich-Ungarn betont, soll damit gewiß nicht ausgesprochen werden, daß das Niveau, auf dem dort die christliche Bevölkerung lebt, etwa ein höheres und besseres sei; im Gegentheil gibt gerade die tiefe kulturelle Stufe, auf der in einigen Provinzen der Monarchie die große Masse steht, wenigstens theilweise die Erklärung auch für jene Fehler, für die man mit mehr oder weniger Recht speciell die Juden

verantwortlich macht. Wäre ihre Assimilirung in diesen Ländern schon gänzlich vollzogen, würden sie selbst darauf verzichten, sich in erster Linie als Juden zu fühlen, so dürften die Consequenzen, die ihre Thätigkeit begleiten, sehr häufig eine andere Beurtheilung finden, da es gewiß auch vielfach tüchtige Eigenschaften sind, die einem begabten und mäßigen Bruchtheil der gesammten Population eine weit über seine Zahl hinausgehende Bedeutung und Macht verleihen.

Der Einfluß, den die jüdische Bevölkerung gewonnen, bringt sich vor allem im wirthschaftlichen Leben zum Ausdruck, und es ist absolut unmöglich, sich den geschäftlichen Verkehr in Oesterreich-Ungarn ohne die Mitwirkung der Juden zu denken; es sind große und hervorragende Verdienste, die sich die unternehmenden und rührigen Israeliten auf dem Gebiete industrieller und kaufmännischer Thätigkeit erworben, und wenn man den Aufschwung sieht, den trotz aller gegentheiligen Meinung innerhalb der letzten Jahrzehnte die gesammte wirthschaftliche Entwickelung des Reiches genommen, wenn man das Bahnnetz in's Auge faßt, das selbst die entlegensten Theile der Monarchie dem großen Verkehr eröffnet hat, wenn man die Masse der Arbeit betrachtet, die jetzt fast allüberall Erwerb und Nahrung gibt, und an eine nicht zu lange hinter uns liegende Periode denkt, in welcher der Arbeitsmangel eine fortwährend wiederkehrende und sehr häufig bis zur äußersten Nothlage gesteigerte Calamität war, so muß man erkennen, wie wenig in dieser Beziehung die Vergangenheit das ihr gezollte Lob verdient, wie Vieles sich zum Guten verändert hat, und man wird auch dem rastlos thätigen jüdischen Element gerecht werden müssen, das einen sicher nicht unbedeutenden Antheil an dieser Besserung der

gesammten Verhältnisse und an der Hebung der allgemeinen Erwerbsthätigkeit beanspruchen darf.

Gewiß, daß der speculative Zug, den gegenwärtig der kaufmännische Beruf so vielfach trägt, der wohl hauptsächlich durch den Umschwung seine Erklärung findet, der sich in Verkehr und Absatz vollzogen, für den man aber speciell die Juden verantwortlich macht, die Zahl und Intensität der Krisen vermehrt, und daß es schwere Nachtheile sind, die zeitweilig für die Gesammtheit ebenso in wirthschaftlicher als in socialer Beziehung durch jene Institution entstanden, die man als eine Domaine der Juden zu betrachten gewöhnt, die von den Einen als Basis des ganzen geschäftlichen Verkehrs, von den Anderen als „Giftbaum" bezeichnet wird, die weder das Eine noch das Andere ist, aber unter besonderen Verhältnissen sowohl das Eine wie das Andere werden kann.

Nicht nur an den Börsen von Oesterreich-Ungarn, an allen Geldmärkten des Continents und bis zu einem gewissen Grad auch in England, spielt das jüdische Element die tonangebende Rolle; es übt einen hervorragenden Einfluß auf den gesammten Verkehr, auf die gesammte commercielle Entwicklung aus, und es erscheint als der erste und bedeutendste Repräsentant des mobilen Capitals, das in einem Staat, der wie Oesterreich-Ungarn in einzelnen Theilen relativ noch wenig entwickelt ist, überhaupt einen weit größeren Werth im Verhältniß zum immobilen Vermögen und für die wirthschaftliche Thätigkeit im Allgemeinen besitzt, als dies in weit vorgeschrittenen Ländern unter gleichartigeren Productions- und Lebensbedingungen der Fall.

Wie man auch über Werth oder Unwerth der Börse

denkt, ihre Nothwendigkeit ist anerkannt, ihre Bedeutung bewiesen; ihr Einfluß aber bringt sich nicht nur auf wirthschaftlichem, sondern auch auf socialem Gebiete zur Geltung und hat sich speciell in der österreichischen Monarchie zeitweilig in sehr unglücklicher und moralisch schädigender Weise geäußert.

Nicht nur, daß die Sucht nach leichtem Gewinn in weite Kreise getragen und der Werth der wirklichen Arbeit beträchtliche Einbuße erfährt, nicht nur, daß eine Verschiebung zu Gunsten des mobilen Capitals stattfindet, die eine ungesunde Wirkung ausüben muß; es tritt auch ein Element im socialen Leben hervor, das häufig ohne Bildung und Pflichtgefühl, durch einen glücklichen Wurf emporgekommen, auf sein Vermögen gestützt, sich für berechtigt hält, Alles zu wagen und Alles zu verletzen, und in Oesterreich und seiner Hauptstadt macht sich dasselbe weit mehr geltend, als dies wünschenswerth und thunlich erscheint. So wie ein Parvenu als Pflicht erkennen muß, durch weise Benützung der ihm gewordenen Glücksgüter eine moralische Entschuldigung für seine Schätze zu finden, so hat die jüdische Gesellschaft die Pflicht, die Welt mit ihrem Reichthum zu versöhnen; eine Versöhnung, deren sie umsomehr bedarf, als ihre Beurtheiler nicht nur den Reichthum als solchen, nicht nur die Art seines wahren oder vermeintlichen Erwerbs, sondern auch den Umstand in's Auge zu fassen gewillt, daß derselbe Solchen zu eigen ist, die vielfach als Eindringlinge betrachtet, sich noch das Vaterland zu verdienen haben, das erst seit einer kurzen Periode ihnen gleiche Rechte gewährt, in dem jedoch der Capitalbesitz, den sie erlangt, bereits die durchschnittliche Wohlhabenheit weit übersteigt. Jede Macht,

die nur auf dem Gelde basirt, muß bei der Masse, die von rein menschlichen Motiven geleitet wird, wie bei den besser Denkenden Entrüstung und Haß erregen, wenn sie nicht durch die versöhnenden Attribute gemildert erscheint, die sie in eine wohlthätige und fördernde verwandeln, und wie der Parvenu verletzt, der mit seinen frisch erworbenen Schätzen eine Stellung usurpirt, zu der ihn Nichts berechtigt als dieser Besitz, so beleidigt sehr häufig ein großer Theil der jüdischen Gesellschaft durch einen Reichthum, der in provocirender Weise zur Schau getragen, ebenso durch seinen Mangel an wahrem Geschmack, wie durch die herausfordernde Art des Auftretens unangenehm berührt; denn er erweckt die Empfindung, daß der Betreffende Alles für erlaubt und Alles für käuflich hält.

Es gibt kein Wort des Tadels hart genug für Jene, die täglich mit frecher Stirn jedes bessere Gefühl verhöhnen und die öffentliche Meinung mit Recht erregen; diese Elemente haben ihre Glaubensgenossen weit mehr geschädigt, als irgend eine Agitation sie zu treffen vermocht, und da der Staat kein Mittel hat, um sie zu strafen, so bleibt nur die sociale Hilfe übrig, sie allüberall moralisch zurückzuweisen und ihnen gegenüber jene hermetische Abgeschlossenheit zu beobachten, die schon vom Standpunkt der Selbsterhaltung in diesem Falle besonders eine Pflicht der besseren israelitischen Gesellschaft ist.

Noch weit schmerzlicher muß sich ein solches Auftreten dort zur Geltung bringen, wo, wie in Oesterreich, die wirthschaftliche Entwicklung noch ungenügend, und die allgemeine Wohlhabenheit auf relativ niederer Stufe steht; dort tritt zu dem verletzten besseren Gefühl auch noch der Haß gegen

den Parvenu, der gestützt auf sein Geld eine widerwillig ertragene Herrschaft übt, dort verschwinden die komischen Seiten dieses Auftretens vor dessen ernsten Consequenzen und nur die korrumpirende und provocirende Wirkung bleibt zurück.

Im hohen Grade interessant ist die Beobachtung, wie verschieden die öffentliche Meinung dieselben Dinge beurtheilt; den Schwächen und Fehlern des Adels bringt sie ein mildes Verzeihen entgegen, ja mit einer gewissen Sympathie begleitet sie speciell in Oesterreich jene Extravaganzen, in deren Uebung so häufig aristokratische Kreise ihr Vorrecht und die Weihe ihrer Stellung erblicken; dem Parvenuthum gegenüber und speciell in Bezug auf die jüdische Gesellschaft und die Matadore der Börse, verwandelt sich in Betreff der Fehler die Duldung in Haß und Spott und jene freundlich-verzeihende Sympathie erscheint durch eine kühl ablehnende Haltung ersetzt.

Wenn von einem Parvenuthum der Börse gesprochen wird, so darf man für dasselbe natürlich weder die Börse als solche und ihren legitimen Verkehr, noch; jene socialen Kreise verantwortlich machen, die sich berechtigter und wahrer Achtung erfreuen; daß aber weit mehr als wünschenswerth in Oesterreich ein Element in den Vordergrund getreten, das vielfach als Typus der jüdischen Gesellschaft betrachtet wird, daß dasselbe eine Stellung usurpirt, die weder seiner Zahl noch seiner Bedeutung entspricht, ist nicht zu verkennen, und ebensowenig der Schaden, den es den Juden bringt, und da für dieselben noch immer eine Art des solidarischen Urtheils besteht, werden zugleich mit den Schuldigen auch bis zu einem gewissen Grad Jene verurtheilt, die vollkommen

unbetheiligt, durch das gleiche Bekenntniß mehr unter deren Treiben leiden, als diejenigen, die dasſelbe mit Spott oder mit Haß verfolgen können.

Das „Hepp, Hepp", das vielleicht den armen Hauſirer begleitet, athmet zuweilen viel weniger Haß als der Gruß, der dem geſtern noch unbekannten aber heute emporgekommenen Glückskind der Börſe entgegentönt, und wenn man ſeine Achtung dem arbeitenden Juden zollen muß, der unermüdlich thätig den Lohn der ehrlichen Arbeit findet, dem Parvenuthum gegenüber verſagt die Sympathie, und der geſunde Sinn des Volkes bäumt ſich dagegen auf.

Man thut nicht gut daran, dieſe ſcheinbar minder wichtigen Momente zu unterſchätzen; ſie ſpielen eine weit größere Rolle als man gewöhnlich glaubt und wie Hervorragendes im ganzen wirthſchaftlichen Leben der Monarchie das jüdiſche Element unleugbar leiſtet, wie groß ſeine Bedeutung auf induſtriellem und commerciellem Gebiet und ſein Einfluß auf den geſammten Verkehr, ſo ſind doch neben ſeiner wohlthätigen und faſt unerſetzlichen Thätigkeit auch ſehr arge Schäden entſtanden und dieſe Schäden, wirthſchaftlicher wie ſocialer Art, zeigen ſich ſehr häufig in den Provinzen wie in der Reichshauptſtadt, deren Anziehungskraft für die Juden aus allen Theilen des Reiches eine unendlich ſtarke iſt, eine Erſcheinung, die übrigens ebenſo wie in Oeſterreich-Ungarn auch in Deutſchland beobachtet werden kann.

Aber nicht nur auf wirthſchaftlichem Gebiete allein tritt dem Beobachter, ſpeciell in Wien, der Einfluß entgegen, den das jüdiſche Element ſich in relativ kurzer Zeit in den verſchiedenſten Sphären und Zweigen menſchlicher Thätigkeit errungen hat.

Unter den Autoritäten der mediciniſchen, wie der juridiſchen und philoſophiſchen Fakultät, hört man die Namen jüdiſcher Docenten und Profeſſoren, Namen von ſo gutem und reinem Klang, daß es ihnen zuweilen ſogar gelingt, mit jenem Theil ihrer Epigonen zu verſöhnen, der in einer nicht gewöhnlichen Ueberſchätzung ſeiner unbedeutenden Perſonen und Talente ſich nur durch die Unerzogenheit ſeines Weſens zur Geltung bringt.

Beſonders die Freigebung der Advocatie hat in dieſer Beziehung ſehr unglücklich gewirkt und das Rechtsgefühl der Bevölkerung iſt gewiß nicht durch den Umſtand gehoben worden, daß Alles und Jedes ſeinen Vertheidiger findet und zwar nicht den Anwalt, den die mildere Auffaſſung des Geſetzes dem Angeklagten gibt, ſondern einen bereitwilligen Freund, der ſeine Dienſte jederzeit und für jede Handlung zur Verfügung ſtellt.

Man vergißt nur allzuoft, daß es nicht genügt, den wiſſenſchaftlichen Anforderungen ſeines Standes zu entſprechen, ſondern daß auch ſociale und moraliſche Pflichten zu beobachten ſind, wenn nicht das Ganze Schaden erleiden ſoll; da aber ſehr häufig weder die ſociale, noch die moraliſche Erziehung derjenigen vollendet iſt, denen ihr Bildungsgang bereits eine verantwortliche Thätigkeit geſtattet, ſo ergeben ſich nicht ſelten Mißſtände ſehr ernſter Art, und da ein bedeutender Procentſatz ſpeciell in der Advokatie ſich aus der jüdiſchen Bevölkerung rekrutirt, ſo findet man die Urſache dieſer Schäden vor Allem in der verhältnißmäßig ſehr ſtarken Ingerenz der Iſraeliten begründet.

Auch hier exiſtirt eben keine Regel und läßt ſich kein ſolidariſches, ſondern nur ein individuelles Urtheil fällen,

und wie häufig gerechtfertigte Klagen ertönen mögen, auch das Gegentheil wird gewiß ſeine Beſtätigung und jede Richtung ihre Vertreter finden, ſo daß hier der Tadel und dort das Lob ihre volle Berechtigung beanſpruchen dürfen.

Daß ſich die Juden in ſo großer Zahl, wie dies gegenwärtig der Fall, den juridiſchen Studien zuwenden, datirt erſt aus neuerer Zeit. Den Grundſtock des iſraelitiſchen Elements an den Univerſitäten bildeten lange Jahre hindurch die Hörer der mediciniſchen Facultät. „Es gibt jüdiſche Familien, ſagt Berthold Windt in einem Aufſatz: „Die Juden an den Mittel- und Hochſchulen Oeſterreichs ſeit 1850", in welchen Vater, Sohn, Enkel und Urenkel Aerzte waren. Die Medicin iſt gewiſſermaßen eine kosmopolitiſche Wiſſenſchaft, die man allerorts üben kann und deshalb vom Geſichtspunkte des Studiums wie der Nützlichkeit, die praktiſcheſte. Zudem iſt der größte Theil der iſraelitiſchen Studirenden arm, es muß daher ihre Sorge ſein, ſich ſo bald als möglich ſelbſtändig zu machen, wozu dem Arzte die meiſte Gelegenheit gegeben iſt. Sofort nach dem Inkrafttreten des Staatsgrundgeſetzes vom Jahre 1867 und der neuen Advokatenordnung vom Jahre 1868, durch welche die Ausübung der Advokatie freigegeben wurde, nahm das Univerſitätsſtudium der Iſraeliten plötzlich eine andere Richtung. Das von denſelben ziemlich gleichgültig gelaſſene philoſophiſche Studium erfreute ſich wegen der Möglichkeit der Anſpruchsberechtigung auf ein Lehramt, lebhafter Aufmerkſamkeit; an den juriſtiſchen Studien aber ſchwoll die jüdiſche Hörerzahl geradezu rapid an. Die Hörſäle für mediciniſche Wiſſenſchaften leerten ſich ebenſo continuirlich, als jene für Rechtsgelehrſamkeit ſich füllten. Zudem wurde das mediciniſche Studium durch die

Rigorosenordnung vom Jahre 1872 namhaft erschwert, so daß auch dieser Umstand auf den israelitischen Nachwuchs der medicinischen Schulen nachtheilige Wirkung übte, wie eine gleiche Nachwirkung der neuen medicinischen Studienordnung auch in der Frequenz der Studirenden anderer Confessionen unverkennbar ist."

Immerhin aber stellt sich für die Juden ihre Thätigkeit auf dem Gebiete der Medicin, auf dem sie von alters her stets wesentliche Erfolge errungen, auch heute noch günstiger dar, und wenn auch ein großer Theil der jüdischen Studirenden zweifelsohne nicht genügend vorbereitet, Dank den Verhältnissen, unter denen er groß geworden, geradezu nicht in der Lage ist, den socialen und moralischen Anforderungen seines zukünftigen Standes zu entsprechen, woraus gewiß die größten Uebelstände entstehen, so hat doch — ganz abgesehn von den hervorragenden israelitischen Professoren, auch im Allgemeinen der so bedeutende Nachwuchs an jüdischen Aerzten bei dem Mangel, der in einzelnen Provinzen der Monarchie bisher überhaupt an Aerzten bestand, eher vortheilhaft als schädigend gewirkt. Wenn man bedenkt und weiß, wie schwer der jüdische Arzt in kleinen Städten oder auf dem flachen Lande — sei es in einer deutschen, slavischen oder magyarischen Gegend — sein Brot, die Achtung und das Vertrauen der Bewohner gewinnt, und wie oft er doch dieses Ziel erreicht, so wird man der Aufopferung und Ausdauer gerecht werden müssen, die in den meisten Fällen zu dieser Thätigkeit gehört. Wenn aber in den Provinzen die Wirksamkeit der Juden speciell auf medicinischem Gebiet vielfach zu hohem Nutzen gereicht, so stellt sich dies in Wien und in den großen Städten des Reiches nicht selten wohl

anders dar. Ist die Zahl der Advocaten und Aerzte hier schon an und für sich ganz unverhältnißmäßig hoch, so wird dieselbe noch über Gebühr durch einen jüdischen Nachwuchs vermehrt, der, Dank der gewaltigen Anziehungskraft der großen Städte auf das israelitische Element, bei den ganz ungenügenden Bedingungen der materiellen Existenz, leider nicht selten sehr traurige Consequenzen zur Folge hat und ebenso sich selbst wie seine Berufsgenossen schädigen muß.

Das sind Erscheinungen, die nur allzu oft gerade in Wien zu Tage treten; eine Besserung dieser Verhältnisse kann aber nur von der Zeit erwartet werden, da an eine Regelung auf gesetzlichem Wege kaum zu denken und eine solche schwer durchzuführen wäre.

Wenn man von der Reichshauptstadt und der Thätigkeit und Macht der Juden auf verschiedenen Gebieten spricht, so könnte man einen Vorwurf auf sich laden, wollte man ihre Leistungen in der Musik und in der darstellenden Kunst vergessen. Es gibt kaum eine Stadt, in der Musik und Theater eine so hervorragende Rolle spielen als dies in der frohsinnigen Residenz an der Donau der Fall, wo die Bevölkerung mit einer ungewöhnlichen, vielfach gewiß über das berechtigte Maß hinausgehenden Theilnahme Alles verfolgt, was die Bühne betrifft. So viele Antipathie nun auch gegen die Juden sich geltend macht, hier erfreuen sich einige derselben der ungetheiltesten Sympathie und das Interesse, das in einer häufig kaum begreiflichen Weise alle Ereignisse auf den Theatern begleitet, bringt auch ihrem Wirken die Anerkennung entgegen, welche diese Bevölkerung so gern den hervorragenden Künstlern der Bühne gewährt.

In den socialen Beziehungen der Residenz bei all' den

Ereignissen, die das bewegte Leben der Großstadt bringt, tritt das jüdische Element mit seinen guten und schlechten Seiten hervor; das warme Empfinden, das leicht erregte Interesse hier, der ungezügelte Erwerbstrieb, die rücksichtslose Härte dort zeigen nur allzuoft, welche Gegensätze die jüdische Bevölkerung in sich vereint und wie unmöglich es ist, solidarisch über die Juden ein Urtheil zu fällen.

An den besten und edelsten Bestrebungen Antheil zu nehmen, das Gute warm zu unterstützen, auch wo es nicht an die Oeffentlichkeit gelangt, gereicht einer großen Anzahl jüdischer Familien zum wahren Verdienst, und diese Verdienste können auch nicht durch jene geschädigt werden, die, alle Pflichten vergessend, erbarmungslos die Noth ihrer Nebenmenschen benützen, für welche eine Moral nicht existirt, für die ein Gesetz nur die Bedeutung hat, auf die beste und gefahrloseste Weise seine Umgehung zu versuchen.

Aber auch im geistigen Leben der Monarchie und speciell der Reichshauptstadt beansprucht das jüdische Element einen hervorragenden Platz, und wenn man die Tagesliteratur ins Auge faßt, so muß man gestehen, daß die Stimme des Publikums nicht gerade irre geht, wenn sie dieselben vielfach als von Juden geschrieben und häufig als Producte jüdischer Geistes- und Denkungsart betrachtet.

Wer den geistigen Zug unserer Zeit in gewisser Richtung charakterisiren wollte, würde zu dem Resultat gelangen, wir alle lesen zu viel Zeitung und verhältnißmäßig zu wenig Bücher, und die Art des Lebens in Oesterreich, speciell in Wien, wo ein großer Theil der Bevölkerung die Journale in öffentlichen Localen liest, weit mehr als dies z. B. in

Deutschland der Fall, unterstützt den Einfluß der periodischen Presse und absorbirt für deren Studium eine Zeit, die häufig besseren Zwecken zu widmen wäre.

Sehr viel Talent ist in der österreichischen und besonders in der Wiener Journalistik vorhanden; wäre der Charakter derselben so ausgeprägt wie dies Talent, ihr Wirken wäre von den besten Erfolgen begleitet und die Macht, die sie in weiten Kreisen besitzt, würde auf einer berechtigten Grundlage basiren; ihr Charakter aber verträgt weder den Maßstab, der an die dort aufgewandte Begabung noch denjenigen, der an ihre technische Vollendung gelegt werden darf, und wie viel Gutes sie auch gewirkt, wie viel sie täglich noch wirken mag, auch das Sündenregister der Wiener Presse ist groß, doppeltgroß, weil ihr Talent in jeder Richtung die größten Erfolge gestattet hätte.

Ein berühmter Jurist, Franz von Holtzendorff, hat den Ausspruch gethan:

„Die Presse macht die öffentliche Meinung in der Mehrzahl der Fälle. Zu allen Zeiten gering, ist die geistige Selbständigkeit der Menge durch das moderne Zeitungswesen noch mehr verringert worden."

Dieser Satz, der mehr oder minder überall den faktischen Verhältnissen entspricht, ist für Oesterreich zur unumstößlichen Wahrheit geworden. Nicht die öffentliche Meinung ist es, welche die Ueberzeugung, die sie gewonnen, in der Presse zum Ausdruck bringt, sondern in den meisten Fällen schafft die Presse eine öffentliche Meinung, die nach und nach von der Menge adoptirt, bewußt oder unbewußt zur Ueberzeugung wird.

Aber nicht nur der großen Masse, sondern auch dem

Parlament gegenüber hat die Journalistik eine Stellung errungen, die ihre ursprüngliche Aufgabe in Bezug auf den Constitutionalismus, nämlich die bewegenden Ideen, die aus der Mitte der Legislative hervorgehen sollen, zur Geltung zu bringen, vollkommen verändert und umgestaltet hat; denn statt diese Ideen zu empfangen werden sie meist von der Presse dem Parlament inspirirt, und wer die Geschichte des österreichischen Parlamentarismus kennt, weiß auch den Einfluß zu beurtheilen, den die Journalistik auf dessen Entschlüsse übt und weiß, wie vieles lediglich mit Rücksicht auf die sogenannte öffentliche Meinung geschehen, das den ursprünglichen Intentionen vollkommen fern gelegen; wer die Geschichte des Parlamentarismus in Oesterreich kennt, weiß wie maßgebend das Lob oder der Tadel der Zeitungen auch für die hervorragendsten Parlamentarier war und ist, wie selten die Presse Inspirationen seitens des Parlamentes empfangen, wie häufig aber das Parlament ihren Inspirationen gehorsam Folge geleistet hat.

Dies ist eine Erscheinung, die, vielleicht zusammenhängend mit dem parlamentarischen Leben aller Länder, wohl nirgend so stark wie in Oesterreich zu Tage tritt. Erst die letzten Jahre haben begonnen das Parlament von der Journalistik ein wenig zu emancipiren und der Verfassungspartei, die, mit den tonangebenden Wiener Blättern am meisten liirt, unter deren Pression sehr große, kaum wieder gut zu machende Fehler begangen, eine größere Selbständigkeit zurückzugeben.

In hohem Grade vollendet in der Form, interessant durch die Reichhaltigkeit des Stoffes, den sie behandelt, nicht heikel in der Wahl ihrer Mittel, übt die Wiener Presse einen

ungewöhnlichen Einfluß nicht nur in der Residenz und innerhalb der ganzen Monarchie, vielfach auch über die Grenzen des Reiches aus, und da selbst die minder Eingeweihten wissen, daß es vielfach Israeliten sind, die als Redacteure und Mitarbeiter fungiren, ein Umstand, den natürlich die klerikalen und autonomistischen Gegner entsprechend verwerthen, so wird dieser Einfluß auch auf Rechnung der Juden gestellt, und die große Macht, welche die Journalistik besitzt, als gleichbedeutend mit der zunehmenden Macht der Juden betrachtet. Schon dieser Umstand wird es erklären, daß im allgemeinen für die Presse in Oesterreich eine warme Sympathie oder Anerkennung nicht besteht; eher vielleicht würde das Gegentheil sich noch mit größerem Rechte behaupten lassen; aber weder dies noch die Thatsache, daß in der öffentlichen Meinung ein Theil der Presse für solidarisch mit den Interessen der Börse, für betheiligt an finanziellen Geschäften gehalten wird, hat den Einfluß derselben zu brechen vermocht, und erst in jüngster Vergangenheit ist, hervorgerufen durch die Macht der Ereignisse, ein Umschwung eingetreten, der eine größere Selbständigkeit des öffentlichen Urtheils und eine freiere Bewegung des Parlamentes gestattet.

Nichts wäre irriger als anzunehmen, daß die Blätter, welche von der Regierung gewonnen zeitweilig deren Intentionen vertreten, worunter natürlich die eigentlichen Amtsblätter nicht zu verstehen sind, höher stünden als die Mehrzahl der anderen Journale; die einseitige Regierungspresse ist naturgemäß das Gegenstück der einseitigen Parteipresse und gerade der rasche Wechsel der Anschauungen, die Unverzagtheit, mit der eine Schwenkung vollzogen ward,

ebenso wie die unerklärbare Hartnäckigkeit in der Vertheidigung von Dingen, die absolut nicht zu vertheidigen waren, haben den Glauben an die Integrität der Journalistik erschüttert, wenn diese Umstände auch noch immer nicht stark genug erschienen, um die Macht derselben zu brechen.

Das Verhältniß der Juden im allgemeinen zur Presse anlangend ist nicht zu verkennen, daß der hervorragende Einfluß der letzteren den Israeliten in Oesterreich große Dienste geleistet, die in ihr eine Vorkämpferin ihrer Rechte, eine mächtige Vertretung ihrer Interessen fanden; freilich wurden sie aber auch mit verantwortlich gehalten, wenn, ein leider nicht seltener Fall, Uebergriffe stattfanden, und die Fehler und Auswüchse im Zeitungswesen wurden als specifische Eigenschaften jüdischer Geistesart und jüdischer Denkungsweise aufgefaßt und beurtheilt.

Nicht selten ward das Uebergewicht der Journalistik, das sehr häufig auch von denen mit Mißgunst beobachtet wird, die ihr Einfluß und Stellung verdanken, als der Ausdruck einer Macht empfunden, die von einem fremden Element geübt und getragen, das eigentliche Denken und Fühlen des Volkes nicht in seiner ursprünglichen Form und Reinheit zur Geltung gelangen läßt, und wenn man eine Erklärung hiefür sucht, pflegt man die Einwirkung der Juden auf die periodischen Blätter als Ursache zu nennen.

Auch ist nicht zu vergessen, daß die Presse jederzeit das Ihre gethan, um in allen Angelegenheiten, welche die Israeliten betrafen, einen Standpunkt einzunehmen, der nicht immer richtig und praktisch, nicht immer vollständig objectiv genannt werden kann, daß sie sehr häufig Bestrebungen vertrat, die ohne Schädigung anderer Interessen kaum zu vertreten waren,

und so ward auch ihrerseits der Schein einer Solidarität erweckt, die in so ungerechter Weise sehr oft bei Beurtheilung der Juden zur Anwendung gelangt.

Erwägt man ferner, wie wenig glücklich die Presse sehr häufig bei Besprechung confessioneller Fragen, wie leicht sie der Pflichten vergißt, welche allen Confessionen gegenüber zu beobachten sind, so wird wohl mancher Angriff erklärlich, der gegen die Journalistik als solche und gegen ihre jüdischen Mitarbeiter laut geworden ist.

Den oft erhobenen Vorwurf, die schwere Anklage aber, daß sie nicht patriotisch sei, verdient die Wiener Presse bei all' dem gerechten Tadel, den man in vieler Beziehung aussprechen darf, in Wahrheit nicht; doch äußert sich ihr Patriotismus in einer Form, die man in Oesterreich nur allzu häufig findet, von der sich wohl kaum bestimmen läßt, ist sie von der Bevölkerung in die Journale getragen, oder geben dieselben einer Neigung des Volkes nach, oder treffen sich Bevölkerung und Presse darin, daß sie das Raisonnement als den unzertrennlichen Begleiter des Patriotismus erscheinen lassen.

Der Pessimismus, den schweres politisches Unglück großgezogen, wie der Optimismus, der in dem guten und sorgenlosen Charakter der österreichischen Völker eigentlich liegt, bringen sich beide in gleicher Weise je nach den Ereignissen des Tages und nach der Stellung der Parteien in den Journalen zur Geltung, und da die Schwankungen in Oesterreich größer und gewaltiger als in irgend einem anderen Staat, so nimmt auch der Kampf der Meinungen weit heftigere Formen an und unter diesen Extremen verschwindet scheinbar der Patriotismus, der vielleicht nicht immer jener straffe

und jederzeit pflichtbewußte, jener geklärte und erzogene Patriotismus ist, dem Deutschland seine Erfolge verdankt, der aber in der österreichischen Monarchie in einer unbewußten und treuen Hingebung an die Dynastie und das Reich, in einer tiefsinnigen Sympathie seine Wurzeln findet und auch von der Presse bethätigt wird, freilich sehr häufig mit jener österreichischen Eigenthümlichkeit, daß man das Große und die Erfolge vergißt und das Schwere noch schwerer erscheinen läßt, als es in Wahrheit ist, daß man dann ebenso leicht in allzu sanguinischen Hoffnungen lebt und wiederum ernste Momente unterschätzt. All' diese Stimmungen und Anschauungen äußern sich in der Presse mit all' der Heftigkeit des „Für" und „Wider", wie sie die österreichischen Verhältnisse mit sich bringen, in einer Presse, deren Mitarbeiter ein Element, das sehr häufig jener geistigen Nüchternheit entbehrt, die man ihm gewöhnlich vindicirt, und leidenschaftlich oft jene Grenzen überschreitet, welche als unüberschreitbar festzuhalten sind. Gewiß ist, daß die Presse nicht dazu beigetragen, die wohl vorhandene Anlage zu einer nur auf den Moment berechneten Kritik zu mildern, sondern daß sie derselben stets neue Nahrung verschafft und damit eine nicht ungefährliche Neigung entwickelt und großgezogen hat, die sich nur allzu häufig fühlbar macht und leicht vollkommen falsche aber gewiß erklärbare Annahmen hervorrufen kann.

An vielen Fehlern der Journalistik trägt zweifelsohne die Anonymität die Schuld, wie sie sich nach und nach als Gesetz und Regel herausgebildet hat und fast unantastbar geworden ist. Nicht blos dem Richter gegenüber sondern auch gegenüber dem lesenden Publikum kommt der Presse eine

Anonymität zu Gute, die eigentlich dem Wesen der Journalistik vollkommen, widerspricht, deren ganzes Dasein ja durch den Geist der Oeffentlichkeit begründet ist; und wenn sich auch behaupten läßt, daß die Anonymität unentbehrlich, so kann man ebenso gut den Beweis erbringen, daß sie nicht mißbraucht werden darf, ohne nachtheilig auf die Interessen des Staates wie der Gesellschaft zu wirken.

Wäre das Publikum stets unterrichtet, wer zuweilen öffentlich Kritik zu üben sich für berechtigt hält, es würde oft anders urtheilen, als dies faktisch geschieht, und doch ist der Schaden, den eine ungerechte Kritik zu stiften vermag, sehr häufig noch vollkommen verschwindend gegen das Unheil, das durch die Irreleitung der öffentlichen Meinung in wirthschaftlicher und politischer Beziehung, das im socialen Leben entstehen kann, wenn dieselben Blätter, die keinen Anstand nehmen ein strenges Sittengericht über politische Gegner zu halten, selbst ihre ethischen Pflichten vergessen.

Daß dieser Satz nicht allgemein gelten kann, daß eine strenge Auffassung der Pflichten in ehrenhaftester Weise gewiß auch bei vielen Vertretern der Wiener Journalistik vorhanden, ist selbstverständlich; leider wird dieselbe aber auch vielfach vergessen, und wenn diejenigen, die am besten die Fehler der Presse kennen, nicht öfter diese Fehler zu rügen wagen, so findet dies die Erklärung darin, daß sie die Macht dieser Feindschaft zu beurtheilen vermögen und den Kampf mit derselben scheuen.

Von seltener technischer Vollendung und hoch entwickelt in der Form, reich an Geschick und Talent verstehen die Wiener Blätter den Kreis ihrer Leser zu fesseln, die öffentliche Meinung in ihrem Bann zu halten; ihre Sprache unter-

scheidet sich vortheilhaft von dem Ton, der einen großen Theil der nationalen Provinz-Journale beherrscht, aber auch ihre Fehler treten deutlich zu Tage und erst, wenn diese überwunden, werden sie der veredelnden Aufgabe gerecht werden können, welche die Presse eines freien Staates zu erfüllen hat.

Wirft man nun noch einen Blick auf die politische Richtung der Wiener Journale, so wären dieselben fast ausnahmlos unter dem Begriff „verfassungstreu" zu subsumiren, ein Begriff, der allerdings die weiteste Deutung zuläßt und sehr verschieden interpretirt werden kann; ist es doch überhaupt eine merkwürdige Erscheinung, daß in einem constitutionellen Staate eine Partei für sich den Namen einer Verfassungspartei in Anspruch nimmt, was zu der Consequenz berechtigt, daß in diesem selben constitutionellen Staat andere Parteien bestehen, welche die Verfassung bekämpfen, eine Argumentation, die leider vollkommen wahr.

In jener weiten Deutung also, welche die Bezeichnung „verfassungstreu" zuläßt, ist fast die gesammte Wiener Presse mit diesem Epitheton zu benennen, ja gerade die tonangebenden Journale haben in dieser Richtung selbst bei sehr strenger Auffassung des Begriffes niemals geschwankt, und wenn sie auch schwere Irrthümer begangen in den Rathschlägen, die sie ertheilt, in der Pression, die sie auf ihre Partei geübt, wenn sie auch mitverantwortlich sind für deren politische Fehler, die Verfassung als solche haben sie hoch gehalten und ihre freiheitlichen Errungenschaften eher zu viel als zu wenig vertheidigt.

Da es aber in Oesterreich auch Ministerien gegeben hat und geben könnte, die ebenfalls für sich das Beiwort ver-

fassungstreu beanspruchen, die aber bis auf den Namen nichts mit der Sache der Verfassung gemeinsam haben, da diese Regierungen ferner die Macht besitzen, Wiener Journale zu beeinflussen und ihren Anschauungen dienstbar zu machen, so existiren auch Blätter in der Reichshauptstadt, welche den Begriff verfassungstreu nach dem Geschmack der jeweiligen Regierung zur Geltung bringen und zwar in einer Definition, die gewaltig abweicht von dem Programm, das die ursprünglichen Ideen der Partei der Verfassung enthält, in einer Definition, die ebenso gut das Gegentheil desselben bedeuten kann, wenn sie auch fortwährend suchen wird, sich hinter dem Schild der Verfassungstreue zu decken.

Zu verkennen aber ist sicher nicht, daß jener Theil der Wiener Presse, der ganz und voll im Lager der Verfassungspartei steht, weit mehr seiner eigenen Ueberzeugung folgt als jener, der nach den Intentionen der jeweiligen Regierung den Begriff der Verfassungstreue definirt, und was auch immer geschehen mag, die großen Principien, welche die Verfassungspartei in ihren conservativen wie in ihren fortgeschrittenen Fractionen die ihrigen nennt, wird die Wiener Presse vertreten müssen, wenn sie sich nicht in Widerspruch setzen soll zu ihrer patriotischen Pflicht, wenn sie nicht ihre Macht verlieren, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.

Unter dem Titel „Juden in Oesterreich" eine Abhandlung über die Presse zu finden mag eigenthümlich berühren; faktisch aber entspricht die Annahme einer bestimmenden Einwirkung der Israeliten auf die Journalistik der Reichshauptstadt einer sehr weit verbreiteten Anschauung, die denselben noch einen viel größeren Einfluß auf die Blätter der

österreichischen Residenz wie auf die Journale in Prag und Brünn, ja auf die ganze verfassungstreue Presse und damit auf die öffentliche Meinung überhaupt vindicirt als sie aller Wahrscheinlichkeit nach wirklich besitzen; wenn es aber wahr ist, daß es vielfach Israeliten sind, welche die tonangebenden Wiener Blätter schreiben, wenn es wahr ist, daß Juden vor allem die Interessen der Verfassungspartei, die politische Stellung derselben in der Presse vertreten, so ist auch die Thatsache wahr, daß sie damit der Ueberzeugung der weitaus überwiegenden intelligenten Majorität ihrer Glaubensgenossen Ausdruck verleihen, soweit dieselben in der Lage sind, ihre Anschauung frei und ungehindert zu äußern. Denn trotz aller Fehler, welche die Verfassungspartei beging, darf sie unbestritten das Eine in Anspruch nehmen, daß sie stets das Reich als Ganzes vor Augen gehabt; in dieser Tendenz aber findet sie die israelitische Bevölkerung an ihrer Seite, die darin ebenso einer natürlichen Attraction als den Motiven der Selbsterhaltung folgt.

Es ist das deutsche Element, das den Kern der Verfassungspartei bildet, welche die Einheit des Reiches, soweit diese nach der dualistischen Gestaltung überhaupt noch besteht, zu sichern bemüht, es ist das deutsche Element, das, wie kein anderes, sich rühmen darf, jederzeit seine Nationalität mit dem österreichischen Bewußtsein in Einklang gebracht zu haben, das die Monarchie auf der Grundlage belassen will, die trotz aller inneren und äußeren Stürme bisher das Reich getragen und seinen Bestand gewährleistet hat.

In diesen Bestrebungen aber wird den Deutschen die volle Unterstützung der israelitischen Bevölkerung zu Theil, die nicht in einer einzelnen Provinz und nicht in einem

isolirten Idiom, die in dem ganzen weiten Reich ihre Heimath sucht und der Nation sich assimilirt, deren gewaltige und siegreiche Cultur auch in den finsterſten Winkel des letzten galizischen Ghetto einen Strahl ihres Lichtes geworfen hat, und wohl ist es eine eigenthümliche Fügung des Geschickes, daß in demselben Moment, wo im deutschen Reich eine heftige Bewegung gegen die Juden begonnen, in der österreichischen Monarchie eine Action gegen die Deutschen betrieben wird, die sich naturgemäß auch gegen die Juden richtet, deren Sprache bis an die letzten Grenzgebiete die deutsche ist, wenn diese Sprache auch sehr häufig ebenso der Reinheit wie des Wohlklanges entbehrt. Für die Juden aber entsteht hieraus die wenig verlockende Perspective, zugleich als Juden wie als Deutsche verfolgt zu werden, und ob man mit Haß oder Wohlwollen ihnen begegnet, wer Oesterreich und seine Verhältnisse kennt, muß wissen, daß mit jeder jüdischen Schule, die in Böhmen, Galizien oder in Ungarn geschlossen wird, auch ein Vorposten deutscher Bildung und Sprache verschwindet, und wie wenig sympathisch diese Vertretung auch vielfach berühren mag, die Thatsache selbst bleibt deshalb bestehen und wird durch die Erfahrungen der letzten Zeit nur allzu häufig bestätigt.

Wenn man aber noch andere Motive als die gewaltige Attraction, welche deutsche Cultur und Sprache ganz von selbst ausüben müssen, auffinden will, so würde schon jener eminent praktische Blick genügen, der die Juden auszeichnet, um ihre politische Haltung zu erklären; den Principien, welche die Verfassungspartei die ihrigen nennt, verdanken auch sie die Garantie ihrer bürgerlichen und religiösen Gleichberechtigung und jede Erschütterung der bestehenden

Ordnung involvirt für sie naturgemäß auch eine mehr oder minder große Gefahr.

Will man aber das materielle Moment berücksichtigen, so wissen die Juden nur allzu gut, daß lediglich unter gesicherten politischen Verhältnissen die wirthschaftliche Prosperität gedeiht, daß ihre eigene Existenz, die Zukunft ihrer Kinder nur dann verbürgt und gewährleistet ist, wenn ihnen die Möglichkeit geboten, in einer Sprache zu verkehren und ihre Kinder in einer Sprache zu erziehen, die sie in innigem Contact mit deutscher Sitte und Bildung erhält; sie wissen nur allzu gut, daß, je begrenzter der Raum, dem ihre Thätigkeit gehört, je geringer das Gebiet, welches das Idiom beherrscht, das sie zu sprechen gezwungen, um so geringer auch die Erfolge sind, die sie zu erringen vermögen, und wäre nicht die natürliche Attraction schon stark genug, so müßte das eigenste Interesse die Juden lehren, jene Nationalität in Oesterreich zu unterstützen, deren Sprache alle Theile der polyglotten und vielgliederigen Monarchie verbindet, die den Staatsgedanken auf ihre Fahne geschrieben, welche wenigstens die Länder diesseits der Leitha in einem geschlossenen Verbande erhalten will, und das alte Reich der Habsburger nicht ungewissen Experimenten und Gefahren aussetzen mag.

Selbst in Ungarn, wo das Magyarenthum und die Magyarisirung eine bedeutende Anziehungskraft auf die Juden übt, zeigt sich, daß sie den Begriff des großen Vaterlandes erfaßt, daß sie den hohen Werth der Verbindung mit Oesterreich erkennen und die Eigenschaft magyarischer Bürger mit der des österreichischen Staatsangehörigen zu vereinen verstehen, daß sie in dem ganzen

weiten Reiche ihre Heimath finden, in einem Reiche, dem sie, wie kaum einem anderen, zu unvergänglichem Danke verpflichtet sind.

Die Gerechtigkeit aber verlangt es, zu sagen, daß die Kluft, welche die übrigen Nationalitäten der österreichischen Monarchie von den Juden trennt, faktisch nicht breiter ist, als jene, welche die Deutschen und Juden scheidet; daß die Deutschen kaum größere Sympathieen den Juden entgegenbringen, als dies bei den anderen Nationen der Fall, aber die siegreiche germanische Cultur und ihr eigenstes Interesse assimiliren die Letzteren unwillkürlich den Deutschen, mit denen sie zusammen für dieselben Ziele in Oesterreich kämpfen.

Langsamer vielleicht als irgend ein anderes Volk gestand gerade das deutsche den Israeliten Freiheit und Gleichberechtigung zu, das aber, was die Juden errungen, blieb ihnen unter aller Ungunst der Zeiten gewahrt, und jenes Rechtsgefühl, das die Deutschen beseelt, bildet eine weit festere Grundlage für die Gleichstellung, die sie erlangt, als die wechselnde Sympathie oder Antipathie von Nationen, welche je nach den Eingebungen des Augenblicks ihre Haltung bestimmen, ohne daß andrerseits ihnen bisher jene hohe und erhaltende Mission zu Theil geworden, auf welche die Deutschen der österreichischen Monarchie mit gerechtem Stolze verweisen können.

Den vorerwähnten Gründen entsprechend gehören auch sämmtliche israelitische Abgeordnete des österreichischen Reichsrathes, außer zwei in Galizien gewählten Deputirten, der Verfassungspartei, und zwar den gemäßigten Elementen, theilweise sogar der conservativen Fraction derselben an und jene Voraussetzung, daß die Juden allüberall

als Verbündete einer Richtung zu finden sind, welche den Fortschritt und zwar den Fortschritt ohne Berücksichtigung der bestehenden und gegebenen Verhältnisse will, die radicalen Anwandlungen zugänglich stets mehr und mehr dem Radicalismus sich nähert, findet nach der Parteistellung der Juden im österreichischen Abgeordnetenhause keinen Halt. Es ist natürlich und leicht zu erklären, daß die Juden, so lange sie unterdrückt und zurückgesetzt, durch die ihnen gezogenen Schranken gebunden, allüberall auf Seite Derjenigen kämpften, von denen sie eine Beseitigung der bestehenden, ihnen feindlichen Gesetze erwarten, von denen sie den Umsturz der Hindernisse erhoffen konnten, die ihrer Emancipation und Gleichberechtigung erschwerend im Wege standen. Die Emancipation der Juden war seiner Zeit allüberall ein Programmpunkt der fortschrittlichen Parteien, und indem die Juden für diese ihnen nächstliegende Frage, die ja nur ein Theil eines Ganzen war, zu wirken versuchten, mußten sie naturgemäß auch für die Forderungen sich engagiren, die dem Gesammtprogramme der liberalen oder extremen Fractionen entsprachen. Wer in der Unterdrückung groß geworden, sympathisirt sehr leicht mit Allem, das anders ist als jene Welt, die ihn umgab; wer die Freiheit nicht kennt, begeistert sich instinctiv für alle Schattirungen derselben, und da die gegenwärtig im Mannesalter stehende jüdische Generation noch unter dem Einflusse vergangener Zeiten erzogen, bringen sich diese Momente in ihr zum Ausdruck, wozu sich noch das rasche Erfassen, das warme Empfinden und jene kritische Geistesrichtung gesellt, die unleugbar eine Eigenthümlichkeit des israelitischen Elementes und seiner Denkweise bildet. Die Nothwendigkeit, sich den

liberalen Parteien anzuschließen, und der Dank, den sie denselben schulden, haben gleichmäßig dazu beigetragen, die Juden zu Bundesgenossen der fortschrittlichen Richtung zu machen, wo und auf welchem Gebiete diese zu Tage trat; ihr Fühlen und Denken wie ihre Berufsthätigkeit, die Gesetzgebung, die sie fern hielt von Grund und Boden, alles hat wesentlich mitgewirkt, sie zu Alliirten der fortschrittlichen, der extremen Doctrinen werden zu lassen, umsomehr, da auch die Erfolge, die sie erzielen konnten, stets nur auf einem Gebiete zu erringen waren, das selbst mit seinen kosmopolitischen Tendenzen bewußt oder unbewußt zum Verbündeten liberaler Ideen wird, auf dem Gebiete des mobilen Capitals, während die hauptsächliche und wahrhafte Grundlage des conservativen Denkens, der Besitz von Grund und Boden, ihnen verschlossen und unerreichbar war. Nach der Ansicht von Tausenden ist im parlamentarischen, überhaupt im politischen Leben der Begriff „Jude" vollkommen identisch mit fortschrittlichen und radicalen Tendenzen, ungefähr so wie der „Advocat" in den Köpfen einer großen Menge von Menschen einen bestimmten Typus politischer Richtung charakterisirt, aber diese Anschauung ist doch nicht mehr wahr, und auch unter den Juden wird mehr und mehr eine conservative Richtung zur Geltung kommen, so daß jene Annahme, welche wähnt, daß die Juden stets nur in einem Lager zu finden sind, immer hinfälliger und haltloser wird.

Kaum wird mit zwei Schlagworten ein größerer Unfug getrieben, als mit den Bezeichnungen „liberal" und „conservativ", von denen die letztere gewiß nichts weniger bedeutet als das Eintreten für rückschrittliche Tendenzen; wahr-

haft conservative Gesinnung schließt sicherlich ein wahrhaft liberales Fühlen nicht aus, ebenso wenig als eine wirklich liberale Ueberzeugung einer conservativen Denkweise entgegensteht, und wenn man innerhalb der Parteien, die sich nach diesen Begriffen gruppiren, in jeder einzelnen Frage genau den Standpunkt „conservativ" oder „liberal" definiren wollte, würde man zu sehr merkwürdigen Resultaten gelangen.

Ein klerikaler, ein reaktionärer Jude ist ein Unding und eine Absurdität, ein conservativer Jude widerspricht in gar keiner Art den Bedingungen seiner gegenwärtigen Existenz und je eher auch auf diesem Gebiet mit der Tradition gebrochen wird, daß die Juden nur im ultra-fortschrittlichen und radicalen Lager zu finden, je eher wird auch hier der Thatsache Rechnung getragen, daß die Juden keine bestimmten Typen mehr sind, oder aufhören müssen solche zu bleiben, und wenn die politische Richtung eines Theiles derselben eine conservative ist, so haben diese nicht nur das Recht sie zur Geltung zu bringen, sondern sie müssen auch den Muth besitzen, dieser ihrer Ueberzeugung sowohl nach der einen, wie nach der anderen Seite hin Ausdruck zu verleihen.

Beobachtet man die gesammte Situation der Juden in Oesterreich-Ungarn, so ist nicht zu verkennen, daß dieselbe unter dem Eindruck der Bewegung im deutschen Reich und in Rußland, unter der tiefgehenden Erbitterung, welche die nationale Agitation hervorruft, die sie fast allüberall auf verfassungstreuer und deutscher Seite findet, weit mehr die Gemüther beschäftigt als dies noch vor wenigen Jahren der Fall, und wenn man unter diesen Ursachen auch noch die Macht in Rechnung zieht, die im ganzen wirthschaftlichen Verkehr und in der Presse die Juden gewonnen haben, ihre Thätig-

keit in fast allen Arten und Zweigen des bürgerlichen Berufs, die Bedeutung, die sie, auf diese Faktoren gestützt, im socialen Leben erlangt, so ist es eine natürliche Consequenz, daß sie, die von der öffentlichen Meinung vor allem als Träger des Capitals, als Herren desselben betrachtet werden, eine heftige Gegnerschaft hervorrufen müssen, daß ihr Einfluß jetzt viel mehr empfunden wird, als zu einer Zeit, wo er an und für sich geringer, noch weit weniger von der allgemeinen Aufmerksamkeit verfolgt und beachtet ward.

Wenn nun einerseits diese Gegnerschaft durch den politischen Einfluß, den die Juden üben, dann durch die Verschiedenheit der Nationalitäten, die sie in Oesterreich minder isolirt erscheinen läßt als dies in Ländern mit einem Volksstamm der Fall, vor allem aber durch den guten und wenig zum Haß geneigten Charakter der österreichischen Völker gemildert wird, so treten doch andrerseits all' jene Umstände doppelt stark hervor in einem Staat, wo der allgemeine Wohlstand nur spärlich entwickelt, wo selbst im reichen Großgrundbesitz — Ausnahmen natürlich zugestanden — relativ wenig Baarcapital existirt und die verfügbaren Mittel selten im rechten Verhältniß stehen zum immobilen Besitz, wo ein wohlhabender christlicher Bürgerstand nur in einigen Provinzen und auch dort nicht auf jener breiten Schicht vorhanden, die für den Staat erwünscht, ja nothwendig ist, wo der Bauer gewiß in einzelnen Ländern auf höherer Stufe steht, in manchen aber noch weit zurückgeblieben, mit Noth und Sorgen zu kämpfen hat, wo die Armuth noch immer ganze Gebiete beherrscht, und die große Masse unendlich schwer ihr tägliches Brot durch harte Arbeit erwirbt.

Wenn nun Jene, welche die Juden als die vorzüglichsten,

ja als die alleinigen Träger des Baarcapitals betrachten, die Thatsache vergessen, daß in einigen Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie ein nach Tausenden zählendes jüdisches Proletariat besteht, dessen Armuth geradezu schreckenerregend ist, so sorgen wiederum vielfach die Juden dafür, daß ihr Capitalbesitz sich zur Geltung bringt, und zwar nicht nur durch die Verwerthung des Capitals als solchen, sondern auch durch die Art wie sein Gebrauch in die Augen springt, und wenn man die letzte Consequenz all' dieser Erscheinungen ziehen wollte, so müßte man zu dem Resultat gelangen, daß es nicht eine Bewegung gegen die Rasse ist, die sich hier zeigt, wenn sie sich scheinbar auch so darstellen mag, sondern daß es Momente von höchster socialer Bedeutung sind, welche die Judenfrage neuerdings wachgerufen, daß die materielle und sociale Macht, welche in überraschend kurzer Zeit die Juden erlangt, die ebenso ihre Freunde, wie ihre Gegner mit Sorge und Unruhe erfüllt, eine Agitation gezeitigt, deren Ende noch gar nicht abzusehen, die aber gewiß nicht jene Höhe erreicht, nicht jene große Gefahr für die Zukunft bergen würde, wäre die Assimilirung der Juden bereits erfolgt, wäre das jüdische Element bereits aufgegangen in den Nationen, mit denen und unter denen es lebt.

Wohl ist es wahr, die vollkommene Assimilirung eines nicht unbedeutenden Bruchtheils der israelitischen Bevölkerung ist durchgeführt und damit der Beweis erbracht, daß diese möglich und zu erhoffen ist, wenn sie sich auch in Ländern mit einem sehr zahlreichen jüdischen Element naturgemäß weit langsamer vollziehen muß als dies z. B. in England und Frankreich der Fall, wo der Procentsatz der Juden im

Verhältniß zur Einwohnerzahl weit geringer und schwächer ist; wer aber die englischen und französischen Israeliten und jenen allerdings kleinen Bruchtheil der jüdischen Gesellschaft in Deutschland und Oesterreich kennt, der unter exceptionell glücklichen und für eine frühere Periode ausnahmsweisen Verhältnissen herangewachsen, vollständig sich auch im Denken und Fühlen assimilirt hat, wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Verschmelzung erreichbar ist, wenn sie auch bei der Masse der Juden leider noch immer nicht eingetreten, obgleich allein von ihr ein Ausgleich der bestehenden Gegensätze, die definitive Beseitigung einer sonst unendlich schwierigen und wahrscheinlich sehr ernsten Frage zu erwarten ist.

Wenn man der noch nicht vollzogenen Assimilirung gedenkt und diese unleugbar traurige Erscheinung mit Recht verurtheilt, so dürfen auch die Gründe nicht vergessen werden, welche dieselbe wohl hauptsächlich verhindert und zurückgehalten haben.

Erst eine kurze Zeit ist vorüber, seitdem die Juden des Glückes theilhaftig geworden, ein Land ihr Vaterland nennen zu dürfen, eine kurze Zeit ist vorüber, seitdem eine mildere und gerechtere Auffassung sie aus Geduldeten und Ausgestoßenen in Bürger des Staates verwandelt hat, und wenn der Jude dort, wo seine Welt das Ghetto, wo seinen Wissensdrang der Talmud befriedigen mußte, wo nichts als der niedrigste Handel ihm offenstand, noch nicht voll und ganz sich assimilirt, so trägt wohl nicht zum mindesten an diesem Fehler eine jetzt vorübergegangene Periode die Schuld.

Sein Glauben allein verband ihn den Einzigen, welche gleich unglücklich und gleich verlassen wie er als seine Glau-

bensgenossen sein Elend verstanden und so ward ihm dieser Glauben auch der Ersatz des Staates, der ihn verstieß, und wo der Jude über das engbegrenzte Gebiet des Glaubens hinausging, ward sein Streben kosmopolitisch und verwandelte ihn selbst zum Kosmopoliten. So erklärt sich der Vorwurf des Kosmopolitismus, den man nicht ohne Unrecht den Juden macht; aber, indem der moderne Staat den Israeliten die Stellung als gleichberechtigte Bürger gewährt, hat er die Ursache dieses Kosmopolitismus erkannt und das Mittel gegen denselben gefunden.

Das Vaterland aber, das die Juden gewonnen, hat weder Raum für ein Judenthum, das etwas anderes ist, als der Ausdruck einer religiösen Ueberzeugung, das etwa einen Staat im Staate bedeuten will, noch für einen kosmopolitischen Zug, der die engere Heimath und die Pflichten gegen dieselbe vergißt; es verlangt von seinen Bürgern, daß sie sich voll und ganz assimiliren.

Noch ist ein weites Stück Weg zurückzulegen, ehe die Spuren tausendjähriger Knechtschaft verwischt, ehe speciell in der österreichischen Monarchie die Masse der Juden vollkommen mit der Bevölkerung verschmilzt, mit der sie dieselben Rechte genießt, dieselben Pflichten zu tragen hat; aber wenn man das noch nicht befriedigende Resultat zu tadeln gewillt, so darf auch die Ursache nicht vergessen werden, und wenn man vergleicht, was eine relativ kurze Periode vollbracht, ist auch die Hoffnung berechtigt, daß der begonnene Proceß zur endlichen Durchführung gelangen, daß jene gänzliche Assimilirung der israelitischen Bevölkerung in Oesterreich-Ungarn stattfinden wird, welche im eigensten Interesse dieser selbst, wie im Interesse des Reiches liegt.

Kein objectiver Beobachter wird behaupten wollen, daß der englische und der französische Israelit vollkommen dieselbe Individualität wie der polnische Jude besitzt; daß der spanische oder der deutsche Israelit, ja daß der Jude aus den nördlichen Ländern der österreichischen Monarchie dem Juden der östlichen Länder gleicht, alle werden in einer zweiten oder dritten Generation weit mehr den Völkern sich assimilirt haben, denen sie jetzt verbunden, als den Stammesgenossen, mit denen sie ursprünglich durch die Gleichartigkeit der Rasse vereint, denen sie aber fremd geworden sind, und wenn ein Contact noch gegenwärtig besteht, der weiter geht als der religiöse Verband, so werden aller Voraussicht nach wenige Decennien der Emancipation vollbringen, was ein Jahrtausend der Sclaverei nicht zu erreichen vermocht, den Sturz des Judenthums, wo es mehr sein will als eine Confession, die vollkommene Assimilirung seiner Bekenner mit den Nationen, in deren Mitte sie leben.

Gewiß ist die vollkommene Verschmelzung der Juden besonders dort, wo sie ein starkes Procent der Bevölkerung bilden, kein leichter Proceß, aber die Weltgeschichte hat andere Aufgaben gelöst, und die Vermischung, die so häufig zwischen arischen Völkern stattgefunden, wird sich zweifelsohne auch zwischen Ariern und Semiten vollziehen, wie sie sich vielfach ja schon vollzogen hat. Wenn man England, das uniformste Land unter den europäischen Staaten, ins Auge faßt, wird man zur Einsicht gelangen, wie vollkommen ein Aufgehen der Rassen in einer relativ kurzen Zeit stattfinden kann, jenes England, in dem Angelsachsen, Normannen und Celten sich gänzlich assimilirt, dessen Zustand

Thierry unmittelbar nach der normannischen Eroberung dahin beschreibt:

„ein Volk in das andere gezwängt, eine Gesellschaft über die andere gesetzt, zwei Länder innerhalb derselben geographischen Umgränzung", und wo nach 150 Jahren doch jeder Gegensatz durch die Vermischung der Rassen verschwunden war.

150 Jahre allerdings hat die vollkommene Verschmelzung der Juden mit den anderen Nationen nicht mehr Zeit; sie darf nur noch eine Frage von wenigen Jahren, kaum mehr eine Frage von Decennien sein; wer aber kann den Proceß, der sich hier abwickeln soll, mit jener gewaltigen Umwälzung vergleichen, die England erlebt; handelt es sich doch nur um die Verschmelzung einer Minorität, in der bereits breite Schichten vollkommen assimilirt, in der die Zähigkeit, die der Sclaverei widerstand, vor der Emancipation hinsinken muß.

Würde die vollkommenste Vereinigung der Juden mit den Völkern, unter denen sie leben, das gänzliche Aufgehen derselben in diese Nationen nicht bald zu erzielen sein, so wäre die Gefahr imminent, besonders dort, wo wie in der österreichischen Monarchie ein starker Procentsatz von Juden lebt; denn Eigenschaften, die mehr als ein Jahrtausend der Knechtschaft entwickelt und großgezogen, sind nicht mit einem Schlage zu bannen und jener auf bedenkliche Höhe gesteigerte und mit seltener Fähigkeit verfolgte Trieb zum Erwerb, der dadurch entstand, daß das ganze Fühlen und Denken eines gewiß begabten und fleißigen Volkes nur auf den materiellen Gewinn concentrirt und gerichtet ward, da man ihm jedes andere Gebiet verschloß, involvirt durch die Besitzverände-

rungen, die er hervorruft, Gefahren, die gewiß nicht zu unterschätzen, unter Verhältnissen wie in Oesterreich-Ungarn zu sehr ernsten Conflicten führen müssen.

Vieles ist auch in dieser Beziehung immer anders gewesen und stand wohl zu jeder Zeit der Regel fern, und wäre den Juden die Gerechtigkeit widerfahren, individuell beurtheilt zu werden, würde man vielleicht darüber streiten können, ob die Regel oder die Ausnahme sich mehr zur Geltung gebracht, aber unverkennbar ist durch die erzielte Erstarkung auch die Kraft gewachsen und sollte die Progression so fortschreiten, wie sie sich gegenwärtig entwickelt, ohne daß eine vollkommene Assimilirung erreicht wird, so müßten geradezu unleidliche Zustände speciell in Oesterreich-Ungarn entstehen.

Sehr interessant sind die Verhältnißziffern der jüdischen Bevölkerung, wie sie sich nach der Zählung vom 31. December 1880 stellen, welche in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern 1,005,563 Juden ergibt, gegen 355,695 im Jahre 1830, gegen 393,955 im Jahre 1840, gegen 476,423 im Jahre 1850, gegen 620,896 im Jahre 1857, und gegen 822,220 im Jahre 1869. Die Zunahme der Juden zeigt 1857 gegen 1850 4,3 %; doch entspricht dieses bedeutende Wachsthum nach der Ansicht des Regierungsraths G. A. Schimmer in seiner Arbeit „Die Juden in Oesterreich nach der Zählung vom 31. December 1880" der auch die nachfolgenden Ziffern entnommen sind, nicht den wirklichen Verhältnissen, sondern hat darin seinen Grund, daß alle früheren Zählungen in Betreff der jüdischen Bevölkerung mangelhaft und die des Jahres 1857 zum erstenmal verläßliche Resultate ergab; das Jahr 1869

weist gegen 1857 eine Zunahme von 2,7 %, das Jahr 1880 gegen 1869 eine solche von 2,1 % aus, während das Wachsthum bei den übrigen Bekenntnissen ein sehr geringes war: 1857 gegen 1850 nur 0,4 %, 1869 gegen 1857 nur 0,9 %, 1880 gegen 1869 nur 0,6 %. In Niederösterreich ist die Zahl der Juden von 52,350 im Jahre 1869 auf 95,058 im Jahre 1880 gestiegen, was eine Vermehrung um 42,708 = 81,5 % ergibt, die allerdings fast ganz auf Wien entfällt, das eine Zunahme von 32,313 = 80,2 % aufweist. Der ganze Rest kommt fast auf die Bezirkshauptmannschaften, welche den größten Theil der Vororte Wiens begreifen, nämlich Hernals und Sechshaus, von denen die erste eine Zunahme von 4888, die zweite eine solche von 2103 Juden zeigt. Die Stadt Wien weist nach der Zählung von 1880 72,543 Juden gegen 40,230 im Jahre 1869 aus, die mit Wien verbundenen Bezirkshauptmannschaften Hernals und Sechshaus hatten am 31. December 1880 erstere 7037 gegen 2149, letztere 5295 gegen 3192 Juden im Jahre 1869, eine Zunahme, die sich zweifelsohne weit mehr aus der Einwanderung und dem starken Zuzug aus den östlichen Ländern der Monarchie, aus Ungarn und Galizien als aus der internen Vermehrung ergibt. Uebrigens ist auch das Wachsthum der anderen Bekenntnisse in diesen beiden Bezirkshauptmannschaften besonders stark, das in der von Hernals 71,68 %, in der von Sechshaus 46,19 % beträgt, während dasselbe im Durchschnitt für Niederösterreich 15,35 % ergibt.

In Böhmen ist die jüdische Bevölkerung in 41 Bezirken gewachsen, in 48 zurückgegangen; die Gesammtziffer derselben beträgt 93,622 Personen gegen 89,933 im Jahre 1869 und weist somit eine geringe Zunahme von 3689 Personen aus,

welche fast ganz auf Prag entfällt, wo die Ziffer der Juden von 13,056 im Jahre 1869 auf 16,571 im Jahre 1880, somit um 3515 Personen gestiegen ist. Die Zunahme der jüdischen Bevölkerung in Böhmen beträgt von 1869 bis 1880 nur 4,1 %, während die der anderen Bekenntnisse in dem gleichen Zeitraum 8,17 % ergibt. In Mähren ist die jüdische Bevölkerung in 11 Bezirken gewachsen, in 20 zurückgegangen, die Gesammtzahl der Juden weist 44,175 am 31. December 1880 gegen 42,899 im Jahre 1869, somit eine Zunahme von 1276 Personen aus, von denen 928 auf Brünn entfallen, wo die jüdische Bevölkerung von 4505 im Jahre 1869 auf 5433 im Jahre 1880 gestiegen ist. Auch in Mähren ist die Zunahme der jüdischen Bevölkerung weit geringer als diejenige der anderen Bekenntnisse, die von 1869—1880 eine Vermehrung von 6,73 % zeigt, während sie sich bei den Juden nur auf 2,97 % stellt. Das enorme Wachsthum der jüdischen Bevölkerung in Wien, die Vermehrung derselben in Prag und Brünn gegenüber dem theilweisen Rückgange und der geringen Zunahme der Juden in den kleinen Städten und auf dem flachen Land demonstriren deutlich die Anziehungskraft der größeren Städte auf das jüdische Element und zwar nicht nur auf die wohlhabendere Classe desselben, sondern auch auf die minder bemittelte und speciell auf das Proletariat in den östlichen Ländern, welches in der Reichshauptstadt eher Gelegenheit zum Erwerb und zum Lebensunterhalt zu finden hofft; es ist aber nicht zu verkennen, daß auch die so geringe Vermehrung der Juden in Böhmen und Mähren sich nicht zum geringsten Theile dadurch erklärt, daß die Einwanderung nach Wien hier gleichfalls einen starken Procentsatz absorbirt, so daß sich haupt-

sächlich aus diesem Zuzug von allen Seiten die geradezu abnorme und unverhältnißmäßige Zunahme in Wien herleiten läßt, wo unter dem Eindrucke der Verfolgungen in Rußland und unter den Erschwerungen, welchen die Juden in Rumänien ausgesetzt sind, notorisch sogar aus diesen Ländern eine ungewöhnlich starke Vermehrung der jüdischen Bevölkerung stattgefunden hat.

In Schlesien ist die Zahl der Juden von 6142 im Jahre 1869 auf 8580 im Jahre 1880, somit um 2438 Personen gestiegen, was gleichfalls durch die starke Einwanderung aus Galizien und Ungarn erklärt wird; die Zunahme entfällt hauptsächlich auf die Städte Troppau und Bielitz und auf die Bezirke Teschen und Freistadt, während die Bezirke Freiwaldau und Freudenthal eine Abnahme zeigen. Ein sehr bedeutendes Wachsthum der jüdischen Bevölkerung haben seit 1869 jene beiden Provinzen erfahren, welche seit jeher einen abnorm starken Procentsatz an Juden hatten, nämlich Galizien und die Bukowina, und es ist ganz zweifellos, daß hier die Einwanderung aus Rußland und Rumänien den größten Antheil an dieser Zunahme hat. Die Zahl der Juden in Galizien ist von 575,918 im Jahre 1869 auf 687,592 im Jahre 1880, somit um 19,39 % gestiegen, während die anderen Bekenntnisse nur ein Wachsthum von 8,33 % ergeben; auch hier entfällt die Vermehrung speciell auf die Städte, unter denen die relativ größte Zunahme die Stadt Borislaw im Bezirke Drohobycz zeigt, deren Volkszahl durch die Eröffnung der Petroleumgruben von 4965 auf 9318 gestiegen ist, wobei die Judenschaft von 3755 auf 7494 sich hob; dagegen hat die Stadt Brody nur eine Vermehrung von 1,17 % erfahren, was wiederum mit dem

Rückgange des Handels in dieser Stadt zusammenhängt, welcher durch die Aufhebung des Zollausschlusses einen sehr schweren Schlag erhalten hat.

Der Antheil der Juden an der Gesammtbevölkerung, besonders der kleineren galizischen Städte, stellt sich überhaupt in Ziffern dar, welche man außer in Galizien, der Bukowina, in Rumänien und Rußland kaum noch anderswo findet, welche man außerhalb dieser Länder auch kaum verstehen und glauben wird; so participiren an der Gesammtbevölkerung von Wiznitz die Juden mit 91,12 %, 80,43 % beträgt ihr Antheil in Borislaw, 80,40 % ihr Antheil in Sadagora. In Zaleszczyk bilden sie 79,17 %, in Brody 76,31 % der Einwohnerschaft; in einer großen Anzahl von Orten bewegt sich ihr Antheil an der Gesammtbevölkerung zwischen 50 und 60 %, in den beiden Hauptstädten Galiziens beträgt ihr Antheil in Krakau 30,67 %, in Lemberg 28,21 %. In der Bukowina ist die Zahl der Juden vom Jahre 1869 bis 1880 von 47,772 auf 67,412, um 19,646 Personen, um 41,10 %, ganz besonders durch die Einwanderung aus Rumänien gestiegen; die jüdische Bevölkerung von Czernowitz hat sich von 9552 auf 14,449, um 51,01 % vermehrt, der Antheil der Juden an der Gesammtbevölkerung beträgt in Czernowitz 31,76 %. Uebrigens hat auch in Galizien und der Bukowina die Zahl der Juden auf dem flachen Lande mehrfach abgenommen, wie in den Bezirken Bučzacz, Drohobycz, Przemysl und Zalesczyk oder ist nur sehr unbeträchtlich gestiegen, wie in Sambor, Tarnow und Sereth, so daß auch in Galizien und der Bukowina sich vielfach die Vermehrung der Israeliten in den Städten durch den Zuzug aus den Landgemeinden vollzogen hat.

Eine Ausnahme von der Regel, daß die jüdische Bevölkerung nach den größeren Städten gravitirt, findet in Triest statt, wo die Zahl der Juden von 4254 auf 4025 gesunken, somit eine Abnahme von 229 erfahren hat; im Gebiet von Triest, wo auch eine sehr bedeutende Vermehrung der anderen Bekenntnisse sich vollzogen, ist die Zahl der Juden von 167 im Jahre 1869 auf 553 im Jahre 1880 gestiegen; immerhin ergibt die gesammte Vermehrung der jüdischen Bevölkerung in Triest und Gebiet von 1869—1880 nur 0,20 %, während die Zunahme der anderen Bekenntnisse in diesem Zeitraum 14 % ergibt. Läßt sich also in Triest und Gebiet fast eine Stagnation der jüdischen Bevölkerung beobachten, so ist sogar in Vorarlberg ein Rückgang zu constatiren, da dort die Zahl der Juden von 251 im Jahre 1869 auf 182 im Jahre 1880 gesunken ist; die anderen Bekenntnisse haben in derselben Zeit eine Vermehrung von 4,27 % in Vorarlberg erfahren.

Vorarlberg ist bereits eine jener Provinzen der österreichischen Monarchie, in welcher der Procentsatz der jüdischen Bevölkerung ein so niedriger ist, wie er überhaupt nur selten in den europäischen Staaten gefunden wird. Gleiche Verhältnisse zeigen auch Oberösterreich, wo neben einer Bevölkerung von 759,823 Einwohnern anderer Bekenntnisse 1056, Steiermark, wo neben 1,210,585 nur 1782 Juden, Görz und Gradiska, wo neben 208,428 Christen 301 Juden leben. Noch niedriger stellt sich der Procentsatz in Salzburg, wo neben 163,451 Angehörigen der anderen Bekenntnisse 115, in Tirol, wo neben 804,163, 360 Juden, in Dalmatien, wo neben 475,851 nur 283 Juden zu finden sind, während Kärnthen mit 114 Juden neben 348,556, Istrien mit 81

neben 287,887 und Krain mit 96 neben 481,080 Bekennern der anderen Confessionen eine fast verschwindende Ziffer von Juden neben der christlichen Bevölkerung zeigen.

An der Gesammtbevölkerung von ganz Cisleithanien participiren die Juden nach der Zählung vom 31. December 1880 mit 4,544 %, d. h. mit mehr als $4^1/_2$ % gegen 4,0311 %, welche ihr Antheil im Jahre 1869 betrug; auf die einzelnen Provinzen berechnet, variirt ihr Antheil an der Gesammtbevölkerung von fast 12 % in der Bukowina bis zu $^1/_{50}$ % in Krain. An die Bukowina, welche den höchsten Satz von $11^{13}/_{16}$ % ihrer ganzen Einwohnerzahl an Juden ausweist, schließt sich Galizien an mit $11^{11}/_{20}$ %, Niederösterreich mit $4^2/_{25}$ %, Triest und Gebiet mit $3^1/_4$ %, Mähren mit $2^1/_{20}$ %, Böhmen mit $1^2/_3$ %, Schlesien mit $1^1/_3$ %; damit ist die jüdische Bevölkerung in ihrer Masse erschöpft, denn das nächste Land Vorarlberg zeigt nur noch $^1/_6$ %, Steiermark $^1/_7$ %, Görz und Gradiska $^1/_7$ %, Oberösterreich $^1/_7$ %, Salzburg $^1/_{14}$ %, Dalmatien $^1/_{17}$ %, Tirol $^1/_{25}$ %, Kärnthen $^1/_{33}$ %, Istrien $^1/_{34}$ %, und in Krain sinkt, wie schon oben bemerkt, die jüdische Bevölkerung sogar bis auf $^1/_{50}$ % der Gesammteinwohnerzahl herab. Für die Länder der ungarischen Krone ergibt sich nach der Zählung vom 31. December 1880 eine jüdische Bevölkerung von 642,680 Personen gegen 542,186 Juden im Jahre 1869, und beträgt die Zunahme innerhalb des letzten Decenniums daher 82,494 Personen, was einer Vermehrung um $13^1/_5$ % entspricht, während das Wachsthum der Gesammtbevölkerung nur 1,21 % repräsentirt. Im Jahre 1869 bildeten die Juden 3,52 %, nach der Zählung des Jahres 1880 aber 4,01 % der Gesammtbevölkerung der Länder der

ungariſchen Krone. Auch hier tritt beſonders das Wachsthum der jüdiſchen Einwohnerſchaft in den Städten hervor, wie z. B. in der Hauptſtadt Budapeſt, wo nach den Angaben des hauptſtädtiſchen ſtatiſtiſchen Bureau unter einer Geſammtziffer von 360,551 Perſonen 70,879 Juden nach der Zählung des Jahres 1880 leben, während die Zählung von 1869 ein weit geringeres Contingent von Juden, nämlich 44,890, ergab.

Dieſelbe Erſcheinung, die enorme Zunahme der jüdiſchen Bevölkerung in den großen Städten zeigt übrigens auch das deutſche Reich, in welchem die jüdiſche Bevölkerung der Provinz Brandenburg, welche in dieſem Fall mit Berlin ziemlich identiſch iſt, im Jahre 1840 13,747 Perſonen, 1871 bereits 47,484, im Jahre 1875 56,987, im Jahre 1880 aber 66,245 Perſonen betrug, von denen auf Berlin 53,949 entfallen. Die jüdiſche Bevölkerung Berlins betrug, wenn man die letzten zwei Decennien ins Auge faßt, im Jahre 1861 18,953 Juden, im Jahre 1864 24,280, 1867 27,607, 1871 36,015, 1875 45,464, 1880 bereits 53,949 Juden, welche Ziffern bedeutend die übrigens auch ſehr ſtarke Vermehrung der anderen Bekenntniſſe in der deutſchen Reichshauptſtadt überſteigen und unverhältnißmäßig höher ſind als die durchſchnittliche Zunahme der Juden im preußiſchen Staate, deren Anzahl 1861 304,900, 1867 313,300, 1871 325,587, 1875 339,790, 1880 363,790 betrug.

Dagegen findet im deutſchen Reich, gerade in jener Provinz, welche ſeit jeher die ſtärkſte Judenziffer auswies, in der Provinz Poſen, eine conſequente Abnahme der jüdiſchen Bevölkerung ſtatt, da in dieſer Provinz die Judenſchaft,

welche 1840 77,102 Personen betrug, auf 61,982 im Jahre 1871 und auf 56,609 im Jahre 1880 gesunken ist.

Betrachtet man neben der numerisch so starken Vermehrung des israelitischen Elements in Oesterreich auch die geistige Arbeit desselben, speciell die Zunahme der jüdischen Studirenden an den Mittel- und Hochschulen, die energische Ausnützung aller gebotenen Bildungsmittel seitens der Judenschaft, so findet man geradezu überraschende Resultate, die einerseits gewiß den Juden zur Ehre gereichen, andererseits aber auch deutlich demonstriren, ein wie großer Procentsatz der israelitischen Bevölkerung in allen Zweigen des öffentlichen Lebens, der von Jahr zu Jahr sich steigern wird, binnen einer relativ sehr kurzen Periode sich allüberall zur Geltung bringen muß. Nach dem bereits erwähnten Aufsatze von Berthold Windt „Die Juden an den Mittel- und Hochschulen Oesterreichs seit 1850" betrugen die Israeliten im Jahre 1850 unter den Zöglingen der österreichischen Mittelschulen etwas mehr als 5,5 % der gesammten Schülerzahl, welche Ziffer schon sehr bedeutend ihr percentuales Verhältniß zu der Bevölkerung der anderen Bekenntnisse überstieg; auf 335 Juden entfiel ein Mittelschüler, während 30 Jahre später im Jahre 1880 der gleiche Antheil über 14,6 % gewachsen war, so daß unter je 92 israelitischen Einwohnern einer eine Mittelschule besuchte. An den Universitäten stieg in denselben Jahren von 1850—1880 der relative Antheil der Juden von 6,8 % auf 16,9 % und an den technischen Hochschulen von 7,3 % auf 16,8 % der Gesammthörerzahl an; die Vermehrung der israelitischen Schüler an den Mittelschulen beträgt seit 1850—1880 nahezu das Achtfache, nämlich 1252 gegen 9641, während die übrigen Confessionen nicht ganz auf das

Dreifache von 21,313 auf 56,294 gestiegen sind. An den Universitäten sind, natürlich blos die weltlichen Facultäten gemeint, die Juden von 334 auf 1452 und an den technischen Hochschulen von 309 auf 543 angewachsen, gegenüber der Anzahl der übrigen Bekenntnisse, die an den Universitäten sich von 4575 auf 7131 vermehrten und an den technischen Hochschulen von 3917 auf 3236 zurückgegangen sind, welch' letzterer Umstand jedoch mit der Gründung der Staatsgewerbeschulen zusammenhängt, deren sehr bedeutende Schülerzahl sich fast ausschließlich aus dem christlichen Element rekrutirt, so daß hier faktisch kein Rückgang sondern zweifelsohne eine starke Zunahme, wenn auch in anderer Art eingetreten ist. Uebrigens hat auch die Zahl der israelitischen Hörer der technischen Hochschulen so variirt, daß sich bestimmte Schlüsse kaum ziehen lassen, denn sie betrug im Jahre 1854 schon 348, war im Jahre 1868 auf 162 gesunken und steht 1880 auf 543, so daß die Zunahme gegen 1854 relativ nicht sehr bedeutend ist.

Merkwürdig ist der Umstand, daß von den israelitischen Mittelschülern im Schuljahre 1879—1880 72,7 % die Gymnasien und nur 27,3% die Realschulen frequentirten, daß sie also weit mehr die humanistischen als die realistischen Studien verfolgen, und nur wo der industrielle oder mercantile Charakter eines Landes in den Vordergrund tritt, scheint sich dies eigenartige Verhältniß zu Gunsten der Realschulen zu ändern, da in Böhmen 25,5 %, in Niederösterreich 29,9 %, in Mähren 34,5 %, im Küstenlande 41,5 % und in Schlesien 45,7 % die Realschulen besuchen, während dies in Galizien nur bei 14,9 % der israelitischen Mittelschuljugend der Fall ist. Besonders markant tritt das Streben der Israeliten

nach besserer Erziehung und Bildung hervor, wenn man die einzelnen Provinzen ins Auge faßt. In Schlesien entfallen auf je 27 israelitische Bewohner 1 Gymnasiast, auf je 32 ein israelitischer Realschüler, während bei den andern Bekenntnissen nur auf 454 Bewohner 1 Gymnasiast, auf 686 1 Realschüler kommt; in Niederösterreich auf 30 Juden 1 Gymnasiast, auf 70 1 Realschüler, bei den anderen Bekenntnissen auf 380 1 Gymnasiast, auf 591 1 Realschüler; in Mähren auf 40 Juden 1 Gymnasiast, auf 77 1 Realschüler, bei den anderen Bekenntnissen auf 399 1 Gymnasiast, auf 725 1 Realschüler; in Böhmen auf 52 Juden 1 Gymnasiast, auf 151 1 Realschüler, bei den anderen Confessionen entfallen auf 371 1 Gymnasiast, auf 1016 1 Realschüler. Im Küstenlande ergibt sich folgendes Resultat: Auf 62 Juden 1 Gymnasiast, auf 88 1 Realschüler, die anderen Bewohner weisen auf 549 einen Gymnasiasten, auf 742 einen Realschüler aus; in der Bukowina kommt auf 122 Israeliten 1 Gymnasiast, auf 298 1 Realschüler, die anderen Bekenntnisse haben auf 610 einen Gymnasiasten, auf 2780 einen Realschüler; in Galizien entfällt auf 324 Juden 1 Gymnasiast, auf 1862 1 Realschüler, während bei den anderen Confessionen in Galizien sich auf 626 Bewohner 1 Gymnasiast, auf 4715 1 Realschüler ergibt. Neben dieser so bedeutenden Zahl israelitischer Schüler in den vorgenannten Ländern ist deren Ziffer in den Alpenländern und in Dalmatien geradezu verschwindend. In allen diesen Provinzen zusammen waren im Jahre 1850 nur 9 jüdische Gymnasiasten neben 4882 Christen, die Jahre 1858, 1859 und 1860 weisen nur je einen jüdischen Schüler neben 5640, 6061 und 6348 Gymnasiasten der anderen Bekenntnisse aus; in den Jahren 1861

bis 1865 variirt die Zahl der jüdischen Schüler zwischen 4 und 10, zeigt in den Jahren 1869 und 1870 circa 20, im Jahre 1879 51 Juden neben 6516 und 1880 59 Juden neben 6859 christlichen Gymnasiasten. Jüdische Realschüler sind in sämmtlichen Alpenländern und in Dalmatien im Jahre 1850 gar nicht vorhanden, im Jahre 1853 finden sich deren 7 neben 840 Christen, im Jahre 1857 sinkt ihre Zahl auf 4, das Jahr 1880 zeigt 48 jüdische neben 2096 christlichen Realschülern. Die Hochschulen anlangend, wobei natürlich nur die weltlichen Facultäten berücksichtigt werden können, befanden sich im Jahre 1880 unter der Gesammtzahl der Studirenden an der Universität zu Czernowitz 26 % Israeliten, an der Wiener Universität 25 %, an der von Prag 13,1 %, in Lemberg 13 %, in Krakau 8 %, an der Universität in Graz erscheinen nur einzelne, an der in Innsbruck nur sporadisch Juden immatrikulirt; es waren in Innsbruck seit 1850 an der juristischen Facultät bloß im Jahre 1880, an der medicinischen bloß in den Jahren 1872 und 1876 je ein, und an der philosophischen Facultät bloß im Jahre 1870 zwei israelitische Hörer inscribirt.

Die vorstehenden Ziffern aus jenen Provinzen, in welchen die jüdische Bevölkerung sehr zahlreich oder zahlreicher vertreten, zeigen deutlich, mit welcher Energie die Judenschaft in Oesterreich beflissen ist, von allen Bildungsmitteln Gebrauch zu machen, und es wäre im höchsten Grade zu wünschen, daß auf diesem Gebiete ein Wettstreit der gesammten Bevölkerung entstünde, der gewiß von segensreichen Consequenzen für den Staat und seine Bürger begleitet wäre. Glücklicherweise hat sich allüberall auf dem Gebiete der Schule ein heilsamer Fortschritt zur Geltung

gebracht; möchte derselbe von Dauer sein und nicht durch die Maßregeln einen Stillstand erfahren, welche die Majorität des gegenwärtigen österreichischen Reichsrathes zu beschließen für geboten erachtet hat!

Noch in einer anderen Richtung ist die Statistik in Betreff der Juden sehr interessant, nämlich in Bezug auf den Procentsatz, den sie dem Heere zuführen, da sie nach der Behauptung ihrer Gegner ein weit geringeres Contingent zur Vertheidigung des Vaterlandes stellen, als dies im Verhältniß zu ihrer Zahl der Fall sein sollte. Dieser Vorwurf ist unleugbar wahr, aber es ist nicht zu verkennen, daß hier eine bedeutende Besserung eingetreten und ein Fortschritt bemerkbar ist, der weit über die verhältnißmäßige Vermehrung hinausgeht und mit Sicherheit annehmen läßt, daß in einer nicht allzu langen Zeit diese Differenz vollkommen verschwindet, die wohl hauptsächlich daher entstand, daß die physische Ausbildung der überwiegenden Majorität der israelitischen Bevölkerung, Dank ihrer Lebensweise und ihrer Beschäftigung, vielfach zurückgeblieben, und daß sie sich hauptsächlich aus Provinzen rekrutirt, wo ihre ganze Erziehung sie bisher wenig befähigen konnte, dem militärischen Berufe zu genügen, wie notorisch gerade unter den Juden in Galizien die Zahl der Untauglichen eine unverhältnißmäßig große ist.

Nach der Zählung des Jahres 1869 betrug der Antheil der Juden an der Gesammtbevölkerung der Monarchie 3,85 %, ihr Antheil an der Gesammtzahl der gemeinsamen activen Armee im selben Jahre aber nur 1,28 %, wie dies der Artikel von Eduard Bratassević „über die confessionellen Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Armee" im siebenten

Jahrgange der statistischen Monatsschrift ergibt. Im Jahre 1880 war dieser Antheil von 1,28 % auf 2,82 % gestiegen, hatte sich also weit mehr als verdoppelt, während die jüdische Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Monarchie inzwischen nur von 3,85 % auf 4 1/3 % gestiegen war, woraus ein gewiß nicht zu unterschätzender Fortschritt zu folgern ist. Wenn man die Zählung der activen Armee vom 31. December 1880 als Grundlage nimmt, so ergibt sich ein Stand von 271,474 Mann, worunter 7652 Israeliten, und die so bedeutende Besserung des percentualen Antheils läßt hoffen, daß auch die noch vorhandene Differenz baldigst und gänzlich verschwinden wird, was um so mehr zu wünschen, da gerade der allgemeinen Wehrpflicht und der Heranbildung in der Armee ein großer Theil der Aufgabe zufällt, die darin besteht, die Juden vollkommen zu assimiliren, sie ganz und gar mit der übrigen Bevölkerung zu verschmelzen.

Wenn es erlaubt ist, von den Juden in Oesterreich einen Blick auch auf ihre Glaubensgenossen in anderen Staaten zu werfen, so zeigt sich, daß dieser am meisten in Preußen erhobene Vorwurf ziffermäßig gewiß nicht der Begründung entbehrt, daß aber auch hier noch vielfach in der ungenügenden physischen Ausbildung die Ursache dafür zu finden ist, daß auf je 10,000 der jüdischen Bevölkerung nur 39,97 Soldaten kommen, während auf 10,000 Mann des evangelischen 107,51, auf je 10,000 des römisch-katholischen Glaubensbekenntnisses 93,10 Mann entfallen, wobei auch zu berücksichtigen ist, daß das Verschließen der Officierscarriere gerade nicht sehr animirend auf die Juden zu wirken vermag, da das preußische Heer in der activen Armee gar keinen, in der Reserve nur relativ wenige jüdische

Officiere besitzt. Uebrigens waren gerade in sehr schwerer Zeit die Juden in Preußen ihrer Pflicht gegen ihr Vaterland in dieser Beziehung treu eingedenk, wie dies, ganz abgesehen von der Betheiligung der Israeliten in ganz Deutschland an den Kämpfen der Jahre 1870—1871, bereits die Befreiungskriege bewiesen haben. Die Bevölkerung der Juden belief sich 1812 in dem damaligen preußischen Staate auf etwa 31,000 Seelen, worunter ungefähr 9000 Männer. Die Zahl der jüdischen Freiwilligen betrug ungefähr 500, so daß auf 18 Männer ein Freiwilliger kam. Einer der ersten mit dem eisernen Kreuze geschmückten Krieger war ein Jude, Günzberg, und von den Berliner jüdischen Freiwilligen erhielten sechs das eiserne Kreuz: der Premierlieutenant S. A. Benda, die Secondelieutenants H. Fleiß, J. Epenstein, F. Oppert, M. Löbel, Manché; außer den Genannten wurden zu Lieutenants befördert: Nathan Mendelssohn, Joseph Henoch, Anker, Isert, Muno-Burg, der 1853 als Major der Artillerie gestorben ist, der einzige Jude, der es im preußischen Heere zum Stabsofficier gebracht hat.

Und wenn man ein vollgültiges Zeugniß will, so wird wohl ein Brief dafür gelten, den der Staatskanzler Fürst Hardenberg am 4. Januar 1815 dem Grafen von Groote schrieb: „Die Geschichte unseres letzten Krieges wider Frankreich hat bereits erwiesen, daß die Juden des Staates, der sie in seinen Schutz aufgenommen, durch treue Anhänglichkeit sich hervorthun. Die jungen Männer jüdischen Glaubens sind die Waffengefährten ihrer christlichen Mitbürger gewesen, und wir haben unter ihnen Beispiele des wahren Heldenmuthes und der rühmlichsten Verachtung der Kriegsgefahren aufzuweisen,

sowie die übrigen jüdischen Einwohner, namentlich auch die Frauen, in Aufopferung jeder Art den Christen sich anschlossen."

Die vorstehenden Daten und Worte zeigen, daß die in der angedeuteten Richtung den Juden gegenüber erhobenen Vorwürfe nur sehr bedingt wahr, vielfach durch natürliche Ursachen ihre Erklärung finden; daß aber die antisemitische Bewegung, wie sie gegenwärtig begonnen, neben diesen unberechtigten zugleich manchen berechtigten Klagen Ausdruck verleiht, ist nicht zu verkennen und würde gewiß auch vielfach von Juden zugestanden, falls sie sich nicht gegen diese im allgemeinen, nicht gegen die Gesammtheit derselben, sondern nur gegen Jene richten wollte, über welche die bessere jüdische Gesellschaft selbst ihr verdammendes Urtheil spricht. Denn eine Thatsache steht doch wohl fest, daß man nicht solidarisch die Juden beurtheilen kann und wenn es gelingen würde, jene Elemente der israelitischen Bevölkerung heranzuziehen, welche mit Schmerz die Fehler verfolgen, die ihre Glaubensgenossen begehen, könnte man vielleicht noch eher praktische Resultate erzielen, als sie die antisemitische Bewegung, wie sie jetzt betrieben wird, zu erreichen vermag.

In der Form, in der sie sich leider zur Geltung bringt, wird sie gar keinen positiven Erfolg aufweisen können und höchstens die eine Consequenz nach sich ziehen, daß die Masse der Juden, die bereits in Bürger des Staates sich umzuwandeln begann, in ihren Hoffnungen erschüttert, wieder dazu gelangt, sich als Juden und nur als Juden zu fühlen, daß aber auch der Muth jener Minorität gebrochen wird, die bereits ein Vaterland gewonnen zu haben vermeinte, die vollkommen assimilirt oder in der Assimilirung begriffen,

plötzlich wieder zu Fremden degradirt werden soll. Das ist aber gerade das Gegentheil dessen, was man erstrebt, denn je rascher der Moment eintritt, der die vollkommene Verschmelzung der Israeliten mit den anderen Völkern bringt, eine Verschmelzung, die gar nicht schnell genug stattfinden kann, um so rascher werden auch die Vorwürfe gegen die Juden verstummen und eine Frage zur Lösung gelangen, die, wenn sie nicht bald überhaupt verschwindet, unendliche Gefahren in sich birgt.

Die sociale, wirthschaftliche und politische Erziehung breiter Schichten der israelitischen Bevölkerung in der österreichischen Monarchie ist noch nicht beendet, und der Staat wird gut daran thun, seine Aufmerksamkeit Verhältnissen zu schenken, deren endgiltige Besserung gewiß im allseitigen Interesse liegt.

Für die Gesetzgebung als solche existirt kein Unterschied der Religion; seit jenem Tage, an dem die Gleichheit vor dem Gesetze beschlossen, ist diese Frage definitiv gelöst, und wenn ein Gesetz in seiner praktischen Anwendung unter konkreten Bedingungen öfter den Juden als den Christen berührt, wird man vermeiden müssen, dasselbe von einem separaten Standpunkt aus zu betrachten und sich auch von jüdischer Seite zu hüten haben vor einer Solidarität, über welche die Israeliten sehr häufig sich gewiß bei ihrer Beurtheilung mit vollem Rechte beklagen dürfen. Wohl ist es richtig, daß die einzig wahre und dauernde Sanirung vieler Uebelstände in der Gesundung der wirthschaftlichen Verhältnisse, in der Erziehung des Volkes liegt wie in der Hebung seiner intellectuellen und moralischen Kraft, einer Erziehung und Hebung, deren in einzelnen Theilen des Reiches

in gleicher Weise die christliche wie die israelitische Bevölkerung bedarf; dieser Fortschritt aber kommt nicht über Nacht, und theoretischen Principien und liberalen Grundsätzen zu Liebe, bis sich derselbe vollzogen, auf jene Palliativmittel verzichten, die wenigstens einige Hilfe zu bringen vermögen, wäre gänzlich falsch, ebenso falsch als die Frage vom confessionellen Standpunkt aus zu beurtheilen, da sie einfach eine Frage der bürgerlichen Wohlfahrt und Sicherheit ist.

Wenn man z. B. das Wuchergesetz betrachtet, das in seiner letzten Session der österreichische Reichsrath beschloß, so ist es vollkommen gleichgültig, ob es mehr jüdische als christliche oder mehr christliche als jüdische Wucherer gibt, und leider wahrscheinlich, daß dasselbe, wenn man die praktische Anwendung nimmt, nicht jenen großen Nutzen gewährt, den man von ihm erwartet; aber wenigstens das eine Gute wird es erreichen, daß es von Fall zu Fall dem Richter die Möglichkeit bietet, zu Gunsten dessen zu intervenieren, den man leider selten den Unschuldigen, aber wenigstens sehr häufig den Unglücklichen nennen kann, und wenn jenes Odium, das aus der Executirung derartiger Urtheile den Gerichten erwächst, auch nur in einzelnen Fällen vermieden und wenigstens die Handhabe zur Verfolgung des Schuldigen wie zur Beschützung des Unglücklichen gegeben wird, so ist schon damit ein nicht zu unterschätzender Vortheil erzielt, der der Gesammtheit zu Gute kommt.

Wenn in Oesterreich immer regiert würde, wie regiert werden soll, und überall jene feste Hand zu fühlen wäre, die doppelt nothwendig in einem Staat mit Völkern von so verschiedener Cultur und Bildung wie dies in Oesterreich-Ungarn der Fall, so dürften manche Schäden, die sich in den socialen Ver-

hältnissen zeigen von selbst verschwinden, und wenn dies schon von der österreichischen Reichshälfte gilt, so ist es noch weit mehr in Ungarn wahr, wo einige Umstände den Glauben erwecken müssen, daß die Polizei der vollkommen passive und unbetheiligte Zuschauer bei dem Treiben unlauterer Elemente ist, einem Treiben, das nicht gerade geeignet erscheint das moralische Ansehn der österreichisch-ungarischen Monarchie zu fördern und zu erhöhen. Die Executive, die Polizeigewalt und die Gerichte müssen zusammen wirken, wenn zum allgemeinen Besten Resultate erzielt werden sollen; gehen diese beiden Faktoren nicht Hand in Hand, ist die Polizei ihrer Aufgabe nicht gewachsen oder in einer Toleranz befangen, die gar nichts mit liberaler Auffassung der Vorschrift gemeinsam hat, ist die Gesetzgebung ungenügend, sind die Gerichte dadurch nicht in der Lage, den Anforderungen der Polizei zu entsprechen, so müssen sehr arge Mißstände entstehen, die in keinem europäischen Staate geduldet werden dürfen. Gelegenheit macht Diebe, und wenn man allüberall die Versuchung ungestraft herantreten läßt, darf es nicht Wunder nehmen, wenn sie fortwährend Opfer verlangt, und auch die Wiener Polizei könnte manchen Schaden verhüten, der seine gefährliche Wirkung in den socialen Verhältnissen äußert.

Strenge Handhabung der Gesetze und eine kräftige Unterstützung der Behörden durch die richterliche Gewalt würde vieles Unglück beschwören und von wem immer Gefährdung droht, ob Juden oder Christen ihre Urheber sind, die Gesellschaft wird dankbar der Executive verpflichtet sein, die mit fester Hand die Verwaltung führt und diejenigen in Schranken zu halten versteht, die, auf welchem Gebiet immer, das öffentliche Rechtsgefühl, die allgemeine Wohlfahrt bedrohen.

Die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Juden ist in einigen Ländern eine Frage von höchster Bedeutung geworden und wächst in anderen zu einer solchen von elementarer Gewalt heran; nur die vollständige Assimilirung kann eine definitive Erledigung bringen; jede andere Action wird nur eine vorübergehende Wirkung äußern und vielleicht eher nachtheilige als günstige Resultate erzielen.

Was aber ist unter jener Assimilirung zu verstehen, die eine gänzliche Ausgleichung der Unterschiede, eine vollkommene Vereinigung der Juden mit den Völkern unter und neben denen sie leben, herbeiführen soll? Diese Assimilirung ist nur als eine vollständige Vermischung zu denken, welche das Aufhören der Juden als eigenartigen und eigengearteten Bruchtheil innerhalb der gesammten Population zur Voraussetzung oder richtiger vielleicht zur Folge hat; sie muß die Gleichartigkeit im Denken und Fühlen, die Gleichartigkeit aller Bedingungen des Lebens herbeiführen können und eine so vollkommene Verschmelzung bewerkstelligen, daß kein anderes unterscheidendes Merkmal als die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses übrig bleibt.

Es würde allen Erfahrungen der Geschichte widersprechen, wäre die Attraction der weit überwiegenden christlichen Majorität nicht stark genug, die jüdische Minorität zu absorbiren; wenn dieser Proceß sich bisher so langsam vollzog, so trägt vielleicht weit weniger die Zähigkeit der Juden als die Beschränkung, in der sie gehalten wurden, an diesem langsamen Fortschritt die Schuld; erst durch die Emancipation, die den wirklichen Contact zwischen Juden und Christen geschaffen, die überhaupt erst den Juden die Möglichkeit gab, jene Verbindung mit der Außenwelt zu erlangen,

die ihre Wirkung auf ihr eigenes Leben zu äußern vermag, hat eine neue Periode begonnen; durch die Emancipation hat aber auch erst der christliche Geist, mit dem die modernen Staaten so innig verbunden, seine Kraft den Juden gegenüber zu bethätigen vermocht, und es war kaum möglich, daß die Resultate dieser Berührung bereits allüberall klar und deutlich ans Licht treten konnten.

Diese Assimilirung kann sich nur vollziehen auf Kosten des specifischen Judenthums oder dessen, was man als solches zu bezeichnen pflegt; der Charakter der jüdischen Bevölkerung wird sich allüberall dem Charakter der anderen Völker anschmiegen, vollständig sich anpassen und ganz in demselben aufgehen müssen, und wenn sich das Judenthum stark genug erweist, einige seiner besten und trefflichsten Seiten auch auf die andere Bevölkerung zu übertragen, so wird dies gewiß nicht zum Nachtheil sondern nur zum Vortheil der letzteren geschehen.

Die jüdische Religion kann kaum ein Hinderniß dieser Vereinigung bilden; nicht in der Confession als solcher liegt eine Schranke, sondern sie war in dem Umstand zu finden, daß das Judenthum seinen Anhängern weit mehr war als ein religiöses Bekenntniß, daß es ihnen Staat und Heimath, Vergangenheit und Zukunft ersetzen mußte.

Es wäre eine große Gefahr, wenn die Assimilirung sich in der Art vollzöge, daß das eine Bekenntniß verloren ginge, ohne daß ein anderes für die Bekenner desselben an seine Stelle träte; unsere Zeit bedarf mehr vielleicht als irgend eine frühere Periode der positiven Religion, und ob es die eine oder die andere ist, Nichts wäre verfehlter, als wenn an Stelle der einen oder der andern die vollständige Apathie,

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

ING---

C
INTERIM
REPORT

Dept. M.L.

ages. ☐ This edition only.
(Leipzig, 1882)

g.437

] Microfilm ☐ Hard copy

ey W. Bellavia
Clerk

Request for ☐ **LOAN** or ☐ **PHOTOCOPY**
According to the A.L.A. Interlibrary Loan Code

REPORTS: Checked by
SENT BY: ☐ Library rate ☐ _____
Charges $ _____ Insured for $ _____
Date sent May 27, 1981
DUE 4 wks from day rec'd.

RESTRICTIONS: ☐ For use in library only
☐ Copying not permitted ☐ _____

NOT SENT BECAUSE: ☐ In use
☐ Not Owned
☐ Non Circulating
☐ Request of _____

Estimated Cost of: ☐ Microfilm _____
☐ Hard copy _____

BORROWING LIBRARY RECORD:
Date received 6.8.81
Date returned 6-30-81
By ☐ Library rate ☐ _____
Postage
enclosed $ _____ Insured for $ _____

RENEWALS: ☐ No renewals
Requested on _____
Renewed to _____
(or period of renewal)

Note: the receiving library assumes responsibility for notification of non-receipt.

DB 47 .06 C.1
Austriaca
Stanford University Libraries
3 6105 037 469 124

DB
47
06

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.

SEP - 6 1981

JUN 2 6 1981